

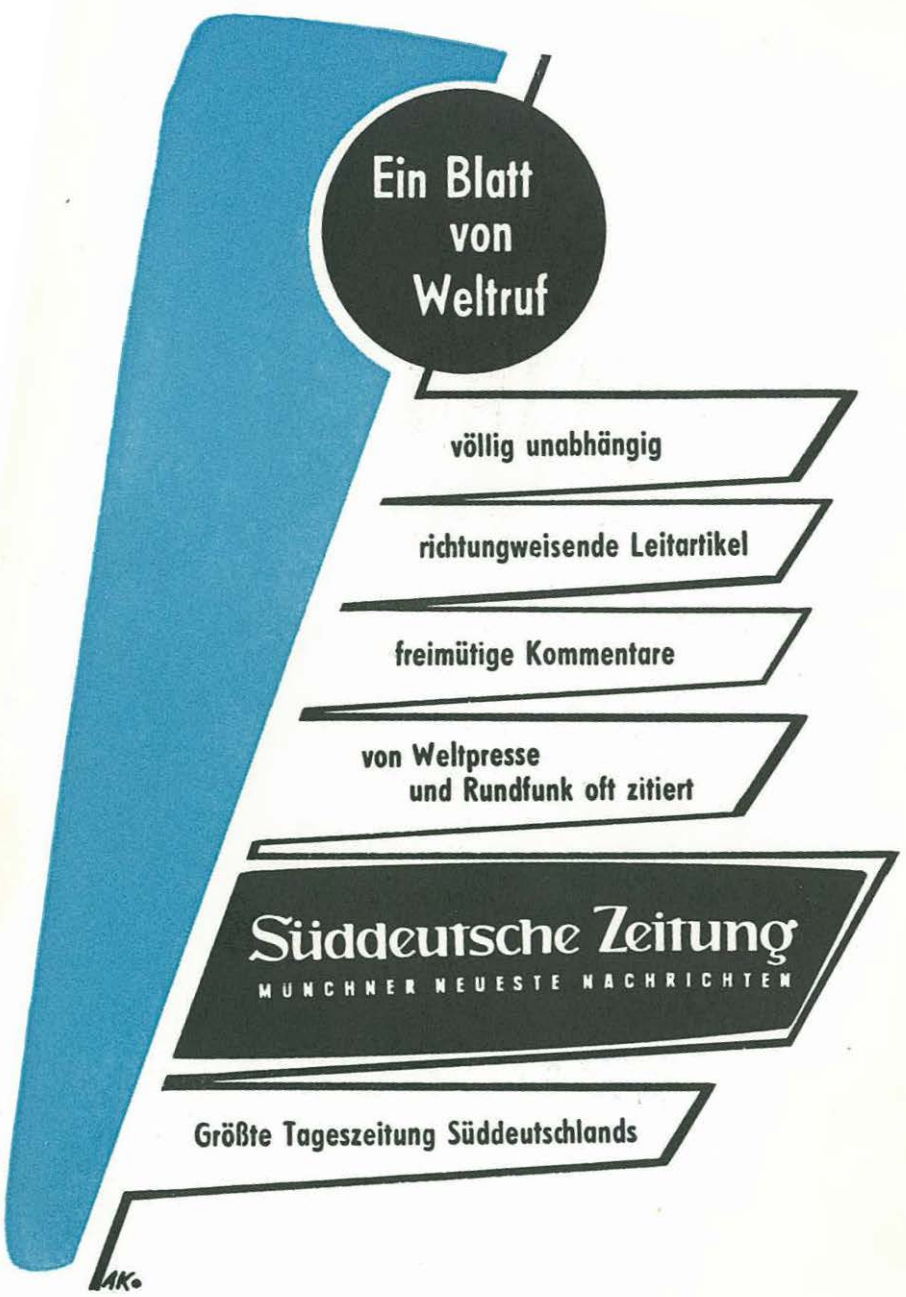
Christlich-Demokratische Union
Landesgeschäftsstelle
Stuttgart-O, Archivstraße 16 III

6. BUNDESPARTEITAG DER

CDU



26.-29. April 1956 in
STUTT GART



Ein Blatt
von
Weltruf

völlig unabhängig

richtungweisende Leitartikel

freimütige Kommentare

von Weltpresse
und Rundfunk oft zitiert

Süddeutsche Zeitung

MÜNCHNER NEUESTE NACHRICHTEN

Größte Tageszeitung Süddeutschlands

6. BUNDESPARTEITAG DER CDU





Herausgeber : Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Nassestr. 2
Redaktion : F. C. Badendieck, Bonn · Gestaltung des Umschlages : Siering, Bonn
Pressefotos : Bundespresseamt, dpa und Archiv · Druck : Walter Pietzsch, Buchdruckerei, Hamburg 11
Verlag u. Anzeigenverwaltung : Sator Werbe-Verlag Hans Günther Imlau, Hamburg 1, Fölschblock B

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

6. BUNDESPARTEITAG



STUTTGART 26.-29. 4. 1956

S A T O R W E R B E · V E R L A G · H A M B U R G

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS



THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

THE UNIVERSITY OF CHICAGO PRESS

10 JAHRE
CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION
DEUTSCHLANDS

Erster Tag:
Donnerstag, 26. April 1956

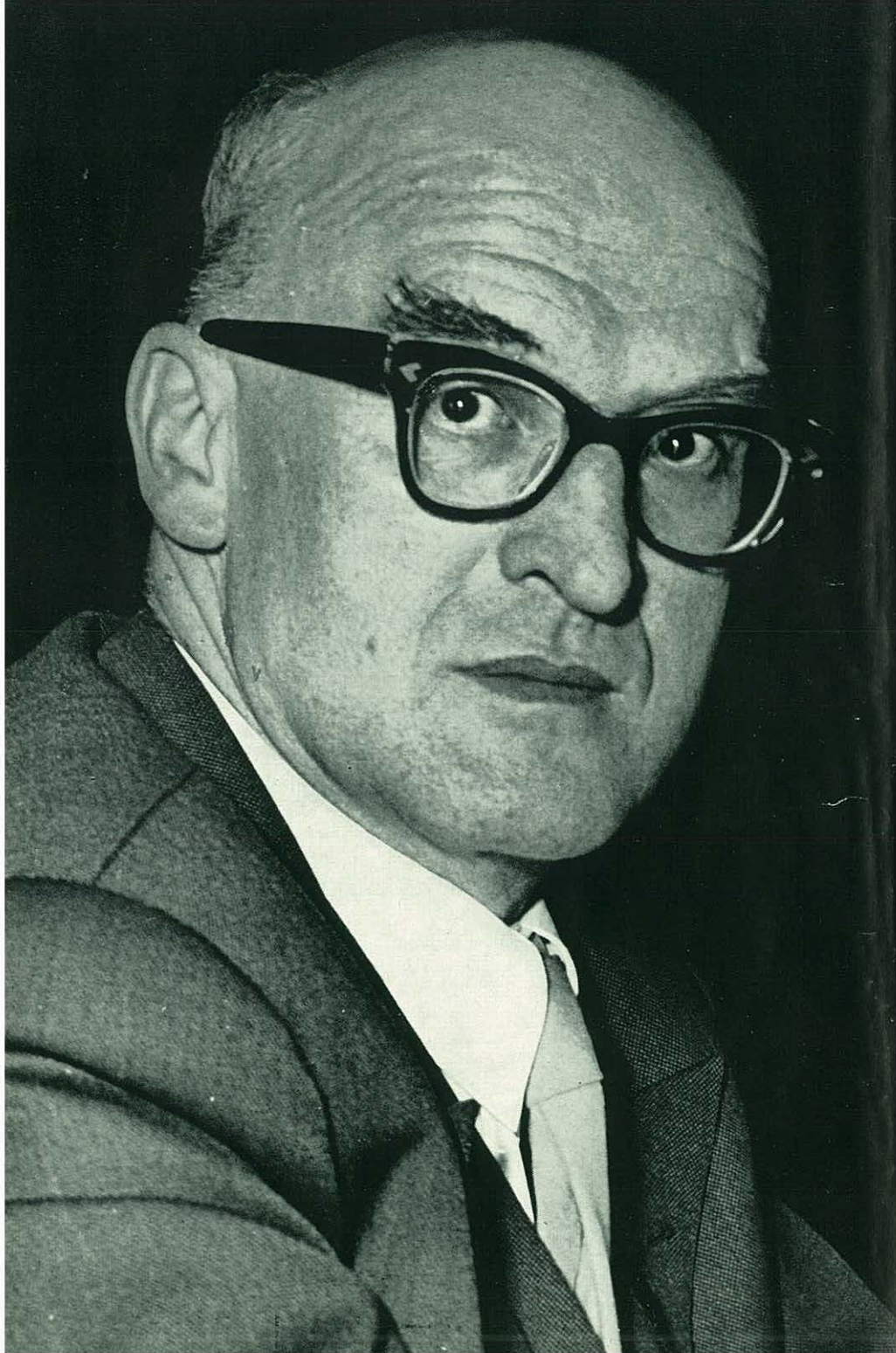
Der 6. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
auf dem Höhenpark Killesberg, Stuttgart, begann mit einer

Sitzung des Bundesvorstandes

um 15.00 Uhr und einer

Sitzung des Bundesausschusses

um 17.00 Uhr. In den Sitzungen wurden u. a. der Verlauf des Parteitages,
das neue Statut der Partei und die Vorstandswahlen erörtert



Zweiter Tag: Freitag, 27. April

Die Eröffnung des 6. Bundesparteitages

fand um 9.30 Uhr in Halle 3 des Höhenparks Killesberg, Stuttgart, statt.

Bundsvorsitzender Bundeskanzler Dr. Adenauer

(mit starkem, langanhaltendem Beifall begrüßt):

Als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands eröffne ich den 6. Parteitag in Stuttgart. Auf Beschluß des Vorstandes der Christlich-Demokratischen Union und ihres Parteiausschusses habe ich die Ehre, Ihnen als Präsidenten des Bundesparteitages vorzuschlagen Herrn Kultusminister Simpfendörfer, als Vertreter die Herren Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller, Oberkirchenrat Cillien, Staatsrat Dichtel, Bundestagsabgeordneter Lemmer, Dr. Stoltenberg, Prof. Dr. Süsterhenn, Frau Dr. Weber und Frau Rösch. Darf ich fragen, ob Sie diesen Vorschlägen zustimmen? (Beifall.)

Das ist der Fall. Ich darf dann die gewählten Damen und Herren, an der Spitze Herrn Simpfendörfer, bitten, hier oben Platz zu nehmen.

Präsident Simpfendörfer

Zugleich im Namen des Präsidiums danke ich Ihnen für das Vertrauen, das Sie uns durch die Übertragung dieses Amtes bewiesen haben. Wir werden uns bemühen, die Verhandlungen unseres Parteitages nach Kräften zu fördern und bitten Sie um Ihre Unterstützung.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, unserem Herrn Bundsvorsitzenden und dem Bundesvorstand herzlichsten Dank zu dem Beschluß, den 6. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union nach Stuttgart zu verlegen, zu sagen. Wir haben in der Vergangenheit unserem Herrn Bundesvorsitzenden manchmal Sorge bereitet. Die Bildung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg — es heißt nicht Württemberg-Baden, sondern Baden-Württemberg — hat unsere CDU vor eine große Zerreißprobe gestellt. Wenn wir diese Zerreißprobe bestanden haben, so danken wir das vor allen Dingen Ihnen, Herr Bundsvorsitzender. Dieser Dank soll heute hier besonders zum Ausdruck kommen. Daß wir diese Zerreißprobe bestanden haben und in Frieden zusammenleben, beweist die Tatsache, daß mein Freund Dichtel hier neben mir sitzt; ein Symbol der Harmonie im neuen Bundesland. (Beifall.)

Es ist für mich eine schmerzliche Pflicht, bei der Eröffnung unseres Parteitages zweier Freunde zu gedenken,

(Die Anwesenden erheben sich.)

die der unerbittliche Tod nach Gottes unerforschlichem Ratschluß seit unserem letzten Parteitag aus unserer Mitte gerissen hat. Es sind unsere unvergeßlichen Freunde Dr. Ehlers und Dr. Tillmanns. Was sie für unsere Partei in schwerster Zeit geleistet haben, wird in der Geschichte unserer Partei mit unauslöschlichen Lettern eingegraben bleiben und weiterwirken. Wir bleiben ihnen in Dankbarkeit und Verehrung verbunden. In Ehrerbietung begrüße ich Frau Ehlers und Frau Tillmanns als unsere Ehrengäste. Wir danken Ihnen, daß Sie zu uns gekommen sind. Sie haben sich zum Gedenken der Toten erhoben, ich danke Ihnen.

Ich darf nun zunächst begrüßen die Delegierten des Parteitagcs. Ich danke Ihnen, daß Sie so zahlreich zu uns gekommen sind. Ihr Erscheinen in dieser großen Stadt ist für uns eine ganz besondere Freude. Eine ganz besondere Freude ist es uns aber auch, daß wir unseren hochverehrten 1. Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer in unserer Mitte begrüßen dürfen. Wir freuen uns von ganzem Herzen, daß er die gesundheitlichen Störungen völlig überwunden hat und nun voller Kraft wieder unter uns wirkt. Herr Bundesvorsitzender, es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen an dieser Stelle herzlich Dank zu sagen für die gewaltige Leistung, die Sie im Dienste unseres Volkes und unserer Partei vollbracht haben. (Starker Beifall.) Sie dürfen überzeugt sein, je gehässiger und härter die Angriffe unserer und Ihrer Gegner sein werden, desto geschlossener werden wir zu Ihnen stehen. (Erneut starker Beifall.) Ich begrüße den 2. Vorsitzenden unserer Partei, Herrn Bundesminister Jakob Kaiser, in herzlicher Verbundenheit (Beifall.), mit ihm die übrigen Mitglieder des Vorstandes.

Herzlich begrüße ich Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier und den Herrn Bundesratspräsidenten Kai Uwe von Hassel (Beifall.), ferner den Herrn Vizepräsidenten der Montanunion Franz Etzel und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Herrn Dr. Heinrich Krone. (Beifall.)

Auf das herzlichste begrüße ich den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gebhard Müller, den Ministerpräsidenten der derzeitigen geschäftsführenden Regierung des Landes und auch kommenden Ministerpräsidenten. (Beifall.) Ich begrüße herzlich die Herren Bundesminister und die Herren Ministerpräsidenten der Länder. Leider ist unser Freund Peter Altmeier erkrankt. Ich darf Ihr Einverständnis voraussetzen, wenn ich ihm ein Telegramm von hier aus übersende. (Beifall.) Eine ganz besondere Freude ist es mir, unseren Freund, den bisherigen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold, unter uns begrüßen zu dürfen. (Sehr starker Beifall.)

Ich entbiete ferner herzliche Grüße den Landesministern und Landtagspräsidenten unserer Partei; ebenso herzlich begrüße ich unsere Freunde von der CSU, an ihrer Spitze Herrn Bundesminister Strauß. (Beifall.) Ihm haben wir die Bändigung der Atome anvertraut, und ich hoffe, daß es ihm gelingen wird, ihnen die Gefährlichkeit zu nehmen. Sehr herzlich begrüße ich unsere Freunde von der Saar (Beifall.), an ihrer Spitze die Herren Kohlbecher, Röder und Minister Rainer. Wir freuen uns, als Vertreter der Kirchen begrüßen zu dürfen Exzellenz Weihbischof Dr. Sedelmayer und Herrn Oberkirchenrat Bressel (Beifall.), den Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, Herrn van Damm. Wir danken den Herren ganz besonders für ihr Interesse, das sie durch ihr Erscheinen bekundet haben. Ich begrüße ferner die Vertreter der Gewerkschaften und der Wirtschaftsverbände. (Beifall.)

Und nun entbiete ich einen ganz besonderen Gruß unseren Freunden aus dem Ausland. (Beifall.) Von der Belgisch Christlich Sozialen Partei sind zu uns gekommen Herr de Spot, Mitglied des Vorstandes der Christlich Sozialen Partei, und Herrn Vermeire, Generalsekretär der Christlich Sozialen Partei, von der Dänischen Konservativen Partei der 1. Vorsitzende, der ehemalige dänische Außenminister, Herr Minister Kraft; von der MRP begrüße ich Herrn Senator Ott, Herrn Schuman und Herrn Mallet. (Beifall.) Die beiden letztgenannten Herren werden erst im Laufe des Vormittags zu uns kommen. Von unseren italienischen Freunden darf ich begrüßen Signora Elsa Conci, Mitglied der italienischen Kammer, die Vorsitzende der Frauenbewegung der Democrazia

Cristiana; von der Katholischen Schweizerischen Konservativen Volkspartei sind zu uns gekommen deren Vizepräsident, Herr Nationalrat Dr. Wick und deren Generalsekretär Dr. Rosenberg, die ich herzlich begrüße. Von der Internationalen Union der Christlichen Demokraten, der NEI, sind anwesend der Stellvertretende Generalsekretär Dr. Schuyt, von der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas, der Organisation der christlichen Exilparteien, deren Vertreter für Deutschland, der hochwürdige Herr Dr. Gronis.

Ich begrüße herzlich die Redner unseres Parteitages und danke ihnen im voraus dafür, daß sie diese Aufgabe übernommen haben. Last not least begrüße ich herzlich die Presseattachés der in Bonn akkreditierten Botschaften und Gesandtschaften und mit ihnen die Vertreter der Presse, des Rundfunks des Fernsehens sowie des Films.

Und nun einiges Geschäftliche. Bundesvorstand und Bundesparteiauschuß schlagen Ihnen vor, für die Wahl des Redaktionskomitees folgende Herren zu wählen: Bundestagsabgeordneter Kiesinger, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Dr. Gradl und Dr. Heck. Ich bitte um Ihr Einverständnis. (Beifall.)

Ich danke Ihnen. Die vier Mitglieder des Redaktionskomitees sind berechtigt, bei der Behandlung von Sachfragen geeignete Persönlichkeiten hinzuzuziehen. Und nun darf ich unsere Freunde und Gäste bitten, zur Begrüßung das Wort zu ergreifen. Zunächst bitte ich Herrn

Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller.

(Mit lebhaftem Beifall begrüßt.)

Ich habe die Ehre, dem Bundesparteitag der CDU die Grüße und Glückwünsche der Landesregierung von Baden-Württemberg zu überbringen. Die Hauptstadt des Landes, Stuttgart, zwischen Hügeln und Wäldern, hat Ihnen zum Gruße in der beginnenden, wenn auch verspäteten Pracht des erwachenden Frühlings ihr schönsten Blütenkleid angelegt. Auch sie war von den Furien des Krieges schwer getroffen. Über 50 000 Häuser wurden zerstört oder beschädigt. Tausende starben in den Kellern und auf den Straßen. Aus eigener Kraft hat Stuttgart wiederaufgebaut. Nach Abschluß eines umfassenden, jahrlang umstrittenen Vertrages zwischen Staat und Stadt ist nunmehr auch die Grundlage geschaffen, den Aufbau der großen historischen Denkmäler und Bauten im Herzen der Landeshauptstadt neben einer großzügigen Verkehrsplanung in Angriff zu nehmen.

Die Landesregierung kann Ihnen zur Begrüßung leider nur einen geschäftsführenden Ministerpräsidenten schicken. Seine Tage sind gezählt und man hofft, daß in Kürze die Neubildung der Regierung erfolgen wird. Ich bin in diesen Tagen von Teilnehmern des Parteitages immer wieder gefragt worden, warum die Regierungsbildung so lange dauert. Sie wissen, die Schwaben lassen sich Zeit, so wie sie auch bekanntermaßen erst mit 40 Jahren gescheit werden. (Heiterkeit.) Dazu kommt aber ein sehr bemerkenswerter sachlicher Grund. Bei uns wollen sich alle Parteien an der Regierung beteiligen, keine will in die Opposition. Und selbst wenn wir so viel Ministerplätze schaffen würden, wie sie in Bonn zur Verfügung stehen, würden sie nicht ausreichen, um allen stillen und lauten Wünschen gerecht zu werden. (Heiterkeit.) Es gibt also zweifellos unter den ministeriablen Leuten noch viele Idealisten; wir wissen ja, wie entsagungsvoll und gesundheitsschädlich so ein Ministeramt ist. Und so hatten wir auch schon bisher die Allparteienregierung. So bin ich also gehalten, als Chef der Regierung Ihnen zum Gruße heute das zu sagen, was alle in der Regierung des Landes vertretenen Regierungen unter-

schreiben können, die SPD, die FDP, der BHE und die CDU. Dabei laufe ich zweifellos Gefahr, daß mein CDU-Herz zum Ärger der anderen durchgeht, oder daß es zur Kummernis meiner Freunde hinter dem Berge hält. Ich bitte Sie also von vornherein um Nachsicht, zumal der Herr Bundeskanzler mich dringend gebeten hat, eine längere Rede zu halten.

Die Welt, nicht bloß Deutschland, schaut auf den Tag von Stuttgart und wertet sorgfältig seinen Verlauf und seine Ergebnisse. Die CDU trägt seit sieben Jahren die Hauptlast der Verantwortung für das Staatswesen, das Deutschland heißt. An ihr liegt es entscheidend, ob die Grundgedanken der Verfassung und — was noch wichtiger ist — die sie tragenden Ideen, nicht zuletzt aber das Alltagsgewand des politischen und staatlichen Lebens echt und wahrhaftig erscheinen und in die Tat umgesetzt werden, vor allem, ob sie zum undiskutierten, selbstverständlichen Besitz der großen Masse und als ebenso selbstverständlich verteidigt werden, ob in einer Übereinstimmung aller Gutgesinnten die Ablehnung der Grundgedanken einer echten und kernhaften Demokratie durch die ehemaligen und künftigen Gegner ohne obrigkeitliches Dazutun die richtige und erfolgreiche Antwort findet.

Wird in der Außenpolitik die Einigung Europas und die Überwindung des Nationalismus gelingen? Eines Europas, das nicht am Eisernen Vorhang aufhört, das auch jenseits der Oder-Neiße-Linie auf eine tausendjährige Geschichte blickt und im Südosten ebensolange für Europa gekämpft hat? Wird in der Innenpolitik die Befriedung der Konfessionen und die Zusammenarbeit der Christen im politischen Raume als die entscheidende Tat und als zukunftssträchtiger Versuch gewertet und zur unumstößlichen Tatsache werden? Wird es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gelingen, die Arbeitswelt zu menschlichen und die Lebensbedingungen aller Volksschichten zu verbessern, aber auch die Wirtschaft vom Staatszwang zu befreien? Gerade in unserem Lande mit der ihm eigentümlichen Mischung der Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, dem mangels der Rohstoffbasis von Kohle und Eisen der Export eine Lebensnotwendigkeit ist, mit einem gefestigten Handwerk und einer Landwirtschaft, die von den zahlreichen kleinen und kleinsten Existenzen bis zu den großen und den ertragreichen, aber riskanten Sonderbetrieben reicht, kommt es entscheidend darauf an, daß endlich der soziale Friede geschaffen wird, nicht allein durch unentbehrliche Tarifverträge und unvermeidliche Lohnkämpfe, sondern in der auf tiefem Verantwortungsbewußtsein beruhenden Partnerschaft der Unternehmer und Arbeiter. Es sind auf diesem Wege schon entscheidende Fortschritte gemacht worden und die beiderseitige Erkenntnis, daß letztlich nicht Wirtschafts- und Sozialtheorien, sondern das soziale Verantwortungsgefühl aus Gewissensverpflichtung den Ausschlag gibt, macht gute Fortschritte.

Letztlich erwartet man von diesem Parteitag eine Antwort auf die gerade in diesen Tagen und vor allem im Ausland erörterte Frage, ob die Überwältigung einer zu schwachen Mitte durch Extreme von rechts oder links endgültig ausgeschlossen ist. Das alles sind Gründe, weshalb ein Parteitag der CDU über das Schicksal dieser Partei hinaus Bedeutung hat und das Interesse aller Staatsbürger verdient.

Ich sprach von der Allparteienregierung in Baden-Württemberg. Es besteht Grund zu der Annahme, daß auch die neue Regierung des Landes mindestens eine große Koalition sein und damit die Zusammenarbeit von Parteien bringen wird. Gerade meine Freunde von der CDU betrachten dieses Gebilde manchmal als eine unverständliche Erscheinung, als eine einmalige exotische Pflanze in dem Botanischen Garten der Bundesrepublik. Nur der weise und souveräne Gärtner an der Spitze läßt auch dieser Blume seine Sorgfalt angedeihen.

Wir glauben freilich, daß gerade in den Ländern, wo immer es ohne Aufgabe unserer unabdingbaren Grundsätze möglich ist, der Versuch gemacht werden soll, zu gemeinsamer Arbeit zu kommen. Wir haben dabei festgestellt, daß in den doch weitgehend verwaltungsmäßigen Aufgaben einer Landesregierung und eines Landtags eine Einigung möglich ist und zur Milderung der Gegensätze führt, auch in ihrer Ausstrahlung auf die feindlichen Lager im Bund. (Beifall.)

Unsere guten Wünsche gelten dem Erfolg des Parteitages der CDU. Wer immer weiterblickt, kann in Deutschland nur daran Interesse haben, daß eine große Partei stark bleibt, daß man im Ausland sich auf die Stabilität der deutschen Politik verlassen kann, daß man ein gegebenes Wort und abgeschlossene Verträge hält und daß damit auf die Dauer das Vertrauen geschaffen wird, das geradezu das Lebenselement des erfolgreichen und friedlichen Bestehens eines Volkes in der Familie der Völker ist. (Beifall.)

Es liegt ein tiefer und guter Sinn darin, daß die Parteien, auch die CDU, ihre Jahrestagungen jeweils in einem anderen deutschen Bundeslande abhalten. Ich möchte Sie alle einladen, soweit die Inanspruchnahme durch den Parteitag Ihnen irgendwie Zeit läßt, die Gelegenheit nicht zu versäumen, Land und Leute kennen zu lernen. Mit den folgenden Ausführungen möchte ich den freilich unvollkommenen und nur skizzenhaften Versuch machen, einen kleinen Führer für diese Entdeckungsfahrt an die Hand zu geben.

Die Bevölkerung des Landes Baden-Württemberg setzt sich landsmannschaftlich zusammen aus Alamannen, Schwaben, Franken, Kurpfälzern und jeder Vierte ist ein Preuße. (Lebhaftes Heiterkeit.) Daraus ergeben sich bereits gewisse Schwierigkeiten der Verständigung infolge des Dialektes, der hier gesprochen wird und den kein Eingeborener Zeit seines Lebens verleugnen kann, auch wenn er Jahre im Sprachgebiet des reinen Hochdeutsch gelebt haben sollte. Vor allem wird es einem Schwaben nie gelingen, das „st“ etwa so auszusprechen, wie es im Munde unserer Gäste aus Hamburg, Bremen und Hannover klingt.

Kennzeichnend für dieses Land ist seine Ausgeglichenheit. Es hat von allem etwas, nirgends zuviel. Wir haben nicht die himmelstürmenden Gipfel der Alpen, aber das besinnlich-schöne Mittelgebirge der Alb, keinen Ozean und kein Meer, aber das Idyll des Bodensees, den wir das „Schwäbische Meer“ nennen. Und fast überall, wohin der Wanderer im Reise- und Bäderland Baden-Württemberg seinen Fuß setzt, begegnet er neuen, vielfach verborgenen Köstlichkeiten in Geschichte, Natur, Landschaft und Kunst. Vielleicht haben auch die Menschen des Landes etwas von dieser Ausgeglichenheit mitbekommen. Hier streben die Gegensätze zur Einheit. Freilich fällt dem Württemberger gerade in dieser Gegend das Zarte und Liebliche schwer. Manchmal überwiegt die Neigung, bei allem ehrlichen Wohlwollen grob zu sein. Im Badischen dagegen dominiert die sonnige Liebenswürdigkeit. Überall trifft man eine gewisse Zurückhaltung. Jahrmarktsredner, Gründer von „Bewegungen“, Diktatoren, nationale und andere Apostel haben wenig Glück und nie das Volk im Sturm erobert. Auch die eigene Regierung hat es nicht leicht und muß froh sein, wenn über sie geschimpft wird, dann ist immer noch alles in Ordnung. Hat der Schwabe aber etwas als richtig erkannt, dann hält er unentwegt daran fest. Hat jemand sein Vertrauen gewonnen, so hält er ihm die Treue, ohne viel Worte zu machen.

Man hat uns das „Land der Dichter und Denker“ genannt. Im Schillerjahr kam uns beglückend zum Bewußtsein, wie sehr man wenigstens die Geistesheroen schätzt, die aus diesem Land ihren Weg in die Welt genommen haben. Es ist auch das Land der Philosophen, der Sinnierer

und unentwegten Erfinder, vom Schneider von Ulm über Zeppelin, Bosch, Daimler, Mergenthaler, dem Erfinder der Setzmaschine, und viele andere. Dabei sind sie aber enorm praktisch veranlagt, entschlossen, für eine Erfindung ein Vermögen zu opfern, aber auch geeignet, es zu verdienen, wenn der Plan gelingt (Heiterkeit.) Gerade diese doch recht gesunde Mischung von Idealismus und Erwerbssinn wird manchmal mißverstanden und mißdeutet. Ich könnte sie nicht besser umschreiben als in einer kleinen Geschichte, die hierzulande kursiert:

Ein Schwabe hatte auf dem normalen Wege über Klosterschulen und Stift studiert, dann aber ein Gasthaus mit Metzgerei in Dusslingen bei Tübingen geerbt und übernommen. Oft rühmte er sich am Stammtisch der Honoratioren, Kants „Kritik der reinen Vernunft“ in einer Nacht verschlungen zu haben, und gelegentlich sagte er vertraut: „Wenn i als vom Markt in Tübingen heimfahr', den geschirnten Himmel über mir und das sittliche Gesetz in mir und mein Säu' hinter mir, dann han i meine schenschte Stonde.“ (Heiterkeit.)

Aus dem Programm des Parteitages werden hier zweifellos die Themen über Familienpolitik, Wohnungspolitik und Schaffung von Eigentum besonderes Interesse finden. Nahezu 50 % aller Hausbesitzer sind Arbeitnehmer, kleine Angestellte und Beamte. Fast die Hälfte aller Bausparverträge des Bundesgebietes sind in diesem Lande abgeschlossen, wo auch die größte Bausparkasse ihren Sitz hat. Wir danken der Bundesregierung für die Bereitstellung höherer Mittel zur Auszahlung der Bausparprämien, die einen hohen Prozentsatz der Mittel für den sozialen Wohnungsbau überhaupt ausmachen. Ich darf unbescheiden die einmalige Gelegenheit der Anwesenheit so vieler prominenter Mitglieder der Bundesregierung, des Bundestages und Bundesrates zu einem herzlichen und dringenden Appell benützen, die Mittel noch zu verstärken und damit einen weiteren mächtigen Antrieb zum Sparen für den Bau eines Eigenheims zu geben. Dieses sonst so fernhungrige Volk will seinen Feierabend und Sonntag im eigenen Haus und Garten. Es verdankt seine Krisenfestigkeit in den hinter uns liegenden Jahrzehnten nicht zuletzt der Tatsache, daß seine Arbeiter noch ein Stück Land besitzen, das sie bebauen, oder gar „Arbeiterbauern“ sind.

Ein Kenner und Dichter hat die „Tonleiter der Schwäbischen Seele“ so beschrieben:

Grob und gefühlvoll, verschlossen und doch zu langen Gesprächen bereit, mißtrauisch und aufrichtig, heiter und schwermütig, treu und versonnen, sparsam bis geizig, und doch zu allem bereit, was unbedingt sein muß, selbst zum Steuerzahlen. (Heiterkeit)

Über allem liebt es die Freiheit, nach außen und nach innen. Es kennt keine Demut und Zerknirschung vor den Autoritäten und Größen dieser Welt. Schiller bot seinem Herzog die Stirn, Schubart büßte für seine Offenheit vor Fürstenthronen 10 Jahre auf dem Asperg. Die badischen Demokraten der 48er Jahre gingen in den Tod oder ins Exil. Hier herrscht eine gesunde, aber keine bequeme Demokratie. Der Geist des freien Mannes ist unausrottbar, auch wenn es nur ein kleiner Mann ist.

Und so darf ich zum Schluß den Wunsch wiederholen: Möge dieser Parteitag einen dauernden Beitrag leisten zu einer echten Konsolidierung der deutschen Demokratie nach innen und nach außen, einen Schritt vorwärts bedeuten auf dem mühseligen Weg der deutschen Wiedervereinigung, aber auch einen entscheidenden Beitrag zur Zusammenarbeit und nicht zur Entzweiung aller Gutesinnigen in diesem Lande und in der Bundesrepublik! (Starker Beifall)

Präsident Simpfendörfer

Ich spreche sicher in Ihrem Namen, wenn ich unserem lieben Parteifreund Dr. Gebhard Müller herzlichen Dank für diese glänzende Einführung in das Leben unseres Landes und seiner Bevölkerung abstatte. (Beifall.) Ich bin besonders glücklich und danke ihm dafür, daß er so einiges, was uns auf dem Herzen liegt, an die Adresse nach Bonn auf kürzestem Wege richten konnte.

Nun kommen unsere ausländischen Gäste zum Wort. Als erster spricht für die Christliche Demokratische Union Zentraleuropas

Dr. Gronis:

Zuerst möchte ich meinen besten Dank dem Vorstand der Christlichen Demokratischen Union dafür aussprechen, daß er mir die Möglichkeit gegeben hat, hier anläßlich dieser hervorragenden Tagung einige Begrüßungsworte zum Ausdruck zu bringen. Ich beehre mich, die Grüße und Glückwünsche der Christlich Demokratischen Union Zentraleuropas, in der die christlichen politischen Exilgruppen aus Lettland, Litauen, Jugoslawien, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zusammengeschlossen sind, zu übermitteln. Mit regem Interesse und großer Bewunderung verfolgt die Christlich Demokratische Union Zentraleuropas die erfolgreiche Tätigkeit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Die Stellung, die die CDU errungen und die Aufgaben, die sie erfüllt hat, sind von größter Bedeutung nicht nur vom nationalen oder staatlichen Standpunkt aus betrachtet, sondern sie gehen weit darüber hinaus.

Der nach dem ersten Weltkrieg ausgebrochene Kampf der gottlosen Mächte gegen die christliche Welt und die christliche Ordnung des staatlichen und öffentlichen Lebens wird auch weiter von diesen Mächten mit immer größerer Intensität fortgesetzt. Deutschland bildet nicht nur den Brückenkopf des Widerstandes gegen die Angriffe dieser Mächte, sondern es soll eine unüberwindliche Festung für das christliche Europa sein. (Beifall.) Die CDU Deutschlands hat im Laufe der vergangenen zehn Jahre in dieser Hinsicht große Verdienste erworben. Die Freiheit der Völker und die christliche Ordnung der Staaten wird erst dann gesichert, wenn alle christlich gesinnten Gruppen der ganzen Welt eng und in Freiheit zusammenarbeiten. Dies ist um so notwendiger, als die antichristlichen Mächte in geschlossener Front den Kampf führen.

Abschließend möchte ich wünschen, daß die Tätigkeit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands mit Gottes Hilfe auch in Zukunft ebenso erfolgreich sein wird, wie sie es bisher war. Ich wünsche, daß die CDU auch weiterhin die führende Macht im deutschen Volk bleibt. (Beifall.)

Vorsitzender Simpfendörfer

dankt herzlich und erteilt das Wort dem Stellvertretenden Generalsekretär der NEI.

Dr. Schuyt

Im Namen des Generalsekretariates der Internationalen Union der Christlichen Demokraten habe ich die Ehre, Ihren Parteitag zu begrüßen. Gerade in diesem Moment der europäischen Geschichte ist es für den Vertreter einer europäischen Organisation eine ermutigende Aufgabe, seine Akten hinter sich lassen zu können, damit er sich stärke an den Realitäten. Unsere Organisation ist, wie Sie wissen, geboren aus dem Leid des letzten Weltkrieges. Die christlichen Staatsmänner fanden sich vor eine doppelte Aufgabe gestellt, den Frieden zu gewinnen durch die Einigung Europas und für diese Riesenaufgabe alle Personen und Parteien, die aus

derselben christlichen Inspiration leben, zur zweckmäßigen Zusammenarbeit zu gruppieren. Vieles hat sich in wenigen Jahren geändert. Aus Hunger und Elend wurden große Gedanken geboren, aber jetzt in der Sattheit und im Wohlstand müssen diese Gedanken um ihre Existenz ringen.

Wir haben alle unsere persönliche Freude an der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, die allen Ländern Europas gemeinsam ist. Aber wie sehr wir uns auch darüber freuen mögen, die Hochkonjunktur wird uns aber fatal werden, wenn damit eine Rückkehr zur Vergangenheit verbunden sein wird. Mit Riesenschritten geht die Weltentwicklung weiter. Außerhalb unserer Grenzen denkt man nicht an eine politische Rückkehr in die Vergangenheit, sondern man arbeitet im Gegenteil mit Sturm und Drang in die Welträume der Zukunft hin. Da lächelt man oder man ärgert sich über unseren Nationalstolz. Moskau lächelt, weil wir zersplittert und schwach bleiben, während Washington sich darüber ärgert. Vielleicht kann uns das gleichgültig lassen, aber wenn wir nicht mit wirklich ehrlichem, universellem, christlichem Blick in die Zukunft schauen, dann können wir auch nicht darüber beruhigt sein, daß die Zukunft unserer Kinder besser und sicherer sein wird als unsere heutige Lage. (Beifall.)

Man braucht kein Psychologe zu sein, um zu erkennen, daß aus den Schwierigkeiten der organisatorischen Integration, mit denen wir jetzt kämpfen, eine geistige Desintegration Europas zu resultieren droht. Das Merkmal dieser Desintegration ist das Mißtrauen. Man fühlt jetzt überall ein wachsendes Mißtrauen zwischen den europäischen Völkern. Vielleicht haben die Gründer der NEI, der Internationalen Union Christlicher Demokraten, damals davon geträumt, eine politische Aufgabe erfüllen zu können; denn es gibt manche Träume, die sich späterhin als Realitäten erweisen. Es hat aber keinen Zweck, Träume erklären zu wollen, wenn die Gegebenheiten der heutigen Lage uns zwingen, unsere Aufmerksamkeit und Aktivität auf die psychologischen und moralischen Hintergründe des Politischen zu richten. Der politische Erfolg kann also zeitweilig ausbleiben, worin wir aber nicht zögern und schwanken dürfen, ist unsere christliche Entschlossenheit, bis zum Ende unseren Idealen treu zu bleiben.

Materiell hat sich im Laufe der Jahre vieles geändert, aber geistig sind noch immer die gleichen Argumente für unseren europäischen Idealismus vorhanden. Geistig hat sich nichts geändert in Europa, höchstens eines: das Auftreten des Materialismus in vielerlei Hinsicht. Deshalb wird heute durch gewisse Politiker auch das wirtschaftliche Streben in der internationalen Politik in den Vordergrund gestellt und weniger von der Freiheit gesprochen, vielleicht gerade deshalb, weil die Frage der Freiheit in Europa mit dem Problem der deutschen Wiedervereinigung fast identisch ist, als ob es besser wäre, Weißbrot in Sklaverei als Graubrot in Freiheit zu essen! (Beifall.)

Durch die mit der NEI verbundenen Politiker wird dieser Gedankenwandel grundsätzlich abgelehnt. Sie bleiben dem Grundgedanken treu, Europa in Freiheit zu einigen, damit der Friede dauerhaft aufgebaut wird, sogar dann, wenn Graubrot gegessen werden muß. (Beifall.)

Wenn ich diese Gedanken hier äußern kann, so verdanke ich das der Atmosphäre Ihres Parteitages. Der französische Schriftsteller Jean Peggy sagt: Man wird kein persönliches Glück erfahren können, wenn auch viele andere Menschen hier und in der ganzen Welt im Elend leben. — Ich gratuliere Ihrer Partei und Ihrer Leitung und wünsche Ihnen einen weiteren Erfolg. (Beifall.)

Es spricht als Vertreter der Christlich Sozialen Partei Belgiens und der Christlich Demokratischen Parteien in Holland und Luxemburg, Herr

De Spot:

Es ist für mich das fünftmal, daß ich Ihrem Parteitag beiwohne. Jedesmal habe ich stärker den Eindruck, daß wir Christlich-Sozialen Europas zu einem engen Freundeskreis, zu einer großen Familie gehören. (Lebhafter Beifall.) Die drei Länder, die ich hier vertrete, haben nach jahrelanger Trennung den Weg der Einigung gefunden, doch sind wir uns dessen sehr gut bewußt, daß unser Schicksal mit dem des übrigen Europas eng verbunden ist. Wir wissen, daß sich in einem einigen Europa jeder von uns seine eigene Zukunft sichern kann. Wir wissen, daß ohne Deutschland dieses Europa niemals seine Einheit finden wird. Wir wissen auch, in welchem Maße die Wiedervereinigung Deutschlands die weitere Entwicklung der europäischen Integration bedingt. (Beifall.) Deshalb möchte ich Ihnen die Versicherung geben, daß alle Ihre Freunde in den Benelux-Ländern Ihre Besprechungen und Entscheidungen auf diesem 6. Bundesparteitag der CDU mit leidenschaftlichem Interesse verfolgen.

In den letzten Tagen haben wir gehört, welche verantwortungsvolle Haltung Sie für unsere gemeinsame Verteidigung eingenommen haben. Es weiß niemand besser als Ihre Freunde im Ausland, wie viel von der CDU für Deutschland und für die Zukunft des Abendlandes abhängt. Seien Sie davon überzeugt, daß wir mit ganzem Herzen mit Ihnen fühlen und denken, daß wir Ihnen unser ganzes Vertrauen schenken und unsere uneingeschränkte Mitarbeit versprechen. Wir sind fest entschlossen, die christlich-sozialen Gedanken zu verwirklichen, die uns alle verbinden. (Lebhafter Beifall.)

Es spricht für die Schweizerische Konservative Volkspartei Herr Nationalrat

Dr. Wick:

Von der Größenordnung Ihrer Partei aus gesehen ist die Schweizerische Konservative Volkspartei nur klein, aber innerhalb der Zahlengröße der schweizerischen Parteien ist die Konservative Volkspartei heute doch die größte bürgerliche Partei der Schweiz, und in der Vereinigten Bundesversammlung von Ständerat und Nationalrat, d. h. der Vertretung der Kantone und des Volkes, stellt sie die größte Fraktion dar.

Ich will aber Ihnen gegenüber nicht das Bild vom kleinen David und dem großen Goliath gebrauchen. Wenn wir Ihnen gegenüber auch klein sind, so werden wir doch nicht mit Steinen und Schleuder gegen Sie auf-rücken. (Heiterkeit.) Wir betrachten Sie auch nicht als biblischen Goliath; er war wohl ein Riese an Gestalt, aber kein Riese an Intelligenz. Sie sind wohl parteimäßig ein Riesengebilde, aber zugleich mit einem hochintelligenten Kopf versehen, gegen den man mit Stein und Schleuder nicht auf-kommen kann. (Heiterkeit.)

Ich denke dabei nicht etwa an unsere kleine Schweizerische Konservative Volkspartei, sondern an jemand ganz anderes, der zwar auch klein ist, aber auch kein David. Die Schweizerische Konservative Volkspartei grüßt somit in aller Herzlichkeit die große Christlich Demokratische Union der Deutschen Bundesrepublik mit ihrem Chef an der Spitze, der auch in unserer Partei höchstes Ansehen genießt. (Lebhafter Beifall.) Daß er mehr als einmal die Schweiz als Ort seines Ferienaufenthaltes wählte, freut uns ganz besonders; er hat zwar in der als Regenregion zu Unrecht verschrieenen inneren Schweiz sonnigeren Tage erlebt als letzthin im Tessin, aber wir Luzerner und Zentralschweizer würden uns herzlich freuen, ihn wiederum im Herzen der Schweiz begrüßen zu können. Herr Bundeskanzler!

Sie sind uns heute schon herzlich willkommen geheißen als Chef einer Partei, deren oberstes Programm die Freiheit des Abendlandes auf christlicher Grundlage ist. Wer diese Grundlage ablehnt und sie bekämpft, begibt sich nicht nur in die Front der Feinde des Christentums, sondern auch in die der Feinde der abendländischen Kultur. Wer etwa die Christlich Demokratische Union, das stärkste Bollwerk der Vereinigten Christlich Demokratischen Parteien Europas, grundsätzlich bekämpft, sägt sich den Ast ab, auf dem er selber sitzt.

Gestatten Sie, daß ich ganz kurz einige Worte über unsere schweizerische Partei verliere, und zwar deswegen, weil der Name „Konservativ“ bei vielen keinen guten Klang hat. Der Konservatismus stand am Ende des zweiten Weltkrieges in Europa nicht hoch im Kurs, aber ein vom Krieg in wunderbarer Weise fast verschontes Land wie die Schweiz mußte sich auf seine weder durch Krieg noch durch Revolution unterbrochenen Traditionswerte besinnen und auf ihnen weiter aufbauen. In diesem Sinne war und ist die Schweiz über parteipolitische Bildungen hinaus ein konservatives Volk, da es ganz bewußt aus der Kontinuität seiner Geschichte heraus lebt. Auch unsere Demokratie lebt von dieser Kontinuität, von diesem Konservatismus. Es besteht für die jungen Demokratien immer die Gefahr, daß sie die Demokratie zum Selbstzweck machen, und zwar mit dem Anspruch auf Totalität. Man kann aber einen Staat auch zu Tode demokratisieren. Wertvoll ist eine Demokratie ja nur durch einen sinnvoll angemessenen Vollzug. Volksrechte, so wichtig sie auch sind, müssen sich in die gegebene Wirklichkeit einordnen. Für die Schweizerische Konservative Volkspartei ist die Demokratie kein doktrinäres Prinzip, sondern eine geschichtliche Wirklichkeit.

Als bei Gründung des heutigen schweizerischen Bundesstaates radikale Elemente nur die Schaffung einer Volkskammer befürworteten und die Konstituierung einer Ständekammer mit der Begründung ablehnten, daß eine solche nur einen konservativen Hemmschuh für die Demokratie darstelle, erklärte der nachmalige Waadtländische Bundesrat Brüche: „Oui Messieurs, nous voulons un Hemmschuh, nous voulons absolument un Hemmschuh.“ Das Fehlen einer Bremse ist nicht nur bei einem Automobil mit Lebensgefahr verbunden, sondern auch im politischen Leben, auch in der Demokratie! (Beifall.) Für beide braucht man Antrieb und Bremse.

In dem praktischen Bekenntnis zu dieser Auffassung liegt unser schweizer Konservatismus begründet. Wir glauben, daß man dafür auch in unseren christlich-demokratischen Schwesterparteien mehr und mehr Verständnis findet. Wo dieses Verständnis noch fehlen sollte, trösten wir uns mit dem bekannten Worte, das der große französische Katholikenführer Montalembert einmal für das kirchliche Gebiet ausgesprochen hat: „Il faut savoir servir Rom...“ Auch wir wollen mit unserem Konservatismus dem christlichen Abendland dienen, selbst auf die Gefahr hin, ihm zu mißfallen. Im übrigen wiederhole ich, daß wir unsere politischen Institutionen, die auf dem Boden unserer Geschichte gewachsen sind, niemals als Exportartikel betrachten. Selbst unsere Demokratie, die älteste im heutigen Europa, betrachten wir auch als die erträglichste Form menschlicher Unzulänglichkeit.

Entschuldigen Sie bitte, daß ich mir hier aus unserer besonderen schweizerischen Situation heraus erlaubt habe, Ihnen einige Fragen unseres eidgenössischen Daseins zu unterbreiten. Wenn Sie Gäste aus dem Ausland eingeladen haben, so wohl nicht in letzter Linie deshalb, um uns nicht nur zu versöhnen, sondern auch um uns in unseren verschiedenen politischen Situationen kennenzulernen. Hier gilt das Wort unseres größten schweizerischen Dichters Gottfried Keller: Achte eines jeden Vaterland, das deine aber liebe! — So danken wir Ihnen herzlich

für diese freundliche Einladung, und wir sind überzeugt, daß wir am Schluß dieses Kongresses Ihr Vaterland noch mehr achten, als wir es schon bisher getan haben. Ich danke Ihnen. (Sehr starker Beifall.)

Es spricht die Vertreterin der Christlich Demokratischen Frauenbewegung in Italien

Signora Conci:

Es ist für mich eine besondere Freude und eine große Ehre, an diesem Parteitag der CDU teilnehmen zu können und Ihnen den herzlichsten Gruß meiner Partei und besonders des Herrn Fanfani zu bringen, der in diesen Tagen des harten Wahlkampfes — wir haben nächsten Monat Gemeindewahlen — Italien nicht verlassen kann. Mit dem Gruß bringe ich Ihnen auch den aufrichtigsten und innigsten Wunsch zu einem glänzenden Erfolg dieses Parteitages. Wir wünschen Ihnen einen steten segensreichen Zuwachs und Fortschritt in Ihrer Partei. (Beifall.)

Was die CDU in diesem ersten Jahrzehnt, in diesen schweren zehn Jahren geleistet und errungen hat — man braucht nur nach Deutschland zu kommen, um den herrlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufschwung des neuen demokratischen Deutschlands festzustellen —, ist der sicherste Beweis dafür, daß Sie auch in Zukunft die schwierigen Probleme der Innen- und Außenpolitik in glänzender Weise im Interesse aller lösen werden.

Ich möchte einen ganz besonderen Dank der CDU für die Gelegenheit aussprechen, die sie uns bietet, öfters nach Deutschland zu kommen. Auch wir sind sehr froh, wenn Sie uns in Italien besuchen; denn jedes Zusammentreffen verstärkt ja unsere Freundschaft. Besonders eindrucksvoll für uns war der Besuch in Ostberlin. Wir haben dort eingesehen, daß man nicht begreifen kann, was Freiheit bedeutet, wenn man dieses höchste, unersetzbare menschliche Gut noch nicht verloren hat. Wir können Ihnen versichern, daß die Democrazia Italiens mehr denn je entschlossen ist, den ersten Feind von Menschenfreiheit und Menschenwürde unerbittlich zu bekämpfen, welche Form er auch annehmen und welche Taktik er auch anwenden möge. (Lebhafter Beifall.) Ostberlin hat für uns auch bedeutet den erschütternden Ausdruck eines menschlichen Sehnsens, das wir alle tief empfinden. Wir sind alle davon überzeugt, daß keine Entspannung in der Weltpolitik und kein dauernder Friede bestehen können, solange dieses Sehnen nicht befriedigt ist. (Beifall.)

Wie einst De Gasperi mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, mit der Macht seiner Persönlichkeit und mit der Kraft seiner festen Überzeugung, so ist auch heute Herr Fanfani und die ganze Christlich Demokratische Partei Italiens fest entschlossen, mitzuarbeiten und alles aufzubieten zur Vereinigung des freien Europas. (Beifall.) Wir wollen nicht nachgeben, bis dieses hohe Ziel erreicht ist. Nur das freie Europa kann uns für die Zukunft sichern. Möge nun Gott Ihnen, verehrte Freunde, und uns allen die Kraft verleihen, daß wir durch unsere politische Tätigkeit für alle Zukunft unseren Völkern in Europa und auch der ganzen Menschheit soziale Sicherheit, Friede und Freiheit sichern können. (Starker Beifall.)

Es spricht für die CDU an der Saar Herr

Kohlbrecher:

Im Namen der Christlich Demokratischen Union des Saargebietes und im Auftrage ihres ersten Vorsitzenden, des Ministerpräsidenten Dr. Ney, der leider heute durch sehr wichtige Regierungsgeschäfte verhindert ist, danke ich Ihnen sehr herzlich für die lebenswürdige Einladung und für die freundlichen Worte der Begrüßung. Wir an der Saar haben sehr schwere Jahre der Verfolgung und des Kampfes hinter uns. Es erfüllt uns daher mit

besonderer Genugtuung, daß wir heute zum ersten Male als eine legale Partei, und zwar als die führende Regierungspartei unserer Heimat, in Ihrer Mitte sein dürfen. (Beifall.)

Wir an der Saar fühlen uns heute bereits als ein Teil Ihrer großen Familie, die, so hoffen wir, neben der Saar auch die anderen noch getrennten Glieder des Vaterlandes vereinen wird. In diesem Sinne erwarten wir, daß die noch im Gang befindlichen Saarverhandlungen bald einen für unsere Heimat und damit auch für das ganze Deutschland günstigen Abschluß finden werden. (Beifall.)

Möge aber auch unsere Anwesenheit auf Ihrem Parteitag dazu beitragen, daß alle gutgesinnten christlich-demokratischen Kräfte unserer Heimat sich zusammenfinden, um sich möglichst bald als starker Landesverband Ihnen anzuschließen. (Starker Beifall)

Präsident Simpfendorfer:

Nun spricht zu uns unser Freund von der CSU Bayerns, Herr Minister Strauß. Ich bitte, es nicht falsch zu verstehen, wenn ich ihm am Schluß der ausländischen Gäste das Wort erteile. (Heiterkeit.) Es soll der Ausdruck dafür sein, daß Bayern eine ganz besondere Stellung einnimmt.

Bundesminister Strauß:

Ich glaube, ich sage es zum fünften Male als Vertreter der Christlich Sozialen Union auf dem Parteitag der CDU: Liebe Parteifreunde! (Beifall.)

Ich habe die Ehre und das Recht, für die Schwesternpartei der Union, für die Unionspartei des schon seit längerer Zeit mit dem Bundesgebiet wiedervereinigten Bayerns nach unserem Freunde vom Saarland einige Worte an Sie richten zu dürfen. Ich hoffe auch, daß ich in dieser Stadt und in diesem Land des Freundes Gebhard Müller wenigstens gnädig geduldet bin, da meine amtliche Aufgabe zur Zeit u. a. auch darin besteht, den badischen Bevölkerungsteil dieses Landes durch den Aufbau eines Atommeilers in Karlsruhe mit der Tatsache zu versöhnen, daß sie den Charakter der Landeshauptstadt verloren hat.

Uns verbindet in einem zehnjährigen gemeinsamen Ringen um den Wiederaufbau unseres Landes, in einer siebenjährigen gemeinsamen Arbeit um die Formung eines deutschen Staates vieles. Uns verbindet nicht nur eine Gemeinsamkeit der politischen Ideale. Wir sind zutiefst von der Richtigkeit der Unionsidee überzeugt, die nicht eine politische Koalition der beiden Konfessionen ist und jemals werden darf, sondern eine politische Einheit der beiden Konfessionen darstellt. (Lebhafter Beifall.) Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Addition der Einzelwünsche und Einzelinteressen, seien sie individueller oder gruppenmäßiger Art, in unserem Staat noch lange nicht die Erfüllung der Gesamtaufgabe darstellt, der zu dienen wir verpflichtet sind. (Beifall.)

Wir haben bei unserer Arbeit für Deutschland uns ferner gemeinsam vor Augen zu halten das übergeordnete Gesamtbild des gesamten Europas diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges. (Beifall.) Wir werden bei unserer Arbeit für ein wiedervereinigtes Deutschland nur dann der Sympathien der ganzen freien Welt gewiß sein, wenn wir mit dieser Arbeit das Ziel eines wiedervereinigten freien Europas verfolgen. (Beifall.)

Es sind drei Gefahren, die uns heute gemeinsam bedrohen. Das eine ist die Gefahr des zunehmenden Materialismus in unserem Volk. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß die materiellen Ergebnisse unserer Politik leider auch die Gefahr in sich tragen, die moralischen Grundlagen unserer Politik in der breiten Öffentlichkeit zu gefährden, wenn nicht zu zerstören. (Zustimmung.) Wir müssen uns ferner darüber

im klaren sein, daß die zunehmenden Tendenzen eines wiedererwachenden Nationalismus bei uns in den Anfängen erkannt und in den Wurzeln bekämpft werden müssen, (Starker Beifall.) jenes freien Zweckmäßigkeitsnationalismus mit seinen pathetischen Phrasen und Formulierungen, wie wir sie auf dem Parteitag der FDP in Würzburg gehört haben. Wir müssen ferner die Gefahr sehen, daß heute wieder viele böse Geister in unserem Volk am Erwachen sind, die Politik um jeden Preis machen wollen, und zwar mit der in unserer Vergangenheit so sattsam und tragisch bekannten Formulierung: Es muß anders werden! (Beifall.)

Aber sie wissen nicht, warum es anders werden muß; sie schreien: Der oder das — ich bitte, das sagen zu dürfen — müssen weg, damit etwas Neues Platz hat. Sie haben keine Vorstellung davon, daß es sehr wohl anders werden kann, aber anders, als sie sich vorstellen. Wir sehen als Hintergrund dieser Gefahren die doppelte Charaktereigenschaft unseres Volkes, die unvorstellbare Fähigkeit, sich aus einer Katastrophe in kürzester Zeit zum Bewundern und zum Teil zum Neid der Welt erholen zu können, um immer dann, wenn man den letzten Schritt auf der Leiter zu unternehmen im Begriff ist, wieder den ersten Schritt zu unternehmen, um den Abstieg nach unten anzutreten. Genau auf diesem Punkt sind wir jetzt. (Beifall.)

Es ist uns in Bayern relativ schwer gefallen, in die Opposition zu gehen. Aber wir haben es getan. (Heiterkeit.) Das Rechnen und der Spott, dem wir damals ausgesetzt waren — ich sage es an manche Adresse, Herr Bundeskanzler — sind heute einer wesentlich ernsteren Beurteilung der Hintergründe des Schicksales der CSU gewichen, daß nämlich nicht nur taktische Ungeschicklichkeit oder bestimmte Extremismen letzten Endes den Ausschlag gegeben haben, sondern daß im Hintergrund bereits von den damals noch treu scheinenden Koalitionspartnern, die wir zum Teil sehr hofiert haben, der Ring um uns geschmiedet worden ist, der Ring der Feindschaft, der Ring der Isolierung, der Ring des eiskalten Hasses, den wir heute als Christliche Demokraten spüren. (Starker Beifall.)

Wir können angesichts dessen, was sich seit geraumer Zeit abgespielt hat, nicht so tun, als ob nichts geschehen wäre. Wir müssen dem Rechnung tragen durch Erkennen der Hintergründe und durch Ziehung der Konsequenzen, die sich daraus ergeben, ohne sie im einzelnen andeuten zu wollen. Wir müssen insbesondere — das darf ich als Vertreter der Christlich Sozialen Union aus unserer bayrischen Situation und aus dem gemeinsamen Anliegen heraus sagen — uns sehr wohl davor hüten, einseitige Liebeserklärungen an Partner abzugeben, die entweder nichts hinter sich haben oder diese Liebeserklärungen nur benutzen, um uns in der ersten Stunde an die anderen verkaufen zu können. (Beifall.)

Wir hören heute diese Parolen, wonach man damit rechnet, daß die CDU/CSU sich sozusagen auf dem Abstieg befände und daß sie ihren Abgang einleitete. Damit verbinden sich auch die Spekulationen auf das Jahr 1957; es sind menschlich sehr negative Gedankengänge. Wir haben deshalb um so mehr Grund, unseres Werkes zwar stolz zu sein, aber nicht unser gutes Gewissen als Ruhekiten zu benutzen, als Anlaß zum Demobilismus, sondern die Verpflichtung zu sehen, aus dem Erreichten heraus das bisherige Werk nicht zu gefährden und die Kontinuität unserer Arbeit sicherzustellen.

Ich weiß nicht, ob dem Herrn Bundeskanzler aus dem Munde eines Bayern ein historischer Vergleich im Schlußsatz meiner Rede angenehm ist, aber aus dem Munde eines Münchener wirkt es vielleicht weniger provozierend als bei einem rheinländischen Mußpreußen. Unser deutsches Volk in seiner tragischen Zerteilung hat die Gnade und das Glück gehabt, zum erstenmal seit dem Ausscheiden Bismarcks aus der deutschen Politik,

bei allem Respekt für die großen Namen der Zwischenzeit, einen echten Staatsmann wieder an der Spitze seines politischen Schicksales zu haben. (Starker Beifall.) Wenn im deutschen Volke ein Funken Anstand ist, auch bei unseren politischen Gegnern, dann haben sie die Pflicht und die moralische Notwendigkeit, nicht mit bestimmten Abläufen zu rechnen, sondern mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß das Erreichte nicht gefährdet und daß die Kontinuität der deutschen Politik auf gesunder Grundlage erhalten bleibt. (Sehr starker Beifall.)

Präsident Simpfendorfer:

Ich muß noch etwas Geschäftliches nachholen. Für die Mandatsprüfungskommission werden vom Bundesvorstand und Bundespartei-ausschuß vorgeschlagen die Herren Dr. Fay, Blank, Dullenkopf und Müllenbach. Ich bitte, diesen Vorschlag zu billigen. (Beifall.) Das ist der Fall.

Es spricht nunmehr unser erster

Bundesvorsitzender Bundeskanzler Dr. Adenauer

Auf dem diesjährigen Parteitag in Stuttgart denken wir alle wohl zurück an die Zeit vor zehn Jahren, in der die ersten Orts- und Landesparteien der CDU und CSU gegründet wurden. Wir gedenken jener Zeit mit eigenartigen Empfindungen. Es ersteht wieder vor unserem Auge die Trostlosigkeit der Zerstörung; es wird aber auch in uns wach das Gedenken an den Idealismus, mit dem wir alle damals an die Gründung dieser beiden christlichen Parteien herangingen. Wir gedenken so manches Mannes und mancher Frau, die unter den damaligen schwierigen Verhältnissen mit uns zusammenarbeiteten und schon von uns gegangen sind. Wir gedenken der Schwierigkeiten, die wir zu überwinden hatten, namentlich auch bei den damaligen Besatzungsbehörden. Wir waren kein Kind der Besatzung. Wir sind nicht gepflegt und gehegt worden; ich will nicht sagen, wer gepflegt und gehegt wurde, wir jedenfalls nicht. (Beifall.)

Wenn wir so zurückdenken, dann gedenken wir auch der Verpflichtungen, die wir mit dieser Parteigründung auf uns nahmen. Wir denken daran, daß wir die christlichen Grundsätze zur Grundlage unserer Politik machen wollen. Wir fragen uns, sind wir dieser Verpflichtung treu geblieben, treu geblieben bei der Aufbauarbeit dieser 10 Jahre. Besitzen wir jetzt noch die gleiche geistige Kraft, die es uns ermöglichte, diese Erfolge zu erzielen? Wir fragen uns: Haben wir noch dieselbe geistige und seelische Stärke wie damals, um auch in den kommenden schweren Jahren unsere Pflichten zu erfüllen? Denn seien Sie davon überzeugt, so schwer die Jahre waren, die hinter uns liegen, ich fürchte, die Jahre, die vor uns liegen, werden nicht leichter sein. (Zurufe: Sehr richtig!)

Die Christlich Demokratische Union in der britischen Zone — es war damals verboten, Parteigründungen über die Zonengrenzen hinaus vorzunehmen, wenigstens war es uns verboten — hat am 1. März des Jahres 1946 in Neheim-Hüsten in Westfalen — ich sage Westfalen, weil eben von Westfalen aus Klagen laut geworden sind, daß sie zu wenig beachtet würden — einen Aufruf erlassen, der mit packender Eindringlichkeit schildert, wie es damals war. Lassen Sie mich aus diesem Aufruf einige Sätze verlesen:

„Ein Schicksal ohne Beispiel ist über das deutsche Volk hereingebrochen. Nach zwei gewaltigen Kriegen innerhalb eines Menschenalters stehen wir vor einem Trümmerfeld von unabsehbaren Ausmaßen: Wertvollste Jugendkraft auf den Schlachtfeldern verblutet, zahllose Menschen verstümmelt und in Gefangenschaft, das Reich entrechtet, unsere Städte und Dörfer zerstört, Wirtschaft und Finanzen ruiniert, Millionen von Deutschen heimatlos, obdachlos, ohne Kleidung und Brot, weiteste Kreise unseres Volkes ent-

täuscht, verbittert, ohne jeden geistigen Halt und ohne Leitstern, der ihnen einen Weg in die Zukunft weisen könnte.

Die Christlich Demokratische Union ruft alle aufbauwilligen Kräfte auf, in dem unerschütterlichen Vertrauen auf die guten Eigenschaften des deutschen Volkes und in der unbeugsamen Entschlossenheit, den christlichen Gedanken und das hohe Ideal wahrhafter Demokratie zur Grundlage der Erneuerung zu machen.

Zum ersten Male in der deutschen Geschichte finden wir uns unter Ablehnung jeglicher Zersplitterung in unserem Volke zusammen zur Union aller christlichen Demokraten. Der Ruf zur Freiheit hat viele zum christlichen Kulturbewußtsein zurückgeführt, dessen Lebenskraft Jahrtausende überwand und die Entwicklung der Menschheit mit ewig junger Kraft bestimmte. Die Rückbesinnung auf diese unverlierbaren Werte wird uns die Kraft geben, verschüttete Quellen zu erschließen und einen großen und vollen Beitrag zum Glück und zum Fortschritt der Menschheit zu leisten wie jedes andere Volk."

Auch ein Programm der Christlich Demokratischen Union der britischen Zone wurde damals in Neheim-Hüsten beschlossen. Das, was damals beschlossen wurde, findet sich auch in dem Programm anderer Landesparteien. Lassen Sie mich aus diesem Programm auch einige Sätze in unsere Erinnerung zurückerufen:

"Die Christlich Demokratische Union will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat und Kultur beherrschte, soll zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus wurzelte in dieser Weltanschauung; er führte die ihr entstammenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin diese Entwicklung, die wir vor dem Anfang dieses Jahrhunderts begannen, geführt hat, sehen wir: zur Verachtung des Rechtes und zur Anbetung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergottung des Staates und ungehemmten Ausdehnung seines Bereiches. Das Ende sind Vernichtung und Auflösung des Staates, Zerstörung der Wirtschaft, völlige geistige und materielle Verelendung des Volkes.

Nur eine weltanschauliche Ordnung des Volkes kann eine Besserung bringen. Eine sittliche Erneuerung ist notwendig, wenn die ungeheuren Belastungen, die jedem Deutschen auferlegt werden, getragen und die dadurch entstehenden Spannungen ausgeglichen werden sollen. An die Stelle der materialistischen muß wieder die christliche Weltanschauung treten, an die Stelle der sich aus dem Materialismus ergebenden Grundsätze die Grundsätze der christlichen Ethik. Sie müssen bezeichnend werden für den Wiederaufbau des Staates und die Abgrenzung seiner Macht, für die Rechte und Pflichten der Einzelpersonen, für das wirtschaftliche und soziale Leben, für unsere Kultur, für das Verhältnis der Völker zueinander. Die christliche Weltauffassung allein gewährleistet Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine echte und wahre Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchführen soll. Wir betrachten die hohe Auffassung des Christentums von der Menschenwürde, vom Wert jedes einzelnen Menschen als Grundlage und Richtschnur unserer Arbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes."

Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen diesen Aufruf so ausführlich vorgetragen habe, aber ich glaube, es ist notwendig, damit wir uns darauf zurückbesinnen, ob wir diesen Grundsätzen, die damals Allgemeingut aller sich zur CDU und CSU bekennenden Menschen waren, treu geblieben sind.

Wir wollen auf diesem Parteitag in Stuttgart den festen Vorsatz fassen, diesen Grundsätzen in unserer Arbeit auch weiterhin treu zu bleiben. (Starker Beifall.)

Wir haben damals über unsere Verhältnisse zu anderen Ländern gesagt:

Das war unsere Stimmung damals. Ich glaube, daß wir — ich sage das aus ehrlicher Überzeugung, auch wenn wir nicht zu jeder Stunde und an jedem Tag ausdrücklich diese Grundsätze proklamiert haben — in unserer Arbeit diesen Grundsätzen treu geblieben sind. (Beifall.)

Man hält uns von gegnerischer Seite vor, das bedeute eine Anmaßung, vor allem sei es aber ganz falsch, eine christliche Partei zu gründen oder den christlichen Gedanken als Grundlage des politischen Handelns zu erklären. Das wird uns gegenüber zum Vorwurf gemacht von der Sozialdemokratischen Partei. Und es wird uns gegenüber zum Vorwurf gemacht von der Partei des Würzburger Parteitages. (Heiterkeit.)

Ich möchte diesen Kreisen ein Zitat von Goethe entgegenhalten, weil ich glaube, daß dieses Wort Goethes auf sie doch einen tieferen Eindruck machen wird als Worte, die aus irgendeinem Buch, und mag es noch so heilig sein, stehen. Goethe hat gesagt:

„Das eigentliche, einzige und tiefste Thema der Welt- und Menschen-geschichte, dem alle übrigen untergeordnet sind, bleibt der Konflikt des Unglaubens und Glaubens. Alle Epochen, in welchen der Glaube herrscht, unter welcher Gestalt er auch wolle, sind glänzend, herzerhebend und fruchtbar für Mitwelt und Nachwelt. Alle Epochen dagegen, in welchen der Unglaube, in welcher Form es auch sei, einen kümmerlichen Sieg behauptet, und wenn sie auch einen Augenblick mit einem Scheinglanz prahlen sollten, verschwinden vor der Nachwelt, weil sich niemand gern mit Erkenntnis des Unfruchtbaren abquälen mag.“ (Beifall)

Gewiß, alles menschliche Denken und Handeln ist vielfach zeitgebunden und dem Wechsel unterworfen. Aber wenn man eine politische Partei aufbaut, die nur auf zeitgebundenen Voraussetzungen beruht, dann wird eine solche Partei steril und vergänglich sein. Gerade auch Parteien oder — besser — gerade politische Parteien müssen in der Tiefe aufbauen, wenn sie Dauer haben sollen. Sie müssen aufbauen auf unvergänglichen Werten.

Lassen Sie mich das erhärten an zwei Beispielen, einmal an der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit dem Zusammenbruch und andererseits an der Entwicklung unserer Partei. Es ist der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bisher nicht gelungen, nach dem Zusammenbruch trotz oder vielleicht wegen der völlig veränderten Zeitverhältnisse ein neues, wirklich fundamentales Programm aufzustellen. (Sehr richtig!)

Sie nimmt wohl Stellung zu Einzelproblemen, aber eine Gesamtkonzeption fehlt dabei. Sie nimmt Stellung zu Einzelproblemen und stellt Anträge, aber sie erschöpft sich in einer unfruchtbaren Oppositionsstellung. Sie hat sich seinerzeit, gestützt auf Engels und Marx, besonders der Industriearbeiterschaft angenommen und zweifellos in der Vergangenheit große Verdienste erworben; aber die staatliche, die wirtschaftliche, die gesellschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes, wie sie heute ist, beruht weder auf Marx noch auf Engels. (Sehr gut!)

Und so erschöpft sich die Arbeit der heutigen Sozialdemokratie in Deutschland in eine mehr oder weniger unfruchtbare Negation.

Wir haben unsere Parteigründung — ich habe es eben absichtlich so ausführlich dargelegt — bewußt auf das Unvergängliche gestellt. Daraus schöpfen wir immer neue Kraft und neue Möglichkeiten. Aus ihnen heraus können wir in unserer Partei zusammenführen alle

Stände, alle Berufe und vor allem die beiden christlichen Konfessionen. (Lebhafter Beifall.)

Dieses Fundament unserer Partei ermöglicht es uns, Synthesen zwischen den Anschauungen und Interessen der verschiedenen Berufe und Stände herbeizuführen. Es ermöglicht uns eine immer wieder sich zeigende Erneuerung, eine immer neue Anpassung an die wechselnden politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, weil dieser christliche Gedanke von Ewigkeitswert und allumfassend ist.

Gerade in den letzten Monaten haben manche Leute innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik, auch einige Zeitungen, geglaubt, in unserer Partei Ermüdungserscheinungen feststellen zu können. Nun, die Leute haben sich geirrt! (Beifall.)

Unsere Partei — das mögen sie sich gesagt sein lassen — ist so frisch und so kräftig und so verantwortungsbewußt wie am ersten Tage, da sie ins Leben trat. (Starker Beifall.)

Es ist mir nicht nur gestattet, sondern es wird vielleicht sogar von mir verlangt werden, an diesem Parteitag, zehn Jahre nachdem unsere Partei ins Leben trat, einen Rückblick zu werfen auf das, was geleistet worden ist. Ich werde Sie nicht mit vielen Zahlen belästigen. Glauben Sie mir das eine: ich stelle diesen Rückblick auch im Hinblick auf die Zukunft, um den Versuch zu machen, Ihnen darzulegen, welche Ziele wir in den nächsten Jahren noch erreichen müssen. Ich gebe diesen Rückblick auch im Geiste der Selbstkritik, zur Selbstkontrolle, ob wir immer richtig gehandelt haben.

Ich muß nochmals skizzieren den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Lassen Sie mich beginnen bei der wirtschaftlichen Lage, weil die wirtschaftliche Lage auch von entscheidender Bedeutung ist für die geistige Situation. Große Armut ist ebenso gefährlich wie großer Reichtum. Über den Reichtum werde ich auch noch sprechen, aber ich muß zurückkommen auf die Armut, in der wir uns einmal befunden haben.

1947, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, waren uns von den Besatzungsbehörden zugeteilt weniger als 1000 Kalorien pro Tag. Die Versorgung in den übrigen lebenswichtigen Gütern war nicht besser. Heute klingt es unwirklich, wenn ich Ihnen sage, daß wir bei dem Produktionsstand der deutschen Wirtschaft 1946/47 jeder von uns alle 40 Jahre einen Straßenganzug, alle 10 Jahre ein Oberhemd und alle 4 Jahre ein Paar Strümpfe zugeteilt bekommen hätten. Wie es heute steht, das beweist Ihnen ein Gang durch diese blühende Stadt. Das beweist uns ein Blick auf die Kleidung und die Haltung der Menschen, ein Blick in die Schaufenster, ein Blick in die Gaststätten und ein Blick in die Theaterprogramme.

Ich möchte Ihnen nun noch eine Ziffer nennen, nämlich die Produktionsziffer des Stahls, weil der Stahl der Grundstoff jeder wirtschaftlichen Entwicklung ist. Unsere Stahlherstellung betrug im Jahre 1949 6 Millionen Tonnen; sie beträgt jetzt 24 Millionen Tonnen pro Jahr.

Nun zum Wohnungsmarkt! Wir haben seit 1949, seitdem die Bundesregierung besteht, über 2,5 Millionen neue Wohnungen errichtet. Erst als es gelang, die Planwirtschaft zu durchstoßen und die soziale Marktwirtschaft zur Geltung zu bringen und so der privaten Initiative Raum zu schaffen, war es möglich, solche Leistungen zu vollbringen. Es ist ein unvergeßliches Verdienst der Tätigkeit unserer Freunde im Frankfurter Wirtschaftsrat, besonders des jetzigen Bundeswirtschaftsministers Erhard, daß sie damals entschlossen und kühn die Planwirtschaft beseitigt und die Tore zu dieser Entwicklung aufgestoßen haben. (Beifall.)

Es gelang in dieser Zeit, die Zahl der Beschäftigten von 13,4 Millionen auf 17,7 Millionen zu steigern, also um 4,3 Millionen, und damit eine Lebensgrundlage für eine weitaus größere Zahl von Menschen, nämlich für sie und ihre Familien, zu schaffen.

Wir alle wissen, daß wir noch große Arbeiten gerade auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vor uns haben. Aber wir werden auch diese Aufgabe meistern, so wie es uns gelungen ist, die tödliche Erstarrung, in die die deutsche Wirtschaft durch die Zerstörung des Krieges und die darauf folgende Planwirtschaft verfallen war, zu beseitigen. Gerade dem sozialen Gebiet gilt jetzt unsere besondere Sorge. Man darf uns nicht den Vorwurf machen — er wäre unberechtigt —, daß wir das soziale Gebiet vernachlässigt hätten. Man kann keine Sozialpolitik treiben, wenn nicht eine starke, gute und ertragreiche Wirtschaft sowie die finanzielle Unterlage für die Sozialpolitik vorhanden sind. Alle Probleme gleichzeitig in Angriff nehmen, heißt keinem Problem wirklich gerecht zu werden. Auf sozialem Gebiet werden wir im Laufe der nächsten Monate für die Rentner, für die Kriegsbeschädigten und für die Vertriebenen und Flüchtlinge, um nur diese Schichten herauszugreifen, mit aller Tatkraft und Energie und im vollen Bewußtsein unserer sozialen Verpflichtungen arbeiten, wie sie sich auf der ethischen Grundlage unserer Partei mit zwingender Notwendigkeit ergeben.

Ich werde dabei nicht den Satz vergessen, den ich eben schon ausgesprochen habe, daß nur eine ertragreiche Wirtschaft soziale Leistungen ermöglichen. Ich habe gestern in einer uns nahestehenden Zeitung die Vermutung gelesen, daß die soziale Frage, weil sie nur ein Teil unseres heutigen Programmes bilde, sehr in den Hintergrund getreten sei. Sie werden aus den Referaten hören, daß das ein absoluter Irrtum ist. Gerade die soziale Frage bleibt eine unserer Kardinalfragen, deren Lösung uns aufgegeben ist. (Beifall.)

Eine gesunde Wirtschaft und damit die Erfüllung der sozialen Verpflichtungen ist nicht möglich ohne eine gesunde und feste Währung. Ich weiß, daß Herr Bundesminister Schäffer gerade in diesen Tagen das Ziel mannigfacher Angriffe ist. Ich werde auf diese Angriffe, ob sie berechtigt sind oder nicht, nicht eingehen, aber ein Finanzminister — sei er nun Länderfinanzminister oder Bundesfinanzminister —, der nicht Ziel von Angriffen ist, der taugt nichts. (Beifall und Heiterkeit.) Denken wir doch immer daran, daß Herr Schäffer sich sehr große Verdienste erworben hat. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf sagen, daß unsere Finanzen in Ordnung sind — und sie werden in Ordnung bleiben —, daß unsere Währung fest ist. Trotz all dieses Geredes, nach meiner Meinung zumindest überflüssigen Geredes, von einer drohenden Inflation wird unsere Währung fest und gut bleiben. (Beifall.)

Ich komme jetzt zu einem etwas heiklen Gebiet, nämlich zu unserem Grundgesetz und der Verteilung der Rechte und der Gewalten durch das Grundgesetz zwischen Bund und Ländern. Ich bin ja, wie Sie wissen, einer der Väter des Grundgesetzes. Aber ich möchte doch auch jetzt noch einmal erklären, daß dieses Grundgesetz zustandegekommen ist unter einem entscheidenden und harten Druck der Besatzungsmächte und daß wir nur die Wahl hatten, entweder die drei Zonen und damit diesen größten Teil Deutschlands wieder zu einem Land zusammenzufügen mit diesem Grundgesetz, oder nein zu sagen und damit eine Verantwortung für eine Entwicklung auf uns zu nehmen, die unabsehbar war.

Ich bin ein überzeugter Föderalist. Ich bin kein Zentralist, aber alles muß gegeneinander abgewogen werden. Die föderalistischen Tendenzen des Grundgesetzes, die von den Besatzungsbehörden gewählt waren, um die Zentralgewalt möglichst schwach zu halten und damit ein schwaches Deutschland zu schaffen, gehen nach meiner Meinung doch etwas zu weit. (Beifall.) Die ganze gesetzgeberische Arbeit wird dadurch unendlich verlangsamt und kompliziert. Als wir im Parlamentarischen Rat das Grundgesetz schufen — ich war übrigens, das möchte ich unserem Schweizer Freund sagen, damals für die Schaffung einer Ersten Kammer, weil auch ich der Auffassung bin, daß Bremsen manchmal sehr gut sind —, haben wir nicht geglaubt, daß die Länder im Bundesrat Parteipolitik treiben. Damals waren wir noch in der Illusion gefangen, die Länderregierungen würden sich loslösen von dem Kampf der Parteien, und wir nahmen an, daß nicht dieselben Parteivorstände oder Fraktionsvorstände, die im Bundestag ihren Einfluß ausüben, dies nun auch im Bundesrat tun würden.

Herr Ministerpräsident Gebhard Müller hat eben in reizender Weise von der Arbeit in den Ländern gesprochen. Er hat die Freundlichkeit gehabt, zu sagen, daß ich als Gärtner in dem Botanischen Garten wirke. Ich bin sehr froh, daß er nicht Zoologischer Garten gesagt hat. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich kenne Herrn Müller und weiß, er würde es absichtlich nicht gesagt haben; denn es wäre ein falscher Zungenschlag. In dem Botanischen Garten soll das Pflänzchen der Zusammenarbeit zwischen den großen Parteien so gepflegt werden wie hier in Baden-Württemberg. Aber neben Stuttgart steht in dem Zusammenhang Düsseldorf, steht München. Daß aber in Düsseldorf und München eine so ideale Landespolitik, frei von parteipolitischen Bindungen und Engen getrieben worden sei, ich glaube nicht, daß man das behaupten kann.

Ich möchte noch einige Worte sagen über das kulturelle Gebiet. Gerade auf diesem Gebiet sind die Länder eifersüchtig darauf aus, ihre Rechte, die ihnen das Grundgesetz gibt, zu wahren. Nun, ich gestehe freimütig, für mich gibt es keine schleswig-holsteinische Kultur, keine bremische Kultur, keine Hamburger Kultur, keine niedersächsische Kultur, die wiederum in drei gesonderte Kulturen zerfällt; es gibt keine nordrhein-westfälische Kultur, für mich gibt es eine deutsche Kultur. (Beifall.) Sicher keine Einheitskultur! Aber man schüttelt manchmal doch den Kopf, wenn man zum Beispiel an die Verschiedenheit der Schulverhältnisse denkt. (Beifall.) Lassen Sie mich ein Wort zu diesem Gebiet sagen, auf dem unsere Partei stärker vorangehen muß: das ist die Förderung der geistigen Arbeit. (Beifall.)

Auf diesem Gebiet sind die Bundesrepublik und die Parteien in einer bedauernswerten Weise rückständig. Wenn ich höre, wie ein Jugoslawe über die Bezahlung in unseren Krankenhäusern urteilt, dann ist das tief beschämend. Es gibt auf die Dauer keinen wirtschaftlichen Fortschritt, ohne daß die Wissenschaft auch gepflegt wird. Es muß den jungen Leuten geholfen werden, die heutzutage noch den Mut haben, sich zur Wissenschaft zu bekennen. Das gilt nicht nur für die technischen Wissenschaften, sondern das gilt auch für die geistigen Wissenschaften. (Beifall.) Der Mensch lebt in Wahrheit nicht vom Brote allein. Das ist ein Wort, das ewig ist. Daher müssen wir für die geistigen Wissenschaften mehr tun, als bisher geschehen ist, damit unser Volk nicht heruntersinkt. (Beifall.) Und gerade wir, die wir auf einem geistigen Fundament aufbauen, müssen nach meiner Meinung da vorangehen. Die Gefahren der Sattheit sind wirklich groß. Das darf nicht so bleiben. Auch die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. (Sehr richtig!) Auch die Wirtschaft hat einen ethischen Zweck. (Beifall.)

Ich glaube, daß ein Studium eines Aufsatzes von Prof. Röpke aus Genf, der doch gerade in den Kreisen der Wirtschaft ein großes Ansehen

genießt, der über die Ethik der Wirtschaft spricht, sehr wünschenswert wäre.

Bei der Entwicklung, die wir jetzt sehen, habe ich vor allem vor einem Angst, daß nämlich schließlich die Völker und auch das deutsche Volk in zwei Klassen zerfallen, auf der einen Seite der Manager und auf der anderen Seite die Arbeitnehmer, die große Masse. Ich habe Sorge um unseren Mittelstand. (Sehr gut!) Bei unserem Mittelstand denke ich an die Landwirtschaft, an den bauerlichen Besitz, an die Handwerker, an den Einzelhandel und an den geistigen, den intellektuellen Mittelstand. (Beifall.)

Für die Landwirtschaft geschieht jetzt etwas. Für den gewerblichen Mittelstand wird auch etwas geschehen. Aber auch für den intellektuellen Mittelstand muß gesorgt werden (Beifall) Der Mittelstand ist eigentlich das Gesundeste in einem Staatskörper. Aus ihm müssen die Leute hervorgehen, die den Staat um einer Idee willen stützen und tragen.

Ich möchte bei dem Überblick, den ich Ihnen über die zehn Jahre zu geben habe, auch einige Worte sagen über unser Parteiwesen. Ich sage: unser Parteiwesen. Ich weiß nicht, ob es zum Wesen einer Partei und zum Wesen der politischen Demokratie gehört, über die Angehörigen anderer Parteien maßlos herzuziehen und zu schimpfen. Mir leuchtet das nicht recht ein. Ich finde es nicht anständig. Ich weiß kein anderes Wort dafür. Ich möchte sehr hoffen, daß der Ton zwischen den politischen Parteien mit der Zeit doch so wird, daß die Achtung vor der Meinung und vor der Person des anderen dabei gewahrt bleibt. (Sehr starker Beifall.)

Unsere Partei leidet an einem Fehler, über den im Laufe des Parteitages gesprochen werden wird, den ich daher nur zu erwähnen brauche, das ist die Frage der Organisation. Auf diesem Gebiete müssen wir sehr viel Versäumtes nachholen. (Beifall.) Man wirft unserer Partei vor, daß sie im Bundestag, da sie über die absolute Mehrheit verfügt, einen rücksichtslosen und die anderen Parteien kränkenden Gebrauch von dieser Mehrheit mache. Ich gehe darauf mit einigen Sätzen ein, weil in weniger politisch denkenden Köpfen gerade der Gedanke der Mehrheit einer einzigen Partei Erinnerungen an vergangene Jahre wachruft.

Ich kann hier und der gesamten deutschen Öffentlichkeit erklären: Unsere Partei, die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, hat niemals einen rücksichtslosen Gebrauch von ihrer Mehrheit gemacht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe sogar manchmal das Gefühl gehabt, man möchte etwas rücksichtsloser vorgehen (Sehr richtig!), aber mit dieser Behauptung gehen unsere Gegner krebzen, und wenn ich mir vorstelle, die anderen Parteien: sagen wir die SPD oder die Dehlersche FDP, würden die Mehrheit im Bundestag haben — ein grauenvolles Bild! (Beifall.)

Schon die Zusammensetzung des Kabinetts zeigt, in welcher großzügiger Weise wir den Gedanken doch in die Tat umgesetzt haben, daß die Mehrheit kein absolutes Recht hat.

Was uns immer vorgeworfen und im nächsten Wahlkampf sicher eine große Rolle spielen wird, ist diese Graben-Geschichte. Dazu muß ich Ihnen — es tut mir leid, auch mir kommt es am Halse heraus, ich kann mir nicht helfen — einige Worte sagen. Der Name des Grabensystems ist, soviel ich weiß, vom Bundesverfassungsgericht erfunden worden. Dieses Grabensystem ist nichts anderes als eine Kombination von Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht. Nun bin ich zuerst der Auffassung, daß jede Partei, jedermann, das Recht hat, zu sagen: Ich will ein Mehrheitswahlrecht, genau wie andere das Recht haben zu sagen, ich will ein Verhältniswahlrecht. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir uns schon auf dem Hamburger Parteitag für das Mehrheitswahlrecht ausge-

sprochen haben. (Beifall.) Ich darf ferner darauf hinweisen, daß auch die beiden großen angelsächsischen Völker, England und die Vereinigten Staaten, das Mehrheitswahlrecht haben, ohne daß deswegen gesagt wird: eine korrupte, gemeine und niederträchtige Gesellschaft, wie man das uns gegenüber behauptet.

Das Gelungene daran ist: dieses Grabensystem ist eine sozialdemokratische Erfindung. (Sehr richtig!) Sie haben diese Erfindung auch praktiziert in Schleswig-Holstein. Dann haben andere Parteien sich an das Bundesverfassungsgericht deswegen gewandt. Das Bundesverfassungsgericht hat erklärt, dieses Grabensystem — der Name kommt in dem Urteil vor — ist durchaus mit dem Grundgesetz im Einklang. Also, warum dieser Lärm? Warum hat nicht die FDP damals in Schleswig-Holstein Krach geschlagen? Ich kann nur nochmals betonen: Unsere Partei — und ich versichere der deutschen Öffentlichkeit, das ist richtig — hat von ihrer Mehrheit im Bundestag nur den allerbescheidensten Gebrauch gemacht.

Die Sozialdemokratische Partei habe ich schon erwähnt. Ich muß auf sie noch einmal zu sprechen kommen wegen der Frage, warum es nicht möglich gewesen ist, in dieser furchtbar gefährlichen Lage, in der sich Deutschland nach wie vor befindet, eine gemeinsame Linie der Außenpolitik zwischen den beiden großen Parteien, zwischen uns und der SPD, herzustellen. Das ist ein tiefer Schmerz, etwas, worunter ich schon lange Jahre wirklich gelitten habe. Ich gebe auch nicht die Hoffnung auf, obgleich sie nicht sehr stark ist, daß einmal die Sozialdemokratie einsieht, daß sie, falls sie die Mehrheit im Bundestag hätte, genau die gleiche Politik treiben würde, die wir treiben; denn ihre These in der Außenpolitik steht ja nur aus oppositionellen Gründen gegen unsere Politik. (Beifall)

Ich will Ihnen nun mit einigen Sätzen doch klar machen, worin der Unterschied zwischen der SPD und uns besteht. Ich muß es vereinfachen, damit es klar wird. Wir haben von Anfang an in der Außenpolitik auf dem Standpunkt gestanden: fester Zusammenschluß mit dem Westen und dadurch die Bewahrung unserer eigenen Freiheit. Das ist schon etwas wert, daß wir unsere eigene Freiheit bewahren; denn wenn wir uns unsere eigene Freiheit nicht bewahren — und davon schweigen die SPD und die FDP —, dann ist ganz Deutschland der Sklaverei preisgegeben. Aber die Sozialdemokratie ist nicht der Auffassung, daß wir auf diesem Wege durch den Anschluß an den Westen die Wiedervereinigung herbeiführen, sondern sie will, daß die Bundesrepublik und das wiedervereinigte Deutschland zwischen beiden großen Machtblöcken eine eigene Stellung beziehen soll. Daß dieses wiedervereinigte Deutschland sich selbst behaupten könnte zwischen diesen beiden Machtblöcken, ehe eine allgemeine Entspannung und eine vollkommene Veränderung in der Weltlage eingetreten ist, ist eine solche Utopie, daß man staunen muß, daß dem deutschen Volk etwas derartiges vorgesetzt wird. Deutschland liegt im zentralen Punkt des europäischen Spannungsfeldes zwischen Ost und West. Wir sind wirtschaftlich so stark, daß ein Hinübergleiten Deutschlands zum Ostblock eine völlige Verschiebung der politischen Gewichte in der ganzen Welt, wie sie jetzt bestehen, bedeuten würde. Ich hoffe, daß Sie öfters die außenpolitischen Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ lesen. Sie finden dort eine klare und objektive Würdigung der ganzen außenpolitischen Lage in der Welt, wie ich sie mir sehr oft in deutschen Zeitungen wünsche. (Beifall.) Gerade die „Neue Zürcher Zeitung“ hat in den letzten Wochen einen sehr klaren Artikel darüber gebracht, daß das Hinübergleiten Deutschlands aus dem Westen zum Osten hin das ganze politische Gefüge zwischen Ost und West derartig erschüttern würde, daß unabsehbare Folgen daraus entstünden.

Wir dürfen unter keinen Umständen das deutsche Volk, auch nicht die 50 Millionen, die wir vertreten, solchen Gefahren aussetzen. (Beifall.) Wir würden unverantwortlich handeln, wenn wir das deutsche Volk in eine solche Politik des Abenteuers hineingleiten ließen; denn, glauben Sie mir, uns Deutsche liebt man noch gar nicht in der Welt, und die deutsche Wiedervereinigung ist bei dem einen oder anderen eine prinzipielle Angelegenheit, eine Angelegenheit aber in erster Linie des eigenen Nutzens. Sie müssen auch immer bedenken, daß wir die vier Siegermächte auf ihre Verpflichtung, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen, immer wieder festnageln müssen. Ich habe, als ich in Moskau war, auf der Konferenz Herrn Bulganin das mit aller Klarheit gesagt. Herr Bulganin hat mir erwidert: „Ich muß Ihnen zugeben, daß wir diese Verpflichtung haben.“ — Es würde nicht richtig sein, etwa die deutsche Sache zur Entscheidung der UNO zu übergeben. Da weiß kein Mensch, was herauskommt. Nein, diese Frage muß gelöst werden von den vier Mächten, und wir müssen die drei Westmächte so fest auf unserer Seite haben, daß es schließlich doch gelingt, auch die vierte Macht, Sowjetrußland, auf einen gemeinsamen Boden mit den drei Westmächten zu bringen. (Beifall.)

Ich möchte einige Worte zur Parteientwicklung in Deutschland sagen und komme damit zur FDP. Ich werde mich nicht in eine Polemik gegen Herrn Dehler einlassen. Wir haben andere Dinge zu tun! (Sehr starker Beifall.) Es widerstrebt mir auch menschlich, einem Mann auf Beleidigungen zu antworten — es waren Beleidigungen, die er gegen mich ausgestoßen hat —, der vier Jahre lang mit mir zusammen in einem Kabinett gesessen hat. Was nun die Grundsätze der FDP angeht, ihre Ziele und Maßnahmen, die sie verfolgt, bzw. in der Politik durchgeführt wissen will, so weiß ich nicht, ob einer von Ihnen sie kennt. Ich habe die Zeitungsberichte über den Verlauf des Würzburger Parteitages sehr sorgfältig gelesen; nichts als Polemik, immer Polemik und eine fast nihilistische Herunterreißung alles dessen, was an positiven Werten geschaffen worden ist. (Zustimmung.)

Aber etwas anderes ist mir bei der Lektüre dieser Zeitungsberichte sehr stark zum Bewußtsein gekommen, das ist das Streben nach Macht um jeden Preis (Starker Beifall), und zwar das Streben nach Macht schlechthin, wie es sich jetzt bei den Führern der FDP gezeigt hat. Ein zweites ist die Stärke des Parteiapparates. Ich habe bei der Lektüre dieser Berichte nichts gemerkt von Freiheit, und dabei nennen sie sich Freie Demokraten! Ich habe nichts davon gemerkt, daß dort eine freie Diskussion stattgefunden hat, nichts Derartiges, aber Macht und Apparat, das sind doch Dinge, die außerordentlich stark an die Jahre erinnern, die wir hinter uns haben. (Beifall.) Wir haben sie einmal kennengelernt, und ich gebe dem Herrn Kollegen Strauss recht, wenn er eben gesagt hat, daß wir auf diese Anzeichen einer Gesinnung, die nur Macht und Apparat kennt, aufpassen und uns beizeiten dagegen zur Wehr setzen müssen. (Beifall.)

Die 16 Bundestagsabgeordneten, die aus der Bundestagsfraktion der FDP ausgeschieden sind, werden in Kürze eine eigene Partei gründen. Sie haben schon einen Teil ihrer Grundsätze, ihrer politischen Anschauung, der Öffentlichkeit mitgeteilt. Ich glaube, jeder von uns hält die Grundsätze, die mitgeteilt worden sind, für richtig und gut, und ich wünsche von Herzen der Freien Volkspartei Erfolg auch bei den Wählermassen. (Beifall.) Sie kann ein wesentliches und fruchtbares Element des deutschen Parteilebens werden.

Der BHE ist in ständiger Entwicklung begriffen. Das liegt in seiner Natur und muß in seiner Natur liegen. Wir werden diese Entwicklung mit Ruhe und Sorgfalt beobachten. Zweifellos sind im BHE gute Kräfte vor-

handen, die bereit sind, beim Aufbau des deutschen Volkes mitzuarbeiten. Warten wir die weitere Entwicklung ab.

Nun lassen Sie mich übergehen zur deutschen Außenpolitik. Ich habe sie in meinen bisherigen Ausführungen an manchen Stellen gestreift; aber auch hier darf ich wohl zunächst einen Blick rückwärts werfen und Sie bitten, sich der Verhältnisse zu erinnern, wie sie auf außenpolitischem Gebiet nach der bedingungslosen Kapitulation herrschten. Ich darf Sie daran erinnern, daß ein Volk von der Größe und Bedeutung des deutschen Volkes bei seiner wirtschaftlichen Struktur und Zusammensetzung und seiner geographischen Lage schlechthin verloren wäre, wenn es keine Außenpolitik treiben könnte. Bei der Behandlung der Entwicklung wird nach meiner Meinung das Petersberg-Abkommen aus dem Jahre 1949 zu wenig gewürdigt. Er wird vornehmlich nur gewürdigt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Es ist aber von großer Bedeutung auch unter politischem Gesichtspunkte; denn mit diesem Abkommen begann die Wende. Von da an kamen dann in schneller Folge die Möglichkeiten, eigene Außenpolitik zu treiben. Der 5. Mai 1955 gab uns die Souveränität zurück, ein Tag, dessen Bedeutung dem Deutschen Volk vielleicht damals nicht recht zum Bewußtsein gekommen ist, aber die kommende Geschichtsschreibung wird diesen Tag in der Geschichte der Nachkriegszeit als einen der wichtigsten bezeichnen.

Souveränität bringt größere Verantwortung, und dieser größeren Verantwortung, die wir seit jenem Tage tragen, müssen wir uns bewußt bleiben. Außenpolitik ist ein interessantes Gebiet, aber auch ein schwieriges Gebiet. Ich habe ja die Außenpolitik auch einige Jahre gemacht und muß doch sagen, man muß sehr viel lernen, wenn man sich da einigermaßen zurechtfinden will. Außenpolitik kann man nicht aus der flachen Hand planen, und wenn ich manche Artikel über Außenpolitik, die ein beliebtes Thema ist, lese, dann möchte ich sagen: O si tacuisses, philosophus mansisses!

Sie wissen, daß unser Freund Herr von Brentano die Außenpolitik in Händen hat. Herr von Brentano hat sich lange Jahre vorher mit außenpolitischen Fragen beschäftigt, und ich weiß, daß er die Voraussetzungen erfüllt, die notwendig sind, um eine Außenpolitik zu treiben. (Beifall)

Die außenpolitische Lage in der Welt und damit auch für uns hat sich in der letzten Zeit verschlechtert, insbesondere für die freien Völker. Ich bin nicht der Auffassung, daß Sowjetrußland an sich stärker geworden ist, aber denken Sie, wenn Sie die beiden Blöcke miteinander vergleichen, an eine Waage. Wenn nun auf der einen Seite der Waage etwas heruntergenommen wird, dann wird naturgemäß, ohne daß bei der anderen Seite etwas hinzukommt, die Waagschale, an der nichts geändert wird, einen stärkeren Zug haben. Zu unserem großen Bedauern müssen wir feststellen, daß die europäischen Völker nicht weitere Fortschritte gemacht haben in der Zusammenarbeit. Darin liegt unsere Schwäche. (Zustimmung)

Ich glaube, daß unsere Partei so wie bisher trotz mancher Mißerfolge und mancher Rückschläge, die wir bekommen haben — ich denke nur an die EVG —, unentwegt unserer Europapolitik treu bleiben muß und auch treu bleiben wird. (Beifall)

Wir sind Mitglieder der NATO. Die NATO ist seinerzeit geschaffen worden in erster Linie, aber nicht ausschließlich, als militärisches Instrument, weil damals die militärische Gefahr so groß war. Jetzt ist die Drohung des Heißen Krieges von den Russen zurückgestellt worden, nicht uns, sondern sich selbst zuliebe, jedoch die Gefahr bleibt. Sagen wir das unverhüllt: Wenn ein Volk unter Diktatur steht, gleichgültig ob die

Diktatur nun unter dem Namen Stalin oder unter dem Namen eines Kollektivs ausgeübt wird — so ist das gehupft wie gesprungen. Diktatur ist und bleibt Diktatur! (Sehr richtig!)

Wir wissen doch, welche Dummheiten ein Diktaturregiment machen kann, Dummheiten auch von seinem Standpunkt aus betrachtet. Wenn also Sowjetrußland diktatorisch weiterregiert wird, wenn es immer weiter aufrüstet, wenn es die Propaganda so weiter treibt und immer neue Unruhe hervorbringt, wenn es die Untermünierung der freien Länder fortsetzt, wenn es beseelt bleibt von der Überzeugung, daß der russische Kommunismus die Welt beherrschen wird — und es ist meine feste Überzeugung, daß es davon beseelt ist —, dann muß man immer darauf gefaßt sein, daß es, wenn man schwach ist, über einen herfallen wird. Wenn man mahnt, gegen jeden Überfall gewappnet zu sein, dann wird gesagt, man predige die Politik der Stärke. Nun, in Gottes Namen, lieber eine solche Politik der Stärke als eine Politik der Schwäche. (Beifall)

Lassen sich mich Ihnen ein ganz klassisches Beispiel der sowjetrussischen Politik darlegen. Sie kennen die Unruhe im Mittleren Osten. Sie wissen, daß dadurch das Öl in großer Gefahr ist und daß, wenn dort Unruhen und Krieg ausbrechen, die Ölversorgung eines großen Teiles der Welt gefährdet ist und damit auch eine starke militärische Schwächung der freien Welt eintritt. Die israelitische Armee war bis vor kurzem den Arabern überlegen. Was hat Sowjetrußland getan? Es hat Ägypten Flugzeuge geliefert, Flugzeuge, denen die Israelen, wenn sie gebraucht würden, nicht widerstehen könnten. Es sind sehr komplizierte Flugzeuge. Zur Bedienung eines solchen Flugzeuges gehören allein 600 Mann einschließlich des Bodenpersonals. Die Israelen waren des Glaubens, es würde mindestens ein Jahr dauern, bis die Ägypter die Bedienung dieser Flugzeuge gelernt hätten, denn die Sowjetrussen hatten die nötigen Mannschaften nicht mitgeliefert. Plötzlich kam über England die Nachricht, daß in Gdingen bei Danzig von den Sowjetrussen die Araber in der Bedienung und Handhabung dieser Flugzeuge jetzt geschult werden. (Hört! Hört!-Rufe) Damit war die Kriegsgefahr außerordentlich groß geworden. Jetzt aber, nachdem die Russen die Flugzeuge geliefert haben und sie die Araber in Gdingen schulen, gehen sie nach London und bieten ihre guten Dienste an, um im Mittleren Osten den Frieden wieder herzustellen. Dadurch ist im Mittleren Osten eine starke Beunruhigung entstanden. Eine eigenartige Friedenspolitik! Man kann auf bessere Verhältnisse nur hoffen, wenn in Sowjetrußland, in den Satellitenstaaten und in der DDR den Menschen die Freiheit wiedergegeben wird (Beifall), wenn die politischen Gefangenen in den Satellitenstaaten freigegeben werden und dort freie Wahlen stattfinden. Im besonderen Maße gilt das für den Teil Deutschlands, den sie beherrschen, in dem Teil Deutschlands, der zu uns gehört und der zu uns will. (Lebhafter Beifall).

Sie haben die Communiqués über die Londoner Konferenz gelesen. Da ist zunächst ein amtliches Communiqué herausgegeben worden, das geradezu ein Muster-Communiqué ist. Ich weiß, wie solche Communiqués zustande kommen! Es steht aber auch gar nichts drin. (Heiterkeit) Es ist zwar ziemlich lang, aber Sie können es von vorn und von hinten lesen, es steht nichts drin. Gestern abend war herausgegeben worden: Die beiden Länder haben sich nicht über die Möglichkeit zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa verständigen können — das ist für uns das Wesentlichste dieser Londoner Konferenz. Es ist gestern abend vom Foreign Office mitgeteilt worden: Zu der Frage der deutschen Wiedervereinigung gab der Sprecher des Foreign Office gleichzeitig mit der Ausgabe des Communiqués eine Erklärung ab. Er sagte: „Die Herbeiführung der deutschen Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ist ein fundamentaler Grundsatz in der Außenpolitik der Regierung Ihrer Majestät. (Beifall) Nach

unserer Ansicht ist sie das wichtigste Mittel der europäischen Sicherheit.“ — Wie die vereinbarte Erklärung besagt, ist keine Verständigung über die Mittel zur Erreichung dieses Zieles in den Diskussionen erreicht worden. Jede Seite hielt ihre wohlbekannte Position aufrecht.

Nun, jetzt mag meinethwegen Herr Dehler nach Moskau reisen. Er wollte es ja. Er wollte direkte Verhandlungen mit Moskau haben. Die SPD mag sich ihm anschließen. Ich glaube, nach diesem Ausgang der Londoner Verhandlungen wird kaum ein Mensch in Deutschland des Glaubens sein, daß zur Zeit mit den Russen etwas anzufangen ist.

Ganz interessant ist noch eine weitere Mitteilung. Nach Mitteilung von Labour-Mitgliedern hat Chruschtschew soeben führenden Labour-Politikern erklärt, die SU werde möglicherweise versuchen, ein Übereinkommen direkt mit der Bundesrepublik auszuhandeln, falls die Westmächte an der bisherigen Deutschlandpolitik festhielten. Chruschtschew hatte darauf hingewiesen, daß die SU westliche Vorschläge für die deutsche Wiedervereinigung durch freie Wahlen nicht annehmen könne. Labour-Politiker seien der Ansicht, daß Chruschtschew nicht auf die nahe Zukunft anspiele, sondern offensichtlich hierbei an die Zeit nach dem Abtreten Adenauers von der politischen Bühne dachte.

Nun mit dem Abtreten, das ist so eine Sache! (Sehr starker Beifall und Heiterkeit) Wir haben uns gestern im Ausschuß über die Frage: Was heißt Junge Generation? unterhalten. Herr Lemmer stellte die Behauptung auf, alle rechneten sich zur jungen Generation. Ich habe ihm widersprochen. Bei mir hört es auf, Herr Lemmer! Natürlich können daraus einmal Konsequenzen entstehen, im übrigen aber: **Solange mir Gott die Frische und die Kraft läßt, hängt es von Ihnen ab, ob Herr Chruschtschew zum Ziele kommt oder nicht.** (Erneut starker Beifall)

In dieser labilen Situation in der Welt ist ein außerordentlich wichtiger Fortschritt zur Stabilisierung und zur Sicherheit gemacht worden. Denn die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat soeben den Beschluß gefaßt, und zwar einstimmig, für die allgemeine Wehrpflicht einzutreten. Die Dauer der allgemeinen Wehrpflicht soll sich richten nach den militärischen Notwendigkeiten, nach der NATO. (Beifall) Zeit der Wehrpflicht nicht mehr als nötig, aber so lange, wie es nötig ist. (Starker Beifall) Ich glaube, daß dieser Beschluß unserer Bundestagsfraktion von einer sehr großen außerpolitischen Bedeutung ist und Klarheit schafft; denn an manchen Stellen draußen war man in Sorge.

Ich muß zum Schluß kommen. Die Politik unserer Partei und die der CSU hat sich in den vergangenen Jahren ausgezeichnet durch Klarheit, durch Stetigkeit und durch Maßhalten. Das sind die Grundlagen des Erfolges, das müssen auch die Grundlagen unserer Politik bleiben. **Wir wollen die bisherige Politik im Innern weiterführen. Auf sozialem Gebiet wollen wir sie ausbauen. Wir wollen auf außenpolitischem Gebiet keine Experimente machen (Beifall), weil diese Experimente das deutsche Volk von neuem in einen Abgrund stürzen würden. Wir halten fest an der Politik der europäischen Integration und an der atlantischen Politik.** (Sehr starker, langanhaltender Beifall)

Präsident Simpfendorfer:

Hochverehrter Herr Bundesvorsitzender. Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Namens der hier versammelten Delegierten unserer Partei sage ich Ihnen aufrichtigen und herzlichen Dank für diesen weitausgespannten Rückblick und für die aufrüttelnde Wegweisung, die Sie unserer Partei gegeben haben. (Lebhafter Beifall)

Die im Tagesprogramm angegebene Thematik unseres Parteitages hat verschiedentlich Anlaß zu der Behauptung gegeben, daß unsere Partei in diesen Tagen aus der trüben Gegenwart in die Vergangenheit flüchten wolle, um von den lästigen Problemen der Gegenwart und der Zukunft abzulenken. Die Vertreter dieser Auffassung werden eine Enttäuschung erleben. Das hat die Rede unseres Herrn Parteivorsitzenden gezeigt. Sie war eine Fanfare zum Angriff. Wir denken gar nicht daran, auf dem Polster des Geleisteten auszuruhen. Diese Tage dienen dazu, eine Ausgangsstellung für neue Kämpfe und neue Arbeit zu schaffen. Wir denken gar nicht daran, daß dieser Parteitag ein Tag der Meditation oder gar der Resignation werden soll, sondern es wird ein Parteitag sein, der der Vorbereitung neuer verstärkter Aktionen auf allen Gebieten dienen wird. In diesem Sinne, Herr Bundeskanzler, nehmen wir Ihre Ausführungen auf und tragen sie hinaus in unsere Arbeit (Beifall).

Das Wort hat Herr

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:

Am 23. März 1949 hat der damalige Präsident des Parlamentarischen Rates auf einer Konferenz der Interparlamentarischen Union in Bern eine Rede gehalten. Sie ist keineswegs mit dem Beifall aufgenommen worden, mit dem wir heute den Rechenschaftsbericht desselben Mannes gerechterweise bedacht haben. Damals gab es harte Kritik, und in Deutschland das Eingreifen der besatzungsbehördlichen Zensur. Ich greife heute auf einen Kernsatz jener Rede zurück, weil es mir nicht darauf ankommt, diese oder jene Einzelheit dem weiten Umblick einzufügen, mit dem der Bundeskanzler diesen Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands eröffnet hat. Es kommt hier nicht auf materielle historische Vollständigkeit an. Das Urteil der Welt über den Weg und die Leistung Deutschlands in den vergangenen zehn Jahren steht ohnehin fest und gerade; soweit es sich mit dem Namen Konrad Adenauers verbindet, haben wir Anlaß, damit zufrieden, ja dankbar zu sein. Mir ist hier eine andere Aufgabe zugefallen. Sie ist präzise umschrieben mit jener Berner Erklärung Konrad Adenauers vor sieben Jahren, „daß sich das deutsche Volk im Jahre 1945 durch die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht keineswegs des Rechtes einer moralischen und ideenpolitischen Selbstbestimmung begeben und darum auch das unveräußerliche, natürliche Recht dazu habe, die grundsätzliche Neuordnung seines Staatswesens und seiner gesellschaftlichen und geistigen Lebensform selbst und in Freiheit und eigener Verantwortung durchzuführen.“

Heute ist dieser Anspruch zwar nicht mehr grundsätzlich bestritten. Solange aber Rußland Deutschland als Ganzem die Ausübung dieses Rechtes vorenthält, solange wird der Kampf um dieses Recht ein Leitmotiv der deutschen Politik und ein unüberhörbares Thema der internationalen Politik bleiben. Oder wie denn? Glaubt jemand, daß in einer Zeit, in der die Völker Asiens und Afrikas sich auf den Weg zur Selbstbestimmung begeben haben, die Mitte Europas sich taub und tatenlos Ideen und „Errungenschaften“ unterwerfen wird, die uns aus Herzensgrund zuwider sind? (Beifall) Die Berner Erklärung Adenauers war und ist das Leitmotiv auf unserem Weg um die Freiheit ganz Deutschlands. Es enthält ein spontanes Bekenntnis zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, denn es ist ein geradezu klassisches Zeugnis der Gesinnung und des moralischen und rechtlichen Fundamentes, von dem aus eine Politik der Wiedervereinigung allein gemacht werden darf, wenn sie nicht im Methodenstreit erlahmen oder in weltpolitischen Verstrickungen dahinsiechen soll.

Aber noch nicht einmal dieser Erinnerung wegen greife ich heute auf jenen Satz zurück, sondern deshalb, weil ich glaube, daß wir in diesen

Tagen nicht Rückschau und Ausblick halten sollten, ohne uns Rechenschaft darüber zu geben, was wir aus diesem von uns in Anspruch genommenen Recht der moralischen und ideenpolitischen Selbstbestimmung in diesen zehn Jahren gemacht haben, und wie wir es weiter damit zu halten gedenken in der zukünftigen Gestaltung unseres Staates und seiner gesellschaftlichen und geistigen Lebensform.

I.

Daß das deutsche Volk auch nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht nicht daran dachte, auf das Recht zur Neuordnung seines Staatswesens zu verzichten, das hat sich vor allem in der raschen Neugründung der politischen Parteien im Jahre 1945 erwiesen. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Widerstände verkehrsmäßiger, technischer und politischer Art in dem viergeteilten Deutschland jedem überlokalen Organisationsversuch entgegenstanden, dann wird man die Initiative erst recht zu würdigen wissen, mit der damals halbverhungerte, fahle Gestalten an das Werk gingen, um die Grundlagen eines neuen deutschen Staates zu legen. Am 4. März 1945 war Köln besetzt worden. Vom 19. März stammt der Programmentwurf für die Bildung einer neuen „Christlich-Demokratischen Volkspartei“. Im Mai, kaum nachdem der Donner des zweiten Weltkrieges verstummt war, kam ein Kreis von Männern, von denen nicht wenige hier heute unter uns sitzen, in Köln überein, eine solche christlich-demokratische Partei zu errichten. Sie war, wie es in einer Geschichte der „Parteien in der Bundesrepublik“ heißt, „unmittelbar aus den Katakomben des Widerstandes“ erwachsen.

Ich erwähne diese Kölner Gründung deshalb, weil sie wahrscheinlich die früheste ist von den vielen, die 1945 im Norden und Süden Deutschlands erfolgten. Vor allem aber deshalb, weil damals in Köln eine Entscheidung getroffen wurde, die symptomatische und programmatische Bedeutung für die CDU erlangt hat. Denn dort in Köln entschied man sich dafür, wie darnach in Frankfurt, in Berlin, in Stuttgart, in Würzburg, in Freiburg, in Hamburg, in Kiel, nicht wieder in den Turm des Zentrums zurückzukehren oder es noch einmal mit einer konservativen Partei zu versuchen, sondern die Brücke zwischen den Konfessionen zu schlagen. Dieser Entschluß kam nicht von ungefähr. Er entsprach einem noch tieferen als breitem Begründungszusammenhang, aber er mußte auch vollzogen werden, und das war trotz allem keine bare Selbstverständlichkeit. Denn wie stark im Anblick der Trümmerberge und einer trostlosen Zukunft das Bedürfnis war, gar nichts mehr zu tun und sich die Decke über den Kopf zu ziehen oder wenigstens einfach zurückzulaufen in die alten Ställe vor 33, das haben wir erlebt.

Den Berlinern mit Andreas Hermes kommt — wenn mich meine Quellen nicht im Stiche lassen — das Verdienst zu, der neuen Partei den Namen Christlich-Demokratische Union Deutschlands gegeben zu haben, so wie die Bayern den Namen einer Christlich-Sozialen Union Adam Stegerwald verdanken. Ich lasse dahingestellt, ob in der schließlichen Bevorzugung der Bezeichnung Union vor Partei der Vorbehalt mit zum Ausdruck kam, mit dem sich auch die CDU bis heute herumschlagen muß. Denn dies ist sicher: eine sonderlich warme Aufnahme ist den neuerstandenen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland nicht zuteil geworden. So fatal die Erinnerungen an die Herrschaft Hitlers auch waren, so wenig beliebt war und ist bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Erinnerung an die Weimarer Zeit, an ihre Wirtschaftskrisen, an ihre Arbeitslosenziffern, an ihre Regierungswechsel und den Wirrwarr ihres Vielparteiensystems. Ich verbinde kein Urteil über die tatsächliche politische Leistung der Weimarer Republik mit der Feststellung, daß die

Erinnerung an sie weder eine Ermutigung noch ein Erfolg für die heutigen Parteien in Deutschland ist.

Die kritisch abwartende Haltung, die viele Deutsche den Parteien gegenüber nach 1945 an den Tag legten, war nicht nur eine Folge der vom Nationalismus grausam Getäuschten, die ihm treuherzig und gutgläubig gefolgt waren und die nun bitter zu leiden hatten. Nein, diese Zurückhaltung war auch eine Folge einer alles in allem entmutigenden Erinnerung an die Weimarer Republik. Sie war weder mit der Bedrohung der materiellen noch der freiheitlich-rechtlichen Existenz ihrer Bürger fertig geworden. Die kühle Distanz zu den Parteien als solchen wirkt sich auch bei uns in der CDU darin aus, daß auch die CDU weit mehr eine Wählerpartei als eine Mitgliederpartei ist.

Wichtiger für die Wahl unseres Namens scheint mir indessen ein anderer Gesichtspunkt gewesen und geblieben zu sein. Es gibt wohl keine einzige lokale oder regionale Gründung der CDU, die nicht klar und entschieden in dem Willen erfolgt wäre, eine politische Union, eine festgegründete, dauerhafte Aktionsgemeinschaft von katholischen und evangelischen Christen, von Arbeitern und Unternehmern, von Bauern und Handwerkern, von Freischaffenden und Beamten, von Land und Stadt an die Stelle der alten, aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Parteibildungen zu setzen. besonders in dem Berliner, Kölner und Münchner Gründerkreis der CDU meldeten sich Erfahrungen und Einsichten zu Wort, die da und dort zwar schon Jahrzehnte zuvor aufgeflackert waren, die aber erst unter dem eiserernen Zugriff des totalen Staates soviel Kraft und Entschlossenheit gewannen, daß sie nun nicht mehr auf die Seite geschoben werden konnten. (Beifall)

Selbstverständlich waren bei diesen Erwägungen auch reale politische Zwecküberlegungen von nicht geringer Bedeutung. Stegerwald z. B. litt schwer unter dem „Albtraum eines neuen Vielparteienstaates“. Er tat schon deshalb alles, um „eine starke Brückenbaupartei zwischen Stadt und Land, zwischen Katholiken und Protestanten mit christlich-kultureller und starker sozialer Grundhaltung“ zustandezubringen. Der Kölner Kreis um Leo Schwingen konstatierte, daß die konfessionelle Basis des Zentrums längst „zu schmal“ geworden sei, ja, daß es „als Mittelpartei .. den Boden verloren habe“ und einer „neuen, großen Idee geopfert“ werden müsse. Zu diesen Argumenten a posteriori tritt noch ein anderes. Es taucht erstmalig auf in einem Brief, den der damalige Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer, an seinen Münchner Kollegen Scharnagl am 21. August 1945 geschrieben hat. In diesem Brief heißt es, man möge sich in Bayern bei allen Überlegungen „vergegenwärtigen, daß allein diese geplante Zusammenfassung aller auf christlicher und demokratischer Grundlage stehenden Kräfte uns vor aus dem Osten drohenden Gefahren schützen kann“. Es ist richtig, wenn in der zitierten Geschichte der „Parteien in der Bundesrepublik“ gesagt wird, daß sich darin „ein gänzlich neues, die weltpolitische Situation andeutendes Motiv“ zu Wort gemeldet habe.

Aber alle diese Gründe, so real sie waren und so gewichtig sie geblieben sind, sie reichen doch nicht an das letzte Fundament der CDU. Es gehört zu ihrem Wesen, daß sie über alle rationale, politische Zweckbegründung hinaus von etwas lebt, mitbestimmt und getragen wird, auf das sich zwar hinweisen läßt, das sich aber der rationalen Durchleuchtung, der psychologischen, soziologischen und politischen Analyse in einem Letzten entzieht, weil es mehr den Bereichen der persönlichen Glaubenserfahrung und des geschichtlichen Erlebnisses der Nation als der politischen Programmatik entstammt.

Beides zusammen, ein religiöses und ein nationales Motiv bilden den Beweggrund, den eigentlichen, fruchtbaren Kern der neuen poli-





tischen Aktionsgemeinschaft, die im Jahre 1945 als Christlich-Demokratische Union erstmalig in der Geschichte Deutschlands erscheint. Diese Erinnerung an beide Elemente unserer Existenz als CDU ist wichtig. Denn es ist an der Zeit, das Selbstverständnis der Union von ihren Ursprüngen her der Zufallsdeutung einzelner oder der Mißdeutung durch ihre Gegner klar und entschieden entgegenzustellen. Es ist durchaus falsch, wenn die CDU heute gelegentlich als ein Großverband mittelständlerischer und industrieller Interessengruppen mit beachtlichen Anhängseln aus der Arbeiterschaft beschrieben wird. Und es ist mindestens ebenso falsch, wenn sie als eine Koalition, eine auf Zeit geschlossene, politische Interessengemeinschaft der beiden großen Konfessionen mißdeutet wird. Verzeichnungen dieser Art sind häufig nichts anderes als für erlaubt gehaltene Mittel, um der erfolgreichsten politischen Kraft in Deutschland Abbruch zu tun. Sie sind aber auch die Folgen einer zehnjährigen Entfernung von ihrem Ursprung und der harten Inanspruchnahme fast aller führenden Kräfte der CDU auf dem Fronacker der Tagespolitik.

Mit dieser Besinnung auf unsere legitimen Ursprünge tun wir in dieser Stunde deshalb auch mehr, als Erinnerungen aufzufrischen. Wir fassen heute wieder unsere Ursprünge ins Auge, weil wir uns ihnen verpflichtet wissen, weil die CDU ohne sie nicht wäre und weil sie nicht existieren kann, wenn sie sie vergißt. Gefährlicher als die Mißdeutung der Gegner erscheinen mir Mißverständnisse innerhalb und außerhalb unserer eigenen Reihen. Die Gefahr der allmählichen Überfremdung durch recht handfeste, vom Nimbus einer sogenannten Realpolitik umflatterte Ansprüche und Unternehmungen von Organisationen, Verbänden und pressure-groups kann gar nicht mehr länger ignoriert werden. Mit Gefahren dieser Art, die unser ganzes politisches Leben bedrohen, verbinden sich die der Unterwanderung durch rein taktische Tendenzen und Verhaltensweisen. Es sind Gefahren, wie sie der politische Alltag und der harte Kampf in der Demokratie überall mit sich bringen.

Wir können das alles auch in unseren Reihen nicht scharf genug ins Auge fassen und es nicht entschieden genug mit dem konfrontieren, was unserem Denken und Handeln Maß und Richtung gegeben hat und der elementare Antrieb unseres Ringens um Deutschland geblieben ist. (Beifall)

Die CDU ist alles in allem der spontanste, der sichtbarste und der wirksamste politische Ausdruck der Wandlung Deutschlands und der Deutschen im 20. Jahrhundert. (Beifall) Diese Wandlung hat im Jahre 1945 zwar nicht erst begonnen, aber sie ist auch als eine Wandlung unseres nationalen Selbstbewußtseins erst vor Augen getreten, als die Terrorherrschaft Hitlers in Blut und Trümmern erstickte. Man kann nicht sagen, daß in der CDU allein diese Wandlung zum Ausdruck gekommen sei. Es ist kein Zweifel, daß auch in der SPD nach dem zweiten Weltkrieg Einsichten Raum gewannen, in denen sich die Erfahrungen der Überlebenden aus den Konzentrationslagern und der Heimkehrer aus der Emigration verbanden mit dem, was vom Kader des Parteikerns während des Dritten Reiches erkannt worden war. Diese Wandlung bei der SPD darf nicht ignoriert werden, denn sie ist in ihrer Weise unzweifelhaft ein Teil der Wandlung unseres nationalen Selbstbewußtseins. Es hat auch nicht an Bemühungen gefehlt, diese Wandlung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in der Richtung auf programmatische Konsequenzen weiterzubilden. Die Rede Carlo Schmidts auf dem Hamburger SPD-Parteitag von 1950 ist z. B. ein solcher Versuch gewesen. — Aber auch bei Würdigung aller Vorgänge dieser Art bei den anderen Parteien wird man doch sagen dürfen, daß jene nationale Wandlung sich in keiner anderen Partei so absolut bestimmend ausgedrückt hat wie in der CDU. (Beifall) Sie ist einfach in ihr und aus ihr geboren. Man blättere doch wieder einmal die Gründungs-

akten der CDU durch und sehe, was dort gesagt und beschlossen wurde! Gewiß, auch dabei findet sich manches, was nur vom Augenblick her begreiflich ist und dem auch dann, wenn es programmatisch gefordert wurde, eine praktische Wirkung versagt blieb.

Aber anders verhält es sich mit dem in den „Kölner Leitsätzen“ und in dem Berliner Gründungsauf Ruf zur Tat drängenden Ethos und den davon inspirierten politischen Richtlinien. „Eine neue Volksgemeinschaft in sozialer Gerechtigkeit und sozialer Liebe“ sei notwendig, um die Katastrophe zu bestehen, sagten die Kölner. Und die Berliner rufen zu einer „neuen Politik aus dem Geiste des Christentums und der Demokratie“! Darauf, auf diesen Ton wurde denn auch in ganz Deutschland geantwortet. Nicht nur die konfessionsbewußten evangelischen Volksdienstleute von ehemals unter der Führung Simpfendörfers gingen hier entschlossen mit, nein, auch die Konservativen, die Hugenbergs Irrweg erkannt und verflucht hatten, vereinten sich mit den Gefolgsleuten Stöckers und mit den geistigen Erben Kettlers. Nicht wenige von ihnen kamen schon vereint, gesammelt und zu Neuem entschlossen von den Leidensstätten des deutschen Widerstandes gegen Hitler. Noch wenige Monate zuvor war Eugen Bolz zusammen mit Helmut Moltke und einigen Kreisauern, die teils dem deutschen Adel, teils der preußischen Sozialdemokratie entstammten, hingerichtet worden. — Ihnen allen gemeinsam, den Lebenden wie den Toten, war die klare Absage an Klassendünkel, konfessionelle Intoleranz und an den nationalen Hochmut der alten, in Jahrzehnten zur Selbstverständlichkeit gewordenen Großmachtspolitik Deutschlands zwischen Ost und West (Beifall).

In dieser Absage spiegelte sich keineswegs nur die Demut und Hoffnungslosigkeit der Schwergeslagenen. Nein, hier wurde einem ganzen Götterhimmel der hergebrachten nationalen Wert- und Lieblingsvorstellungen abgesagt. Die vom Bundeskanzler entwickelte und hauptsächlich von der CDU verfochtene Politik der Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Welt ist einfach eine Konsequenz jener Absage an alte Vorstellungen und an die Illusion, daß Deutschland mit einer unabhängigen Großmachtposition zwischen Ost und West den zukünftigen nationalen, sozialen und geistigen Bedürfnissen des deutschen Volkes gerecht werden könne. Edgar Alexander, einer der Biographen des Kanzlers, hat gut daran getan, sein beachtliches Werk mit dem Wort des Bundeskanzlers zu beginnen: „Ein Sturz in den Abgrund, wie er uns Deutschen widerfuhr, zwingt zu der Einsicht, daß mit dem Gewesenen gebrochen werden muß. Mit verlorenen Illusionen können wir kein fruchtbares Leben führen. Ich glaube nicht an Märchen!“ (Beifall)

Die Wandlung des nationalen Selbstbewußtseins der Deutschen, die sich während und nach dem Sturz des Dritten Reiches vollzog, besteht vor allem in dieser Absage an das Märchen, an das alte, goldene, nationale Märchen, daß wir Deutsche, wenn wir es nur geschickt anfangen, wenn wir nur kaltblütig und souverän genug mit unserer nationalen Macht umgingen, es auch im 20. Jahrhundert zu einer bestimmenden Weltmachtposition bringen würden. Nun — wir haben es dazu gebracht, unter eine, nein, unter zwei Epochen der Weltpolitik einen Schlußstrich zu ziehen, aber wir haben es nicht dazu gebracht, das Gesicht Europas und der Welt konstruktiv und zukunfts mächtig mitzubestimmen. Wir haben Elend auf Elend gehäuft, wir haben uns und andere um das Glück eines kurzen Lebens gebracht, und wir haben die Hälfte des Vaterlandes darüber verloren.

Ich sage das nicht, weil es uns nicht schmerzte, davon zu reden, sondern weil — Gott sei es geklagt — es heute, nach zehn Jahren, notwendig ist, den Ton des Zynismus und der leichtfertigen Dummheit nicht einfach zu

ignorieren, der uns da und dort in Deutschland wieder geboten wird. Die CDU, ihre Fraktion und Minister wären nicht gut beraten, wenn sie sich einreden ließen, daß das Wiederlautwerden alter, ungeläuterter Hitleranhänger deshalb bedeutungslos sei, weil es sich dabei zweifellos um zahlenmäßig bedeutungslose, kleine Häuflein handele. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist, ob die Leiden Ungezählter verhöhnt, die Umkehr der Geläuterten und die Bereitschaft der Versöhnungswilligen ungestraft mißachtet werden darf. **Ich warne davor, auf diese Provokationen mit der stillen Überlegung zu reagieren, daß auch diese Leute wahlberechtigt sind und daß ihre Stimmen so gut seien wie die eines anderen. Die CDU jedenfalls verriete sich selbst mit einem solchen Kalkül, denn die CDU ist eine Frucht der Läuterung und Wandlung Deutschlands und der Deutschen.** (Beifall).

Im Kampf mit den Sündler- und Naumanns, mit den Remer und Ramkes geht es uns nicht um Ressentiment und Rache. Nein, es geht um die Lauterkeit und zukünftige Geltung des vielleicht tiefsten inneren Erlebnisses der deutschen Geschichte seit den Freiheitskriegen. Es ist ein Ereignis in der Seele und in dem Gewissen des deutschen Volkes. Es bedarf nicht der lauten Proklamation, es schließt sie eher aus. Aber wenn es schon bitter genug ist, daß mancher, der etwas davon erfahren hat, heute in den Daunen seiner materiellen Erfolge darüber hinduselt, als ob nichts gewesen wäre, **so wollen wir es doch nicht leiden, daß frevelhafter Zynismus sich über diese Wandlung brüst hinwegsetzt und sie beleidigt.** (Beifall).

Ich schließe diese Erinnerung an die Wandlung der Deutschen und ihres Nationalbewußtseins mit einem zweifachen Hinweis:

1. Die deutsche Katastrophe hat das Bewußtsein unseres gemeinsamen geschichtlichen Werdens und damit das Bewußtsein der wurzelhaften Zusammengehörigkeit der Deutschen im Glück wie im Unglück nicht ausgelöscht, sondern sie hat dieses Bewußtsein vertieft in der Wandlung und Läuterung unseres Nationalgefühls. Deutschland gehört zusammen, weil eine nicht nach Belieben zu vergessende oder zu ignorierende, trotz Schuld und Niederlagen große Geschichte die Deutschen zu einer Nation gemacht hat. Das ist der fast einzige reale Grund für die Wahrheit des Wortes von dem unteilbaren Deutschland. (Beifall) Der Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands kann darum — Föderalismus hin, Föderalismus her — auf die sorgsame Pflege des nationalen und das heißt des gesamtdeutschen Geschichtsbewußtseins unter keinen Umständen verzichten. Ich sage noch einmal, daß es so etwas wie ein bundesrepublikanisches Geschichtsbewußtsein gar nicht geben kann. Man mache sich darum auch gar keine Mühe damit. (Beifall)

2. Für die Nationalisten alten Stils und alter Prägung ist es unverständlich, widersinnig, wenn dieser Bemerkung sogleich die andere hinzugefügt wird, daß die Wandlung des nationalen Selbstbewußtseins in Deutschland zugleich die Voraussetzung, ja die Seele des von uns mit ganzer Kraft unterstützten Ringens um die Einigung Europas ist. Muß es noch einmal gesagt werden, warum wir der Idee des souveränen Nationalstaates im Grund unseres Herzens abgesagt haben? Ist es wirklich notwendig, zu versichern, daß es uns dabei nicht um Überkonstruktionen der Apparate und Behörden zu tun ist, sondern um eine unabweisbare Konsequenz, die wir Deutschen mit den europäischen Völkern zusammen aus den Erfahrungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts einfach ziehen müssen? Es ist wahr, wir haben auf dem Wege zu diesem Ziel ohne unser Verschulden Rückschläge bittere Rückschläge erlitten. Aber es ist nicht wahr, daß damit das Lied aus und das Ziel verfehlt sei. Auf neuen Wegen gehen wir auf die Einigung Europas zu. Wer nach zwei Weltkriegen Deutschland und den Völkern

Europas noch immer erzählt, daß es auf den alten Wegen und — es versteht sich, dann auch zu den alten Zielen — besser gehe, der weiß nicht, was er tut. Zum mindesten erzählt er Märchen. Grausame Märchen allerdings. Denn der Geruch von Blut, von viel unschuldigem Blut, von Brand und Tränen schwebt um sie. Wahrlich: „Mit verlorenen Illusionen kann man kein fruchtbares Leben führen!“ (Starker Beifall).

II.

Der Verlust ihrer Illusionen führte viele in unserem Volk nicht nur in eine grundstürzende Krise ihrer politischen und weltanschaulichen Vorstellungen, sondern auch in eine Krise des eigenen Gewissens, des persönlichen Glaubens und Denkens. Die unabsehbare Heimsuchung der Nation wurde damit für viele der Anstoß zu einer neuen religiösen Erfahrung. Inmitten gewaltiger Erschütterungen und großer Leiden gab es nicht nur Flüche, Angst und wilde Selbsterhaltung, sondern es gab auch eine Einkehr gleich der Hiobs: „Ich hatte von Dir mit den Ohren gehört; aber nun hat mein Auge Dich gesehen, darum spreche ich mich schuldig und tue Buße in Staub und Asche.“

Ich stimme einem sozialdemokratischen Redner zu, der neulich einmal gesagt hat, man solle sein Innerstes und Eigenstes nicht auf den politischen Marktplatz bringen. Aber jene persönliche religiöse Erfahrung ist damals so vielen zuteil geworden, daß sie eine allgemeine Bedeutung für die innere Neuorientierung des deutschen Volkes und der deutschen Politik erlangt hat. (Beifall) In den „Kölner Leitsätzen“ der CDU von 1945 heißt es zum Beispiel: „Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft.“ (Beifall)

Es kann kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen, daß dieser Satz stellvertretend für die gesamte CDU, evangelischer wie katholischer Herkunft, gesprochen ist. Ihm kommt der Charakter eines spontanen, aus letzter Überzeugung und tiefer Erfahrung gesprochenen christlichen und politischen Bekenntnisses zu. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Selbstbezeichnung christlich-demokratisch in dieser Gesinnung gewählt wurde und in dieser Gesinnung sich durchgesetzt und behauptet hat. Das war damals auch ganz unbestritten. Heute, zehn Jahre darnach, scheint jedoch dieser Begründungszusammenhang einigen Leuten so sehr aus dem Gedächtnis gekommen zu sein, daß sie diesen Bekenntnisakt einer großen, politischen Gemeinschaft nicht nur als eine Art unlauterer Propaganda, sondern „als Anmaßung und Mißbrauch des Gottesnamens“ bezeichnen. So die sogenannte „Kirchlich-theologische Sozietät“ — württembergische Gefolgsleute Barths — oder Thomas Dehler, der dem Kanzler — und damit auch uns, der CDU — schlicht „Mißbrauch des Christentums, der Religion und der Kirche für politische Zwecke“ vorgeworfen hat.

Selbstverständlich bedarf es auf solche Angriffe nicht der Rechtfertigung. Es ist das gute, unbestreitbare Recht aller, die auch ihre Politik von christlichen Grundsätzen bestimmen lassen möchten, sich christlich zu nennen. Dieses Recht könnte nur dann in Frage gestellt sein, wenn sich dieser Wille ins Wesenlose verflüchtigte oder wenn er mit einem Ausschließlichkeitsanspruch verbunden würde, wie ihn die CDU niemals erhoben hat. Unsere Kritiker erinnere ich daran, daß es lange vor der CDU auf evangelischem wie auf katholischem Boden — bei Stöcker und Ketteler —, aber auch in der Tradition des Sozialismus Gleiches gegeben hat. Die Religiösen Sozialisten, die sich in der Emigration um Paul Tillich und Edward Heimann gesammelt haben, nannten ihren durchaus politischen Kreis „Socialist Christians“, Sozialistische Christen. Dagegen war und ist genau so wenig einzuwenden wie gegen die Parole des

verstorbenen englischen Sozialistenführers Sir Stafford Cripps „Towards Christian Democracy“. Wir hoffen und glauben, daß es Christen, katholische wie evangelische Christen, auch in anderen Parteien gibt. **Aber das kann uns nicht daran hindern und darf uns nicht davon entbinden, unsere eigene Politik und unseren eigenen Weg bestimmen zu lassen von den Geboten Gottes und von der christlichen Berufung des Menschen und der Welt.** (Beifall) Dem Wagnis und dem Irrtum bleibt auch eine Politik ausgesetzt, die sich solchen Maßstäben und Kriterien unterwirft, und die darum mit Recht christlich genannt wird.

Leider ist es eine notwendige Feststellung, immer wieder zu sagen, daß die christliche Politik, die wir vertreten, **in keinem Sinne Kirchenpolitik ist.** Die Politik der CDU befaßt sich weder mit den Kirchen, noch wird sie von den Kirchen gemacht, befohlen oder dirigiert. (Beifall) Wir sehen in den Kirchen nicht unsere politische, sondern unsere geistige, auf jeden Fall aber unsere geistliche Heimat. Selbstverständlich liegt uns daran, daß uns diese Heimat nicht unleidlich gemacht wird wegen unserer politischen Arbeit; aber wir verlangen auch nicht, daß die Kirchen sich für uns politisch engagieren. Es gibt zweifellos Fälle, wo wir meinen, daß die Kirchen im ganzen von ihrem Fundament her keine andere Stellung beziehen können, als wir es tun. Ich denke zum Beispiel an den Kampf gegen den staatlichen Totalitarismus oder gegen Schund und Schmutz. Natürlich gibt es noch viele andere Dinge, wo die Kirchen und die CDU in die gleiche Richtung zielen. Ich denke an Grundfragen der Familienordnung, der Grenzen des Staates, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Autorität. **Aber das alles kann und darf uns keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß die Kirchen und die politischen Parteien, auch die bewußt christlichen Parteien, wesentlich verschieden sind und bleiben müssen. Die CDU wird keine Kirche, und die Kirche soll keine politische Partei werden.** (Starker Beifall) Kein Geringerer als Johann Hinrich Wichern hat in seiner berühmten Denkschrift an die deutsche Nation 1849 proklamiert: *„Die Innere Mission wird namentlich darauf hinweisen müssen, daß der Christ sich von der Pflicht des politischen Lebens nicht zurückziehen darf; daß auch hier die Flucht Schande ist; daß es auch hier den Streit für den Herrn gilt; sie wird den Weg der politischen Presse und Rede nicht unbetreten lassen.“* Das hat Wichern angestrebt, aber die evangelische Kirche Deutschlands ist ihm dabei nicht gefolgt. Und auch die katholische Kirche hat es ihren mündigen Söhnen und Töchtern überlassen, in der Gestalt der politischen Partei öffentliche, politische Verantwortung zu übernehmen. Das aber heißt, nicht mit dem Mandat der Kirche, sondern mit dem frei errungenen Mandat des Volkes antreten. Die CDU, eine überkonfessionelle, politische Gemeinschaft, steht und fällt mit diesem Mandat des Volkes. Sie ist weder ein politisches Zweckinstrument der Kirche, noch ist sie sonstwie eine „violette Kirchenpartei“. (Beifall) Nein, die CDU ist ein Teil der politischen Organisation unseres Volkes, so wie es andere Parteien auch sind. Wir sind weder zum Predigen da, noch zur Erfüllung anderer Aufgaben, die den Kirchen zukommen. Wir sind da, um unser politisches Programm zu verwirklichen, das wir vor unserem, allerdings christlich erzogenen Gewissen und dem deutschen Volk zu verantworten haben. (Beifall)

In einem scharfsinnigen Schreiben haben die Frankfurter CDU-Gründer — damals fast ausschließlich Katholiken — 1945 dargelegt, daß christliche Politik treiben nicht mehr heißen könne „aus dem Glaubensbestand der Kirche ein konkretes, ganzheitlich geschlossenes Programm und Zielbild für eine geschichtliche Situation“ abzuleiten. Mit anderen Worten: christliche Politik heute wird nicht nach einer politischen Kasuistik oder einem politischen Katechismus gemacht, der von den Kirchen erlassen oder approbiert wird, sondern in der Erkenntnis des politisch Möglichen und Notwen-

digen von Menschen, die gerne Christen sein möchten. Politische Gegner oder Kritiker, die meinen, uns darüber noch belehren zu müssen, sind mindestens zehn Jahre zu spät aufgestanden, wie zum Beispiel die Auseinandersetzung unseres Bundesgeschäftsführers mit einem Vertreter des württembergischen Liberalismus kürzlich wieder gezeigt hat. (Beifall)

Eine andere Sache aber ist schon lange fällig. Und das ist die Auseinandersetzung mit der prinzipiellen Ablehnung und der theologischen In-Acht- und Bannerklärung des Naturrechts, wie sie auf evangelischer Seite vom militanten Barthianismus betrieben wird. Ich möchte die Nichttheologen nicht mit einer Auseinandersetzung darüber langweilen. Aber ich möchte doch empfehlen, daß sich niemand von uns im mindesten davon beeindrucken läßt, daß das Selbstverständnis der CDU, ihre Existenz und ihre geistigen Grundlagen „eine theologische Unmöglichkeit“ seien, wie uns einige Jünger Barths meinen sagen zu müssen. Das deutsche Volk hat sich zum Glück um derartige Weisheiten nicht gekümmert. Der Streit um die Anerkennung des Naturrechts in der evangelischen Theologie ist mindestens dreißig Jahre alt, und anders als beim Dreißigjährigen Krieg ist dafür noch immer kein Ende abzusehen. Indessen brauchen wir uns darüber keine grauen Haare wachsen zu lassen, denn diejenigen Protestanten, für deren Staatsdenken das Ja oder Nein zum Naturrecht etwas bedeutet, erinnere ich daran, daß die grundsätzliche Anerkennung des Naturrechts eine ökumenische, auch die evangelischen Bekenntnisse einschließende Tatsache ist. Die heutigen theologischen und juristischen Vorkämpfer gegen das Naturrecht befinden sich damit unzweifelhaft im Widerspruch zu der gesamtchristlichen Überlieferung, das heißt also auch der evangelischen Überlieferung, soweit sie sich jedenfalls auf die Bekenntnisse der Reformation gründet. Ein noch immer gültiges Beispiel dafür bietet nicht nur Troeltsch, sondern vor allem das während des Krieges von dem Züricher Theologen Emil Brunner erschienene, auch für die CDU wegweisende Buch „Gerechtigkeit“.

Auch der gelegentlich gehörte Vorwurf, daß wir in unserer politischen Praxis fundamentale Wahrheitsfragen umgingen oder eliminierten, ist vollständig unbegründet. Der CDU ist es nicht aufgegeben, die Kirchen zu einen, und es ist ihr nicht geboten, strittige Glaubensfragen zu entscheiden, die jenseits ihrer politischen Verantwortung liegen. Die CDU gründet sich auf die gemeinsame Überzeugung evangelischer und katholischer Christen, daß uns geboten ist, im Dienste des Vaterlandes Kräfte zu vereinen, die unselig lange gegeneinander standen, und daß es schlichte Christenpflicht ist, dabei dankbar und gehorsam auf das zu sehen, was uns gemeinam ist. Und das ist genug, um eine politische Tatgemeinschaft auf ein festes und breites Fundament zu stellen. (Beifall) Den Ernst und die Last des kirchlichen Getrenntseins ignorieren wir dabei nicht. Wir begreifen unsere politische Aufgabe vielmehr als das Feld, auf das uns Gott gestellt hat mit dem Gebot, uns täglich von neuem in der männlichen Tugend der Toleranz, ja der Brüderlichkeit zu üben. Selbstverständlich ist das nicht immer eine leichte und einfache Sache. Aber es ist eine notwendige, eine große und eine wahrhaft christliche Sache. Es gehört zum Bittersten unserer Erfahrung, daß Unverstand und böser Wille unablässig bestrebt sind, genau diese, für das glückhafte Zusammenleben unseres Volkes unentbehrliche, überkonfessionelle Gemeinschaft zu entzweien und zu nichte zu machen. Aber dagegen hilft kein Klagen, dagegen hilft nur die Entschlossenheit, im eigenen Lager Fehler, Unbilligkeiten auszugleichen und die Engherzigkeit zu ächten. Wir können auch in Zukunft nur auf den Grundlagen zusammenstehen, auf die wir 1945 getreten sind. (Beifall).

Indem wir das tun, unterstellen wir uns in der politischen Praxis des Alltags der Richtschnur der christlichen Politik. Es wäre ein Irrtum, daraus

nun die Konsequenz zu ziehen, daß wir einen christlichen Staat anstreben. Vor einigen Tagen hat nach einer Pressemeldung der Sprecher eines bekannten evangelischen Verbandes auf einer Synode erklärt, „die evangelischen Christen hätten nur Interesse an einem modernen, konfessionslosen Staat.“ Nun, wenn dieser Redner damit sagen wollte, daß er die bestehende Trennung von Kirche und Staat gutheiße, dann hat er dafür gewiß auch die Zustimmung der CDU. Wenn er aber damit andeuten wollte, daß unser öffentliches, unser staatliches Leben einer noch rasanteren Säkularisierung bedürfe, dann ziehe ich vor, mich gegen ihn auf die Seite des Franzosen und Katholiken George Bernanos zu stellen, der seinen Landpfarrer einmal sagen läßt: „Was heißt denn, den Glauben verlieren? Man verliert den Glauben nicht wie einen Geldbeutel. Er hört auf, dem Leben Form zu geben, das ist alles.“ Ja, das ist alles. „Moderner, konfessionsloser Staat“ — gut, wenn es der sich seiner Grenzen bewußte, freiheitliche Rechtsstaat ist, der auch den Kräften des Glaubens freien Raum gibt. Die Kräfte des Unglaubens haben sich ihn längst genommen. Aber was wir brauchen, was auch ein konfessionsloser, freier Rechtsstaat braucht, das sind die bewahrenden Kräfte des Glaubens, die sich in Freiheit in ihm zu entfalten verlangen, zum Beispiel auch in den Schulen. Sie haben darauf einen klaren Rechtsanspruch. Indem ich das sage, rede ich dem konfessionellen Maximalismus in der Schuldfrage so wenig das Wort, wie bei der Besetzung von Beamtenstellen oder Ministersesseln. Ich weiß, daß es auf beiden Seiten innerhalb und außerhalb der CDU scharfe Aufpasser und Rechner gibt, daß das Mißtrauen auf der Lauer liegt, und daß dieselben Leute, die uns als ferngesteuerte „ultramontane“ Partei verdächtigen, mit dem erbärmlichsten Kulissengeflüster alles tun, um uns auseinander zu treiben oder die Beteiligung und den Einfluß der evangelischen Christen in der CDU zu lähmen. Was können wir dagegen tun? Vor allem dies: verhindern, daß — berechtigt oder unberechtigt — der Eindruck entsteht oder die Vorstellung sich festsetzt, daß nach einem feststehenden Klischee dieser oder jener Gruppe ein für allemal dieser oder jener Bereich, dieses oder jenes Amt zufallen **müsse**. Christen sind freie Leute. Sie müssen es auch in ihrer Politik sein. (Beifall).

III.

Als ein charakteristisch christliches Kennzeichen der von uns vertretenen Politik möchte ich die Bemühung bezeichnen, um die Grenzen des Staates und die Beschränkung seiner Zuständigkeiten. Die Bewahrung des Menschen vor seiner Bewirtschaftung durch den Staat sollte ein allgemeines politisches Anliegen aller sein. Die Christen aber können sich dieser Forderung auf keinen Fall entziehen. Es ist nicht entscheidend, ob es sich dabei um die Zwangsbewirtschaftung des Menschen vom Staate her handelt oder um ein Massenbegehren an den Staat, wie es heute unsere Lage weit mehr charakterisiert. Wir sind zum Dienst an der Freiheit verpflichtet. Wichtiger als die unablässig fortschreitende Ausdehnung der Kompetenzen des modernen Massenstaates im angeblichen Dienst an der Wohlfahrt der Massen, vordringlicher und verpflichtender ist es, die Freiheit des Menschen zu verfechten, auch um den Preis, daß die Risiken, die er im Leben zu tragen hat, dadurch nicht kleiner werden. Die größere Freiheit muß uns das höhere Risiko wert sein. Es hat keinen Sinn, große Reden für die Freiheit zu halten, wie wir sie in den letzten Monaten mit unbegründeten Vorwürfen an unsere Adresse gehört haben, wenn man nicht willens ist, zu dieser Konsequenz zu stehen. (Beifall und Zurufe: Sehr gut!)

Carl Schurz, der süddeutsche Revolutionär und spätere nordamerikanische Staatsmann, hat vor hundert Jahren aus den USA einen Brief geschrieben, in dem es heißt: „Es ist das erste Mal... daß ich sehe, wie ein

Volk sich gebärdet, das frei ist... Hier sehen Sie das Prinzip der individuellen Freiheit bis zu den letzten Konsequenzen der Verachtung des feimachenden Gesetzes; dort sehen Sie den krassen religiösen Fanatismus sich in brutalen Akten austoben; die große Masse des arbeitenden Volkes sehen Sie hier in der Volksfreiheit für ihre Emanzipationsbestrebungen und daneben den Spekulationsgeist des Kapitals sich in unerhörten Unternehmungen herumtummeln; hier der unaufhaltsame Geist der Emanzipation, dort das tägliche Geläst der Unterdrückung — alles dies in voller Freiheit, in buntem Gewirre durcheinander, nebeneinander."

Die „Stuttgarter Zeitung“, die verdienstlicherweise diesen unbekannten Brief veröffentlichte, schrieb darüber: „Die Praxis der Freiheit“. Nun, diese Praxis der Freiheit ist es nicht, die wir meinen, wenn wir von Freiheit sprechen; denn unsere Vorstellungen von der Freiheit sind nicht gewonnen aus der Natur, sondern aus der Kultur. **Sie sind nicht die Vorstellungen eines bindungslosen Libertinismus oder puren Pluralismus, sondern sie sind gebildet an dem christlichen Verständnis des einer ewigen Berufung verpflichteten Menschen. Mit anderen Worten: Unser Begriff der Freiheit stammt aus der Kategorie des Sittlichen und nicht des Naturhaften.** Das besagt, daß wir nicht anzuerkennen und zuzulassen bereit sind, daß im Staat die stärkste Faust regieren darf, und daß wir nicht der Meinung sind, daß im Staat der Freiheit nach den Gesetzen der freien Wildbahn verfahren werden darf. Unser Staat ist ebenso wie die heutigen USA etwas anderes als das, was Carl Schurz vor hundert Jahren beschrieben hat.

Unser Staat ist ein freiheitlicher Rechtsstaat, der sich in einer ganz spezifischen Weise der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet weiß. Die ungeheuren, die ganze Welt bewegenden Abenteuer, die sich die deutsche Staatsführung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts geleistet hat, haben uns eine enorme Soziallast auferlegt und außerdem einen gewaltigen, gesellschaftlichen Strukturwandel zur Folge gehabt. Angesichts dessen ist es unsere Pflicht, diese gewaltige nationale Hypothek in einem vertretbaren, möglichst gerechten, materiellen Ausgleich von staatswegen zu bewältigen. Es ist unsere Pflicht, damit auch alles zu tun, um das verstrickte gesellschaftliche Wurzelgeflecht des deutschen Volkes zu heilen und den Gefahren der amorphen Strukturlosigkeit entschieden zu begegnen. Solange Deutschland geteilt ist, werden wir dabei nur Teilerfolge erzielen können, dennoch muß entschlossen gehandelt werden. Begrüßen sollten wir, daß jeden Tag mehr erkannt wird, daß wir zwar allen Grund haben, den Ergebnissen der sozialen Marktwirtschaft unseres Freundes Erhard dankbar zu sein, daß wir aber auch — so wie er und Röpke es tun — sehen und erkennen müssen, daß die soziale Marktwirtschaft nur ein Teil im größeren Rahmen eines nicht nur der materiellen, sondern der geistigen und sittlichen Gesundung und seiner gesellschaftlichen Neuordnung entgegenschreitenden Volkes sein kann. Die Wirtschaft bedarf einer stabilen politischen, ja, sie bedarf einer qualifizierten, sittlich gekräftigten Staats-, Volks- und Gesellschaftsordnung. Hier bestehen unübersehbare Wechselwirkungen. Dem ungezähmten, habgierigen Materialismus steht der Pluralismus der Kräfte im Staat nicht nur hilflos gegenüber, sondern er ist — wenn er nicht von der starken, zusammenfassenden, denkbar weitblickenden, sachgerechten Staatsgewalt gebändigt wird — imstande, den Staat zu ruinieren. Dann ist es auch mit der Wirtschaft geschehen. Man braucht nur „Währung“ zu sagen! Da hilft auch kein Fetischglaube von der Autonomie der Wirtschaft. Für all das gibt es Beispiele, die wir an der eigenen Haut in unserer Generation bitter erfahren haben. (Beifall).

Es besteht kein Anlaß, über den wachsenden Wohlstand die Stirne zu runzeln; aber es muß uns besorgt machen, daß offenbar nicht wenige angefangen haben, darüber unmerklich den Verstand zu verlieren. Denn wie

soll man es anders verstehen, wenn denkende Menschen mit Erfahrungen von einer Tiefe, wie sie vielen Generationen vorenthalten blieben, das Materielle, das ein **Mittel** zur Freiheit ist, für das Ziel und den Sinn ihrer Berufung halten?

Unsere Sozialpolitik und alles, was wir für die gesellschaftliche Neuordnung tun können, muß bei allen materiellen Verbesserungen davon bestimmt bleiben, daß unsere vornehmste soziale Aufgabe darin besteht, den Menschen in seinem Personsein, in seiner freiheitlichen Existenz und damit — soweit es der Staat überhaupt kann — in seiner menschlichen Berufung zu schützen. Ich glaube, daß viele Vertriebene in den vergangenen zehn Jahren uns in ihrer Existenzbewahrung dargelebt haben, was mancher andere im Wohlstand vergaß: daß nämlich das Materielle zwar ein notwendiges Mittel, aber noch nicht das Ziel und das Glück der Menschen selber ist. Selbst dort, wo die Vertriebenen zur Existenzsicherung, ja zu neuem Wohlstand gelangt sind, haben viele ihr Herz noch an etwas ganz Unkäuflichem, nämlich an der verlorenen Heimat, hängen. Dieses Hängen am Unkäuflichen und — damit verbunden — das Respektieren des geistigen und moralischen Ranges ist im Schwinden. Das ist ein nationales Unglück. Wir dürfen die Einebnung der sozialen Profile, auch der Kulturprofile, und das Verkümmern gesellschaftlicher Gebilde nicht nur als einen zeitweiligen Zustand im Strukturwandel der Gesellschaft sehen. Das ist es jedenfalls dann nicht, wenn wir tatenlos zusehen. Das Schicksal der geistigen Schicht in Deutschland — vielleicht auch anderwärts —, die Reduktion ihres Gewichtes und ihres Wertes in der Gesellschaft und im öffentlichen Leben sind zum Beispiel Vorgänge, die uns nicht nur mit Sorge erfüllen müssen, sondern die es zur gebieterischen Notwendigkeit machen, Hilfsmaßnahmen großen Stils zu entwickeln. Ich begrüße schon als Abgeordneter eines vorwiegend bäuerlichen württembergischen Wahlkreises das großzügige landwirtschaftliche Hilfsprogramm unseres Freundes Lübke; aber ich vertrete die Meinung, daß in unserer Zeit Entsprechendes auch denen gegenüber angemessen wäre, denen die Pflege des Geistes und der Kultur anbefohlen ist. (Beifall).

Warum sprechen wir davon? Ganz gewiß nicht deshalb, um noch mehr Bereiche unseres Lebens dem Protektionismus des Staates und damit dem Staate selber zu unterwerfen. Wir sprechen davon, weil wir uns noch immer in einer Zeit des Übergangs befinden. Weil noch immer ausgeglichen, nachgeholt und aufgebaut werden muß, was infolge der Abenteuer früherer Staatsführungen im persönlichen und öffentlichen Leben unseres Volkes vernichtet oder verletzt worden ist. Es ist wahr: bei allen Maßnahmen dieser Art besteht eine Gefahr, daß Patienten süchtig werden, d. h., daß sie sich auf den permanenten Staatsprotektionismus einrichten, statt sich auf die eigene Kraft zu besinnen. Weil diese Gefahr besteht, dürfen wir keinen Irrtum aufkommen lassen über Art und Charakter der von uns aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit ergriffenen Maßnahmen. Die dauernde kritische Konfrontierung dieser Maßnahmen mit den bestimmenden Grundsätzen unserer Sozial- und Gesellschaftspolitik ist überhaupt unerlässlich, wenn wir uns vor einem Opportunismus retten wollen, der im besten Zuge ist, aus dem sozialen Rechtsstaat, den wir meinen, einen haltlosen Gefälligkeitsstaat zu machen. (Beifall).

Ein bemerkenswertes Beispiel zeigt uns, daß es auch im Bereiche der Grundsätze und Leitbilder in unserem Sozialstaat noch Meinungsverschiedenheiten gibt, die wir nicht ignorieren oder bagatellisieren dürfen. Ein angesehener Sprecher der SPD, der sich selber nicht für einen Marxisten hält, hat es vor einem ähnlichen Forum seiner Partei unter-

nommen, den marxistischen Begriff der klassenlosen Gesellschaft für unseren freiheitlichen Rechtsstaat zu retten. Er hat dabei erklärt:

„Klassenlosigkeit bedeutet, daß jeder der Allgemeinheit leistet, was in seinem Vermögen und seiner Kraft steht, und daß jeder von dieser zurückhält, was er braucht, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können.“

In eine solche Mediatisierung des Menschen durch den Staat können wir niemals einwilligen. Uns ist es zu tun um die Rettung der Person aus ihrem Schrumpfungsprozeß in der modernen Massenwelt. Deshalb sind wir nicht bereit, den Menschen dergestalt dem Staate preiszugeben. Auch dann nicht, wenn es im Namen seiner Wohlfahrt und unter dem Titel eines gleichberechtigten Bürgers geschieht. (Beifall).

Ich glaube, daß es wohl Erkenntnisse dieser Art gewesen sind, die auch die Sozialausschüsse der CDU unter der Leitung Jakob Kaisers und Karl Arnolds veranlaßt haben, die Vorschläge des Ahlener Programms über die Eigentumsgestaltung in der Grund- und Schlüsselindustrie im Laufe der Jahre zurückhaltender zu beurteilen. Die Brechung der Monopole, Kartellgesetze, Preiskontrollen und Arbeitsgestaltung, vor allem aber die Erhöhung des Reallohnes und die Bildung von neuem Eigentum in der Hand des Arbeitnehmers, erwiesen sich nicht nur als vordringlichere, sondern auch als fruchtbarere Aufgabe.

Es ist überhaupt eine der bemerkenswertesten Tatsachen der Geschichte der letzten hundert Jahre, daß sich die Befreiung der deutschen und der westeuropäischen Arbeiterschaft von der Gefahr der Proletarisierung nicht vollzogen hat nach den Rezepten des klassischen Marxismus, sondern nach den Einsichten der nicht-marxistischen und christlich-sozialen Arbeiterpolitik in diesen Ländern. (Beifall).

Es ist unzweifelhaft ein Verdienst der Führung der SPD in der Weimarer Republik und nach 1945, daß sie sich der konsequenten Verfolgung marxistischer Doktrinen in entscheidenden Punkten versagt hat. Auf diese Weise hat die deutsche Arbeiterschaft im ganzen — um mit August Winnig zu sprechen — den Weg vom Proletariat zum Arbeitertum durchschritten — ein Gedanke und ein Ziel, der die christlich-soziale Politik seit hundert Jahren bewegt hat. Nicht die marxistische Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nicht die sozialistische Staatswirtschaft, sondern der freiheitliche Rechtsstaat und schließlich die von uns verantwortete soziale Marktwirtschaft haben das Entscheidende dafür getan. Das ist die Praxis der Freiheit, die wir meinen. (Beifall). Diese Praxis hat auch ihre Konsequenzen. Dazu gehört, daß wir einsehen, daß die Christlich-Demokratische Union weder ihrer geschichtlichen Herkunft nach, noch ihrer geistigen Fundierung und ihrer in gesellschaftliches Neuland drängenden Kraft nach sich simpel dem Bürgerblock-Schema alter Vorstellungen verpflichtet fühlt. Wir sind es niemand schuldig, mit Leuten zusammenzugehen, bei denen — wie wir es jetzt aus Würzburg gehört haben — eingestandenermaßen das Ja kein Ja und das Nein kein Nein ist. (Beifall).

Uhland hat mit Recht gesagt: „Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst.“ Wer seine Zucht nicht auf sich nehmen will, sondern in vagantenhafter Ungebundenheit meint, zum Beispiel im abenteuerlichen Spiel zwischen Ost und West den freiheitlichen deutschen Rechtsstaat aufs Spiel setzen zu dürfen, der kann sich auf unsere entschiedene Gegnerschaft auch weiterhin gefaßt machen. Wir haben genug Abenteuer mit dem Staat erlebt, wir tragen die Wunden und Narben davon am Leibe, und deshalb verbitten wir uns, daß man im Namen der Freiheit dem Volke neue Abenteuer suggeriert. (Beifall).

Indessen ist es notwendig, daß wir unser Auge nicht nur auf Gefahren dieser Art und auf die Grenzen des Staates richten, sondern es ist unsere Pflicht, auch darüber nachzudenken, was denn für die Festigung der freiheitlichen Rechtsordnung in diesem Staate selbst geschehen kann und geschehen muß. An Vorschlägen und Ideen dafür fehlt es nicht. Seit Martinis Buch „Vom Ende aller Sicherheit“ haben die Kernfragen der parlamentarischen Demokratie im 20. Jahrhundert immer mehr die Nachdenklichen beschäftigt. Das konstruktive Mißtrauensvotum stellt eine beachtliche Weiterbildung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland dar. Seit dieser Neuerung im Grundgesetz sind einige Jahre vergangen, in denen die internationale Diskussion um die zeitgemäße Festigung und Fortbildung der parlamentarischen Demokratie zu Einsichten gelangte, die auch bei uns nicht ignoriert werden dürfen.

Das Kernproblem dabei ist die Frage der Autorität in der Freiheit. Die beachtlichsten Stimmen, die dazu das Wort genommen haben, gehören Menschen, die öffentlich bewährte Verfechter der Freiheit sind. Da ist Walter Lippmann mit seiner „Public Philosophy“, ein Mann, der sich auch heute noch einen liberalen Demokraten nennt. Sicher ist, daß ihm — ebenso wenig wie der jüdischen Emigrantin Hanna Ahrend oder dem von den Russen nach Hause gejagten, ehemaligen amerikanischen Botschafter in Moskau, George Kennan — im mindesten etwas daran liegt, der Freiheit Abbruch zu tun mit dem strengen, aufsehenerregenden Eintreten für die Bildung und den Schutz der Autorität. Aber gerade deshalb, weil alle Drei so völlig über jeden Verdacht der totalitären Konspiration erhaben sind, und weil niemand in der ganzen Welt gerade diese Verfechter der Freiheit für suspekt erklären kann, und gerade deshalb, weil keiner von ihnen an staatlicher Machtausübung beteiligt ist, gerade deshalb kommt es uns zu, ihre Stimmen zu hören. Wir leben in einem Provisorium. Provisorisch daran aber sollen ganz gewiß nicht sein die fundamentalen Grundsätze der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Selbstgestaltung, die im Grundgesetz einen Ausdruck gefunden haben. Aber frei und offen und ohne das geringste Recht zur Verdächtigung müssen im Blick auf eine zukünftige gesamtdeutsche Verfassung bei uns diskutiert werden können die Fragen der politischen Organisation Deutschlands, wie zum Beispiel der Gliederung und Rechte der Länder, der Aus- und Durchgestaltung der Staatsspitze etwa mit dem Ziele der Schaffung einer noch stärkeren, über den Streit der Parteien hinausgreifenden, konservierenden und traditionsschützenden Gewalt. Auch der Parlamentarismus kann nicht dauernd einfach von der Hand in den Mund leben. Die Ausbildung von modernen, den heutigen und zukünftigen Verhältnissen angemesseneren Verfahrensweisen, die energische Selbstbehauptung des Parlamentes gegenüber dem, was Eschenburg mit Recht als „Herrschaft der Verbände“ gerügt hat — das sind Aufgaben, vor denen wir gewiß nicht die Köpfe in den Sand stecken dürfen. Denn schließlich ringen wir nicht unablässig um die Freiheit des Menschen und die Begrenzung staatlicher Zuständigkeiten, um Staat und Staatsbürger der Herrschaft mächtiger Großverbände verfallen zu lassen. (Beifall). **Im Anblick solcher Gefahren ist die Stärkung der Autorität des Staates, seines Parlamentes und seiner Regierung unerläßlich.** Die Auseinandersetzungen um das Wahlrecht sind für die CDU, die Widerstände gegen die Verkleinerung des Parlamentes sind für alle Parteien zusammen kein Ruhmesblatt gewesen. Vor allem aber müssen wir den Mut aufbringen, die Autorität im Staate dort zu schützen, wo sie auf Grund von Amt und Leistung zum Segen des Vaterlandes wirksam ist. **Das gilt heute vor allem im Blick auf den Bundeskanzler. Er hat mit seiner ungewöhnlich hohen Beständigkeit ganz Deutschland in der Welt ein so hohes Maß an Vertrauen erworben,**

wie es keiner von uns nach dem Zickzack der Weimarer Zeit und den Verbrechen Hitlers zu unseren Lebzeiten für möglich gehalten hätte.

Anschläge auf die Autorität im Staat und auf die Autorität des Staates müssen geächtet werden, gleichgültig, ob der Träger dieser Autorität Heuss, Adenauer oder Ollenhauer heißt. Die Leute aber, die meinen, der Rechtsstaat und seine Freiheit ertrage alles, die kann ich nur an das Schicksal der Weimarer Republik erinnern (Beifall) und ihnen mit Lippmann und Kennan zuzurufen: „*Alles, was nivelliert und normt, bedroht die Freiheit ...! Selbst eine Demokratie sollte in geeigneter Weise für die Würde öffentlichen Dienstes und privater Pflichterfüllung eintreten und die eifersüchtige Zersetzung des Prinzips der Rangunterschiede verhindern. Gott verhüte, daß wir je ohne Elite sind — nicht eine Elite des Geldes oder der Geburt, sondern des Geistes und des Charakters — und Gott verhüte, daß wir es je versäumen, sie zu ehren.*“ Das ist die Stimme eines Mannes, der in der Opposition zu seiner Regierung steht, der sich wahrscheinlich zu den Liberalen rechnet — aber der freilich nicht Deutscher, sondern Amerikaner ist.

Es sieht so aus, als ob es in jedem System der Freiheit eine gewisse Sorte von Publizistik gibt, deren Kennzeichen nicht diese oder jene Meinung, sondern die pure Schamlosigkeit ist. Daß es das auch in Deutschland gibt, ist bedauerlich, aber wahrscheinlich nicht zu ändern. Aber daß ihr Stil auch im Kampf der Parteien und zwischen Parlamentariern, die ein öffentliches Mandat des Volkes tragen, möglich und erlaubt sein soll, das halten wir für ein Unglück, weil es den Staat zum Feld der ungezügelter, brutalen Austragung von Interessenkämpfen, Leidenschaften und Meinungsverschiedenheiten jeder Art macht. Das wollen wir nicht. Eine christliche Partei jedenfalls muß etwas davon wissen, daß es keine Freiheit ohne Bindung, keinen Staat der Freiheit ohne legitime Autorität gibt. Aber es ist nicht unsere Pflicht allein, diese Autorität zu schützen, sondern es ist die Sache aller freiheitlich Gesinnten. Ob parlamentarische Regierungs- oder Oppositionspartei, ist dabei belanglos. (Beifall). Nur die Dummköpfe, denen es nicht zukommt, einen freiheitlichen Staat zu lenken, vermögen den fundamentalen Unterschied zwischen der aus Freiheit und Recht geborenen Autorität und dem totalitären Zwang nicht zu erfassen. Sie schütten deshalb prompt in jedem Fall das Kind mit dem Bade aus, und das bekommt dem freien Rechtsstaat nicht — wie wir gesehen haben. (Beifall).

IV.

Ich breche ab, denn mir ist nicht die Aufgabe gesetzt, dem Parteitag vorzugreifen oder programmatische Erwägungen für die verfassungsrechtliche Weiterbildung unseres Staates anzustellen. An solchen Vorschlägen ist kein Mangel, und einige davon haben Hand und Fuß.

Ich hatte hier auf die Frage Antwort zu geben, ob und welchen Gebrauch die Christlich-Demokratische Union als ein Teil des deutschen Volkes gemacht hat von dem Recht der moralischen und ideenpolitischen Selbstbestimmung, auf das wir 1945 in der Tat nicht verzichtet haben. Was ich hier vortragen konnte, sind nur Ausschnitte und Hinweise, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Wichtiges, vielleicht Fundamentales konnte hier nicht zur Sprache kommen. Aber ich glaube, daß auch an diesen Ausschnitten deutlich geworden ist, in welcher Tiefe und in welcher Breite — um nochmals mit jenem programmatischen Adenauer-Satz von Bern zu sprechen — wir uns um „die grundsätzliche Neuordnung unseres Staatswesens und unserer gesellschaftlichen und geistigen Lebensform“ bemüht haben.

Auch heute, nach zehn Jahren, bekennt sich die Christlich-Demokratische Union dankbar und ehrerbietig zu den

Fundamenten, auf denen sie vor zehn Jahren in die deutsche Geschichte und in die deutsche Politik eingetreten ist. Die Wandlung unseres nationalen Selbstbewußtseins, der Wandel der gesellschaftlichen Struktur unseres Volkes und die religiöse Erneuerung, an der viele teilgenommen haben, sind bestimmende Elemente unseres politischen Wirkens. Wir folgen dabei keinem Leit- oder Zielbild vom christlichen Staat, wir erheben keinen Ausschließlichkeitsanspruch auf das Christentum oder auf die christliche Tradition. Aber wir sind auch auf keinen Fall gesonnen, die uns unter großen Leiden gegebene und unter harten Anforderungen in den letzten zehn Jahren bewährte politische Zusammenarbeit von Katholiken und Protestanten, von Arbeitern und Unternehmern, von Bauern und Handwerkern, von Wissenschaftlern und Künstlern, von Stadt und Land jemals wieder aufzugeben oder zerschlagen zu lassen. (Beifall). Wir sprechen nicht von christlicher Politik als von einem uns gegebenen Katalog fertiger Rezepte, aber wir bekennen uns zu der christlichen Politik als einer Summe verpflichtender, aus den Geboten der Heiligen Schrift und dem Naturrecht uns überkommener Erkenntnisse, Einsichten und Verhaltensweisen in der Gestaltung des persönlichen wie des staatlichen Lebens.

Ehrerbietig gedenken wir, auf unserem Weg den besten Traditionen der deutschen Geschichte die Treue zu halten, aber wir haben nichts im Sinn mit der ideenlosen Restauration vergangener gesellschaftlicher Zustände und geschichtlich überholter Methoden und Ziele der früheren deutschen Politik. Wir wollen, daß dem Menschen unserer Zeit vom Staat und in der Gesellschaft gegeben wird, was ihm zukommt, und wir wachen deshalb darüber, daß die Grenzen des Staates und der staatlichen Zuständigkeit sich nicht weiter bedrohlich ausdehnen. Wir bekennen uns erneut zu einer Staatsgestaltung im Geist der gesicherten Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit und treten deshalb ein für den Schutz und die Respektierung der legitimen Autorität im Staat.

Wenn wir in dieser Gesinnung heute nach zehn Jahren einen Blick auf Deutschland, auf die Welt und ihre Zukunft werfen, dann können wir das nicht ohne Dankbarkeit, aber auch nicht ohne ernstliche Besorgnis tun. Wir sind dankbar, daß Gott uns gegen alles Erwarten soweit gebracht hat. Wir sind dankbar für das Vertrauen des deutschen Volkes zu unseren Mühen, und wir sind dankbar dafür, daß es Konrad Adenauer gegeben war, wenigstens den größeren Teil Deutschlands ehrenvoll wieder in die Freiheit, in die Gemeinschaft der freien Welt und in die Weltpolitik zurückzuführen. Wir sind dankbar für das, was unsere inzwischen in die Ewigkeit gerufenen Freunde und die Gemeinschaft der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union dazu beigetragen haben. Wir sind dankbar dafür, daß diese zehn Jahre erwiesen haben, daß die lange bestehende Heimatlosigkeit des deutschen Protestantismus mit der Errichtung der CDU/CSU ein Ende gefunden hat. Wir danken unseren Freunden Ehlers und Tillmanns, daß sie dafür ihr Bestes gegeben haben. Nicht nur wir, die CDU, sondern Deutschland braucht das alles auch in Zukunft, wenn ihm die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gelingen und die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa Wirklichkeit werden soll. (Beifall.) Wir brauchen das alles, um das unsere dazu beizutragen, daß das mit der Entbindung der Atomkraft neu aufgeschlagene Kapitel der Weltgeschichte zu ihrem friedlichen Fortgang und nicht zu ihrem katastrophalen Ende führt. Und wir brauchen das alles, um als ein in Freiheit und Frieden gefestigtes neues Deutschland unseren Beitrag zu leisten für die Lösung der großen Weltprobleme, wie sie auch uns in dem sprunghaften Anwachsen der Bevölkerung der Erde und in der notwendigen Weiterbildung einer durchgreifenden Weltfriedensorganisation gestellt sind. **Das Antlitz der ersten**

Hälfte dieses Jahrhunderts wurde geprägt von Knechtschaft, Krieg und Katastrophen. Gebe Gott, daß unsere Arbeit und Mühe dazu beitrage, daß die zweite Hälfte der Freiheit, dem Frieden und der Eintracht gehöre. (Starker, anhaltender Beifall).

Präsident Simpfendörfer:

Verehrter Herr Bundestagspräsident! Sie haben in großartiger Weise den Geist der Christlich Demokratischen Union umrissen. Wir sagen Ihnen herzlichen Dank dafür. (Beifall). Es bleibt mir noch übrig, unseren Stuttgarter Philharmonikern unter der Leitung des Herrn Dr. Hermanns herzlichen Dank zu sagen. (Beifall.)

Schluß 13 Uhr.

1. Plenarsitzung

Die Sitzung wird 15.30 Uhr durch den Präsidenten Dichtel eröffnet.

Präsident Dichtel

erteilt das Wort zu einem Referat

„Ziele und Methoden der sowjetischen Politik“

Professor Dr. Conze

Wenn ich als nicht parteigebundener Historiker der modernen Geschichte (früher der Universität Königsberg, heute der Universität Münster) gern und dankbar der Aufforderung entsprochen habe, vor der bedeutenden Versammlung des heutigen Tages zu sprechen, so tat ich das in der Auffassung, daß die Auseinandersetzung mit der Ideologie und der Politik der Sowjetunion und des Bolschewismus allgemein eine der vordringlichsten Aufgaben für uns ist. Denn sie rührt an unsere politische, geistige, menschliche Existenz. Sie ruft uns zur Besinnung und zum Handeln auf. Welcher Kreis wäre dazu besser geeignet, einige Gedanken zu dieser Frage zu äußern, als der zehnjährige Parteitag der großen deutschen Partei, die den Aufstieg des Provisoriums der Bundesrepublik als Vorbereitung für ein wiedervereinigtes Deutschland so wesentlich bestimmt hat?

Bei der Auseinandersetzung mit dem dialektischen Materialismus und der Politik des Bolschewismus sind bei uns im Westen zwei verhängnisvolle Fehlreaktionen verbreitet:

1. Der Bolschewismus wird in einem so starken Maße verabscheut, daß eine eindringende Beschäftigung mit ihm abgelehnt wird. Der Mensch des Westens fühlt sich erhaben über die geistige Primitivität einer falschen und verwerflichen Lehre. Er fühlt sich zugleich sicher, in seiner freiheitlichen Art zu leben. Wozu die Mühe? Es könnte sogar als verdächtig gelten, sich mit dem bolschewistischen System zu befassen. Wenn so gedacht wird, mischt sich leicht zur unbekümmerten Sicherheit ein gewisses Maß von Unsicherheit und Befürchtung, nicht ohne die Folgerung, besser die Finger vom gefährlichen Spiel zu lassen. Auf jeden Fall kommt als Konsequenz heraus: der Feind wird nicht erkannt und ist nicht bekannt. Die erste Voraussetzung für ein wirkungsvolles Aktivwerden gegen den Bolschewismus ist damit entfallen.

2. Der Bolschewismus wird als Feind nicht ernst genommen. Die Bolschewiki seien nicht so schlimm, wie sie durch die westliche Propaganda hingestellt würden. Man könne mit ihnen ebenso „Realpolitik“ treiben wie mit anderen Mächten. Politisches Wunschdenken überwuchert die nüchterne Urteilskraft. Die Bolschewiki hätten zum Beispiel seit Stalins Tod oft von Frieden und Koexistenz gesprochen. Warum sollte

man ihnen darin nicht entgegenkommen, statt sie durch eine „Politik der Stärke“ zu reizen?

Auch diese zweite Fehlreaktion ist, wie die erste, nur möglich, wenn die Kenntnis der Geschichte und der Ideologie des Bolschewismus fehlen. So werden z.B. Begriffe wie Frieden und Koexistenz wörtlich naiv, nicht aber dialektisch leninistisch verstanden.

Beide Reaktionen sind durch ihre weite Verbreitung gefährlich. Sie sind den bolschewistischen Politikern erwünscht, da sie der Fehlerinterpretation der bolschewistischen Politik Vorschub leisten.

Es ist daher die Pflicht jedes verantwortlich im politischen Leben stehenden Menschen, von allen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, um sich die meist fehlende Kenntnis zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß sie insbesondere bei der Jugend verbreitet werde. Nüchterne Lagebeurteilung ist notwendig, als Grundlage für eine Politik, die stark und elastisch zugleich, einfallsreich und geistig offensiv sein muß.

Was lehrt uns die Geschichte seit 1917?

Die geschichtliche Bedeutung der Revolution Lenins läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- a) Der Marxismus war von Lenin im bewußten Gegensatz zur überwiegenden Lehre der damaligen Sozialdemokratie auf die soziale Wirklichkeit Rußlands angewandt und uminterpretiert worden. Die gemäß der revolutionären Theorie Lenins entfachte Revolution stieß in Rußland durch. Sie stellte die ganze Erde unter die Alternative, die Auffassung Lenins von der rettenden Weltrevolution anzunehmen oder zu verwerfen. Die kommunistische Internationale von 1919 erhob den Anspruch, daß sie allein berufen sei, die Klassenspaltung der Welt zu überwinden, die Führung der proletarischen Revolution zu übernehmen und in allen Teilen der Erde über das Zwischenstadium der „Diktatur des Proletariats“ in stufenweisem Vorschreiten den gerechten Endzustand der staats- und klassenlosen Gesellschaft, das Ziel der Geschichte, den Kommunismus zu erreichen.

Zwar gelang es 1919 nicht, den Funken der Revolution von Rußland auf andere Länder überspringen zu lassen. Aber die offene oder untergründige kommunistische Weltorganisation mit ihren differenzierten Methoden der Zersetzung nichtbolschewistischer Staaten ist von 1917 bis heute eine der Grundtatsachen unserer Weltgeschichte geworden.

- b) Das Eigentümliche der Entwicklung seit 1917 liegt aber nicht minder stark auch darin, daß das Steckenbleiben der großen Revolution in den Grenzen des Russischen Reiches die merkwürdige Verbindung einer prinzipiellen Internationalität mit dem russischen Staatswesen zur Folge gehabt hat. Noch Lenin hat in seinen letzten Lebensjahren erkennen müssen, daß die Weltrevolution nicht durchzusetzen war und daß daher wohl oder übel neben das Ziel der kommunistischen Internationale die andere Aufgabe gestellt werden mußte: der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“, wie das Schlagwort der 20er Jahre lautete. Mit anderen Worten: Es handelte sich nicht nur darum, die sozialökonomischen Ziele der Revolution wenigstens in einem Staate so weit wie möglich durchzusetzen, sondern die Tatsache anzuerkennen, daß Rußland nach wie vor oder aufs neue ein Staat unter Staaten im Weltstaatsystem war oder werden mußte. So wuchs die SU wie von selbst in die geschichtliche Kontinuität und in den geopolitisch-geoökonomischen Zwang des alten Russischen Reiches hinein. Sie nahm damit auch den Imperialismus und den Messianismus des alten Rußland in sich auf, wenn das auch nicht von Anfang an mit Bewußtsein und ungebrochen geschah.

Aber dieser Staat unter Staaten war, wie wir sahen, zugleich das Energiezentrum der Komintern. Der neue Messianismus hieß: die Sowjetunion als das große Land des Fortschritts sei dazu berufen, die übrige rückständige Welt zu revolutionieren. Russische Machtpolitik und revolutionärer Ideologieglaube durchdrangen sich untrennbar.

So war bereits in den letzten Jahren Lenins, spätestens 1921, das vorgegeben, was seitdem in der Tat geschehen und mit unleugbarem Erfolg durch den richtungsweisenden Lenin und den despotisch-konsequenten Stalin erzwingen worden ist:

- a) Rußland wurde, indem die Revolution von unten brutal verhindert und die „Revolution von oben“ (Stalin) planmäßig dirigiert wurde, nach den Worten Stalins ein „metallisches Land“, das berufen sein sollte, die „kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen“. (Stalins Parole zum 1. Fünfjahresplan.) Durch die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde nicht nur der bäuerliche „Kleinkapitalismus“, d. h. das selbständige Bauerntum, grausam liquidiert, sondern wurde der Traktor zum Produktionsmittel in der Hand des Zwangs- und Planstaates und wurde vor allem die „industrielle Reservearmee“ der Arbeitslosen des überfüllten Dorfes dem Aufbau der Industrie mit dem Vorrang der Schwerindustrie zugeführt. Eine befohlene und gesteuerte Landflucht auf einen Schlag von riesigem Ausmaß!

Seit 1928 folgte — unterbrochen durch den Krieg — ein Fünfjahresplan nach dem anderen. Die SU ist seitdem einer bis ins einzelne geplanten und reglementierten Zentralverwaltungswirtschaft unterworfen, bei der sich erst nach dem Tode Stalins gewisse Auflockerungstendenzen, freilich ohne Verlassen des Prinzips, zeigen. Rußland ist damit seit knapp 30 Jahren in den großen Vorgang hineingerissen worden, der in England im 18. Jahrhundert begann, dann im 19. Jahrhundert West- und Mitteleuropa sowie Nordamerika erfaßte und in unserem Jahrhundert im Begriff ist, die ganze Erde zu umgreifen: die technisch-industrielle Revolution, die die gesamte Daseinsweise der Menschen in einem rapiden, schonungslosen und vielfach krisenhaften Maße auf neue Grundlagen stellt und tiefgreifend wandelt. Diese industrielle Revolution war und ist sinngemäß verbunden mit dem Abbau persönlicher Herrschaftsbeziehungen und ständischer Rangordnungen, d. h. auch mit der den Europäern zur Gewohnheit gewordenen Herrschaftsform des Kolonialismus, der nirgends auf der Erde gehalten werden kann. Anders gesprochen: die Demokratisierung in verschiedenartigen Ausprägungen ist das Korrelat zur industriellen Revolution.

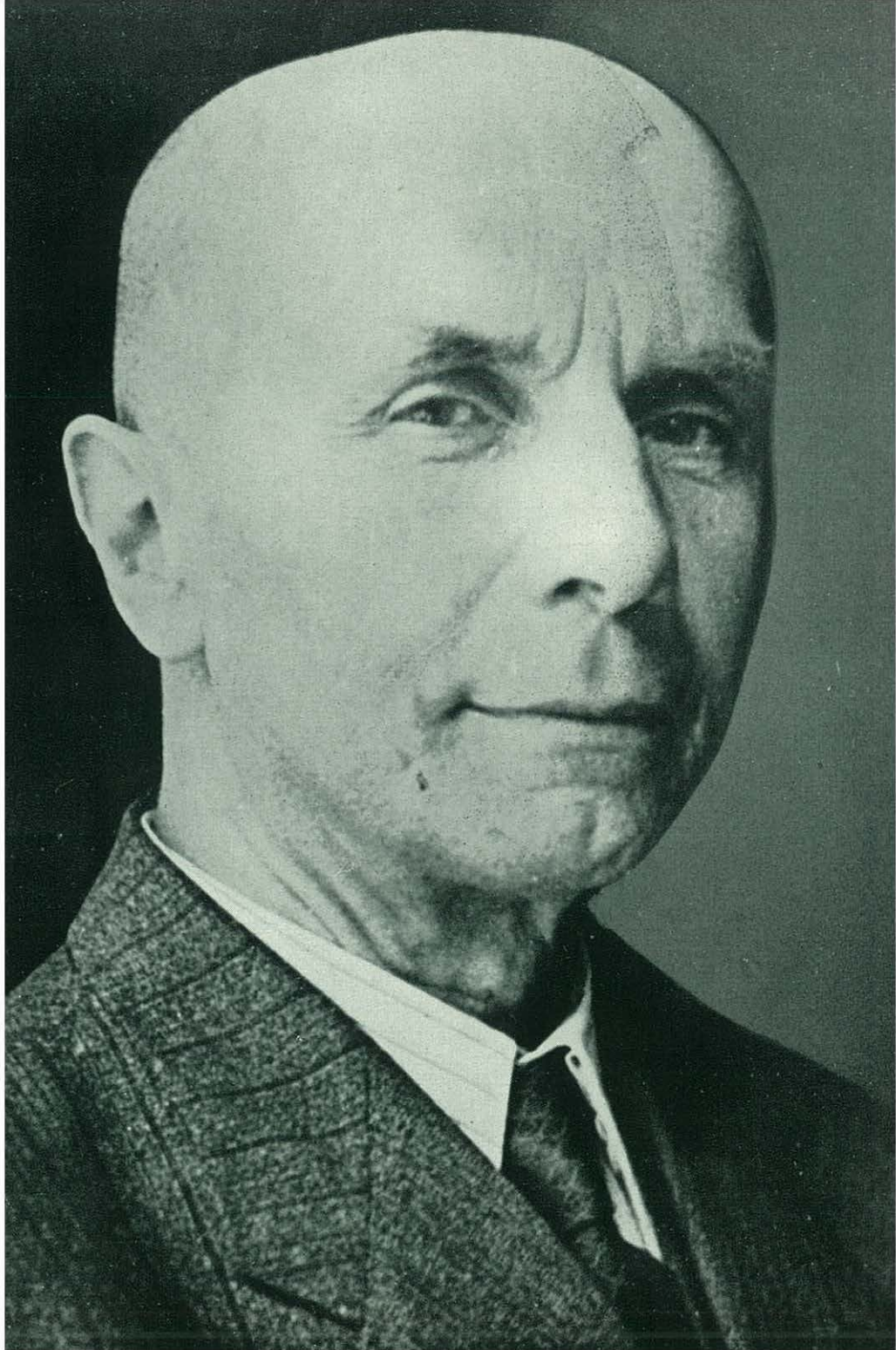
Beide, die Demokratisierung wie die industrielle Revolution, konnten in Rußland nicht auf die den Westeuropäern und Amerikanern geläufige Weise des wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Liberalismus durchgeführt werden. Die Ansätze dazu scheiterten, es darf wohl gesagt werden, daß sie scheitern mußten, weil die ökonomischen, sozialen und geistigen Voraussetzungen in der verkehrsfeindlichen, standortungünstigen eurasischen Landmasse und im Rußland des Selbstherrschertums, der Orthodoxie und der sozialen Bewegung fehlten.

Doch schon der russische Finanzminister Graf Witte hatte am Ende des 19. Jahrhunderts erkannt, daß Rußland in großem Stil industrialisiert werden mußte, wenn es als Weltmacht Bestand haben sollte. Die beiden Kriege von 1904/05 und 1914/17 sind harte Lehren in dieser Hinsicht gewesen.

Stalins geschichtliche Leistung für Rußland hat darin bestanden, daß er diesen Zusammenhang erkannt und mit hartem Druck zur Eile getrieben hat, damit durch Planung ohne Rücksicht auf ökonomische



*Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister Jacob Kaiser
und Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier*



mische Rentabilität und Menschen erreicht werden sollte, was im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht schnell und ausreichend genug gelingen konnte. Er zwang Rußland in die industrielle Revolution hinein und aktualisierte damit die brachliegenden Energien des Bodens und der damals reichlichen menschlichen Arbeitskraft. In fast 30 Jahren ist die SU vom vorwiegenden Agrarstaat zur großen Industriemacht verändert worden und hat Schritt für Schritt den Rückstand aufzuholen begonnen, in dem sie sich gegenüber den Ländern des älteren Industrialismus befunden hat.

- b) Hand in Hand mit der planwirtschaftlichen Industrialisierung ging das Programm der Expansion sowohl der revolutionären Ideologie wie der Unterjochung anderer Völker und Staaten ohne Rücksicht auf den politischen Willen dieser Völker.

Die Rechtfertigung zu diesem Handeln, bei dem alle Mittel einschließlich der militärischen Gewalt und Zwangsaussiedlung als erlaubt galten, bot und bietet die Theorie des dialektischen und historischen Materialismus. Diese Theorie ruht zwar philosophisch auf unbeweisbaren Prämissen und kann im Bereich der geschichtlichen Erfahrung vielleicht widerlegt oder in Frage gestellt werden. Aber der dialektische und historische Materialismus hat sich als brauchbare politische Waffe erwiesen, weil er gleichsam die Funktion eines Schlüssels ausübt, mit dem alle Geheimnisse der Natur und der Geschichte aufgeschlossen werden können, und weil er — erhöht durch die angebliche Unfehlbarkeit der „Klassiker“ Marx, Engels und Lenin — ein politisch unschätzbares Überlegenheitsbewußtsein verleiht. Die Welt ist nach der Lehre des „Diamat“ in zwei große Parteien geteilt: auf der einen Seite stehen die bewußten dialektischen Materialisten, die entweder Bürger der bolschewistischen Staatengemeinschaft oder in den „kapitalistischen“ Ländern Avantgardisten des Kommunismus sind; auf der anderen Seite befinden sich die noch gegen den sozialistisch-bolschewistischen Fortschritt feindlich oder passiv sich verhaltenden Menschen. Aus solcher Zweiteilung ergibt sich, daß notwendig jeder Mensch parteilich sein muß, ob er es sich eingesteht oder nicht. Da aber nur das eine der beiden großen Lager objektiv recht haben und Vollstrecker des Sinns der Geschichte sein kann, folgt daraus der Satz der Identität von Parteilichkeit und Objektivität. Nur der dialektische Materialist in der Nachfolge Lenins hat das rechte Bewußtsein. Wer dieses Bewußtsein ablehnt, dient den Kapitalisten und befindet sich mit ihnen an ihrem „Lebensabend“ oder im „Troß der Geschichte“ (Mikojan auf dem 20. Parteikongreß 1956). Daß der Endsieg im Kampf um die Erde nur der „wahren“ Partei zufallen kann, das ist seit Lenin der unumstößliche Glaubenssatz aller Bekenner der bolschewistischen Ideologie. Daß Lenin in diesem Zusammenhang Kriege, vor allem aber den letzten entscheidenden Krieg für unvermeidlich hielt und daß Chruschtschow angesichts einer gründlich veränderten Weltlage diese Unvermeidbarkeit nicht mehr für gegeben erachtet, ist nur eine taktische, keineswegs eine grundsätzliche Wendung des nach wie vor militanten Systems.

Die Sowjetunion verwendet im Augenblick das Schlagwort von der angeblich auf Lenin zurückgehenden „friedlichen Koexistenz“ als zugkräftige Waffe im Kampf um das ausdrücklich festgehaltene Endziel. Tatsächlich hat Lenin diesen Begriff noch nicht verwendet, da er bis kurz vor seiner Todeskrankheit dem Glauben an die unmittelbar bevorstehende Weltrevolution anhing. Doch mußte sich der Begriff folgerichtig aus der eben gekennzeichneten Situation des revolutionären Rußlands als eines Staates unter Staaten ergeben. Diese Konsequenz zog Stalin, der vorläufige Koexistenz zwischen den feindlichen Systemen dringend brauchte angesichts

der schwierigen Lage, in der sich Rußland gegenüber der „Kapitalistischen Einkreisung“ (Schlagwort Stalins) befand.

Wenn auch Lenin schon einmal von „friedlicher Koexistenz“ gesprochen hat, so hatte das einen durchaus anderen Sinn. Die „Neue Züricher Zeitung“ hat sich das Verdienst erworben, daß sie in ihrer Nummer vom 17. April 1956 an ein Interview Lenins für das „New York Evening Journal“ aus dem Jahre 1923 erinnert hat. Dort betonte Lenin die friedlichen Absichten Rußlands überhaupt und gegenüber Polen und Rumänien im besondern. Er bezeichnete das Ziel der Sowjets in Europa und Asien das „friedliche Zusammenleben (mirnoje soshitelstvo) der Völker, der Arbeiter und Bauern aller Nationen, die zu einem neuen Leben erwachen, einem Leben ohne Ausbeutung, ohne Grundbesitzer, ohne Kapitalisten, ohne Händler“.

Was meint dies Zitat? Koexistenz, die wirklich „Frieden“ im historisch-materialistischen Sinne bedeutet, kann nur dann eintreten, wenn es sich um Staaten und Völker handelt, die die Revolution im bolschewistischen Sinne bereits vollzogen haben. Vor dem Erreichen dieses Krieges kann es keinen Frieden geben, auch wenn der „heiße“ Krieg nicht für nötig erachtet wird.

„Koexistenz“ oder „friedliche Koexistenz“ — heute in einem bewußt schwebenden Sinne verwendet — kann als Zusammenleben der bolschewistischen Staaten mit anderen Staaten nur ein taktischer Durchgang, nfe das endgültige Ziel sein. Eine andere Deutung ist auch nach der Enthronung Stalins auf dem letzten Parteikongreß nicht möglich. Und im übrigen: auch nach den Erklärungen Chruschtschows über die Vermeidbarkeit von Kriegen bleibt die Rechtfertigung für einen „gerechten Krieg“ im Dienste des Endziels prinzipiell bestehen.

Es würde lohnend sein, wenn einmal systematisch untersucht würde, welchen Rissen im uneinheitlichen nichtbolschewistischen Teil der Erde jeweils die Erfolge der sowjetischen Expansion zu verdanken gewesen sind. Meisterhaft hat es die Moskauer Politik im Doppelspiel von Diplomatie und Komintern (Kominform) seit 1921 verstanden, jeweils das schwächste Glied der Kette „kapitalistischer Einkreisung“ (Stalin) auszunutzen. Von zwei großen Zusammenhängen hat Moskau dabei von Anfang an besonders stark Nutzen gezogen:

- a) von der Konkurrenz der sogenannten kapitalistischen Staaten mit ihren divergierenden Staatssegoismen gleichsam in der weltpolitischen Fortsetzung des alten europäischen Staatensystems, in dem die europäischen Mächte noch unter sich waren und keine Bedrohung von außen kannten. Bei dieser Konkurrenz spielte nach 1918 die Spaltung in Sieger und Besiegte eine Hauptrolle (vgl. z. B. Rapallo). In diesem Zusammenhang steht die Erscheinung Hitlers, der ungewollt der größte Helfershelfer der sowjetrussischen Expansion überhaupt gewesen ist, wie uns täglich durch die Oder-Neiße-Grenze, die deutsche Spaltung und die Not der Heimatvertriebenen demonstriert wird;
- b) von der Tatsache, daß die einst in Westeuropa begonnene Revolution des Industrialismus und der Demokratisierung die Länder Asiens und Afrikas, die sogenannten „unterentwickelten Gebiete“ unaufhaltsam ergriffen hat. Diejenigen Mächte sind dort unpopulär geworden, die sich diesem Vorgang noch heute entgegenstemmen. Lenin wirkte in diese Revolutionierung Asiens hinein, weit über die Reihen der kleinen kommunistischen Parteien hinaus. Wir erinnern uns, daß Sun Yat Sen und seine Partei Kuomintang das revolutionäre Bündnis mit Moskau schlossen, obwohl sie

nicht dem Kommunismus anhängen. Nachdem die Starrheit Stalins vieles in dieser Hinsicht gehemmt hatte, setzen Stalins wendigere Nachfolger sehr bewußt den Hebel an, um in dem Teil der Erde, der noch in der Revolutionierung steht, die Entscheidung zu suchen. Der Bogen spannt sich einheitlich von Lenin zu Chruschtschow!

Gegenüber den sogenannten kapitalistischen Ländern wird seit Lenin mit einer erstaunlichen Eintönigkeit an folgender These festgehalten, die zwar vom Klassiker Marx herrührt, aber nichtsdestoweniger der geschichtlichen Wirklichkeit nicht entspricht:

Lenin sah durchaus marxistisch die alten Industrieländer in der Zweiklassenspaltung. Wenn auch die Voraussage des Kommunistischen Manifests (1948) nicht eingetreten war, daß es in den hochkapitalistischen Ländern zur großen Revolution des Proletariats kommen sollte, so erhoffte Lenin doch vom russischen Beginn gleichsam die Initialzündung. Sie blieb aus. Gleichwohl wurde und wird (siehe 20. Parteikongreß) immer wieder ausgesprochen, daß die kapitalistischen Länder unter dem Gesetz des zunehmenden Klassenkampfes ständen und die in ihnen unterdrückte Arbeiterklasse oder das Proletariat auf die Befreiung warte. Diese werde eines Tages eintreten, da ja das geknechtete Proletariat nicht allein stehe, sondern in der mächtiger werdenden Sowjetunion, deren System das Übergewicht der Welt erlange, den entscheidenden Helfer finden werde. Wenn gegen diese These eingewandt werden sollte, daß die Arbeiterschaft der Länder des Industrialismus weit überwiegend eine Befreiung durch die Bolschewiken gar nicht wünsche, so würde dem der geschulte historische Materialist entgegenhalten: das liege nur an dem falschen oder unvollkommenen Bewußtsein der gewerkschaftlich, sozialdemokratisch oder christlich vernebelten Proletarier. An sich sei ihre Klassenlage derartig, daß ihre Befreiung durch den Bolschewismus eine Notwendigkeit sei. (Vergleiche das Wort Mussolinis: „Gewalt schafft Zustimmung!“)

Es ist ein absurder Anachronismus, daß auch heute noch an dieser These festgehalten wird, obwohl die geschichtliche Wirklichkeit ihr strikt entgegengesetzt ist. Eine groteske Anwendung überholter sozialer Leitbilder! (Beifall.)

Wie sieht die soziale Wirklichkeit der alten Industrieländer tatsächlich aus?

Im Anfang der Industrialisierung gab es in der Tat die industrielle Reservearmee des übervölkerten Landes, schwierige Startbedingungen der Unternehmer, die rücksichtslos den Faktor „Arbeit“ in ihre Rechnung einsetzten. Sehr niedrige Hungerlöhne und Wohnungselend der in die neuen Industrieballungen verpflanzten Arbeiter waren die Folge; es gab wirklich eine Schicht von Proletariern, die nur ihre Arbeitskraft besaßen und sie unter ungünstigen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt anbieten mußten. Doch die Industrie wurde die Retterin dieser großenteils schon vorindustriellen Proletarier. Durch die Industrialisierung wurden neue Arbeitsstellen geschaffen und wurde die Tragfähigkeit des Landes erheblich erhöht, so daß im Endergebnis heute eine doppelt oder dreifach vermehrte Bevölkerung besser auf der gleichen Fläche leben kann als ihre Vorfahren vor 100 Jahren. Der Prozeß der ständigen Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Nicht eine Zweiklassenspaltung von Kapitalisten und verelendeten Proletariern ist das Signum unserer Industriegesellschaft, sondern eine stark differenzierte und doch in ihrem sozialen Habitus zunehmende „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“. Der Proletarier von einst ist nicht nur längst in die Gesellschaft eingebürgert worden, sondern er ist verschwunden. Kein Vertreter unserer berufsmäßig stark verzweigten und in der Lebenshaltung zunehmend gehobenen Arbeiterschaft nennt sich heute noch einen Proletarier. Die bolschewistische Analyse des

angeblichen kapitalistischen Systems, das in Wirklichkeit seit dem ersten Weltkrieg und der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929 erheblichen Wandlungen unterworfen gewesen ist, ist falsch. Die Moskauer Ideologen sind zum Teil Gefangene ihrer eigenen Theorie, zum Teil spekulieren sie auf die Wirksamkeit überholter, und doch noch nachwirkender Begriffe, durch die sie die westliche Industriegesellschaft aufzuspalten suchen. Es sei angemerkt, daß mit dem soeben angedeuteten gesellschaftlichen Nivellierungsvorgang in den Ländern des älteren Industrialismus keineswegs einer leichtfertig harmonisierenden Anschauung Vorschub geleistet werden soll. Auch heute sind die sozialen Fragen, die in den verschiedenen Schichten der Arbeiterschaft gegeben sind, von erheblicher Bedeutung, und es ist sehr wohl zu unterscheiden zwischen bloßem Fortschleppen überholter Leitbilder und neuen sozialen Fragen, die im Zusammenhang umfassender Sozialreform zu stellen sind. (Beifall).

Ich habe es als die Aufgabe dieses knappen Vortrages angesehen, die ideologische und politische Kontinuität der sowjet-russischen Geschichte von Lenin über Stalin zu Chruschtschow und seinem Führungskollektiv stärker zu betonen als die Wandlungen, die sich seit Stalins Tod vollzogen haben. Die Kontinuität ist politisch gewichtiger als die Veränderung. Um diese zu untersuchen, bedürfte es sehr ausführlicher soziologischer und sozialökonomischer Analysen, die auf die Erkenntnis hinauslaufen würden, daß der Mensch in Rußland heute sich gegenüber der Zeit Lenins verändert hat, da aus der anfänglichen proletarischen Nivellierung eine sehr bemerkenswerte soziale Schichtung, Herrschafts- und Rangordnung geworden ist. Und weiter würde sich ein Bild der sogenannten „Engpässe“ der Sowjetwirtschaft ergeben, aus denen Zwänge des politischen Einlenkens folgen. In all dem steckt eine Tendenz zur Entideologisierung der Techno- und Bürokratie des großen Planstaats. Doch wäre es verhängnisvoll, diese Entideologisierung bereits als vollzogen anzusehen. Das haben die Äußerungen des 20. Parteikongresses deutlich gezeigt. Größere Wendigkeit bedeutet noch keine Veränderung der geistigen Basis. Molotow bekannte sich auf dem letzten Parteikongreß zur „leninischen Verbindung von Prinzipienfestigkeit und Elastizität“.

Aus unseren geschichtlichen Überlegungen ergeben sich meines Erachtens wichtige politische Folgerungen, zu denen abschließend wenigstens einige Stichworte gegeben werden sollen.

1. Der dialektische Materialismus und die durch ihn gestützte Politik der Bolschewiki widersprechen nicht nur unserer europäisch-christlichen Überlieferung, sondern sie fingieren eine fragwürdige Selbstsicherheit, die ihnen nicht zukommt. Die Zeit sollte vorbeigehen, in der die politische Ideologie der Kommunistischen Partei Rußlands noch mit Erfolg als Angriffswaffe eingesetzt werden kann. Die freie Welt ist potentiell sowohl wirtschaftlich wie geistig stärker. Es kommt darauf an, diese Stärke zu aktualisieren und unseren geistigen Reichtum offensiv wirken zu lassen. Wenn unsere Freiheit freilich nur eine unverbindliche Beliebigkeit persönlicher Lebensbefriedigung, d. h. ein praktischer, nicht dialektischer Materialismus und Atheismus ist, dann ist es um unsere Überlegenheit geschehen. Wenn wir es jedoch dahin bringen, unsere moralischen Kräfte zu aktivieren und für unseren Hauptwert im Kampf gegen die bolschewistische Ideologie, die personale Würde des Menschen in Freiheit und Rechtssicherheit, einzutreten, dann steigert sich unsere Überzeugungskraft. Offenbar aber gehört zum Menschen als freier Person, die weder Individuum noch Kollektiv ist, die Fähigkeit und Bereitschaft, über sich selbst hinaus zu leben und sich zum Opfer bringen zu können — freier und stärker als im befohlenen und — ich betone das — vielfach bewährten Idealismus des bolschewistischen Kollektivmenschen.

Hier liegt besonders für die Partei eine hohe Verpflichtung, die sich als „christlich“ bezeichnet. Welche Kraft sollte und könnte (mehr noch, als es schon geschieht) in unser öffentliches Leben und in die politische Ordnung einströmen, wenn Christen im Sinne des 1. Petrus-Briefes als Knechte Gottes und darum als Freie vor und in der Welt wirken würden. Hier kommt es auf gelebte Beispiele an.

2. Der falschen Analyse unserer Gesellschaft durch die Bolschewiki muß die richtige Anschauung unserer sozialen Wirklichkeit entgegengesetzt werden. Aus der richtigen Anschauung muß der Mut zur sozialen Unbefangenheit im Gegensatz zu allen Tendenzen der Restauration folgen, aus solchem Mut die Fähigkeit zu konstruktiver Sozialpolitik, deren Überlegenheit über die sozialen „Errungenschaften“ der anderen Seite evident sein muß. Dazu gehört auch ein gewisses Maß an Propaganda, die bei uns seit Goebbels mit gutem Recht verfeimt ist, aber doch verantwortungsvoll angewandt werden muß, damit wir uns nicht hilflos im bloßen Reagieren auf die mit gewaltigem Aufwand betriebene Agitation des Sowjetsystems erschöpfen wollen. (Beifall).

3. Auch die Machthaber im Kreml stehen an der Spitze eines Volkes, das dem Gesetz des Industrialismus unterliegt. Auch dieses Volk befindet sich mitten in den bekannten Wandlungen der Lebensweise und Lebensauffassung, wie sie dem Industriesystem gemäß sind. Dieses Volk will Erhöhung des Lebensstandards, menschliche Befriedigung, „Butter statt Kanonen“. Es ist der dauernden Überforderung abhold, die sich aus dem weltpolitischen Anspruch Moskaus ergibt. Die Wandlungen der Struktur und der Mentalität des russischen Menschen drängen darauf hin, daß die überspannte Ideologie abgebaut wird. Solche Tendenzen in Rußland können von außen gefördert werden,

- a) wenn die Politik der westlichen Mächte einheitlich bleibt und nicht durch neue taktische Wendungen gespalten wird;
- b) wenn die lauten Reden kommender bolschewistischer Weltherrschaft einheitlich zurückgewiesen und den Bolschewiki in aller Schärfe verdeutlicht wird, daß eine Koexistenz im bloß dialektischen Verstande als Durchgangsstufe zum Endsieg Moskaus — mit oder ohne Krieg — zurückzuweisen ist;
- c) wenn andererseits ausdrücklich allen Resten einer Kreuzungsideologie gegen den Bolschewismus abgesagt wird und damit den Russen die Sicherheit garantiert wird, die schließlich zu einer Koexistenz als Dauerziel führen kann.

Die Möglichkeit zu einem solchen Weg ist nicht utopisch. Nur dürfen wir nicht einem illusionär vorgreifenden Wunschenken verfallen und gewisse Tendenzen schon als vollzogene Tatsachen ansehen. Kommt es aber zu einer wirklichen Koexistenz gegenseitiger Achtung ohne Hintergedanken, dann kann auch die deutsche Wiedervereinigung, das große Ziel der deutschen Politik, so gelingen, daß es bei aller Abwehr der dialektisch-materialistischen Ideologie praktisch doch sowohl für die Deutschen wie für die Russen das wesentliche Teilstück einer allgemeinen Entspannung sein kann. (Lebhafter Beifall).

Präsident Dichtel

dankt Professor Conze und erteilt das Wort zu einem Referat:

Die Entwicklung in Mitteldeutschland

Bundesminister Jakob Kaiser:

Ein Jahrzehnt christlich-demokratischer Politik schließt die unlösliche Verbundenheit unserer Parteigemeinschaft mit dem Schicksal und der Zukunft sowohl Ostdeutschlands als auch Mitteldeutschlands ein. Und zwar

vor allem deshalb, weil sich die Christlichen Demokraten in Berlin und in der Zone schon zum frühesten Zeitpunkt im Zeichen der Freiheit zusammenschlossen. Die Männer und Frauen, die unsere Parteigemeinschaft dort im Osten unseres Landes begründeten, hatten im aktiven Kampf gegen das Hitlersystem gestanden, gegen das System, dem unser Land seinen Zusammenbruch verdankt. Sie erkannten aber auch sehr rasch, daß sie unmittelbar vor einer neuen Gefahr standen, die für Mitteldeutschland mit dem Einzug der Roten Armee heraufzog.

Die breite Masse der Christlichen Demokraten in Berlin und der Zone hat sich in der Auseinandersetzung um das Schicksal Mitteldeutschlands bewährt. Zeugen dafür sitzen hier in der Gemeinschaft der Exil-CDU unter uns. Und ich kann nicht umhin festzustellen: Hätten sich am Beginn der Auseinandersetzung um das Schicksal Mitteldeutschlands alle Parteien so bewährt wie die Christlichen Demokraten, so hätte die Geschichte vielleicht einen anderen Verlauf genommen. (Beifall). Das wissen die Christlichen Demokraten in der Zone und in Ost-Berlin heute noch, wie sie es immer wußten. Sie stehen zu ihrer Haltung wie am ersten Tage. Gedenken wir deshalb in Dankbarkeit und Treue aller jener in Mitteldeutschland, die durch fremde Gewalt gehindert werden, heute unter uns zu sein. (Beifall).

Unsere Sorge und unser Bemühen gilt dabei allen Deutschen in der Zone und in Berlin. Elf Jahre lang tragen sie nun schon eine der schwersten Folgen des Hitlersystems und seines totalen Zusammenbruches. Und sie tragen diese schweren Folgen stellvertretend für uns. (Beifall). Während Ostdeutschland mit allen Mitteln des Zwanges entvölkert wurde, wurde Mitteldeutschland immer enger vom östlichen Einflußbereich umklammert.

Kaum je in der Geschichte unseres Volkes ist mit solcher Härte der Versuch gemacht worden, den Deutschen eine ihnen fremde Ideologie aufzudrängen. Aber selten in der Geschichte hat sich auch eine Gesinnung des Widerstandes und der inneren Freiheit so beharrlich behauptet wie in Berlin und in der Zone. (Beifall). Der Kommunismus hat im Laufe der Jahre eine unumschränkte Alleinherrschaft erreicht. Die SED — das Machtinstrument des Kommunismus — hat allerdings den Gegensatz zwischen der Bevölkerung und dem Regime nicht zu mindern vermocht. Dafür ist nicht nur der Aufstand des 17. Juni 1953 Beweis. Dafür spricht die Haltung der Gesamtheit der Bevölkerung in allen diesen Jahren. Die führenden Funktionäre der SED mußten auf der letzten Tagung des Zentralkomitees ihrer Partei Ende Oktober 1955 und auf der „Dritten Parteikonferenz“ Ende März 1956 zugeben, daß die Bevölkerung in schroffer Ablehnung zum Regime steht. So stellte z. B. ein führender Funktionär fest, daß der Bevölkerung der „Glaube an den Sozialismus“ fehle. Daß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft „Unzufriedenheit spürbar sei“. Der naheliegende Vergleich mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik — so führte dieser Funktionär aus — vertiefe die Distanz zwischen der SED und der Masse ihrer Mitglieder. In der Arbeiterschaft sei das Argument weit verbreitet: „Drüben ist es besser.“ Ein anderes Mitglied des Zentralkomitees mußte eingestehen, daß es „der SED nicht gelungen sei, eine Kampfgemeinschaft mit der Bevölkerung, ja, nicht einmal mit ihren Genossen zu bilden.“

Diesem Widerstand gegenüber stützt sich das SED-Regime auf einen geschulten Apparat der Partei und der Massenorganisationen mit rund 60 000 hauptamtlichen Funktionären. Wer die Zone besucht, begegnet immer und überall der Volkspolizei. Das gesamte Leben auf der Straße, auf der Eisenbahn, bei Versammlungen, bei Ausstellungen, in den Behörden ist von der Gegenwart uniformierter Volkspolizisten beherrscht. Sie sind sich ihrer Stellung und ihrer Macht durchaus bewußt. Der einfache Bürger in der Zone

denkt: Nur nichts mit der Volkspolizei zu tun haben. Das kann zu leicht ins Auge gehen.

Die Kasernierte Volkspolizei, die nun in eine Volksarmee umgewandelt wird, ist zweifellos das stärkste Machtinstrument. Sie umfaßt heute einschließlich Marine und Luftwaffe rund 110 000 Mann. Hinzu kommen die kasernierten Verbände des Staatssicherheitsdienstes mit rund 60 000 Mann. Und zwar Grenzpolizei, Transportpolizei und sogenannte innere Truppen und Wachbataillone. An ausgeschiedenen Angehörigen der Kasernierten Volkspolizei, die als Reserve gelten, sind rund 45 000 Mann vorhanden.

Der militärische Apparat findet eine milizartige Ergänzung in den SED-Betriebskampfgruppen. Sie wurden in der heutigen Form nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 geschaffen. Diese Kampfgruppen sind nichts anderes als ein bewaffnetes Instrument des Kommunismus, das die Macht des Regimes in den Schlüsselbetrieben gegen den Freiheitswillen der Arbeiterschaft sichern soll. Sie unterstehen dem Chef der Volkspolizei. Zur Zeit kann man insgesamt mit 230 bis 250 000 Mann bewaffneter Kräfte rechnen. Über ihren militärischen Wert gehen gewiß die Meinungen auseinander. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß man durch ständige politische Schulung und ständige Ausübung eine schlagkräftige Bürgerkriegstruppe zu schaffen sucht. Für uns hier in der Bundesrepublik ist die Einsicht in diese Tatsachen gerade für die Auseinandersetzungen um die Bundeswehr besonders wichtig. Nicht, um zwischen Ost und West in unserem Lande den Teufel an die Wand zu malen, wohl aber als Hinweis, daß wir bei allen Auseinandersetzungen nicht an realen Tatsachen vorbeisehen dürfen. (Beifall). Als Rekrutierungsreservoir für die bewaffneten Einheiten sind vormilitärische Einrichtungen geschaffen worden. In der „Gesellschaft für Sport und Technik“, der eigentlichen Organisation für vormilitärische Ausbildung, dürfen zur Zeit rund eine Million Jungen und Mädchen politisch und vormilitärisch ausgebildet werden. Erschreckend ist dabei die Haßpropaganda, von der diese Schulung begleitet wird.

Für das militärische Machtinstrument werden große Mittel bereitgestellt. Offiziere und Mannschaften erhalten außergewöhnlich hohe Gehälter. Bemerkenswert ist dabei, daß die „Dritte Parteikonferenz“ symbolisch mit dem Einmarsch verschiedener Truppenteile der sowjetzonalen Volksarmee abgeschlossen wurde.

Neben der militärischen Macht ist eines der bedrückendsten Mittel gegen die deutsche Bevölkerung die Justiz. Es ist ihr Werk, daß Tausende von Menschen viele Jahre ihres Lebens unschuldig hinter Zuchthausmauern verbringen müssen. Nach zuverlässigen Schätzungen befinden sich noch immer — trotz der Entlassung von 800 Mann, von der wir heute morgen gehört haben — mehr als 17 000 politische Gefangene in Haftanstalten. Darunter viele noch, die von sowjetischen Militärgerichten verurteilt wurden.

Leitmotiv der sowjetzonalen Justiz ist nach einem Ausspruch des dortigen Rechtsideologen Hans Gerats der Satz: „Der Wille der herrschenden Klasse, der Staatswille, ist die Quelle allen Rechts.“ Eine Folge davon sind die Schauprozesse gegen angebliche Agenten, Diversanten, Schädlinge, Saboteure, Boykothetzer, Friedensfeinde, Abwerber usw. Die politische Strafjustiz ist eines der brutalsten Mittel, den Kommunismus durchzusetzen und Widerstände zu brechen.

Die gesamte Justiz wird durch Instrukteure des Justizministeriums kontrolliert. Was hat es schon zu bedeuten, daß Herr Grotewohl auf der „Dritten Parteikonferenz“ den sowjetzonalen Justizminister Hilde Benjamin

und den Generalstaatsanwalt Melsheimer wegen einiger unberechtigter Festnahmen, wie er sagte, zur Ordnung gerufen hat? Im gleichen Atemzug erhob er ja die Forderung, daß der „demokratischen Gesetzlichkeit“ — d. h. der kommunistischen Gesetzlichkeit — noch stärker Durchbruch verschafft werden müßte.

Ich darf Ihnen zur Einsicht eine Aufstellung der Strafen seit 1949 geben. Es fehlen dabei voll und ganz die Ziffern von 1954. Und dazu bestimmt auch solche noch, die nicht zur Veröffentlichung kamen. Davon abgesehen wurden in sechs Jahren 148 Menschen zum Tode verurteilt. Darunter 95 — also rund zwei Drittel — aus politischen Gründen. 200 Menschen wurden lebenslänglich ins Zuchthaus geschickt. Allein im Jahre 1955 wurden rund 500 politische Angeklagte zu insgesamt 3567 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Durchschnitt entfielen also auf jeden einzelnen sieben Jahre Zuchthaus.

Der Staatssicherheitsdienst ist unter Wollweber zur wahren Geißel der 18 Millionen geworden. 20 000 haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter, gedungene und gezwungene Spitzel, überwachen ständig die Menschen der Zone. Niemand weiß in der Zone, ob sein Mitarbeiter im Büro, sein Arbeitskamerad am Schraubstock, sein Nachbar ein Spitzel des Staatssicherheitsdienstes ist. Ständig werden Menschen abgeholt zu Verhören, zu Erpressungen, zu Verpflichtungen zur Mitarbeit und häufig auch zum Verschwinden auf Nimmerwiedersehen.

Gestützt auf diese Machtmittel sucht der Kommunismus die Umwandlung der Wirtschafts- und der Sozialstruktur in Mitteleuropa zu vollenden. Das Leben in der Zone wird diktiert vom Wirtschaftsplan, dessen Urheber und Herr der Staat ist. Der Staat als allmächtiger Unternehmer hat die 18 Millionen unserer Landsleute und von unserem Blute im Grunde zu einer grauen Masse unselbständiger Werkträger gemacht. Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen. Der Wirtschaftsplan, nicht der Mensch steht im Mittelpunkt. Das ist, meine Freunde, der Fundamentalunterschied, der unsere Welt von der kommunistischen Welt trennt. Der Wirtschaftsplan diktiert den Lebensplan des Menschen. Er sucht alle Poren auch des geistigen Lebens zu durchdringen. Unaufhörlich werden die Menschen zu ständig neuen Produktionsfeldzügen angetrieben: zur Erweiterung, zur Beschleunigung der Produktion, zur Einsparung der Selbstkosten, zur Verringerung des Ausschusses, zur sparsamen Verwendung von Rohmaterial. In der Landwirtschaft zu Wettbewerben in der Aussaat, bei der Einbringung der Ernte, bei der Ablieferung des Solls. Mit einem Erfindungsgeist sondergleichen werden täglich neue Methoden der Antreiberei ersonnen. Da gibt es Neuererbrigaden, Stoßbrigaden, Hennecke-Schichten, Methoden zur gleichzeitigen Bedienung von 40 Webstühlen usw.

Die staatskapitalistische Wirtschaft geht ihrer Vollendung unaufhaltsam entgegen. Die Umwandlung der Betriebe der Industrie in volkseigene Betriebe ist zu rund 86 Prozent durchgeführt. Nur noch 14 Prozent sind Privatbetriebe. Das selbständige Handwerk wird in Handwerksproduktionsgenossenschaften hineingedrängt. Mittel dazu sind die Rohstoffzuteilungen. Welches Leid gerade dieser Umwandlungsprozeß über zahlreiche Familien gebracht hat, die den Verlust aller Habe, die Früchte einer Lebensarbeit — zum Teil von Generationen — zu beklagen haben, kann nur der ermesen, der Mitteleuropa in seinem Wohlstand früher gekannt hat.

Industrie, Handwerk und Handel sind im übrigen heute noch durch die Reparationsentnahmen im Werte von über 10 Milliarden Dollar geschwächt. Und niemand von uns, niemand in der Bundesrepublik, darf vergessen, daß diese schweren Opfer von Mitteleuropa stellvertretend für ganz

Deutschland gebracht werden. (Beifall). Daß sich Privatbetriebe trotz des bestehenden Druckes immer noch halten können, ist ein bewundernswertes Zeichen von Tüchtigkeit, von Mut und Ausdauer. Man hätte sie sicher schon längst liquidiert, wenn man sie nicht in ihrer jetzigen Form vorläufig noch benötigte. Und wenn man nicht fürchten müßte, weitere Fachkräfte zu verlieren. Der nächste Fünfjahresplan sieht aber bereits die weitere Verringerung der privaten Wirtschaft in Stufen vor. Nicht zuletzt wird dabei — wie bisher — das Mittel einer rigorosen Besteuerung ein Weg zum Ziele sein.

Auch die Kollektivierung der Landwirtschaft schreitet unaufhaltsam voran. Insgesamt wurden 320 000 Neubauernstellen mit 5 bis 8 ha Größe geschaffen. Seit 1952 läuft der mit allen Mitteln der Propaganda und mit Zwangsmethoden gesteuerte Feldzug zum Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Sie sind Vorstufe der Kolchose nach sowjetischem Vorbild. Ende 1955 betrug die Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Zone rund 6000 mit einem großen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Zahllose Bauern mußten in diesen Jahren Haus und Hof verlassen. Der Strom der flüchtenden Bauern reißt auch heute noch nicht ab. Dabei ist die Versorgungslage, was Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter anbelangt, etwas besser geworden. Aber die Versorgung ist noch immer unzureichend. Sie ist Gegenstand heftiger Kritik besonders auch der Arbeiterschaft. Rationiert in der Zone sind noch: Fleisch, Fett, Zucker, Eier, Milch und Kartoffeln. Zusätzliche Waren können nur in den HO-Läden zu überhöhten Preisen gekauft werden. So kostet ein Kilogramm Butter 20 Mark, ein Kilogramm Schweinefleisch 11,20 Mark, ein Kilogramm Kaffee 80 Mark, ein Kilogramm Zucker 3 Mark. Und für ein Paar Schuhe muß man 100 Mark bis 140 Mark zahlen. Die noch immer andauernden Produktions- und Versorgungsschwierigkeiten beruhen auf dem Unvermögen, Plan und Wirklichkeit in Übereinstimmung miteinander zu bringen. Das Regime ist aber trotz der schlechten Erfahrungen nicht bereit, die totale Planwirtschaft zu lockern oder gar aufzugeben.

Verglichen mit der materiellen Not ist die geistige Not noch weit bedrückender. Presse und Rundfunk bringen nur die offiziellen Meinungsäußerungen. In den Bibliotheken gibt es nur noch gleichgeschaltetes Schrifttum. Für die Bevölkerung ist es unmöglich, Zeitungen und Zeitschriften aus dem Bundesgebiet zu beziehen. Die Rundfunksendungen aus der freien Welt werden stark gestört. Die freie Lehre auf Universitäten und Hochschulen ist unterbunden. Aber ich darf hier doch in aller Klarheit sagen: Der Geist des Widerstandes und der Geist der Freiheit an den Hochschulen ist nach wie vor lebendig. (Beifall). Selbst das Regime ist gezwungen, das anzuerkennen. Im Protokoll der 25. Tagung des Zentralkomitees der SED kann man folgendes lesen: „In diesem Zusammenhang muß auch gesagt werden, daß viele unserer Genossen Wissenschaftler... noch nicht begriffen haben, daß sie mit ihren wissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen hauptsächlich zur Zerschlagung der Ideologie des Imperialismus und Militarismus und zur Darlegung der neuen Gesetzmäßigkeiten unserer Entwicklung beitragen müssen.“

All diesem Zwang gegenüber kann der Erwachsene schließlich noch seinen Mann stehen. Aber versetzen wir uns in die Lage der Eltern, die um die Seele ihrer Kinder bangen müssen. Versetzen wir uns in die Lage der Jugend selbst. Der Unterricht in der Zone basiert auf dem dialektischen Materialismus. Christliche Einflüsse werden gewaltsam zurückgedrängt. Der Religionsunterricht in den Schulen wird unterbunden. Zu den höheren Schulen und Universitäten werden nur noch Bewerber zugelassen, die von der „Freien Deutschen Jugend“ befürwortet werden.

Seit 1954 hat sich der kommunistische Druck im Erziehungswesen noch verstärkt. Und zwar kennzeichnenderweise unter der Parole der „patriotischen Erziehung“. Das Ziel dieser Maßnahmen liegt nach Ulbricht in der „Erziehung zur grenzenlosen Ergebenheit gegenüber der Arbeiter- und Bauernmacht der DDR“. Die Lehrer werden in den Schulen laufend von Funktionären der SED überwacht. Sie sollen — wie es heißt — dafür sorgen, daß der Unterricht im „richtigen Geist“ durchgeführt wird. Zur Verstärkung des politischen Einflusses in den Hochschulen und Universitäten bedient man sich der sogenannten Selbstverpflichtung der Dozenten und Professoren. Als Voraussetzung für die Gewährung von Stipendien wird eine „positive Einstellung zum Arbeiter- und Bauernstaat“ gefordert. Die Studenten werden also zur Bejahung des kommunistischen Systems gezwungen.

Um die Jugend für den Kommunismus zu gewinnen und den akademischen Nachwuchs im Dienste des Systems zu fördern, werden keine Kosten für Förderungsmaßnahmen gescheut. Der Jugendförderungsplan für 1956 — das sollten unsere Kultusminister beachten — sieht eine Summe von 2,5 Milliarden Mark vor. (Hört! Hört!-Rufe). Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß solche Förderung ihre Wirkung auf junge Menschen nicht verfehlt, aber es wäre durchaus falsch, die innere Sauberkeit und Festigkeit unserer jungen Deutschen in der Zone zu unterschätzen. (Beifall). Selbst wenn sie sich äußerem Zwang fügen müssen, so sind doch nur verschwindend wenige von ihnen Kommunisten. Für uns aber hier in der Bundesrepublik schließen diese Tatsachen die Pflicht ein, weit mehr noch gerade für die Förderung der Jugend und des wissenschaftlichen Nachwuchses zu tun. (Lebhafter Beifall).

Trotz aller Versicherungen, daß man keinen Kirchenkampf wolle, verstärkt sich erneut der Druck auf die Kirchen. Dagegen erhebt sich die „Deutsche Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse“ der öffentlichen Unterstützung. Diese Gesellschaft ist eine Fortführung der früheren kommunistischen Gottlosenbewegung. Sie propagiert die Jugendweihe. Dennoch gelang es ihr nicht, die Jugend in größerem Umfang zur Teilnahme an der Jugendweihe zu bewegen.

Bei den Auseinandersetzungen über die deutsche Frage auf der zweiten Genfer Konferenz lehnte Molotow freie Wahlen in Mitteldeutschland ab. Er behauptete, die Frage der Durchführung solcher Wahlen sei noch nicht reif. Eine derartige mechanische Verschmelzung — so sagte er weiter — der beiden Teile Deutschlands könnte zur Verletzung der ureigensten Interessen der Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik führen. Dabei war auch schon im Anschluß an die erste Genfer Konferenz von Chruschtschow in Ost-Berlin das Wort von den „sozialen Errungenschaften“ ausgesprochen worden, die den Werktätigen in der Zone nicht genommen werden dürften. Nun, im Grunde ist alles, was ich hier gedrängt darstellen konnte, eine Illustration dafür, wie es um die Errungenschaften in Mitteldeutschland überhaupt und für die Arbeiterschaft insbesondere bestellt ist. Das Regime ist gewiß im Namen der Arbeiter und Bauern aufgerichtet worden. Aber weder Arbeiter noch Bauern noch Bürger werden nach ihrer Meinung gefragt. Macht und Besitz hat nur eine Herrschaftsclique, die ihre Macht ausschließlich der Sowjetunion verdankt. Gleichheit ist nur in einem Punkt vorhanden: nämlich in der Unfreiheit der gesamten Bevölkerung der Zone. (Beifall). Eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft gibt es nicht. Der sogenannte Freie Deutsche Gewerkschaftsbund ist keine Gewerkschaft, sondern Organ des Staates und der Staatspartei. Er hat der Steigerung der Produktionsleistungen zu dienen. Nach seiner eigenen Satzung hat er u. a. die „Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zur Erfüllung und zur vorfristigen Erfüllung der

Volkswirtschaftspläne" zu organisieren. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen haben die gleiche Aufgabe: nämlich die Arbeitsleistung zu steigern. Soziale Fragen der Betriebe, Urlaub, Lohngestaltung sind dem Bereich der Tarifverträge entzogen, der Arbeiter kann nicht mehr um die Erhöhung seines Lohnes kämpfen. Wohl aber diktiert der Staat ständig erhöhte Arbeitsleistung bei gleichbleibenden Löhnen.

Was die soziale Betreuung angeht, so hat Professor von Nell-Breuning vor kurzem sie als Hilfsmittel jener Technik gekennzeichnet, „mit der das politische, das gesellschaftliche und das wirtschaftliche Leben der Menschen nach dem ihnen übergestülpten Sozialplan gemanagt wird.“ Nicht zuletzt also als Hilfsmittel des staatlichen Wirtschaftsplanes, der das Alpha und Omega des Systems ist. In den politischen Grundsätzen der Sozialversicherung für den zweiten Fünfjahresplan heißt es: „Die Sozialversicherung muß die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Erhöhung der sozialistischen Arbeitsdisziplin... bei den Werktätigen aktiv unterstützen.“ Der Mensch und seine Würde haben in diesem System keinen Platz. Vom Standpunkt des einzelnen Menschen und vom Standpunkt der Familie aus gesehen entlarvt sich das System mit seinen sogenannten sozialen Errungenschaften tagtäglich als System sozialer und menschlicher Entrechtung.

Ich konnte das System, in das man Mitteldeutschland hineingezwängt hat, nur in Andeutungen schildern. Niemand von uns darf aber dieses System mit den 18 Millionen Menschen identifizieren. Die Bevölkerung der Zone bewahrt trotz allem Druck, der auf ihr lastet, eine bewundernswerte Haltung. Aufgeschlossen für politische Fragen, wie es selten eine Generation in der deutschen Geschichte gewesen ist, vermögen auch die einfachen Menschen die politischen und die sozialen Maßnahmen des SED-Regimes richtig einzuschätzen. **Auch die Scheinangebote zur Wiedervereinigung! In Kenntnis der Haltung und der Gesinnung der 18 Millionen wage ich zu sagen: Noch heute werden bei freien Wahlen 90 Prozent der Wähler die SED ablehnen.** (Starker Beifall). Und wir werden auf freien Wahlen für ganz Deutschland bestehen. (Beifall). Das Gros der Bevölkerung will mit dem Kommunismus nichts zu tun haben. Und ich wage hinzuzufügen: auch die Sowjetunion ist sich darüber im klaren. Die Repräsentanten des Kommunismus in Mitteldeutschland tragen ein doppeltes Kainszeichen an der Stirn: Sie unterdrücken nicht nur die Freiheit und Würde der 18 Millionen, sie tun es noch dazu im Dienste und im Auftrag einer fremden Macht. Deshalb sollten sich auch **alle politischen Kreise im Inland und im Ausland hüten, von einer Verständigung mit Pankow zu reden.** (Beifall). Pankow ist Instrument sowjetischer Politik. Der Adressat für die Frage der deutschen Wiedervereinigung **residiert nicht in Pankow, sondern in Moskau. Und an Moskau ist es, die Glaubwürdigkeit seines Wandels nicht zuletzt auch durch Abbau des stalinistischen Terrors in unserem Land zu beweisen.** (Beifall).

Im übrigen ist sich auch die SED bewußt, daß sie sich in der Krise befindet. Zu dem Atgrund, der zwischen ihren großen Worten und der grauen und düsteren Wirklichkeit klafft, kommt nun noch der zweite Tod von Stalin. Wie soll ein Funktionär noch wissen, woran er ist? Es sei denn, er heiße Ulbricht, der sich von jeher jeder Kursänderung bedenkenlos anpaßte. Die deutsche Bevölkerung steht dieser ideologischen Akrobatik natürlich mit geheimer Schadenfreude gegenüber. Ich hatte gerade in den letzten Tagen wieder namhaften Besuch aus der Zone. Der Besucher sagte mir: „Die Lage hat sich nach dem zweiten Tod Stalins nicht geändert. Aber das Knistern im Gebälk ist hörbar. Man hofft wieder. Freilich — und das müssen wir beachten —, viele resignieren bei der politischen Umschau in der Welt.“

Dabei richten sich Hoffnungen wie auch Enttäuschungen auf uns, auf die Deutschen, die in Freiheit leben und in Freiheit für die Zone eintreten können. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben: Je länger das System drüben andauert, um so größer kann die Zahl der Resignierenden werden. Gefahr — ich wiederhole es — ist vor allem bei der Jugend gegeben. Wir dürfen ja nicht verkennen, daß man ganz bewußt darauf ausgeht, die Jugend zu gewinnen. Nicht zuletzt auch durch verlockende Aufstiegsmöglichkeiten; auch die Angehörigen der Intelligenzberufe, die Techniker, die Hochschullehrer und Ärzte sucht das Regime durch mannigfache Vergünstigungen und hohe Bezahlung auf seine Seite zu bringen.

Und schließlich wird die Widerstandskraft der Zone auch durch den ständigen Strom der Flüchtlinge geschwächt. Seit 1949 haben mehr als 2½ Millionen Zuflucht in der Bundesrepublik gesucht. Seit 1952 sind darunter nicht weniger als 200 000 Jugendliche gewesen. Im Jahre 1956 ist die Zahl der Flüchtlinge wieder gestiegen. Nur mit großer Sorge kann man diesen ständigen Aderlaß Mitteldeutschlands verfolgen. Niemand, der Verantwortung in Deutschland trägt, darf versäumen, die Bevölkerung in der Zone zum Bleiben aufzufordern. Das setzt aber bei der Schwere des Schicksals, das der Bevölkerung auferlegt ist, voraus, daß wir ihr Vertrauen zu uns erhalten und dieses Vertrauen rechtfertigen. (Beifall) Und es setzt voraus, daß wir menschliches Verständnis haben für jeden einzelnen, der ausharrt. Menschliches Verständnis allerdings auch für jeden einzelnen, der unter dem Druck des Systems die Heimat verlassen muß. Es setzt voraus, daß wir alles — aber auch wirklich alles tun, um den 18 Millionen ihr Los zu erleichtern. (Lebhafter Beifall)

Mit der Ablehnung des Systems in Mitteldeutschland und seiner sogenannten sozialen Errungenschaften allein ist es natürlich nicht getan. Unsere Aufgabe bleibt es, gemäß den Grundprinzipien der Freiheit und der Menschenwürde unsere politische und soziale Ordnung zu festigen und auszubauen. Man hört hier und da das Wort — ich habe es in Passau gelegentlich sogar von der Kanzel gehört —: Im Osten wird der Materialismus gelehrt, im Westen wird der Materialismus gelebt. — Nun, wenn auch nur ein Körnchen Wahrheit in diesem Ausspruch steckt, dann ist es an uns, ist es vor allem an den Christlichen Demokraten, ihn durch die Tat zu widerlegen. (Beifall) Die beste Widerlegung ist die wirkliche, die allseitige Bereitschaft zu sozialer Gerechtigkeit und zu einer umfassenden Ordnung der sozialen Gerechtigkeit. Wir brauchen sie zur Festigung der Bundesrepublik. Wir brauchen sie aber auch als Bewährung vor den 18 Millionen in der Zone und in Ostberlin. Ihre Entsagungskraft und ihr Widerstandsgeist werden einst die Frage an uns richten, was wir aus unserem besseren Leben, aus unserer Freiheit für ganz Deutschland gemacht haben. (Beifall)

Und zweitens: In der Wiedervereinigungspolitik sind wir natürlich sorgenerfüllt ob der Gefahr des status quo. Aber das kann und darf uns nicht lähmen. Wir müssen uns — selbstverständlich in Verbundenheit und in Harmonie mit der freien Welt — auch in dem sich wandelnden Rhythmus der Weltpolitik für unser Land zur Geltung bringen. Und zwar müssen wir es tun im Zusammenwirken aller freiheitlichen Kräfte in unserem Volk. Schließlich haben wir ja unter der verantwortlichen Führung der Christlichen Demokraten ein gutes Stück Vertrauen in der Welt gewonnen. Wir haben vertragliche Zusicherungen für die Wiedervereinigung unseres Volkes. Geben wir den 18 Millionen wie dem ganzen deutschen Volk die Sicherheit, daß wir alles, was wir bisher aufgebaut haben, für die Freiheit und für die Einheit unseres Vaterlandes zu nutzen wissen. (Starker Beifall)

Präsident Dichtel:

Eine erschreckende, eine traurige Bilanz der Zerschlagung von Millionen selbständiger Existenzen, der Vernichtung ihres Privateigentums, der Vernichtung von Menschenleben und Menschenwürde — das war der Bericht unseres Freundes Kaiser. Er war aber auch gleichzeitig das hohe Lied vom Heldentum deutscher Menschen, die trotz persönlicher Unterdrückung immer noch in unerschütterlicher Liebe zu ihrem Deutschtum stehen. (Beifall)

Ich möchte aus den Ausführungen des Herrn Bundesministers Kaiser die Stelle herausgreifen: Hätten sich alle Parteien für das Schicksal Mitteldeutschlands, der Zone und Berlins so eingesetzt, wie es die Christlichen Demokraten getan haben, dann wäre wahrscheinlich das Schicksal anders verlaufen. (Beifall) Während der Weg Kaisers, Hermes und anderer unserer Freunde aus der Zone in die Fremde ging, weil sie dort keine Möglichkeit mehr hatten, politisch tätig zu sein — das muß einmal gesagt werden, ohne der deutschen Sozialdemokratie einen Vorwurf zu machen —, hat der Weg der Ostdeutschen in die Einheit der SED geführt. Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich unserem Freunde Kaiser und allen Freunden der Exil-CDU, die drüben im Osten im harten Kampf stehen und standen, ein herzliches Wort des Dankes auch in Ihrem Namen ausspreche. (Beifall) **Viele deutschen Menschen haben es schon vergessen, daß Jakob Kaiser der erste war, der seinerzeit dem russischen Oberst Tulpanow in aller Deutlichkeit erklärte, daß es einen Verzicht Deutschlands auf die Gebiete jenseits der Oder/Neiße nicht gebe.** (Beifall) Sie wissen, daß diese Erklärung im Jahre 1948 im Zeichen einer allmächtigen Besatzungsmacht nicht so leicht gesprochen werden konnte wie etwa heute.

Eine große Sorge erfüllt uns, daß nämlich eine Million junger Menschen drüben nicht nur im vormilitärischen, sondern auch im ideologischen Sinne erzogen werden. Wer einmal die Bilder sieht, wie die jungen Menschen drüben in der Ostzone fanatisiert werden, den erfüllt eine große Sorge darüber, was einmal werden soll, wenn es uns nicht gelingt, diese Gebiete möglichst bald wieder in das gemeinsame deutsche Vaterland zurückzuführen. Hier besteht die größte Gefahr, daß eine Jugend heranwächst, die nichts mehr weiß von den hohen Gütern der Menschheit, von Freiheit und Menschenwürde, für die wir bis zum letzten eintreten wollen. Ich darf deshalb noch einmal ein Wort unseres italienischen Gastes von heute morgen aufgreifen, das sich besonders mit dieser deutschen Sorge beschäftigt hat. Solange Deutschland in zwei Teile getrennt ist, solange werden Europa und der Weltfrieden nicht saniert werden können. Es ist das heiße Bemühen unseres Bundeskanzlers, der Bundesregierung und aller deutschen Menschen, alles zu tun, was für die Zone und die Menschen in Mitteldeutschland getan werden kann. Aber so sehr wir uns auch bemühen, so sehr wir alles tun wollen, daß die Deutschen wieder zu uns kommen, — den Preis, den heute die russischen Bolschewiken von uns verlangen, können wir nicht bezahlen. (Beifall) Solange es uns nicht möglich ist, von uns aus gesehen aktiv und entscheidend einzugreifen, solange sollte von uns aus Westdeutschland in tätigem Maße die Bruderhilfe und die Bruderliebe unseren Freunden in der Zone gegenüber bewiesen werden. (Beifall) Ich habe es sehr dankbar begrüßt, als der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer anlässlich seines Geburtstages ausdrücklich erklärte, er verzichte auf Geschenke jeder Art, sondern er bitte darum, diese Geschenke in Form von Lebensmittelpaketen an die Menschen in der Ostzone zu schicken. (Beifall) Für diese Haltung, Herr Bundeskanzler, danke ich Ihnen. Ihr Wunsch ist dann von der gesamten CDU in großzügiger Weise aufgegriffen und durchgeführt worden. Wir haben mit jedem Paket dazu beigetragen, nicht nur die

materielle Not zu lindern, sondern auch bewiesen, daß die Menschen drüben von uns nicht vergessen sind. Dieser Geist der Bruderliebe sollte auf diesem Parteitag gerade wegen der schrecklichen Bilanz, die Herr Bundesminister Kaiser aufgezeigt hat, besonders aktiviert werden.

Präsident Dichtel erteilt darauf das Wort zu dem Vortrag

Gefahr und Herausforderung des Kommunismus

Kurt-Georg Kiesinger, MdB

„Gefahr und Herausforderung des Kommunismus“ heißt das große Thema unserer Zeit, auch wenn es tausendmal bis zum Banalen abgedroschen worden ist. Es klang durch alle Reden, die hier in dieser Saale gehalten worden sind, bereits durch. Wenn ich es nun behandle, möchte ich den Nachdruck auf die Herausforderung setzen, aber um sie zu begreifen, muß die Gefahr zuvor verstanden sein.

Ist es denn noch nötig, etwas über diese Gefahr zu sagen? Das Kommunistische Manifest, vor mehr als 100 Jahren erschienen, von Karl Marx verfaßt, beginnt mit den Worten: „Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus.“ Marx schrieb dieses Programm im Auftrage einer obskuren, kleinen kommunistischen Partei. Heute wird es Hunderte von Millionen in den kommunistischen Staatsschulen und Parteilehrgängen als die Grundlage ihrer politischen Überzeugung beigebracht.

Mikojan griff gerade diesen Satz in seiner Rede auf dem XX. Parteikongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion triumphierend auf. Er sagte: *„Jetzt ist er kein Gespenst mehr, der Kommunismus hat Gestalt angenommen, er wurde für Millionen und aber Millionen werktätiger Menschen greifbar nah, er marschiert mit festem Schritt nicht nur durch Europa, sondern durch die ganze Welt und läßt seine unüberhörbare Stimme ertönen. Unermeßlich ist der Einfluß der Ideen des Kommunismus auf das gesamte gegenwärtige Leben der menschlichen Gesellschaft gewachsen.“*

Aber der Kommunismus ist älter als Karl Marx. Es gibt einen uralten, in der Menschheitsgeschichte immer wiederkehrenden utopischen Traum von einer umfassenden Gütergemeinschaft, der Beseitigung aller gesellschaftlichen und politischen Ungleichheiten, der Heraufkunft eines Zeitalters paradiesischen Glücks. In religiösem Gewande ehemals, in simpler Verkennung frühchristlicher chiliastischer Brüderlichkeit, trat diese Vorstellung seit der Französischen Revolution mit dem Anspruch einer neuen diesseitigen Religion auf, die die Ära des Christentums beende. Mit besonderer Eindringlichkeit vertrat diese Vorstellung — die nicht auf dem frühen Sozialismus oder Kommunismus beschränkt blieb, aber von ihm am entschiedensten vertreten wurde — der Graf Saint-Simon in seinem 1825 erschienenen Buche „Le Nouveau Christianisme“. Der Sozialismus trat als neue Religion auf — ich betone es —, die ein neues Zeitalter der Menschengeschichte einleiten sollte, wie es einst das Christentum in der Abenddämmerung der antiken Welt getan hatte. Dies ist, wie wir wissen, bis zum heutigen Tage so geblieben, und hier liegt die größte Gefahr und die größte Herausforderung des Kommunismus. Chruschtschow sprach es noch einmal auf dem XX. Parteikongreß deutlich aus: *„Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun, uns aus dem Elend zu erlösen, das können wir nur selber tun... Diese Worte spiegeln die revolutionäre, schöpferische Rolle der Massen, die Rolle des Kollektivs wider. Das von der Partei geführte, mit der marxistischen Theorie bewaffnete Volk — das ist die große unüberwindliche Kraft, der Schöpfer des neuen Lebens, der Schöpfer der Geschichte.“*

Wenn mich etwas besonders quält im Blick hinüber in die Zone, dann ist es die Angst, daß es dem System dort gelingen könnte, in hunderten tausenden von jungen Menschen diesen unmenschlichen und widergöttlichen Glauben einzupflanzen. (Beifall)

Das Zeitalter der siegenden Naturwissenschaften, der welterobernden Technik, der industriellen Revolution, gab diesem Glauben einen neuen, prometheischen Zug. Der Mensch glaubte an seine Kraft, die Welt zu erkennen, ihre Rätsel zu lösen, die Mängel der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ordnung zu heilen, Not und Hunger, Zwietracht und Krieg mit Hilfe der neuen Erkenntnisse und technischen Möglichkeiten für immer zu verbannen. So entwickelte sich in der sozialistisch-kommunistischen Literatur jenes sonderbare Gemisch aus utopischer Schwarmgeisterei und trockenster wissenschaftlicher oder pseudo-wissenschaftlicher Diagnostik, für das Karl Marx, der doch selber die „Utopisten“ so grimmig verhöhnte, das bezeichnendste Beispiel ist.

In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Gründe suchen für jene faszinierende Anziehungskraft, die der Kommunismus nicht nur auf urteilsunfähige Massen, sondern auch auf eine gewisse Schicht moderner Intellektueller ausübt. Wir besitzen viele literarischen Zeugnisse dieser Faszination. Einige dieser Intellektuellen, die sich später wieder vom Kommunismus ernüchtert abwandten, haben ihr Erlebnis in einem vor einigen Jahren erschienenen Sammelband „Ein Gott, der keiner war“ geschildert. Das Buch, das die Bekenntnisse von André Gide, Louis Fisher, Arthur Koestler, Ignazio Silone, Stephen Spender und Richard Wight enthält, ist erstaunlicherweise heute vergriffen. Wir können diesen Namen eine Reihe anderer hinzufügen, die nicht zurückgekehrt sind, Menschen, die vor allem auf naturwissenschaftlichem Gebiet Hervorragendes geleistet haben, wie Claus Fuchs oder Joliot-Curie, und die doch einer, wie uns scheinen muß, primitiven Suggestion verfallen blieben. Das ist ein unheimliches Phänomen, das wir aber versuchen müssen zu begreifen, um die Gefahr des Kommunismus nicht zu äußerlich und zu oberflächlich zu sehen.

Eines der eindrucksvollsten Zeugnisse dieses Erlebnisses einer kommunistischen Bekehrung hat uns Arthur Koestler gegeben. Er schreibt: *„Die Lektüre des Feuerbach und vor allem von Lenins ‚Staat und Revolution‘ löste in mir die seit langem fällige geistige Explosion aus. Der Ausdruck, es sei einem plötzlich ‚ein Licht aufgegangen‘, ist eine armselige Bezeichnung für das geistige Entzücken, das dem Bekehrten widerfährt — ganz gleich, zu welchem Glauben er bekehrt worden ist. Das neue Licht scheint von allen Seiten in die Schädelhöhle hereinzudringen; die verwirrende Fülle der Erscheinungen nimmt plötzlich eine faßbare Gestalt an, als hätte ein Zauberstab die verstreuten Mosaikstücke eines Puzzle-Spiels mit einem Schlag zusammengefügt. Von nun an gibt es auf jede Frage eine Antwort, Zweifel und Konflikte gehören der qualvollen Vergangenheit an, jener weit zurückliegenden Vergangenheit, als man noch in schmachtvoller Unwissenheit in der faden, farblosen Welt der Uneingeweihten gelebt hat...“*

Wer gewisse Zeugnisse der Bekehrung hochrangiger Geister zur Gewißheit des christlichen Glaubens kennt, etwa das erschütternde Erlebnis Blaise Pascals, erschrickt vor einem solchen Bekenntnis der Perversion; denn sie enthüllen blitzhaft den Glaubenshunger eines verlaufenen und verzweiferten modernen Intellekts, der sich bedingungslos dem totalen und absoluten Anspruch einer modernen Ersatzreligion ausliefert. (Beifall) Prof. Conze hat mit Recht dargelegt, daß die heutige bolschewistische Theorie auf unbeweisbaren philosophischen

Prämissen beruhe und daß die bolschewistische Analyse des angeblichen kapitalistischen Systems falsch ist; ein absurder Anachronismus, eine groteske Anwendung überholter sozialer Leitbilder. Schon auf Karl Marx selbst trifft dieses Urteil zu; schon er lebte an der ihn fortschreitend widerlegenden sozialen Wirklichkeit seiner eigenen Zeit vorbei, in der sich schon die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ mit ihrer ganz anderen Problematik vorzubereiten begann. Ein Kritiker sagt daher mit vollem Recht von ihm: Marx war revolutionär, nicht weil die ihm vorgegebene Wirklichkeit es nahelegte, sondern in totaler Mißachtung dieser Wirklichkeit, wo sie seinen revolutionären Wünschen widersprach. Der revolutionäre Trieb zerriß den Zusammenhang mit der realen sozialen Entwicklung. Er muß in Marx' Leben und Werk als ein neben seiner Zuwendung zur geschichtlichen Praxis unabhängiges, störendes, ja ihr weit überlegenenes Motiv anerkannt werden. — Das ist ein Kennzeichen des sozialistischen Kommunismus bis auf den heutigen Tag geblieben.

Nimmt man vollends Marx's Lehre vom im Kommunismus absterbenden Staat, von der Überflüssigkeit einer Rechtsordnung im vollentwickelten Sozialismus, der eine Veränderung des moralischen Wesens des Menschen hervorgerufen werde, — dann erweist sich dieses gefährliche Wort, trotz des pedantisch-trockenen Tones, mit dem es vorgetragen wurde, als die Gedankendichtung eines utopischen Phantasten. Aber der Fanatismus dieses revolutionären Träumers säte eine Drachensaat, und Lenin machte daraus bitteren, blutigen Ernst.

Daß dies in einem nichtkapitalistischen, nichtindustrialisierten Lande geschah, in dem nach Marxens schulmeisterlicher Lehre die sozialistische Revolution gar nicht hätte stattfinden dürfen, daß Lenin die Oktober-Revolution nur als eine Initialzündung für die Kommunistische Weltrevolution ansah, — was verschlägt's? Es ereignete sich das weltgeschichtliche Paradox, daß von Marxisten geführte Revolutionen in den großen Agrarländern Rußland und China stattfanden, während sie in den Industriegebieten, wo sie stattfinden sollten, ausblieben. Aber die Anhänger von Marx und Lenin stört das nicht. Sie kamen zu ihren heutigen Herrschaftssystemen wie Columbus, der auszog, um Indien zu sehen und Amerika entdeckte. Dies sollte zu denken geben. Nicht die pedantische Gedankenführung marxistischer Wälzer, trockener Statistiken, umständlicher Gesellschaftsanalysen brachte die Welt in die gefährlichste Bewegung. Etwas Tieferes, gleichsam Unterirdisches und Unheimliches ist hier am Werk, dessen letztes Geheimnis sich nach meiner festen Überzeugung uns Heutigen noch entzieht. Eine seltsame Verschlingung nihilistischer und utopischer, pseudoreligiöser Elemente ist in diesem fanatischen Revolutionismus unverkennbar und gibt ihm eh und je seine mitreißende Kraft.

Der Kommunismus ist da, wo er gesiegt hat, freilich niemals eine Massenbewegung gewesen. Sowohl in Sowjetrußland wie in China hat er sich durch eine „Revolution von oben“, durch die Machtergreifung und Machtbehauptung einer zu allem entschlossenen Minorität durchgesetzt. Die in beiden Ländern für die Revolution zu gewinnenden Massen waren Millionen und aber Millionen von unzufriedenen Bauern, denen man Land versprach. Die Halbpächter der Toskana, wo es kaum mehr ein Dorf ohne einen kommunistischen Bürgermeister gibt, wurden aus keinem anderen Grund für den Kommunismus gewonnen. Man kann daher leicht die eine These beweisen, daß die Bevölkerungen derjenigen großen Gebiete unserer Erde am anfälligsten für den Kommunismus sind, wo das Landproblem nicht befriedigend gelöst ist. Die freie Welt wird daher gut daran tun, ihre Aufmerksamkeit rechtzeitig und praktisch



*Bundeskanzler Dr. Adenauer begrüßt den früheren
französischen Ministerpräsidenten Robert Schuman,
der als Ehrengast und Vertreter des MRP am Bundes-
parteitag teilnahm*



*Bundesfinanzminister Fritz Schäffer,
Bundesminister Dr. Franz-Joseph Wuermeling
und Kurt-Georg Kiesinger M.d.B.*

wirksam auf solche Gebiete der Erde zu richten, bevor es auch dort zu spät ist. (Beifall)

Die soeben getroffene Feststellung könnte zu dem gefährlichen Glauben führen, daß der Kommunismus in hochindustrialisierten Ländern keine Aussicht habe, sich erfolgreich durchzusetzen. Gewiß haben wir die eindrucksvollen Beispiele der angeblich „hochkapitalistischen“ Wirtschaftssysteme der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritanniens und anderer Länder, auch unseres eigenen. Diesen Beispielen einer offenbar weitgehenden, vielleicht vorläufigen Immunität gegen den Kommunismus stehen aber andere gegenüber. In Frankreich und Italien bekennen sich je etwa ein Drittel der Wähler zum Kommunismus; sie sind in ihren machtvollen Parteien auf das straffste organisiert. Dies geschieht, man übersehe es doch ja nicht, unter den gegenwärtigen Bedingungen wirtschaftlicher Prosperität. Was würde sich im Falle schwerer wirtschaftlicher Krisen ereignen, auf die ja der Kommunismus ständig hofft? Wie stünde es um die Sicherheit und Freiheit Westeuropas und seine überlieferte Kultur, wenn sich auch nur in einem dieser Länder eine kommunistische Revolution, sei es durch Staatsstreich, Bürgerkrieg oder durch die neuerdings von Chruschtschow empfohlene parlamentarische „Volksfront“ durchsetzen würde?

Das sind Probleme, die nicht nur die unmittelbar betroffenen Länder angehen. Sie sind für uns alle hier in Europa und für die ganze Welt schicksalsträchtig. Gebieterisch stellt sich daher in diesem Zusammenhang die Forderung nach der endlichen Verwirklichung der immer wieder verschleppten europäischen Solidarität (Beifall), einer Solidarität, die nicht nur den dringend notwendigen militärischen Schutz nach außen bieten soll; sie soll vielmehr alle jene wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Voraussetzungen schaffen, die die Massen und die Intelligenz der Suggestion des Kommunismus entziehen.

Freilich ist dazu jene Gesinnung nötig, über die Professor Conze, der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident schon sprachen: In der Auseinandersetzung zwischen westlichem und östlichem Materialismus wird der vitalere und dynamischere Materialismus des Ostens sicher siegen. Eine Frage von gewaltigem Ernst steht hier vor uns auf: Wieweit sind die westlichen Völker noch fähig und willens, für ihre überlieferten Werte einzustehen? Wie weit anerkennen sie diese Werte selber noch? Wieviele sind durch weltanschauliche Ratlosigkeit oder materialistische Bequemlichkeit zur fatalistischen Hinnahme jedes über sie kommenden Schicksales bereit? Alle unsere Anstrengungen wären vergeblich, wenn dies wirklich fragwürdig wäre. Deswegen müssen wir unsere stärkste Sorge, unsere unverdrossensten Bemühungen, unsere besten Köpfe an die Rettung und Stärkung aller geistigen und ethischen Kräfte unserer Völker wenden. (Beifall)

Ich bin kein Fatalist und kein Untergangspessimist, sonst stünde ich jetzt nicht hier. Aber ich kann meine Sorge nicht verhehlen, daß allzu viele auch in unserem Lande noch immer nicht begriffen haben, nicht begreifen können oder nicht begreifen wollen, worum es geht. „Es gibt keine ideologische Koexistenz,“ sagte Chruschtschow auf dem XX. Parteikongreß. Das heißt doch nichts anderes, als daß der immer noch von Sowjetrußland geführte Weltkommunismus auf dem Anspruch besteht, die Wahrheit schlechthin zu besitzen und sie durchzusetzen, wenn auch vielleicht ohne Krieg und Bürgerkrieg. Allzu viele auch in diesem Lande tun so, als seien dies ungefährliche Propagandasprüche, an die man sich gewöhnen müsse. Dem Kommunismus ist es aber mit seiner Herausforderung bitter ernst; es gäbe sich selber auf, nähme er sich nicht ernst. (Beifall)

Aber vielleicht gibt er sich tatsächlich selbst auf, wandelt sich, humanisiert sich und bewegt sich in der Richtung auf eine rechtsstaatliche Demokratie? Es gibt Leute, die das glauben. Ich sage in vollem Ernst, daß wir nie die Hoffnung aufgeben sollten, eine solche Entwicklung sei möglich, und daß wir darum nicht krampfhaft die Augen verschließen sollten, wenn sich Anzeichen eines solchen Prozesses darbieten. Ja, wir sollten von uns aus sogar alles tun, um eine solche Entwicklung zu begünstigen und zu beschleunigen. Diese Haltung wird sowohl von unserem Gewissen als auch von unserem wohlverstandenen eigenen Interesse gefordert. **Aber es geht hier nicht um Hoffen oder Glauben, sondern um eine nüchterne Analyse der kommunistischen Wirklichkeit überall in der Welt. Diese aber gibt uns bis zur Stunde nicht das Recht, weniger wachsam zu sein.** (Beifall) Die kommunistischen Führer Sowjetrußlands und die der anderen Länder haben die Weltrevolution nicht preisgegeben. Sie verdammen Stalin und berufen sich auf Lenin. Aber auch Lenin hat um des Zieles willen bedenkenlos Millionen von Menschenleben vernichtet. Er hat nur nicht wie Stalin seine eigenen Freunde und Weggenossen umgebracht.

Mir scheint sogar, daß wir eher Grund haben, unsere Wachsamkeit gegenüber der neuen Strategie des Weltkommunismus zu erhöhen. (Beifall) Stalin war in seiner doppelbödigen Außenpolitik, die zugleich eine sowjetrussische wie eine kommunistische war, nicht immer gut beraten. Es gelang ihm zwar, in den schwachen, Rußland benachbarten Staaten durch politischen und militärischen Druck Staatsstreiche durchzuführen, die diese Länder unter sowjetrussischen Einfluß brachten. Das änderte sich aber von dem Augenblick an, in dem der Westen, durch Stalins Expansionspolitik zur Solidarität gezwungen, sich immer fester zusammenschloß. Die sowjetrussische Außenpolitik, die mit dem Anspruch auftrat, zugleich die Sache des Weltkommunismus zu vertreten, war in eine Sackgasse geraten. Dauernde Isolierung und Stillstand drohten; beides aber bedeutet Rückschritt.

Die neuen Männer in Moskau haben nach meiner Meinung früh erkannt, daß sie aus dieser unbehaglichen Lage herausbrechen mußten. Die Methode, die sie dazu anwandten, war eindrucksvoll und brachte ihnen fast auf dem ganzen Planeten Erfolge. Welch wichtige strategische Entwicklung sich vollzog, wurde besonders deutlich aus den Worten Molotows auf dem XX. Parteikongreß offenbar. Er, der ja getreulich die einförmige, harte und starre Außenpolitik Stalins vollzogen hatte, mußte bekennen, erst die Aussprachen im Zentralkomitee hätten ihm klar gemacht, welche außerordentliche Bedeutung die internationale Arbeiterbewegung, die sogenannte Friedensbewegung und die antikolonialen Tendenzen in Asien und Afrika für die sowjetrussische Außenpolitik hätten.

Die neue sowjetrussische Außenpolitik ist elastischer, dynamischer und beweglicher. Sie sucht ihre Positionen, wo immer sie kann, zu verbessern. Der XX. Parteikongreß faßte eine Resolution, die deutlich zeigt, wie Sowjetrußland die Staaten unserer Welt für seine politischen Zwecke gruppiert. Da gibt es zunächst den neuen Freund China und die Satelliten. Dann Jugoslawien, dann das sogenannte Friedenslager, also Afghanistan, Ägypten, Indien, Indonesien und Syrien, dann Schweden Österreich und andere neutrale Staaten. Endlich folgen die übrigen Staaten, Amerika und Großbritannien voran, auch die Bundesrepublik. Von diesen wurde gesagt, die Sowjetunion wolle bessere Beziehungen mit ihnen aufnehmen. Jede einzelne dieser Gruppen und innerhalb der Gruppen wieder die verschiedenen Staaten werden mit der jeweils erfolgverheißenden Propaganda angesprochen und durch eine eigens für sie passende Politik behandelt. Man hat sogar den Eindruck, daß die Sowjet-

union bewußt auf kommunistische Propaganda in manchen Ländern verzichtet und deren entschiedene Bekämpfung des Kommunismus im Innern hinnimmt, nur um sie durch diese Zurückhaltung eher in das sogenannte Friedenslager herüberzuführen oder dort zu halten. Aber es wäre ein gefährlicher Irrtum zu glauben, daß der Kommunismus damit in diesen Ländern auf sein letztes Ziel verzichtet habe. Kein Kommunist hat das auch je zu behaupten versucht.

Die propagandistischen Methoden des Kommunismus innerhalb der einzelnen Länder passen sich ebenfalls den gegebenen Verhältnissen elastisch an. Auch über diesen Punkt hat Chruschtschow auf dem XX. Parteikongreß offen gesprochen: Die „Arbeiter“, die „Bauern“, die „fortgeschrittenen Intellektuellen“ und die „wahren Patrioten“ schienen ihm je nach den Gegebenheiten taugliche Objekte kommunistischer Werbung zu sein. Es wäre von größtem Interesse, einmal in einer genauen Untersuchung festzustellen, welche Typen oder Gruppen von Menschen in unserem Lande durch diese indirekte kommunistische Propaganda gefährdet sind. Von einem bestimmten Typus des Intellektuellen sprach ich schon; religiöse Schwarmgeisterei und Weltfremdheit zeigen sich besonders empfänglich für gewisse „Friedensparolen“; die „wahren Patrioten“ fehlen natürlich nicht, jene ewig Vorgestrichen und politischen Schlaumeier, die am liebsten das alte Spiel, das sie verloren haben, auf unsere Kosten aufs neue spielen möchten. (Beifall) Es fehlt aber natürlich auch der behagliche Spießbürger nicht, der sich in seine Privatexistenz zurückgezogen hat (wenn es nicht gerade vom Staat etwas zu fordern gibt) und der uns übel nimmt, wenn wir ihn daran erinnern, daß wir in gefährlichen Zeiten leben. (Beifall)

Dies alles sind Erscheinungen, die unvermeidlich mit dem Lebensgesetz demokratischer Freiheit verbunden sind. Der Kommunismus weiß es und nützt diese unsere Schwäche methodisch aus. Manche meinen, daß die freiheitliche Demokratie unfähig sei, dem Ansturm des Kommunismus auf die Dauer zu widerstehen; eine gefährliche Zeit wie die unsere erfordere eine geschlossenere und diszipliniertere Kraft, als die freiheitliche Demokratie anscheinend sie aufzubieten vermöge. Nun, wir sollten in diesem Lande unsere Lektion gelernt haben. Wir sollten zu gut wissen, was es heißt, Unfreiheit gegen Unfreiheit, totalitären Anspruch gegen totalitären Anspruch zu setzen, um noch einmal versuchen zu wollen, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. (Beifall) Diese Einsicht befreit uns aber keineswegs von der Verpflichtung, die Schwächen unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung zu erkennen und unablässig, wie man Dämme gegen die drohenden Fluten mühsam baut und unterhält, für Besserung zu sorgen. Die kontinentaleuropäischen Demokratien waren, von den kleinen Ländern abgesehen, immer schwächer anfälliger als die angelsächsischen. Bei den letzteren ist das demokratische Legitimitätsbewußtsein lebendiger und stärker als in Kontinentaleuropa, wo die mit der französischen Revolution begonnene Entwicklung noch immer nicht zur Ruhe gekommen ist. Tocqueville hat in diesem Zusammenhang von der „Ewigen Französischen Revolution“ gesprochen, von der man nicht wisse, wohin sie uns noch führe. Das Wort wurde vor mehr als hundert Jahren geschrieben, aber es ist heute noch wahr. Eine permanente Lust am politischen Experiment, Geringschätzung überkommener Institutionen, geringe und immer mehr schwindende Kraft der gemeinschaftlichen und staatlichen Symbole, ein gestörtes Verhältnis zwischen Freiheit und Autorität, das sind alles Dinge, die jedem bekanntlich auffallen müssen, der die großen angelsächsischen und europäischen Demokratien vergleichen kann.

Für unser Land und unseren Staat gelten diese Feststellungen in besonderem Maße; denn wir mußten zum zweiten Male aus den Trümmern eines

Zusammenbruches neu aufbauen, und das notgezimmerter Haus durfte nicht einmal allen Deutschen Obdach geben. Daß es trotzdem bis heute gut gegangen ist, daß sich die politischen Entscheidungen der Jahre 1949 und 1953 ereignen konnten und daß sich dieselbe politische Entscheidung unserer unerschütterlichen Überzeugung nach im Jahre 1957 wiederholen wird, das danken wir zum großen Teil der Herausforderung des Kommunismus und der Antwort, die die Christlich Demokratische Union in den vergangenen Jahren ihr erteilt hat. (Beifall) Ich frage mich ernsthaft und ohne Arroganz, wie es in diesem Lande aussähe, wenn es nicht vor zehn Jahren gelungen wäre, die einzige neue politische Kraft in diesem Lande zu schaffen, die fähig war, diese große Antwort überhaupt zu geben. (Beifall)

Ich füge eine andere Bemerkung an, die schon viel besser, als ich es tun kann, der Bundestagspräsident gemacht hat. Ob es einem Volke gut geht, ob eine neue Verfassung Leben zeugt, ob die Menschen zusammenwachsen, ob seine — um ein beliebtes Wort einmal auf deutsche Verhältnisse anzuwenden — Integration stattfindet, das hängt nicht von klug ausgedachten Verfassungsschemata ab, am wenigsten von ihnen, das hängt natürlich ab von all dem, was ein Volk an physischen, geistigen und charakterlichen Qualitäten mit einbringt, von dem, was die Römer „mores“ nannten; es hängt aber auch ab von der Qualität seiner politischen Führer. Und hier ist es einfach Anstand und Pflicht zu sagen, daß ein Mann in den vergangenen Jahren das Hauptverdienst an dieser Integration in den deutschen Landen hat: der Bundeskanzler. (Sehr starker Beifall)

Im Leben der Völker entscheiden aber nicht die gelegentlichen Aufschwünge und Höhepunkte; es kommt auf das Durchhalten und Durchstehen an. Ich will nicht davon sprechen, daß erst Not- und Krisenzeiten zeigen, was ein Volk wert ist. Vergessen doch viele, die sich im Gefühl einer allzu leichten Sicherheit wiegen, gerade diese Tatsache; aber manche Leute sticht in guten oder scheinbar guten Zeiten der Hafer. Sie finden es langweilig, immer dieselbe Politik zu machen, mag sie sich auch als noch so richtig erwiesen haben; sie finden es auch langweilig, darauf zu warten, bis die Dinge herangereift sind und unverdrossen auf die Ernte hinzuarbeiten. Andere, fürchte ich, wissen sehr wohl, daß man das Korn nicht schneiden kann, bevor es reif ist, aber sie möchten die Ernte gerne in die eigene Scheuer einfahren, nachdem der Hof so wohl bestellt worden ist. (Beifall) Und doch scheint mir eines sicher zu sein: Wo immer diese Ernte eingefahren wird, in die Würzburger Scheuer wird sie keinesfalls geborgen werden. (Sehr starker Beifall)

Das alles wäre in normalen Zeiten nicht sehr tragisch, aber unter dem Aspekt der Gefahr und der Herausforderung des Weltkommunismus sieht eine solche Politik noch mehr als bedenklich aus. Wenn man über das Thema des Kommunismus spricht, kann es nicht ausbleiben, daß man ständig die Phänomene des Weltkommunismus und des sowjetischen Kommunismus miteinander verbindet, so wie sie eben in Wirklichkeit miteinander verbunden sind. Wären sie es nicht, so stellte sich uns das Problem beträchtlich einfacher. Ich möchte aber über einen Punkt keinen Zweifel lassen:

Bei unserem Besuch in Moskau stellte mir einer der sowjetrussischen Führer die Frage: „Nicht wahr, ihr wollt das kapitalistische System in der Sowjetunion einführen?“ Ich hoffe, daß es nur eine rhetorische Frage meines temperamentvollen Gesprächspartners war, eine Herausforderung um das Gespräch in Fluß zu bringen. War die Frage aber ernst gemeint, so verdient sie eine ernste Antwort: Wir denken nicht daran, uns in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion einzumischen; wir würden nicht daran denken, selbst wenn wir es könnten. Wir beklagen vieles, was in der Sowjetunion

geschehen ist, aber wir wissen, daß auch bei uns genug Beklagenswertes geschehen ist. Wir begrüßen mit Freude jeden humanen Fortschritt in der Sowjetunion, aber wir predigen keinen Kreuzzug gegen sie. Wir würdigen die gewaltigen Anstrengungen der Sowjetunion für die Steigerung ihrer Produktion und des Lebensstandards ihrer Bevölkerung — ohne Furcht und ohne Neid. Wir würden diese Leistungen mit unbefangener Anteilnahme begleiten, wenn die Sowjetunion nicht immer noch als die Vormacht einer welterobernden und daher auch unsere Ordnung bedrohenden politischen Ideologie auftreten würde. Solange diese Herausforderung bestehen bleibt, müssen wir eine entschiedene, nicht flackernde und irrlichtierende, unzweideutige Antwort erteilen. (Beifall)

Mikojan führte auf dem XX. Parteikongreß — und er soll sich nicht beklagen dürfen, daß wir seine Gedanken auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union unterschlagen hätten — folgende Gedanken aus:

Wenn von einem langen Frieden und einer lange währenden Koexistenz die Rede ist, dann wird manchmal mit Recht die Frage gestellt: wie lange wird dieser Friede, diese Koexistenz dauern?

Unsere Feinde legen diese Formel so aus, als ob wir letzten Endes den Krieg, für die Verbreitung des Kommunismus in der ganzen Welt durch den Krieg seien, und daß wir nur einstweilen noch nicht darauf vorbereitet seien und ein friedliches Nebeneinanderleben nur vorläufig wünschten, um dann nach guter Vorbereitung auszugreifen und den Kommunismus mit der Waffe in der Hand durchzusetzen... Das ist eine Verleumdung unserer Politik. Der Kommunismus braucht keinen Krieg, er ist gegen den Krieg, die Ideen des Kommunismus werden auch ohne Krieg siegen! ...

Nun, gut! Wir wollen uns diese Worte gut merken, so wie wir uns Worte, die vorher geschrieben und gesprochen worden sind, auch gut gemerkt haben. Auch wir sind der Meinung, daß der Krieg eine verbrecherische Torheit wäre daß man mit aller Energie versuchen muß, das gefährliche Wetttrüben zu begrenzen, zu kontrollieren und zu beenden. Aber wenn die Sowjetunion von uns verlangt, daß wir uns politisch und ideologisch nicht bei ihnen einmischen, so müssen wir dasselbe umgekehrt für uns fordern.

Man wird mir aus Moskau entgegenhalten: Wir haben die Komintern aufgelöst und nun auch die Kominform aufgegeben, wir haben anerkannt, daß jedes Land seinen eigenen Weg zum Kommunismus wählen kann. Genügt das nicht? Nein das genügt nicht! Wäre es so, wie uns die Sowjetrussen sagen, daß sich der Kommunismus in jedem Lande von selbst, ohne Druck und Zutun Moskaus dursetzen solle, überließe man die Entwicklung wirklich einem friedlich-freien Wettbewerb der politischen Ideen und Systeme, wir hätten keinen Grund, einen solchen Wettbewerb zu scheuen. Aber uns warnen schlimme Beispiele. Wie steht es in den Satellitenstaaten, wie steht es besonders in der von Sowjetrußland besetzten und organisierten Zone unseres Vaterlandes mit diesem freien Wettbewerb der Ideen und Systeme? Nichts könnte uns stärker von der Ehrlichkeit der neuen sowjetischen Erklärungen überzeugen, als wenn sie, unabhängig von der Frage der Besatzung, den Deutschen jenseits der Elbe die Möglichkeit gäben, über ihre politische Ordnung frei zu entscheiden, statt ihnen ein Regime aufzuzwingen, das von der ganzen Bevölkerung abgelehnt wird. (Lebhafter Beifall)

Molotow erklärte am 9. November 1955 vor dem Obersten Sowjet:

„Sowohl die Sowjetunion als auch die anderen Länder des sozialistischen Lagers verteidigen unbeirrbar jede Position und sind bestrebt, diese Positionen immer mehr zu festigen.“

Ich wünschte, manche politischen Faselhänse würden solche Sätze genauer beachten. (Beifall) Eine solche Erklärung ist nicht geeignet, die Hoffnung auf einen friedlichen und freien Wettbewerb der Ideen und Systeme zu ermutigen.

Ich habe wenig vom Kommunismus in China gesprochen, und doch kann es sein, daß die Unterwerfung dieses gewaltigen Landes unter die Herrschaft einer kommunistischen Minderheit einmal als wichtigstes Ereignis aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bezeichnet werden wird. Unsere Nachrichten über die Vorgänge in China sind ungenau und spärlich. Stalin hat zwar in Jalta zu Roosevelt gesagt, die chinesischen Kommunisten seien keine Kommunisten, aber das ist, was die chinesische kommunistische Führungsschicht anlangt, ganz gewiß nicht wahr. Mao Tse-Tung ist ein gründlich ausgebildeter, hochintelligenter Marxist und kann sogar seit dem Tode Stalins für sich den Rang in Anspruch nehmen, der „Dienstälteste“ unter den gegenwärtigen Führern des Weltkommunismus zu sein. Wenn sich der Kommunismus in China behaupten sollte — und wir haben vorläufig keinen Grund, etwas anderes zu prophezeien —, so wird das unabsehbare Folgen besonders in Asien haben. Dort ist das Ansehen des weißen Mannes, der westlichen Welt, nicht mehr sehr groß. Es wird einer langen Zeit bedürfen, bis das Ressentiment dieser Völker gegen die einstige koloniale Herrschaft des Westens überwunden sein wird. Und eine gewaltige — ich betone es: eine gewaltige — Anstrengung des Westens wird notwendig sein, um diese Gebiete mit ihrer riesigen Bevölkerung nicht endgültig an den Kommunismus zu verlieren.

Viel mehr läßt sich zu diesem letzten Thema in einem kurzen Referat nicht sagen. Der Kommunismus kann in Asien auch Gegenwirkungen hervorrufen; und vor allem ist es nicht sicher, daß die Entwicklung eines machtvollen kommunistischen chinesischen Reiches sich auf die Dauer zum Vorteil Sowjetrußlands auswirken wird. Auch kommunistische Staaten können, wie wir erfahren haben, Konflikte haben; und schwere Konfliktmöglichkeiten zwischen Sowjetrußland und China lassen sich ahnen, mit allem, was an vielschichtigen möglichen Konsequenzen dazu gehört. Das Thema ist bekannt, und ich deute es nur mit der äußersten Vorsicht an. Ich tue es nicht, um unsere Wachsamkeit einzulullen, sondern um zum Schluß darauf hinzuweisen, daß wir zwar versuchen müssen, unablässig für die Zukunft zu planen, daß aber kein Sterblicher den Schleier wirklich zu lüften vermag. Die Zukunft mag Schweres für uns bereithalten, sie wird uns aber auch das Rettende nicht vorenthalten, wenn wir nur dafür bereit sind. So lassen Sie mich mit den Worten eines der größten politischen Denker des 19. Jahrhunderts schließen — eines Mannes, den ich versucht bin, den ersten Christlichen Demokraten des Kontinent zu nennen —, der sovieler Ereignisse unserer Epoche vorausgesagt hat, Alexis de Tocquevilles. Er sagte:

„Laßt uns darum der Zukunft entgegenblicken mit jener heilsamen Furcht, welche Menschen zu Hütern und Wächtern der Freiheit macht, nicht mit jenem feigen und untätigen Schrecken, der das Herz bedrückt und schwächt!“

(Langer, starker Beifall)

Präsident Dichtel

dankt dem Referenten für seinen Vortrag und eröffnet die

Aussprache

Er erteilt das Wort

Prof. Dr. Friedensburg (MdB), Berlin.

Gestatten Sie mir einige nachdenkliche Worte der ernststen Aussprache. Der Herr Bundeskanzler hat mit erfreulicher Deutlichkeit unseren Parteitag

von den Parteitagen anderer Prägung — besonders der Würzburger Prägung — abgesetzt. Hierzu gehört eine offene und rückhaltlose Aussprache. Ich glaube auch, daß wir manchen Mißdeutungen und Mißverständnissen, denen wir draußen begegnen, um so besser entgegenzutreten können, je offener wir hier die Probleme zur Aussprache bringen. Das scheint mir besonders deshalb notwendig, weil gerade unter den Fragen, die heute zur Diskussion stehen, die Frage der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Politik in bezug auf die Sowjetunion draußen im Lande mit großem Interesse verfolgt wird.

Wenn wir mit Bedauern sehen, daß Dilettanten und Amateure sich dieser wachsenden Stimmung im Lande bemächtigen, so brauchen wir das nicht zu ernst zu nehmen; ich würde aber empfehlen, darin doch ein Symptom dafür zu sehen, daß draußen eine gewisse Unruhe wächst und sich vielleicht dort ein Sturm zusammenbraut, den andere Leute für ihre Segel in Anspruch nehmen. Das, was wir hier besonders von Herrn Professor Conze und unserem Freund Kiesinger gehört haben, wird niemand von uns zu bestreiten wagen. Es ist die wahre Situation, aber politisch ist es nicht die ganze Situation. Es ist nun einmal die Lage unseres Volkes, die schmerzliche, vielleicht tragische Lage, daß unser Geschlecht zwei Aufgaben miteinander zu erfüllen hat: die Abwehr des Bolschewismus von uns und — vielleicht ein wenig der übrigen Welt, aber zugleich auch die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Das Schmerzhafte, um nicht zu sagen Tragische, liegt darin, daß beide Aufgaben nebeneinander schier unlösbar erscheinen. Wir sind aber verpflichtet, beide Aufgaben zugleich und mit allem Ernst anzupacken, und es wäre falsch, wenn wir uns nur mit einer Aufgabe beschäftigen, ohne die andere in ihrer fürchterlichen Verstrickung gleichzeitig zu erkennen.

Wir lehnen die Leute ab, die nur die Wiedervereinigung haben wollen ohne jede Rücksicht auf das, was sie vielleicht im Kampf mit dem Bolschewismus kosten möge. Aber ich glaube, es ist auch nicht gut, wenn wir uns lediglich mit der Gefahr des Bolschewismus beschäftigen, ohne uns zugleich die Frage vorzulegen, wie wir in dieser Welt, von der es doch nun einmal abhängt, die Wiedervereinigung unseres Landes abzwängen können. Der Herr Bundeskanzler hat seine Rede geschlossen mit einem klaren Bekenntnis zur europäischen Einigung und zu der atlantischen Gemeinschaft. Ich teile seine Ansicht vollständig! Aber ich glaube, wir sind uns klar, daß das nicht ein Schlußpunkt schlechthin sein darf, sondern daß die europäische Einigung und der Atlantikpakt und auch unsere Wehrpflicht, die wir gestern in erfreulicher Einmütigkeit beschlossen haben, für uns nur die Plattform sein dürfen, auf der wir für die Wiedervereinigung unseres Landes eintreten sollten.

Mit so berechtigtem Stolz wir heute bei der Zehnjahresfeier unserer Partei auf das bisher Geleistete zurückblicken dürfen, das Wichtigste, das Notwendigste, nämlich die Wiedervereinigung unseres Landes, steht noch aus. Wir freuen uns, daß die europäische Einigung im Vordergrund steht — ich habe schon vor 20 Jahren in diesem Sinne gekämpft —, aber eine europäische Einigung, die an der Elbe aufhört, ist keine europäische Einigung. (Vereinzelter Beifall)

Ich glaube, wir sollten uns hin und wieder einmal daran erinnern, daß zu Europa, so wie Spanien, Italien und Frankreich, auch so schöne und wichtige christliche Länder wie Polen und die Tschechoslowakei ebenfalls gehören, und daß uns ein Europa nicht als das Ideal erscheinen kann, das nicht in seinem Kernansatz die Möglichkeit einer solchen größeren europäischen Einigung vorsieht.

Ich sehe darin auch keinen Widerspruch, meine Freunde. Wir hören hin und wieder den Gedanken, daß wir heute nicht mehr national denken dürften, heute denke man europäisch. Ich bestreite die Richtigkeit einer solchen Antithese. Das Denken in Antithesen ist dialektischer Materialismus. Christlicher Politik entspricht die brüderliche Synthese. Und so, wie wir innerhalb unseres deutschen Landes ein lebendiges landsmannschaftliches und landschaftliches Gefühl in Bayern, Schwaben und sonstwo durchaus für vereinbar mit einem guten deutschen Gesamtbewußtsein halten, so können wir uns auch Europa nicht denken, in dessen Mitte ein zerrissenes, teilweise niedergeschlagenes und drangsaliertes Deutschland liegt. Das ist nicht ein Deutschland und auch nicht ein Europa, wie es uns vorschwebt.

Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, daß wir diese Wiedervereinigung nur im Verein mit den anderen großen Mächten, besonders mit den Verbündeten, betreiben können. Auch hier stimme ich ihm gerne zu, aber es bedurfte gar nicht der Tagung in Königswinter von neulich, um zu hören, daß man drüben bei den anderen Ländern die Verantwortung doch noch ein wenig anders verteile, daß man von uns erwarte und verlange, innerhalb dieser Gemeinschaft unser Anliegen — das uns am meisten angeht — als erste zu betreiben, und daß wir nicht Konzeptionen und Initiativen von anderen Völkern erwarten und verlangen sollen, die doch nur in zweiter Linie betroffen sind. Wir haben in den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers die Erklärung der britischen Regierung gehört. Das ist sehr erfreulich, und wir wollen nur hoffen, daß das recht lange so bleibt, ja sich noch mehr intensiviert. Aber wenn wir und auch die anderen Mächte in dieser Frage nicht vorangekommen sind, so liegt das an dem gespannten und heute noch jeder Lösung scheinbar unzugänglichen Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Sie brauchen keine Sorge zu haben, ich werde hier nicht einen Vorschlag machen. Unser Freund von Brentano hat das neulich etwas unfreundlich, aber nicht ganz unzutreffend als „Sandkastenspielerei“ bezeichnet. Ich glaube nicht, daß die Lösung mit irgendeinem genialen Einzelsvorschlag, mit irgendeiner schönen diplomatischen Note, mit irgendeinem Parlamentsbeschuß, mit irgendeinem neuen Vertrag herbeigeführt werden kann, — die deutsche Wiedervereinigung kann nur kommen mit den anderen Mächten zusammen auf der Grundlage einer Änderung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Es mag sein, nach dem, was wir hier gehört haben, daß das dem deutschen Volke unmöglich erscheint; dann müssen wir uns aber klar sein, daß die Wiedervereinigung in unserer Zeit nicht vollzogen werden kann. Wenn wir aufmerksam und mit schmerzlichen Gefühlen die Ausführungen unseres Freundes Jakob Kaiser gehört haben, so haben wir doch alle daraus den Schluß gezogen, daß die Angelegenheit anfängt dringlich zu werden und daß wir nicht — wie das sonst bei geschichtlichen und politischen Aufgaben der Fall zu sein pflegt — von der natürlichen Entwicklung der Zeit her eine Besserung, eine Lösung zu erwarten haben. Hunderte von Flüchtlingen, an manchen Tagen bis zu 1 000 Flüchtlinge und darüber, sprechen doch eine fürchterliche Sprache, und zwar in doppelter Richtung: einmal, daß dort 18 Millionen Menschen unserer Brüder und Schwestern und zwar 11 Jahre nach dem Kriege, unter Umständen leben müssen, die für die meisten von ihnen schlechthin unerträglich sind, und zweitens, daß durch diese Fluchtbewegung und alles das, was damit zusammenhängt, die Möglichkeiten einer guten und vernünftigen Wiedervereinigung nicht gerade erleichtert werden. Ich will die Dinge nicht ernster schildern, als sie sind. Ich beschäftige mich sehr viel mit diesen Dingen, aber ich warne auf das dringlichste, von der Zeit irgendeine Aussicht auf Lösung zu erwarten. Es kann sein, daß es in unserer Zeit nicht gelingt, wenn wir nicht die entsprechende Politik treiben.

Dieses Problem der Wiedervereinigung berührt unser Volk in einem Maße, das wir nicht durch irgendeine eindrucksvolle Geschlossenheit hier in diesem Saal zum Schweigen bringen können. Es wachsen hier Sorgen und Stimmungen auf, die vielleicht eines Tages nicht mehr kontrollierbar sein werden. Die Vorgänge in Bayern und in Düsseldorf sollten uns doch ein wenig warnen, daß wir den Versuch der Lösung nicht den Dilletanten und nicht den weltfremden Doktrinären überlassen dürfen.

Die Politik, die notwendig ist, in fester, unverbrüchlicher Treue zu unseren Verträgen, in sorgfältigem Ausbau unserer eigenen Macht ein neues Verhältnis zur Sowjetunion herzustellen, die kann, wenn sie überhaupt möglich ist, lediglich der Staatsmann betreiben, der ein solches Maß an Autorität und Vertrauen in der Welt gesammelt hat wie Sie, Herr Bundeskanzler. Es wäre sehr, sehr gefährlich, wenn wir das anderen überlassen müßten.

Wir sind nun einmal die tragende Partei des neuen Deutschlands, und es handelt sich um unsere Sache und um unsere Verantwortung. Die Geschichte wird uns nicht danach beurteilen, was wir für gute Absichten gehabt haben, sondern sie wird uns danach beurteilen, welche tatsächlichen und praktischen, vielleicht sogar sehr opfervollen Bemühungen wir in unserer Zeit eingeleitet haben. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, Ihnen sagen zu können, daß jeder Schritt — und scheint er auch zunächst unpopulär — auf unsere Zustimmung und auch wohl, auf die Zustimmung der großen Masse unseres Volkes wird rechnen dürfen. (Vereinzelter Beifall.)

Präsident Dichtel:

erteilt das Wort dem Bundesvorsitzenden

Bundeskanzler Dr. Adenauer.

Herr Friedensburg hat sehr gut und eindringlich gesprochen, aber er möge mir doch einmal sagen, wenn er davon spricht, wir müßten eine entsprechende Politik machen, was ist denn „der entsprechende Schritt“, den Sie meinen? (Sehr starker Beifall)

Präsident Dichtel:

erteilt das Wort

Bundesaußenminister Dr. von Brentano:

Ich glaube, wir haben es alle empfunden, daß aus den Worten unseres Freundes Friedensburg eine echte und tiefe Sorge gesprochen hat. Diese Sorge klang auch in den Referaten an, die wir heute mittag gehört haben. Ich glaube, daß gerade diese drei Referate gezeigt haben, mit welchem Ernst wir uns in unserer Christlich Demokratischen Union bemühen, die Dinge zu sehen, die weltpolitische Lage zu analysieren und gewisse Schlüsse daraus zu ziehen. Wir werden den Referaten nicht gerecht, wenn wir etwa sagen, wie es in den Äußerungen meines Freundes Friedensburg zum Ausdruck kam, wir hätten uns nur mit den Gefahren des Bolschewismus beschäftigt.

Ist es nicht unsere Pflicht, uns mit diesen Gefahren zu beschäftigen, und würden wir nicht gegen unsere Verantwortung verstoßen, wenn wir sie nicht sehen wollten, wenn wir glaubten, sie dadurch, daß wir sie verschweigen, bagatellisieren zu können? Nur dann, wenn wir uns ein klares Bild machen von dem, mit dem wir sprechen müssen, wenn wir uns ein klares Bild machen von dem Partner, auf dessen Zustimmung wir warten für die Frage der Wiedervereinigung, können wir mit Aussicht auf Erfolg in diesem Gespräch mitwirken. Herr Kollege Friedensburg hat mit Recht vor denen gewarnt, die heute als Amateure in die Außenpolitik eingreifen. Soweit sol-

che Amateure die Legitimation noch herleiten aus einer Mitarbeit an der verantwortlichen Tätigkeit in den letzten Jahren, wollen wir Verständnis für sie haben; wenn sich aber Amateure melden, die an der ganzen unheilvollen Entwicklung, die wir nun zu tragen haben, ein gerüttelt Maß Schuld tragen, (lebhafter Beifall) wenn sich Amateure melden, die sich selbst in ihren Zeitungen in SA-Uniform abbilden und uns damit in Erinnerung rufen, daß es einer Ironie der Weltgeschichte, eines Adolf Hitlers, bedurfte, um die Sowjetunion bis an die Elbe zu bringen, dann möchte ich sagen: diese Amateure sollen zunächst einmal schweigen! (Starker Beifall)

Wir haben hier aus dem Munde unseres Parteivorsitzenden ein leidenschaftliches und ernstes Bekenntnis zum europäischen Denken vernommen. Wir sollten das nicht einschränken. Ich möchte unserem Freund Friedensburg wirklich zu denken geben, daß es eine falsche Darstellung ist, wenn man glaubt sagen zu können, daß das Bekenntnis zur Nation dieser europäischen Gesinnung im Wege stünde. Es war gerade unser Freund Gerstenmaier, der in einer so vorzüglichen Weise auch erklärt und analysiert hat, daß es anders geworden ist, daß wir uns überhaupt nur noch zur Nation bekennen können, und wir tun es mit Leidenschaft und mit Herz, wenn wir wissen, daß diese Nation eingebettet ist in einen größeren Raum. Deswegen möchte ich auch unterschreiben, was unser Freund Friedensburg sagte: Europa darf nicht an der Elbe aufhören. Aber wir werden Europa nur dann schaffen können, wenn wir es zunächst einmal bis zur Elbe verwirklichen. (Lebhafter Beifall) Denn es geht ja auch darum, daß wir in der Erfüllung unseres Anliegens nicht allein sein dürfen. Wir bedürfen dazu der Unterstützung der freien Welt, wir bedürfen dazu der Solidarität aller Kräfte. Ich kann nur sagen, daß ich mit tiefer Befriedigung die Erklärung gelesen habe, die nach der Abreise der sowjetischen Staatsmänner aus England das Foreign Office abgegeben hat. Der Herr Bundeskanzler hat diese Erklärung schon zitiert. Aber vergessen wir nicht in unserer Politik: wenn wir Solidarität fordern, müssen wir auch Solidarität geben. (Starker Beifall)

Gewiß, es ist eine klare Feststellung: Das deutsch-sowjetrussische Verhältnis muß sich ändern, wenn wir überhaupt zu dem kommen wollen, was wir wünschen, zu einer Entspannung in der Welt, zu einer Koexistenz zwischen einem freien, wiedervereinigten Deutschland und einer Sowjetunion, auf deren innere Gestaltung wir keinen Einfluß nehmen können und auch keinen Einfluß nehmen wollen. Wenn wir aber sagen, das deutsch-sowjetische Verhältnis muß sich ändern, dann glaube ich mich — ich weiß, ich brauche es kaum zu sagen — mit unserem Freund Friedensburg darin einig, daß sich diese Änderung nicht so vollziehen darf, daß wir etwas von dem aufgeben, was unverzichtbar ist. (Beifall) Wir können materielle Opfer bringen, wir können Vereinbarungen treffen, die uns vielleicht Lasten auferlegen, die uns — wie man zu sagen pflegt — in irgendeiner Weise diskriminieren um unserer deutschen Wiedervereinigung willen, aber wir sollten uns darüber klar sein, gerade in unserer Christlich Demokratischen Union, daß es Grenzen gibt, die wir nicht überschreiten können, auch nicht um Haaresbreite. (Beifall)

Das tragische und schreckliche Schicksal von 18 Millionen deutschen Menschen, die an der Entwicklung in der Vergangenheit so viel und so wenig Schuld tragen wie wir, ist es, daß sie das unsagbare Unglück haben, durch die geographische Lage ihrer Heimat von einer Diktatur „erlöst“ worden zu sein, um der anderen zu verfallen. Es ist ein tragisches Schicksal, das sich offenbart in diesem Strom von Tausenden von Flüchtlingen. Es ist erschütternd, wenn wir uns klar machen, daß Woche für Woche und Tag für Tag Tausende von Menschen

ihre Heimat verlassen müssen, weil sie drüben in dieser grausigen Atmosphäre nicht mehr zu leben vermögen. Aber unsere Politik muß es sein, zu verhindern, daß eines Tages Zehntausende von Deutschen auch aus der Bundesrepublik auswandern. (Beifall)

Die Zeit bringt keine Lösung. Das ist sicherlich richtig; denn wenn wir uns auf die Zeit allein verließen, dann würden wir, möchte ich sagen, in eine Agonie verfallen. Wir dürfen zu keiner Stunde auf die Handlung, auf die Initiative verzichten. Es ist ja unsere Aufgabe, dem geschichtlichen Geschehen gegenüber nicht passiv zu sein, sondern mitzuwirken und das geschichtliche Geschehen zu gestalten. Gewiß, wir spüren das fordernde Drängen im deutschen Volk, wobei wir nicht immer, wenn wir unsere Kritiker hören, wissen, was im Vordergrund steht: die Kritik als solche oder das echte Anliegen. Mir scheint aber der Hinweis darauf, daß die Entwicklung in Düsseldorf oder in München uns hier zu denken geben sollte nicht richtig zu sein; denn das nehme ich allerdings für den Bundeskanzler Dr. Adenauer und für die Christliche Demokratische Union in Anspruch: daß sie in allen Bereichen in den letzten Jahren mehr getan haben als die, die uns nun gemeinsam in Düsseldorf bekämpfen. (Lebhafter Beifall)

Es wird bei uns alles zu selbstverständlich betrachtet, und das erleichtert ja die Kritik in diesem ungewöhnlichen Maß. Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß aus den Trümmern im Bereiche der Bundesrepublik wieder ein blühendes Land entstanden ist. Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß wir den Schutz, die Freundschaft, die Unterstützung der ganzen freien Welt genießen, daß wir aus dem leidenden Objekt zum handelnden Subjekt unseres Volkes und der Welt geworden sind. Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung nach oben geht und daß andere unseren Schutz übernehmen, soweit wir selbst uns zu schützen noch nicht in der Lage sind. Das ist nicht selbstverständlich, das ist das Ergebnis einer mühevollen und entsagungsreichen Arbeit. (Sehr starker Beifall) Wir sollten auch hier um der Wahrhaftigkeit willen, die wir in der Politik brauchen, mit aller Klarheit und mit aller Offenheit zum deutschen Volke sprechen. Wir sollten unser deutsches Volk, genau wie es Freund Friedensburg getan hat, vor denen warnen, die nun glauben, irgendwelche Patentrezepte entwickeln zu können, warnen vor denen, die uns sagen: Man muß es anders machen, man muß nur Deutschland wieder vereinigen und es dann in ein kollektives Sicherheitssystem einordnen, — ohne aber zu sagen, wie wir es wieder vereinigen und wie das kollektive Sicherheitssystem aussehen soll. Man muß warnen vor denen, die bereits wieder mit deutscher Hybris glauben, dieses deutsche Problem in den Mittelpunkt der ganzen Weltpolitik stellen und von Bonn oder Stuttgart aus jeder Weltmacht ihren Platz anweisen zu können, als sei es ein Satellitensystem, das wir um uns schaffen sollten. (Beifall) Das deutsche Volk sollte wissen, daß die Realitäten anders sind, daß es einer zähen und geduldigen Arbeit bedarf um eine solche Unordnung, wie sie das Jahr 1945 hinterlassen hat, eine solche chaotische Unordnung zu beseitigen, an der — Gott sei es geklagt — das deutsche Volk ja ein gerüttelt Maß von Schuld durch die tragische Führung hat, die im Jahre 1945 abgelöst worden ist. Haben wir den Mut, das in allem Ernst unserem Volk zu sagen! Haben wir auch den Mut, einmal dem deutschen Volke zu sagen, daß der Wert der Freiheit, auch wenn er heute, weil es vielen so gut geht, nicht mehr ganz erkannt wird, unschätzbar ist. (Starker Beifall) Haben wir auch den Mut, einmal zu sagen, daß die Lage zu ernst ist, um zu spekulieren. Wenn wir noch einmal die Freiheit dadurch verlieren, daß wir in den Bereich der Sowjetunion eingegliedert werden, dann wird kein Deutscher mehr den Tag der Befreiung erleben! (Anhaltender, sehr starker Beifall)

Präsident Dichtel

erteilt nochmals das Wort

Professor Dr. Friedensburg:

Ich will kein zweites Diskussionsreferat halten, sondern möchte nur dem Herrn Bundeskanzler in allem Respekt und in aller Verehrung, die ich für ihn empfinde und wovon er hoffentlich überzeugt ist, auf seine Frage antworten.

Herr Bundeskanzler! Ich habe über meine Gedanken heute naturgemäß nur in Andeutungen gesprochen. Ich habe das aber in der letzten Zeit in Mittwochsgesprächen, in Studentenversammlungen, im Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ und vor den Gremien unserer Partei so oft getan, daß ich es für anständig hielt, hier heute nicht zu schweigen, sondern vor diesem berufenen Gremium unserer Partei wenigstens in ganz allgemeinen Umrissen von diesen Dingen zu sprechen, um diese Gedanken Ihrem Urteil zu unterbreiten. Ich wollte auch nicht zu konkret werden. Es lag mir daran, gerade hier in diesem Kreise und bei den vielen Ohren, die hier auf uns gerichtet sind, keine Wunden aufzureißen, keine Vorwürfe zu erheben und auch nicht Mißverständnisse hervorzurufen. Aber wenn Sie fragen, was kann denn geschehen, so will ich nur feststellen, ich hätte gewünscht, daß das, was Sie in Moskau angefangen haben, ein wenig systematischer hätte fortgesetzt werden können. Wir haben nach Moskau eine Lücke, einen Bruch verspürt, der uns alle ein wenig beunruhigt hat und der meiner Meinung nach für die Lösung unseres Problems nicht gut gewesen ist. Ich will nur das allerletzte nennen. Es kam vielleicht als eine übertriebene, von uns mißverstandene Fanfare, die Ankündigung unseres Freundes von Brentano, daß er den deutschen Standpunkt der Wiedervereinigungsfrage in Moskau bekanntgeben wollte. Aus dieser Fanfare, die nun einmal in der Welt gewesen ist, ist nun in den letzten Wochen weniger als eine Schamade geworden.

(Bundesaußenminister von Brentano: Lieber Herr Friedensburg! Wollen Sie vielleicht in vierzehn Tagen eine solche Note machen?)

Ich freue mich sehr, das zu hören! Nur ist die Öffentlichkeit in diesem Punkte allerlei Mißverständnissen ausgesetzt worden. Ich freue mich, aus Ihrer Bemerkung entnehmen zu können, daß diese Mißverständnisse unberechtigt gewesen sind. (Beifall)

Präsident Dichtel

erteilt nochmals das Wort dem Bundesvorsitzenden

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Ich hätte mich nicht noch einmal zu Wort gemeldet, wenn nicht der Herr Professor Friedensburg, unser Parteifreund aus Berlin, diese Rede eben gehalten hätte. Ich sage Ihnen in aller Offenheit, es war doch nicht sehr richtig von Ihnen, mir zu unterstellen, daß die europäische Einigung und die atlantische Politik der Schlußpunkt sei. Haben Sie das wirklich geglaubt?

(Prof. Dr. Friedensburg: Habe ich nicht gesagt!)

Gewiß haben Sie es gesagt; Sie haben gesagt, daß das nicht der Schlußpunkt sein dürfe.

(Prof. Dr. Friedensburg widerspricht.)

Erlauben Sie mal, damit unterstellen Sie doch mir, daß das für mich der Endpunkt der Politik sei. Und dann, verehrter Herr Kollege Friedensburg, haben Sie — seien Sie mir nicht böse darüber — genau so gesprochen, wie unsere Opposition spricht, nämlich in unechten Alternativen. Das waren keine Alternativen, die Sie aufgestellt haben. Was heißt es denn — Herr

Kollege von Brentano hat Ihnen schon geantwortet —, hier eine lange Rede darüber zu halten, Europa höre nicht am Eisernen Vorhang auf? Das weiß ich genau so gut wie Sie! Wollen Sie aber vielleicht jetzt nach Moskau eine Note senden: Wir verlangen, daß ihr alles das freigeht, damit wir ein großes und freies Europa bekommen? Ich glaube nicht, daß Sie das wollen.

Aber lassen wir das alles noch einmal beiseite; gerade weil Sie es sind und weil ich Sie als scharfen Denker kenne. Sie haben gesagt, eine entsprechende Politik müßte gemacht werden —, bitte, sagen Sie mir, was verstehen Sie unter „entsprechende Politik“? (Lebhafter Beifall)

Sie haben diese Frage nicht beantwortet! Wenn Sie eben davon gesprochen haben, daß nach meiner Rückkehr von Moskau ein gewisser Stillstand eingetreten sei, dann haben sie recht. Sie wissen, daß ich damals ziemlich schwer erkrankte. Sie wissen, daß auch Herr von Brentano auswärts war, und dadurch — abgesehen von der Frage, daß es sehr schwer ist, den richtigen Mann nach Moskau zu schicken — haben sich diese ganzen Dinge etwas hinausgezögert. Darin gebe ich Ihnen recht. Aber glauben Sie denn im Ernst, wenn nun der Herr Haas vier Wochen früher nach Moskau gegangen wäre, daß wir dann schon in einem aussichtsreichen Gespräch mit Moskau wären für die Freilassung der Sowjetzone? Haben Sie nicht gelesen, was Chruschtschow in London gesagt hat, daß es für die Sowjetzone unmöglich sei, freie Wahlen in der Sowjetzone zu gewähren? Also ist die Vorbedingung doch ganz klar: Dieses Regime soll dableiben, es sollen keine freien Wahlen in der Sowjetzone stattfinden, sondern man will in diesen Staatskörper, der da gebildet wurde, einen Keil hineinsetzen, den sowjetischen Keil. Das will man, um dadurch schließlich ganz Deutschland herüberzubekommen. Seien Sie sich doch bitte darüber klar, daß die Bundesregierung und wir alles, aber auch alles, was in unserer Macht steht, tun, damit die Wiedervereinigung lieber heute als morgen kommt, (Sehr starker Beifall) und daß wir wirklich eine Aufforderung, eine „entsprechende Politik“ zu betreiben, nicht brauchen.

Präsident Dichtel

erteilt das Wort zu Fragen der Wiedervereinigung

Walter Lindner, (Exil-CDU)

Dieser erinnert daran, daß schon vor Jahren in der sowjetischen Zone gesagt worden sei, daß demokratische freie Wahlen unbedingt kämen. Dann seien die Deutschen in diesen Gebieten allerdings dahintergekommen, daß man unter „demokratisch“ „bolschewistisch“ zu verstehen habe. Wenn er das, was Minister Kaiser gesagt habe, auf eine kurze Formel bringen wolle, so müsse er antworten: „Finstere Nacht liegt über unseren mitteldeutschen Landen“. Davon ausgehend, forderte Herr Lindner eine stärkere Aufklärung in Westdeutschland über die Verhältnisse im sowjetisch besetzten Mitteldeutschland. Er rief dazu auf, sich der Verpflichtung bewußt zu bleiben, die Wiedervereinigung voranzutreiben. Wenn dieser Parteitag nur die eine Frucht zeige, daß jedem einzelnen Teilnehmer das Herz warm gemacht werden, zu Hause, persönlich bisher vielmehr als bisher für die Wiedervereinigung zu tun, dann sei damit schon mehr als genug erreicht.

Präsident Dichtel

schlägt vor, die Aussprache zu schließen und die noch vorliegenden Wortmeldungen auf den folgenden Tag zu verlegen. Der Vorschlag findet die allgemeine Zustimmung des Plenums.

Präsident Dichtel schließt die Sitzung.

Dritter Tag: Sonnabend, 28. April 1956

2. Plenarsitzung

Präsident Cillien

eröffnet die Sitzung um 9.10 Uhr.

Ich darf zunächst unter uns begrüßen den Landesvorsitzenden der CSU, Herrn Kollegen Dr. Seidel aus Bayern. (Beifall)

Sie werden sicher auch freudig aufnehmen, daß unser Kollege Lemmer diese Nacht in ein neues Lebensalter hineingeschlafen hat. (Lebhafter Beifall)

Wir wollen nun mit der Aussprache von gestern fortfahren. Ich erteile das Wort

Frau Maxsein (M.d.B.), Berlin

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner gestrigen Rede ein Anliegen angesprochen, das mich veranlaßt, an dieser Stelle noch einige Worte zu sagen, und zwar deswegen, weil ich seine Ausführungen zum Föderalismus im Zusammenhang mit der Kulturpolitik für so bedeutsam hielt, daß ich nicht wünsche, gerade diese seine Ausführungen blieben in diesem Hause und in diesem Raum. Ich halte sie nicht nur für notwendig, sondern in diesem Augenblick geradezu politisch für bahnbrechend. Bis dato — ich verrate damit kein Geheimnis — erntete man wenig Verständnis und noch weniger Wohlwollen, wenn man erklärte, daß es — ich gehe gar nicht soweit in meiner Formulierung wie der Herr Bundeskanzler — keine rheinisch-westfälische und keine bayerische Kultur gäbe, sondern nur eine deutsche Kultur und damit zusammenhängend auch Fragen der Kultur, aber ich möchte doch betonen, daß bei allem Respekt vor der landsmannschaftlichen Eigenart, bei aller eindringlichen Wahrung und Würdigung der kulturpolitischen Belange der Länder, es Kulturfragen gibt, die den Bund unmittelbar berühren, die die Länder ihm nicht abnehmen und nicht verantworten können, Aufgaben, die deswegen der Bund selber erfüllen muß.

Der Herr Bundeskanzler hat auf den Wirrwarr in der Schulpolitik hingewiesen. Zweifellos ist die Schulpolitik in eine Entwicklung geraten, die dem Ansehen des Föderalismus nicht förderlich ist, um nicht zu sagen schädlich ist. Es wäre eine Binsenweisheit, wenn ich hier betonen wollte, daß die Schulpolitik nicht den Gehalt der Kulturpolitik ausmache; sie ist ihr wesentlicher Bestandteil, aber darüber hinaus ist die Kulturpolitik noch mehr. Das ist wichtig in diesem Augenblick zu sagen, weil die Kulturpolitik die Grundlagenpolitik der CDU ist. Die Kulturpolitik hat jetzt einen bedeutsamen politischen Akzent, und zwar einen gesamtdeutschen Akzent erhalten. Wir sind nunmehr in die große geistige Auseinandersetzung zwischen Ost und West geraten, die durch uns nur vom Geiste her gewonnen werden kann. In dieser Stunde freue ich mich ganz besonders, daß uns der Herr Bundeskanzler zur Besinnung auf die geistigen Grundlagen unserer Politik aufgefordert hat. (Beifall) Es gibt für uns keinen politischen Bereich, gleichgültig ob es sich um Außenpolitik oder Innenpolitik handelt, den wir aus dem großen Rahmen unserer christlichen Verantwortung heraus lösen könnten. Wir haben uns in dieser Stunde die Frage zu stellen: Was können wir einem System entgegensetzen, das eine restlos zentralisierte, straff durchorganisierte Erziehung und Bildung zum Ausgangspunkt seiner Machtpolitik erhoben hat. Was haben wir dem gegenüberzusetzen? Diese Frage läßt sich in einer Diskussionsrede nur sehr großzügig beantworten, aber sie ist eine Frage, die

nicht nur großzügig, sondern sehr gewissenhaft behandelt werden muß. Wenn ich eine großzügige Antwort gebe, dann muß es vor allem heißen: Wir haben die geistigen Grundlagen der Demokratie zu festigen und zu stärken. Ich bin der Meinung, daß keine Partei so sehr von Natur aus und in dem Maße berufen und befähigt ist, diese Grundlagen der Demokratie zu festigen und zu stärken und auszubauen, wie die Christlich Demokratische Union. Und warum? Weil sie für die Freiheit und Würde der Persönlichkeit und die lebendige Demokratie eintritt und somit nicht nur im Einzelmenschen selbst, sondern im Absoluten, ich darf sagen, in Gott verwurzelt ist. (Beifall)

Als nächster Diskussionsredner spricht Herr

Kenn (Niedersachsen).

Wir stehen noch unter dem Eindruck der gestrigen Ausführungen, die mehr oder minder sich mit dem Problem „Sowjetrußland, Kommunismus und Bolschewismus“ befaßt haben. Dabei ist das Problem der Lösung zwischen Deutschland und Sowjetrußland auf dem Wege der friedlichen Koexistenz stark in den Vordergrund getreten, ein — wie bereits gesagt wurde — sehr gefährliches Wort; denn es ist nicht nur eine Frage von seiten anderer Parteien aus gesehen, sondern eine Frage, gesehen von der wirtschaftlichen Perspektive. Gerade die Kreise der Wirtschaft um die FDP herum plädieren sehr stark für eine friedliche Koexistenz, wobei nach meiner Auffassung nicht das politische Moment im Vordergrund steht, sondern wirtschaftliche Interessen, die von diesen Kreisen durchzuführen versucht werden im Handelsaustausch mit Moskau und den Satelliten. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, diese Frage unter dem Gesichtspunkt stärker in den Vordergrund zu stellen und dies auch in der Propaganda draußen auf dem Lande zum Ausdruck zu bringen.

Wir haben hier die Gefahren vom Osten her geschildert bekommen, aber eines habe ich doch vermißt, nämlich die Frage: was können wir von uns aus dem entgegensetzen? Außerdem habe ich auf diesem Parteitag einen Arbeitskreis für Kulturpolitik vermißt. Gehen Sie einmal über die Grenze und sehen Sie, was dort auf dem Gebiete des Kulturlebens, an Kulturvereinigungen, Theater usw. an Subventionen gegeben wird. Sie gehen in die Milliarden, während bei uns nur minimale Summen zur Verfügung gestellt werden. Ich sage hier nichts, was vertraulich wäre, sondern erkläre hier: Unsere Kulturvereinigungen im ganzen Bundesgebiet kämpfen um ihre Existenz. (Beifall) Ein großer Teil unserer Kulturvereinigungen muß die Gelder, die er braucht, um in der Gemeinde oder Stadt arbeiten zu können, aus eigener Tasche aufbringen. Was gibt denn ein Gemeinde-Etat für Kulturfragen? Vielleicht 0,05 %! Was bekommen wir denn vom Land und wie sind die Mittel des Bundes? Wenn man bedenkt, daß Niedersachsen — aus dem ich komme — vom Ministerium in Bonn eine halbe Million bekommt, die nun auf sämtlichen Gebieten des kulturellen Lebens für die Zonenrandgebiete zur Verfügung gestellt werden sollen, dann kann man sich ausrechnen, was für die Kulturschaffenden innerhalb eines Ortes übrig bleibt. Gehen Sie beispielsweise nach Duderstadt; dort kämpft eine Kulturvereinigung um ihr Leben, während ein paar Schritte weiter über der Grenze Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte deshalb die Aufmerksamkeit der Bundesleitung auf diesen Punkt richten, nicht nur allein die Gefahren aufzuzeigen, sondern auch die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die kulturellen Kräfte aktiver werden können.

Noch ein Punkt! Gehen Sie einmal in die Schulen und fragen Sie, wieweit die Schulen positiv beauftragt werden, unsere Jugend über den deutschen Osten zu informieren! (Beifall) Ich habe mich als Bürgermeister der Stadt

Peine einmal dieser Pflicht unterzogen und in unserer Oberschule eine Bilanz gezogen, wieweit die Jugend über den Osten informiert ist. Ich kann Ihnen sagen, daß die einheimische Jugend nur noch bis zu 50 % über deutsche Städte und Flüsse des deutschen Ostens informiert ist. Hier ist auch eine Aufgabe, um in dieser Richtung dem Bolschewismus etwas Positives entgegenzusetzen. (Beifall) Es genügt nicht, daß die Jugend über den Westen der Welt informiert ist, sondern viel primärer ist die Frage, was war der deutsche Osten und was soll wieder werden. Aber die Jugend geht hinaus, ohne nach dieser Richtung hin informiert zu sein. Die Jugend hat keine Möglichkeit, trotz der Subventionen für Jugendpflege, deutsche Theaterstücke und deutsche Literatur in dem Maße kennen zu lernen, wie dies notwendig wäre. Deshalb richte ich die Bitte an die Bundesleitung der CDU, hier einzusetzen. Sie schafft sich ein Verdienst damit bei unserem deutschen Volke und vor allen Dingen bei der deutschen Jugend. (Lebhafter Beifall)

Präsident Cillien:

Wir haben alle mit Ernst diesen Ruf und diese Mahnung zur Kenntnis genommen. Wir werden versuchen, im Rahmen des Möglichen hier Abhilfe zu schaffen. Als letzter Redner hat sich Herr Kiesinger gemeldet. (Zurufe: Noch nicht hier!)

Ich darf dann das Wort erteilen Herrn

Dr. Heinrich Krone

zu seinem Bericht über

DIE ARBEIT DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Das höchste Gremium einer Partei ist der Parteitag. Es ist daher Pflicht der Fraktion, dem Parteitag einen Arbeits- und Rechenschaftsbericht vorzulegen. Und es ist Aufgabe des Parteitages, zu diesem Bericht Stellung zu nehmen. Ich lege Wert darauf, daß gerade die Diskussion zu diesem Bericht vor den Augen der deutschen Öffentlichkeit geführt wird.

Den letzten Bericht über die Fraktionsarbeit gab auf dem Kölner Parteitag der damalige Fraktionsvorsitzende, der jetzige Außenminister, unser Freund Heinrich von Brentano. An der Spitze meines Berichtes soll darum ein Wort an ihn stehen. Vorsitzender einer großen Fraktion einer neuen Partei wie der CDU zu sein, ist keine leichte Aufgabe. Ich denke gern an unsere damalige Zusammenarbeit zurück. Ich mache mich wohl zum Sprecher dieses Parteitages, wenn ich unserem Freund von Brentano für diese seine Arbeit, für die Klugheit und Verbindlichkeit, mit der er seit 1949 die Bundestagsfraktion führte, den Dank dieses höchsten Parteigremiums ausspreche. (Beifall) Im ersten Bundestag zählte die Fraktion 151 Mitglieder; in diesem Bundestag sind wir über 250.

Eine Fraktionssitzung bei dieser Größe der Fraktion ist eine Plenarsitzung für sich. Die Arbeit muß in Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen vorbereitet werden. Wir haben solche Arbeitsgremien für die Fragen der Innen- und der Außenpolitik, der Wirtschaft und des großen Bereichs der Sozialpolitik, für die Fragen des Mittelstandes, der Heimatvertriebenen und der immer noch steigenden Zahl der aus der Sowjetzone Flüchtenden. Die Sorge um die Familie, um Wohnung und Heim, auch für den kleinen Mann und besonders für die Familie mit mehreren Kindern, ist das besondere Anliegen unserer Fraktion.

Es wird in der Fraktion gut gearbeitet. Es herrscht ein gutes Verhältnis zwischen den alten Fuhrleuten und den Kollegen des Wahljahrganges 1953, wobei ich natürlich wünsche, daß es noch besser wird; denn es kann nicht gut genug sein mit der Arbeit in der gesamten Fraktion. Nur die Leistung



*Oberkirchenrat Adolf Cillien M.d.B.,
Fraktionsvorsitzender Dr. Heinrich Krone und
Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier
im Gespräch*



*Zwischen zwei Sitzungen:
Bundesaußenminister Dr. von Brentano mit
Ministerpräsident a. D. Arnold und
Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier.
Im Hintergrund Franz Josef Muser M.d.B.*

allein muß und kann für ein politisches Mandat qualifizieren. Dann aber auch freie Bahn für jedermann, aus allen Bereichen, gerade auch für die, die nach uns kommen! Ich bin der Meinung: ein Fraktionsvorsitzender kann nicht genügend Acht darauf geben, daß die Bahn freigemacht wird auch für die jungen Kräfte. (Lebhafter Beifall)

Wir haben unter uns unsere bayerischen Freunde von der Christlich Sozialen Union. Wir verstehen uns, Herr Dr. Seidel, vortrefflich, und ich selber bin sehr zufrieden, daß ich als Fraktionsvorsitzender keine allzu schlechte Note von Ihren Freunden bekommen habe. Wir arbeiten aufs beste zusammen. Wir lernen auch voneinander, die Anhänger einer Bundesfinanzverwaltung und anderer zentraler Regelung von den Föderalisten, und umgekehrt — und das ist gut! Dabei respektieren wir gewissenhaft, was Sinn und Inhalt des Grundgesetzes ist. Auch das hat sich bewährt. Wir sagen uns auch die Wahrheit, erfreulich frisch und auf gut Bayerisch. Das schadet nichts und tut der menschlichen und politischen Freundschaft keinen Abbruch.

So üben wir jene politischen Tugenden, die wir als den guten Teil liberalen Denkens auf unsere parlamentarische Demokratie übernommen haben und in deren Wertschätzung sich heute alle demokratischen Parteien einig sein müßten. Ich glaube, ich sage nichts Verkehrtes, wenn ich erkläre, der Liberalismus als solcher ist tot. Die Freie Demokratische Partei, die ihn nach dem unseligen Zusammenbruch der Hitlerjahre wieder auf ihre Fahne geschrieben hatte, ist heute selbst der beste Beweis dafür, daß die Entwicklung über den Liberalismus hinweggegangen ist. (Beifall) Nichts wäre falscher, als denen nicht mit Respekt und Toleranz zu bezeugen, die es mit der liberalen Haltung auch heute noch ehrlich und ernst meinen. In der Dehlerschen FDP aber kann davon — und ich bedauere das — nicht mehr die Rede sein. Dort ist vom Liberalismus nichts als eine gähnende Leere übrig geblieben, die nun mit Machtpolitik ausgefüllt wird. Wir haben einen ähnlichen Zusammenbruch schon einmal erlebt und müssen nun auf der Wacht sein, daß sich daraus nicht wieder ein solch furchtbarer Zustand ergibt mit den Konsequenzen, die wir früher schon einmal erlebt haben. Die von Düsseldorf aus vorbereitete Machtergreifung, dieses hoch explosive Gemisch von Nationalismus und Radikalismus, ruft eine Erinnerung in uns wach, die uns vor der gefährlichen Illusion bewahren muß, daß wir den größten Teil demokratischer Aufbauarbeit schon hinter uns hätten. (Beifall) Auch die konfessionelle Hetze, die jetzt gegen den katholischen Bundeskanzler betrieben wird, trägt wohlbekannte Züge und verrät uns, wes Geistes Kind die Düsseldorfer Herren und auch ihr Statthalter an der Saar, Dr. Schneider, sind. (Beifall)

Es heißt, die Tatsachen auf den Kopf stellen, wenn man uns, der CDU, Intoleranz und Mißbrauch der Macht vorwirft; aber man tut es! Wir sind 1953 mit einer absoluten Mehrheit in den Deutschen Bundestag eingezogen, ohne auch nur im Traum daran zu denken, von dieser Mehrheit ohne Rücksicht auf die anderen Gebrauch zu machen. Wir sind mit dem Maßhalten, das wir uns im Interesse der deutschen Demokratie auferlegten, manchmal so weit gegangen, daß wir hin und wieder von dem einen oder anderen unserer Freunde kaum noch verstanden worden sind. Im Bundestag ist die CDU/CSU-Fraktion immer wieder bereit gewesen, mit den anderen Fraktionen freimütig und ohne Vorurteil über die Probleme zu diskutieren und auch zu einer Verständigung zu kommen. Aber auch das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Die parlamentarische Demokratie fordert klare Mehrheitsentscheidungen, und die Mehrheit darf sich schließlich nicht um diese Verantwortung herumdrücken. (Beifall) Wenn das von der Minderheit für undemokratisch gehalten wird, dann fehlt dieser Minderheit der richtige Begriff von Demokratie.

Sechzehn Mitglieder der Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag haben sich von Dehler getrennt. Sie wollen nicht, daß unsere Außenpolitik gefährlichen Experimenten ausgeliefert wird. Was aus Würzburg weiter wird, muß abgewartet werden. In Würzburg wurde eine Ehe auf Zeit geschlossen. Und das ist keine Ehe! Die Wut gegen den Kanzler mag noch so groß sein, das langt aber nicht hin, um einer Partei Bestand zu geben; das langt nicht hin, um gute Politik zu machen; denn gute Politik kann nie und nimmer vom Negativen her begründet und gegründet werden. (Beifall)

Wir sind eine junge Partei, eine neue Partei, eine Partei, die 1945 aus den bitteren Erfahrungen der Jahre zuvor geboren wurde, die von der Notwendigkeit durchdrungen war, die Kluft der Konfessionen im politischen Raum zu schließen und die christliche Kraft für gemeinsames politisches Schaffen freizumachen. Diese Erkenntnis hat uns 1949 zur stärksten Fraktion des Deutschen Bundestages gemacht, hat uns den Kanzler stellen lassen. Sie hat uns 1953 auf dem Weg des Verhältnismäßigkeitsrechts die absolute Mehrheit im Bundestag gebracht. Auch bei uns gibt es Fragen und Diskussionen, auch bei uns gibt es Schwierigkeiten, sachliche und persönliche. Wo gäbe es die nicht, wenn Menschen sich zusammenschließen! Kein Schornstein, wo kein Rauch durchgeht! Nur trennt uns das alles nicht in Flügel, noch weniger, daß es uns spaltet! Über die Fraktion und ihre Arbeit wird viel in der Öffentlichkeit geredet und geschrieben. Doch darüber habe ich noch nichts gefunden — und darüber ließe sich auch nichts finden —, daß diese Fraktion unter Spannungen stünde, die ihr das Arbeiten erschwerten oder gar unmöglich machten. Ich bin stolz darauf, sagen zu können, daß die Fraktion der CDU/CSU — und sie ist die größte im Bundestag — auch die geschlossenste ist! (Beifall) Die Fraktion zählt Bauern und Industrielle, Kaufleute und Handwerker, Arbeiter und Angestellte, Einheimische und Vertriebene — wir stellen in der Fraktion den größten Teil der Heimatvertriebenen —, wir haben Protestanten und Katholiken, bei uns ist die Jugend und das Alter vertreten; aus allen Teilen Deutschlands kommen sie, vom Bodensee und von Bayern, von der dänischen Grenze und aus Berlin, der alten und hoffentlich bald wieder neuen Reichshauptstadt! (Beifall) Wir kennen keinen Fraktionszwang, auch wenn man uns das nachsagt! Ich will nur eine Zahl nennen. Im ersten Bundestag gab es 107 namentliche Abstimmungen. Bei diesen stimmte die SPD 102 mal geschlossen; wir brachten es nur auf 15 mal. Im zweiten Bundestag ist das Bild nicht anders geworden. **Wir kennen keinen Zwang, den die Fraktion ihren Mitgliedern auferlegt. Wir sind auch liberal genug, Gegensätze nicht zu übertünchen.** Ich bin überhaupt der Meinung, daß das echte Gedankengut des Liberalen heute Gemeingut menschlichen Lebens, auch des politischen geworden ist. Nur dominiert bei unserer Diskussion bei aller Freiheit der Entscheidung der Wille zum Sichfinden und nicht zum Sichtrennen. Das ist der Unterschied. Daß dem so ist, das liegt nicht an der Tätigkeit von diesem oder jenem, das hat einen tieferen Grund.

Ein Kollege aus unseren Reihen, der früher an einer bekannten liberalen Zeitung als Journalist tätig war und auch heute noch gern in solchen Zeitungen schreibt, der verehrte Kollege August Dresbach, meinte neulich einmal, das habe er in diesen sechs Jahren in der Fraktion erfahren, daß an dem Christlichen in der Politik doch etwas dran sei und daß dieses Moment doch mehr als alles andere die Politik bei uns bestimme, das Christliche, nicht als ein Buch politischer Rezepte, wohl aber als gemeinsame innere Verpflichtung und Verantwortung. Ich sage dies, um das Eigene zu betonen. Ich sage auch, das ist nicht ein Monopolanspruch, den wir herausstellen. Diese Verpflichtung zu politischem Handeln aus christlicher Verantwortung ist es, die uns bindet und formt und die auch die Gewähr für unsere politische Zukunft gibt.

Es ist die Pflicht des Fraktionsvorsitzenden, dem Parteitag über die Arbeit der Fraktion Rechenschaft zu geben. Ich will nicht die ganzen Gesetze aufzählen und dabei erwähnen, welchen Anteil wir daran gehabt haben. Darauf kommt es dem Parteitag nicht an. Es kommt dem Parteitag darauf an, von den entscheidenden Maßnahmen der Vergangenheit und den Motiven zu hören, aber auch von dem, was die Fraktion für die Zukunft als entscheidend ansieht und erstrebt. Wir werden uns nicht darin erschöpfen, uns im Lichte der Vergangenheit zu sonnen, es ist wichtiger, hier auf diesem Parteitag auch von dem zu reden, was vor uns steht, und dem Parteitag zu sagen, was die Fraktion will! (Sehr starker, langanhaltender Beifall)

Was zur Außenpolitik zu sagen ist, wurde bereits vom Herrn Bundeskanzler gesagt; nur das eine will ich aufgreifen, weil es auch von der Fraktion gesagt werden muß. Über zehn Jahre ist es her, daß unser Volk und Land geteilt ist. Bei den deutsch-englischen Gesprächen, die auch dieses Jahr wieder nach Ostern in Königswinter stattfanden, war das Hauptthema „Wiedervereinigung — aber wie?“ Pessimisten standen gegen Optimisten. Diejenigen, die Pläne zur Wiedervereinigung entwickelten, hatten es leichter als diejenigen, die jeden Plan auch auf seine Realisierbarkeit zu erproben hatten. Eines aber stand unumstößlich fest und ist Gemeingut aller deutschen Politik: Thema Nr. 1 ist und bleibt die deutsche Wiedervereinigung! (Beifall) Ohne sie gibt es keine Entspannung in der Welt und ohne Entspannung keine Abrüstung und keine Ruhe. Es gibt für uns Deutschen auch in dieser Frage keinen Urlaub von der Weltgeschichte. Es gibt aber auch für die freie Welt nichts, was sie aus der Verpflichtung für das deutsche Schicksal entläßt, und sei es im letzten auch nur ihr eigenes Schicksal.

Die Weltgeschichte ist in Bewegung gekommen. Wer noch glauben sollte, wir seien mit unserem Schicksal Mittelpunkt des gesamten Weltgeschehens, und wer darauf alleine seine Politik aufbaut, ist ein Narr oder ein Volksverführer. Wir sind ein Land unter vielen Ländern und ein Volk unter anderen Völkern mit unserem eigenen Schicksal und unserer eigenen großen deutschen Sorge. Zu lösen ist diese Frage nur im Verein mit den Völkern der freien Welt. (Beifall) Jeder andere Weg ist ein Irrweg und führt ins Verderben. Wir wissen das und sagen es deshalb auch heute wieder, weil man zuweilen Stimmen aus dem Ausland hört, als ob die deutsche Frage in unserem Volke nicht mehr diesen Vorrang habe, oder als ob wir andere Wege als bisher, zu unserem Ziel zu kommen, gehen wollten. Dem ist nicht so, wobei ich allerdings bemerken muß, daß nicht jede Diskussion, die in den Zeitungen und auf Konferenzen in Deutschland geführt wird, dazu angetan ist, die Weltöffentlichkeit von dieser festen deutschen Haltung zu überzeugen. In diesem Zusammenhang muß ich es vom deutschen Standpunkt aufs tiefste bedauern, daß Dehler und seine engeren Freunde ihre außenpolitische Linie im Grunde aufzugeben und sich im Streit der außenpolitischen Methoden den Anschauungen der Opposition anzuschließen bereit sind.

Auch die anderen Völker haben ihre Sorgen und Fragen, und die sind nicht minder groß. Es ist die Aufgabe der deutschen Politik, besorgt zu sein, daß — um ein Bild zu gebrauchen — beim Spiel der Vier die deutsche Karte der Wiedervereinigung nicht beiseite geschoben wird oder daß sie gar unter den Tisch fällt. (Beifall) Es sind Schwierigkeiten und neue Situationen aufgetreten, und es dauert auch solange, und manche werden müde. Dem setzen wir die große deutsche Ungeduld gegenüber. Das muß man uns schon zugute halten. Aber ebenso offen sagen wir auch — und das soll man auch zur Kenntnis nehmen —, daß es für heute und auch später einen Ausweg zum Osten hin nicht gibt. (Beifall) Rapallo ist keine Lösung, — nicht heute, und auch nicht morgen! (Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas anderes sagen. Wir erleben den Wandel des Urteils in Moskau über Stalin. Die neuen Machthaber hielten es für angebracht, ihn vom Podest zu stürzen. Daraus werden viele Hoffnungen geschöpft — auch für die Zone. Ich habe heute morgen in der Zeitung gelesen, daß aus den Zuchthäusern der Sowjetzone 80 Deutsche entlassen worden sind, Sozialdemokraten. Ich freue mich dessen, daß das geschehen ist. Ich möchte aber auch den Wunsch und die Hoffnung aussprechen, daß sich die Tore dieser Zuchthäuser auch für die große Zahl derer öffnet, die aus unseren Reihen dort unschuldig in Haft gehalten werden; (Lebhafter Beifall) denn diese unsere Freunde sitzen dort wegen ihres Kampfes für ihr Recht und für die deutsche Freiheit.

Die Regierung trägt für die Politik die erste Verantwortung; die Koalition und in ihr die größte Fraktion trägt diese Verantwortung mit, und auch die Opposition ist nicht frei von der Pflicht zur Verantwortung vor den Lebensinteressen der deutschen Nation. Weit mehr als ein Jahr trennt uns noch von der Bundestagswahl. Doch der Wahlkampf wirft schon seine Schatten voraus. Die Gegner — ihre Zahl ist seit Wimpfen und Würzburg größer geworden — werden den Wahlkampf auch um die deutsche Politik der Freiheit und Wiedervereinigung führen. Wir sind deshalb nicht besorgt, um so weniger, solange wir wissen, daß wir in dieser Frage die übergroße Mehrheit der Deutschen in der Sowjetzone auf unserer Seite haben. (Beifall) Es ist selbstverständlich, daß wir unseren deutschen Standpunkt darzulegen haben, wie wir das auch bisher getan haben; denn sonst könnte durch Schweigen der falsche Eindruck entstehen, daß wir vielleicht doch bereit wären, den Anspruch auf die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit zurückzustellen. Aber ich warne davor, von Gesprächen und internationalen Verhandlungen zuviel zu erwarten. Die Zeit des Absolutismus, in der dynastische Interessen auf Konferenzen ausgeglichen werden konnten, liegt weit hinter uns. Heute hängt der Wert internationaler Konferenzen davon ab, daß sie rechtzeitig stattfinden und daß auch weltpolitische Tatsachen bestehen, die den Erfolg einer Konferenz ermöglichen. Und solche Stunden lassen sich nicht aus der Retorte hervorzubereiten.

Die Sowjets verweisen uns noch immer an Pankow als Gesprächspartner. Sie tun das, wie ich mit Nachdruck feststellen muß, heute noch genau so wie in den vergangenen Jahren. Das ist eine kalte Dusche für alle Illusionisten. Alle Parteien sind sich doch darüber einig, daß dieses von Moskau ausgehaltene Pankower Regime, dem jede demokratische Legitimation fehlt, als Gesprächspartner für politische Entscheidungen nicht in Frage kommt. Verträge sind auf Rechten und Pflichten aufgebaut. Wie wissen, was uns die Verträge gebracht haben, auch wenn wir bedauern, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht zustande gekommen ist. Wir wissen, was die Verträge uns auch für die Politik der Wiedervereinigung wert sind. Darum werden wir aber auch aus den Verträgen die Konsequenzen zu ziehen haben und das, was uns die Verträge an Pflichten auferlegen, erfüllen. (Beifall)

Die Fraktion hat sich hier in Stuttgart mit dem anstehenden Wehrpflichtgesetz befaßt und dabei auch die militärische Problematik eingehend erörtert, die sich aus der Entwicklung der atomaren Waffen ergibt. Wir haben uns für die Einführung der Wehrpflicht ausgesprochen und dabei auch die Notwendigkeit betont, dieses Wehrpflichtgesetz mit Vorrang zu behandeln. Ich nehme an, daß der Parteitag diesen unseren Beschluß gutheißen wird. (Beifall) Ich habe heute gelesen, daß die Sozialdemokratische Partei an diesem unserem Beschluß hier in Stuttgart Kritik geübt hat. Sie hat wiederum das Wort von der „Politik der Stärke“ dabei verwandt. Was heißt „Politik der Stärke“ oder das Gegenteil? Das sind doch im

Grunde nur Schlagworte für die Agitation. Wir haben uns gefragt, was wir auf Grund der heutigen Weltlage und auf Grund der von uns abgeschlossenen Verträge zu tun und zu leisten haben. Es wurde darauf hingewiesen, daß in London die Kommission über die Abrüstung tagt. Es ist ja nicht die erste Sitzung dieser Kommission. Ohne dem Ergebnis vorgreifen zu wollen, glaube ich nicht, daß es die letzte sein wird. Wir haben, unbekümmert um diese auch von uns erwünschte sachliche Erörterung, aber auch das zu tun, was uns auf Grund der gesamten Weltlage aufgegeben ist.

Die Sozialdemokratie lehnt die aus den Verträgen sich ergebenden Wehrgesetze ab, hat aber an der Änderung des Grundgesetzes, wie überhaupt bei den Fragen des Aufbaues der Bundeswehr mitgearbeitet. Wir begrüßen diese ihre Einstellung und ihre Mitarbeit und sind auch bereit, in der gleichen Weise die Beratung des Wehrpflichtgesetzes durchzuführen. (Beifall) Dabei gehen wir von der Erwartung aus, daß die Frage der Wehrpflicht nicht aus dem Blickwinkel des Wahlkampfes gesehen und auch nicht vom Standpunkte einer irgendwie gearteten innerparteilichen Situation entschieden wird. Diese Fragen wollen so sachlich wie nur möglich, aber auch so verantwortungsbewußt wie notwendig entschieden werden. Sie lassen es auch nicht zu, daß die Opposition die jetzt in London geführte Aussprache über die Abrüstung der großen vier Weltmächte zum Anlaß nimmt, von uns zu fordern, unseren Beitrag zur Sicherung der freien Welt hinauszuziehen oder gar zu unterlassen. Lassen Sie mich etwas anderes dazu sagen. Wir schreiben heute das Jahr 1956. Es sind gerade elf Jahre her, daß die von Hitler erhobenen Waffen uns aus der Hand geschlagen wurden. Es gibt keinen unter uns, der die Entwicklung von 1945 bis heute und die damit aufgeworfenen großen sittlichen Fragen und Entscheidungen — wozu ich auch das Kapitel der Kriegsdienstverweigerung rechne — leicht nimmt. Sie stellen sich vor unser Gewissen und wollen von unserem Gewissen entschieden werden. Und sie werden auch von unserem Gewissen entschieden. Wenn dem aber so ist, dann sollte es keinen Politiker geben, der diese Frage vom Standpunkte seiner Partei und des Wahlkampfes beurteilt. Das zu sagen, verpflichtet uns doch das Schicksal unseres Volkes.

Herr von Brentano hat in seiner Rede zur Regierungserklärung im Jahre 1953 unseren Willen zu einer Politik der Koalition klar und deutlich ausgesprochen. Uns lag und liegt nicht an einer Politik im Alleingang. Wir haben uns damals zu einer Politik in der Koalition bekannt und tun das auch heute, wo die alte Koalition nicht mehr besteht. Eine Koalition beruht auf der Eigenständigkeit der Koalitionspartner, auf der Erkenntnis, daß die Koalitionspartner sich in den zentralen Fragen der deutschen Politik einig sind, und auf dem Willen, diese Politik gemeinsam zu führen. Ich will das, was sich in den letzten Monaten zugetragen hat, nicht aufzählen. Worauf es dem Herrn Bundeskanzler und uns in der Fraktion ankam, war, Klarheit über den weiteren Gang der deutschen Außenpolitik zu bekommen, ebenso Klarheit darüber, ob man willens sei, die Koalition auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Diese Fragen zu stellen, war notwendig. Wer daran zweifelt, mag an Würzburg denken. Was sich dort in voller Breite repräsentierte, war ja nicht die Folge der Regierungskrise, sondern deren Ursache. Die Diskussion um das Wahlrecht war nur der Anlaß, aber nicht der Grund einer Entwicklung, die dann zu Düsseldorf führte. Wir haben versucht, ein Wahlrecht zu schaffen, das auch von dem von uns vertretenen Mehrheitswahlrecht echte Bestandteile enthalten sollte. Ich halte das für richtig und stehe auch heute noch auf dem Standpunkte, weil die Erfahrungen von Weimar noch gut in meinem Gedächtnis sind. Wir sind froh, daß wir das konstruktive Mißtrauensvotum haben; das hat uns in den letzten Jahren vor mancher Komplikation bewahrt. Das war ja auch der Grund, weshalb wir uns bei den

Gesprächen mit der SPD über die Änderungen des Grundgesetzes in der Wehrfrage auf keinen Fall auf eine Änderung des konstruktiven Mißtrauensvotums im Falle des Verteidigungsministers eingelassen haben und einlassen konnten.

So sehr wir uns also aus guten staatspolitischen Gründen für ein besseres Wahlrecht einsetzten, so haben wir bei den Verhandlungen immer wieder betont, daß wir das neue Wahlrecht auf breiter Ebene auf jeden Fall mit der Koalition fertigstellen wollten. Ich habe über die Frage eines Wahlrechts mit mehrheitsbildendem Charakter auch mit der Opposition gesprochen. Man wollte aber nicht, wobei klar ist, warum man es nicht wollte und auch nicht will. Man will über das stimmgerechte, aber nicht staatsgerechte Verhältniswahlrecht zur Mehrheit im Parlament und zur Regierung im Bund kommen. Ich kann nur hoffen, daß die, die so spielen, wissen, daß einige Unbekannte in diesem Spiele sind.

Die Tagungen in Wimpfen und in Würzburg haben auch beschlußmäßig die Klarheit gebracht, die politisch schon seit langem bestand. Die Fraktion der FDP ist aus der Koalition ausgeschieden. Wir haben das zur Kenntnis genommen und stehen jetzt in der Koalition mit der Freien Volkspartei und der Deutschen Partei. Wie wir zu arbeiten gedenken, möge man aus der Arbeit der letzten Wochen ersehen. Das von uns in langer Arbeit herausgestellte Steuerprogramm, das jetzt zur Beratung steht, trägt die Unterschrift der Koalitionsfraktionen; ebenso eine Reihe anderer Vorlagen. An dieser gemeinsamen Arbeit wollen und werden wir festhalten. Ich bin davon überzeugt, daß man nach Monaten der Diskussionen und des Kampfes wieder zu einer sachlich orientierten Politik kommt. Wir sind zu einer solchen von der Sache her orientierten Politik bereit. Treitschke hat einmal gesagt, Politik sei, das Notwendige zu tun. — Nun, mir scheint eine Orientierung der Politik an dem Notwendigen eine gute Basis für die Koalitionspolitik zu sein. Eines aber gibt es in dieser Koalition nicht mehr, was jahrelang der Fall war: innerhalb der Koalition gibt es keine Opposition mehr.

Wir haben uns in der Fraktion in einer besonderen Kommission mit einer Reihe von Aufgaben befaßt, die nach unserer Meinung in den kommenden Monaten zu lösen sind. Sie haben von dieser Arbeit der Programmkommission gehört und gelesen. Es handelt sich hier um Maßnahmen für die Landwirtschaft, die dann zu dem Grünen Bericht führten, um allgemeine steuerliche Maßnahmen und besonders um gezielte steuerliche und sonstige Vorschläge für das große Gebiet des Mittelstandes. Hierhin gehörten die Novellen zur Versorgung der Kriegsoffer und jener Kreise, die unter das Grundgesetz Artikel 131 fallen; desgleichen um Maßnahmen für die Familie, für die Heimatvertriebenen, für die Kriegssachgeschädigten und nicht zuletzt für die Opfer des Nationalsozialismus. Einen besonderen Rahmen nahm in dieser Programm-Kommission dann die Beratung der Rentenreform ein, deren Gesetzentwurf in den letzten Tagen veröffentlicht worden ist.

Wir haben in der Öffentlichkeit mit unserer Arbeit große Zustimmung gefunden. Wir sind auch in vielem mit dem Herrn Bundesfinanzminister, unserem verehrten Kollegen Fritz Schäffer, einig geworden. Ich sage, in vielem, ich sage aber auch, nicht in allem. Das wäre wohl auch ein Widerspruch in sich selbst gewesen. Ich halte das nicht für tragisch. Ein Finanzminister muß mehr als jeder andere Nein sagen. Wenn ich dem Kollegen Schäffer, dem sparsamen und besorgten Hausvater, das zugestehe, dann muß er, wenn auch manchmal grollend, hinnehmen, daß auch wir uns über die Fragen des Haushalts und der Finanzen selber einmal Gedanken machen. (Beifall) Er muß unter diesen Umständen — bei aller Konzilianz —

verstehen, wenn wir „fünzig“ sagen, wo er nur „dreißig“ zugestehen will. Trotzdem, ja wegen dem halte ich es für meine Pflicht, dem Bundesfinanzminister als dem sorgsamsten Hüter unserer Währung hier unseren Dank auszusprechen und ihm unsere Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen. (Starker Beifall)

Kritik haben wir auch im Bundesrat gefunden. Ich muß hier etwas vorsichtig sein, wenn ich dieses Kapitel erwähne; denn ich habe heute morgen in einer Zeitung hier in Stuttgart die Überschrift gelesen „Kanzler gegen Bundesrat“. Ich möchte mich dieser Gefahr nicht aussetzen, denn wir müssen sehen, die Steuergesetze durchzubekommen. Ich muß aber doch etwas zaghaft an dem, was der Bundesrat gesagt hat, Kritik üben. Er möge es auch wohlwollend hinnehmen wie der Herr Bundesfinanzminister Schäffer. Wenn ich das, was der Bundesrat in der Frage vor Wochen einmal sagte, recht verstanden habe, dann wendet er sich weniger gegen die Anträge selber, die wir da gestellt haben, — gewiß, es geht um die Frage, wer bezahlt das nun, der Bund oder die Länder —, sondern vielmehr dagegen, daß wir als Koalition solche Anträge überhaupt ausgearbeitet und eingebracht haben. Das zu tun, sei doch Sache der Regierung und müsse über den ordentlichen Weg Kabinett-Bundesrat-Bundestag gehen. Ich meine, diese Kritik geht zu weit. Ich glaube, man kann nicht gut den Fraktionen das Recht und die Pflicht, eigene Gedanken zu entwickeln und auszusprechen, absprechen. (Beifall) Wir haben von diesem unserem Recht und dieser unserer Pflicht nur maßvoll Gebrauch gemacht.

Ich muß von einigen Gesetzen sprechen, weil sie zu dem Kapitel gehören, was wir soziale Reform nennen. Ich entsinne mich, daß der letzte Pfeiler in das große Gebäude der klassischen deutschen Sozialversicherung nicht in den neunziger Jahren eingefügt worden ist, sondern erst im Jahre 1927, als der Arbeitsminister Heinrich Brauns die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit einbezog. Die Arbeit an der Sozialversicherung hat sich also immerhin auf mehr als 30 Jahre erstreckt, bis sie im letzten perfekt geworden ist, wobei wir alle wissen, daß mit dem Wandel der Zeit nichts Perfektes in der Politik vorhanden ist. So sind auch wir der Meinung, daß das große Gebiet, das über das Kapitel „Sozialversicherungsreform“ hinausgeht und „Sozialreform“ heißt, nicht wie aus der Retorte hergestillert werden kann, sondern daß dazu viele Überlegungen kluger Köpfe und eine Reihe von Gesetzen gehören, über die ich jetzt andeutungsweise sprechen möchte. Ich nenne das jetzt in zweiter und dritter Lesung anstehende Wohnungsbau- und Familienheim-Gesetz. Wir sind keine Freunde von großen Wohnblocks, obwohl sie notwendig sind, sondern es geht uns, soweit das möglich ist, um die Schaffung von Familienheimen, auch für einkommensschwache Bevölkerungskreise. (Beifall) Die Familie und das Eigenheim stehen hier im Mittelpunkt dieses Gesetzes. Es hat leider den Anschein, als ob dieses Wohnungsgesetz zu sehr scharfen parlamentarischen Auseinandersetzungen führen werde. Wir werden ihnen nicht ausweichen, aber wir bedauern sie. Ich bin der Überzeugung, daß uns dieses Gesetz viele Menschen zuführen wird und daß das Verständnis dafür in unserer Volksseele wächst, daß auch für den kleinen Mann Familienheime geschaffen werden müssen.

Ich erwähne hier auch — wenn ich es nicht täte, würden Sie mich daraufhin festnageln — das Kindergeldgesetz. Es hat Kritik erfahren, und mein Freund Leonhard aus dem schönen Schwabenland hat mir jetzt erneut einen Brief geschrieben, wann denn die Fraktion daran ginge, die vorhandenen Mängel in der Aufbringungsseite auszugleichen. — Er mag beruhigt sein, wir haben auch aus der Erfahrung gelernt und werden noch in diesem Bundestag da, wo es fehlt, Änderungen eintreten lassen. (Beifall) Aber, ebensowenig wie man bei einem schönen Kleid auf einen kleinen Fehler sehen soll, sollte man auch bei diesem Gesetz nicht auf diesen oder

jenen Punkt, wo es hapert, sehen, sondern darauf, daß wir uns angeschiedt haben, etwas dafür zu tun, daß eine Familie mit mehreren Kindern, die ja nicht nur an seelischen, sondern auch an materiellen Sorgen mehr aufbringen muß als eine Familie ohne Kind, einen Ausgleich bekommt. Diesen Lastenausgleich zugunsten der Mehrkinderfamilien sollten wir nicht beiseite schieben. (Beifall)

Ich erwähne auch einen Gesetzentwurf, der sich mit der Bildung von Miteigentum in Arbeiterhand befaßt. Ich denke an den Neuburger-Gesetzentwurf und an andere Pläne, die aus unseren Reihen — ich nenne den schwäbischen Kollegen Häußler — entwickelt worden sind. Es sind Vorschläge, die uns nahelegen, den Fragen der Streuung, der Mehrung und der Erhaltung des Eigentums mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als bisher. Was gestern Herr Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller von der guten Lösung dieser Dinge hier in Baden-Württemberg gesagt hat, ist der beste Beweis dafür, daß wir hier auf dem rechten Weg sind.

Bei allen diesen Maßnahmen gehen wir davon aus, daß der Schornstein der Wirtschaft rauchen muß, daß ferner eine gute Wirtschaftspolitik Hand in Hand mit einer guten Sozialpolitik gehen muß. Wir denken daran, daß bei allen Maßnahmen der Haushalt des Bundes, aber auch der Länder und der Gemeinden ausgeglichen sein muß. Wir denken daran, daß die Währung in Ordnung bleiben muß. Der Sparer muß wissen, daß es einen Sinn hat zu sparen; er muß wissen, daß er seiner Ersparnisse auch sicher bleibt. Wir unterstützen alle Maßnahmen auf eine einheitliche Wirtschaftsführung hin, die unsere Produktivität fördern. Ebenso deutlich möchte ich aber auch sagen, die öffentliche Hand möge jetzt aufhören, neue Gebäude zu bauen. (Lebhafter Beifall) Unter der öffentlichen Hand verstehe ich Bund, Länder und Gemeinden, auch Verbände aller Art, der Wirtschaft, und auch die Gewerkschaften.

Ob man will oder nicht, wer das Geschehen von heute überlegt, ist sich der Tatsache bewußt, daß der Wahlkampf begonnen hat, der Kampf um die Führung der deutschen Politik in den nächsten Jahren. Wir wissen, was das bedeutet. Wir wissen, was das von uns verlangt! Man möge beruhigt sein! Die Front gegen uns formiert sich von der Sozialdemokratie über den Bund der Heimatvertriebenen zu den Liberalen Dehlern bis zu der Mannschaft Jahrgang 1933 in Saarbrücken und Düsseldorf. So gegensätzlich und buntscheckig das politische Bild dieser Opposition untereinander auch ist, so einheitlich sind sie in dem einen: sie wollen zur Macht. Auf drei Gebieten wird dieser Kampf um die Macht geführt. In Deutschland regen sich Kräfte, die wir aus der Vergangenheit kennen, die aber bisher still waren; sie halten ihre Zeit jetzt für gekommen. In der Wiedervereinigung, so sagen sie, habe der Kanzler — natürlich der katholische Kanzler — versagt, doch das ließe sich nachholen, vorher aber müsse der Kanzler weg. Die politische Methode der Jahre 1949/1956 sei nicht richtig gewesen. In der Methode könne man aus den Jahren 1933 bis 1945 lernen; national bis nationalistisch, aktivistisch, unbekümmert und forsch. Mit diesem Optimismus in der Außenpolitik will man den Wahlkampf aufziehen: eine neue Nationale Front! — Ich werde an die Harzburger Front Ende der zwanziger Jahre erinnert, nur daß diesmal auch die Sozialdemokraten dabei sein sollen und wollen. Wenn dazu noch Herr Molotow eines Tages den deutschen Botschafter zu sich bittet und ihm zu verstehen gibt, über die deutsche Frage ließe sich schon reden, dann böte sich nach der Meinung dieser Opposition doch eine gute Aussicht, endlich zu einer Lösung der deutschen Schicksalsfrage zu kommen, und dann — so argumentiert man — sei der Wahlsieg für die Opposition sicher.

Ich glaube, so töricht ist unser Volk heute nicht mehr, als daß es das hinnimmt. Aber immerhin, ein neuer Nationalismus wird lebendig. Und da sind wir hoffentlich nicht mehr so anfällig wie früher. Was nationale

Haltung ist, das haben alle Stände unseres Volkes und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft in den Aufbaujahren seit 1945 bewiesen, (Beifall) das hat die Berliner Bevölkerung in der Blockadezeit bewiesen. (Beifall) Das hat auch jetzt die SPD bewiesen — das sage ich hier mit Bedacht —, die zu den Verlockungen eines sich nicht wandelnden, aber in der Taktik anders arbeitenden Kommunismus Nein gesagt hat. Auch das erwähne ich hier! (Beifall) Nationale Haltung war die Haltung der CDU in der Sowjetzone und in Berlin, als sie Nein sagte zu der Oder-Neiße-Linie. (Beifall) Nationale Haltung war das, was die deutschen Arbeiter der Sowjetzone am 17. Juni 1953 gezeigt und geleistet haben. (Lebhafter Beifall) Nationale Haltung ist, was die 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone auch heute noch leisten. (Starker Beifall) Wir halten es mit dieser nationalen Politik, aber alles, was darüber hinausgeht, ist Nationalismus und ist verderblich.

Ich sprach von drei Gebieten, auf denen der Kampf gegen den Kanzler, gegen seine Politik, gegen uns geführt wird. Die SPD hat in Köln vor einiger Zeit eine Parteikonferenz abgehalten; auf ihr wurden zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Reden gehalten, über die unsere Minister Erhard und Storch sicher ihre Freude gehabt haben. In Köln wurde von der deutschen Sozialdemokratie auf diesem Gebiete viel Ballast abgeworfen. In einem aber blieb sie die alte. In Köln hörte man Worte, die einem Redner aus der Blütezeit des Fortschrittsglaubens seligen Angedenkens alle Ehre gemacht hätten. Danach leben wir in der Bundesrepublik, Herr Bundeskanzler, noch oder wieder in einem finsternen, reaktionären die Geistesfreiheit knebelnden Regiment. Von diesem Geiste sei überhaupt das ganze Regiment des Kanzlers und seiner Mitarbeiter getragen. Thomas Dehler übertrifft das alles noch und spricht von Spanien, von Priesterherrschaft und vom verbrecherischen Konkordat, ein Wort, das er dann später wieder einmal interpretieren mußte.

Solche Reden hielt man vor fünfzig Jahren und hatte damit Erfolg. Nun hat sich seitdem die Welt aber doch ein wenig geändert; man ist über diese Vorstellungen so langsam hinausgekommen und hat ja auch am eigenen Leibe erlebt, wie wir es mit unserem Fortschrittsglauben so herrlich weit gebracht haben! Man hat nach den Erlebnissen der jüngsten Zeit in den Glauben, daß es die Göttin Vernunft oder Karl Marx mit dem ewigen Frieden unter den Klassen und Völkern schaffen werde, doch immerhin einige recht erhebliche Zweifel setzen müssen. So wie vor fünfzig Jahren denkt heute weder ein gebildeter Sozialist noch ein gebildeter Liberaler. Täte er es, so wäre er in der Tat rückständig und restaurativ. Wir sind doch über Häckels Welträtsel und über Feuerbach und Chamberlain hinausgekommen. Ich bilde mir nicht ein, daß meine Worte an diesem hinterwäldnerischen Vorgehen der liberal-sozialistischen Opposition etwas ändern werden; doch habe ich die Zuversicht, daß unser Volk inzwischen allerhand hinzugelernt hat und nicht mehr alles für bare Münze nimmt, was man ihm aus dem Waffenarsenal der so vortrefflichen Aufklärungszeit vorsetzt.

Zum Dritten und Letzten, was ich hier sagen will, möchte ich mit einer Erinnerung beginnen. Wir haben in der Partei und in der Fraktion im Herbst des vergangenen Jahres Robert Tillmanns verloren. Wenige Wochen nach dem letzten Parteitag in Köln im Jahre davor starb ebenso plötzlich Hermann Ehlers. Das ist für uns ein schwerer Verlust. Erst beim Tode erfährt man ganz, was der andere, was der Freund uns war. Die Fraktion hat am Grabe Hermann Ehlers in der Lüneburger Heide an seinem ersten Todestag einen Kranz niedergelegt, und in der Gedächtnisstunde der Fraktion im Bundestag hat unser Freund Präsident Eugen Gerstenmaier von ihm als einem geprägten evangelischen Politiker gesprochen, der die geschichtliche Notwendigkeit erkannt hatte, den deutschen Prote-

stantismus im Rahmen der Christlich Demokratischen Union zu einer geschichtsbildenden Kraft zu machen.

Hermann Ehlers und Robert Tillmanns gehören zu jenen Männern, die durch ihr Wort und ihr Wirken in den ersten entscheidenden Jahren das Wesen unserer Partei mit uns geprägt haben. Wir sind ihnen dafür Dank schuldig. Ihre Arbeit bleibt uns Vermächtnis. Wir wissen das und werden dafür Sorge tragen, daß auch 1957 andere dieses Vermächtnis weitertragen. (Beifall)

Robert Tillmanns hatte auf der letzten Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Göttingen, dem er vorstand, auf jene Stelle verwiesen, wo der Gegner heute hart ansetzt. Man kann es nicht verwinden, daß sich im Lande der Reformation jetzt nach 400 Jahren Christen beider Konfessionen zu gemeinsamem politischem Schaffen zusammengefunden haben. Sozialismus und Liberalismus können selbstverständlich parteibildende, überhaupt politisch formende Weltanschauung sein, nicht aber — so sagt man — das Christentum. Die Inkonssequenz, die in dieser Behauptung liegt, sieht man nicht oder will man nicht sehen. Gestern hat Eugen Gerstenmaier zu diesen Fragen gesprochen. Ich nehme das, was der evangelische Christ und Politiker Gerstenmaier hier sagte, auf und bekenne mich aus vollem Herzen dazu. (Beifall) Politik aus christlicher Verantwortung sieht den Staat, den Menschen im Staat, dessen inneren Aufbau und sein Verhältnis zur Umwelt. Alles andere ist falsch, eng und bedenklich zugleich. Wer in Kirche oder Staat Verantwortung trägt, sei sich der Stunde bewußt, in der wir leben. Er besorge seinen Raum und wisse um die Grenzen da, wo die Berufung des anderen anfängt; dabei sei er sich der gemeinsamen Verantwortung vor Gott bewußt und der Pflicht zur Toleranz, die im Gebot der Nächstenliebe ihren Grund hat. (Beifall)

Wie leben in einer unruhigen Welt. Wir leben in einer Welt der Gefahr und der Ungesicherheit. Die große Stunde Europas, des Abendlandes, seine Macht in der Welt, sein Vorrang im Geistigen und Kulturellen, sein Führungswille und die Anerkennung seiner Führung unter den Völkern, ist dahin. Wir sind Teil der großen Welt, und Europas Völker sind Völker unter anderen Völkern. Asien ist auf dem Vormarsch. Noch jung sind seine Völker, stark an Kindern und Jugend; sie erwachen und schütteln die Herrschaft der Weißen ab. Moskau streut in dieses aufbrechende Erdreich Samen. Die Welt des Ostens steht vor den Toren des Westens, ja schon mitten in Europa; mit seiner militärischen Macht bei Eisenach und an der Werra; mit seiner revolutionären Mission in unseren Fabriken, Clubs und Hörsälen. Und dabei ist dieses Europa so müde! Statt den Weg zu sich selber zu finden und sich zusammenzuschließen, zerfällt es.

Was hat Würzburg zu diesen Fragen gesagt? Im Grunde nichts! Man kann sich eine Zeitlang arrangieren, solange es dem Stärkeren gefällt. Man kann eine Zeitlang den Kopf in den Sand stecken und verkennen, daß der Bolschewismus nicht nur eine wissenschaftliche Lehre, ein gesellschaftlicher Heilsglaube, sondern auch eine harte, große und mächtige militärische Macht ist, die im Wettlauf mit der anderen Großmacht steht. Glaubt die Opposition rechts und links von uns wirklich, dieser Dinge mit Reißbrettkonstruktionen Herr zu werden? Mit den Mitteln der Politik, wozu auch die militärische Macht gehört, kann man die freie Welt nach außen hin sichern. Das ist notwendig und muß geschehen, wie es in Schicksalsstunden Europas in vergangenen Jahrhunderten auch immer geschah und gelang.

In seinem Roman „Die Brüder Karamasow“ läßt Dostojewski seinen Romanhelden Iwan von „neuen Menschen“ träumen, von Menschen, die „beabsichtigen, alles zu zerstören und wieder bei der Menschenfresserei zu beginnen“. Da erscheint ihm in einer Halluzination der Teufel und sagt zu

ihm: „Wozu da so mühevoll zerstören? Das ist ja völlig überflüssig. Man braucht doch einzig und allein die Gottesidee in der Menschheit zu vernichten, und alles wird dann schon nach Wunsch gehen. Das ist es, das allein ist es, womit man beginnen muß! — Hat die Menschheit sich erst einmal ganz allgemein, d. h. ausnahmslos von Gott losgesagt, so wird die frühere Weltanschauung und vor allem die ganze frühere Sittlichkeit schon von selbst fallen, ohne Menschenfresserei, und dem Neuen Platz machen.“

„Der Kommunismus“ — dieses Fazit zog der Freiburger Wissenschaftler Maecina aus einer Analyse der für den östlichen Atheismus so aufschlußreichen Werke Dostojewskis — „ist die geschichtliche Gestalt des gegenwärtigen Menschengottes, eine Epoche des Weltprozesses ohne Gott. Im Westen geboren, jedoch in seiner Tragweite zunächst nicht verstanden, wanderte die Idee des Menschengottes nach dem Osten; faßte dort Wurzel und wurde bis zu ihren letzten Konsequenzen entwickelt. Nun kommt diese Idee nach Westeuropa, ihrem Geburtsland, zurück. Als eine politisch organisierte Macht, als Vorposten einer neuen Geschichtsperiode, einer Geschichtsperiode, von der Dostojewski sagt: von der Vernichtung Gottes bis zum Gorilla.“

Erfassen, erkennen die Menschen und Völker, was hier vor sich geht? Begreifen sie, was uns allein vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt? Nicht eine Flucht in die Restauration, nicht ein Zurück zu dem, was einst war! Das 20. Jahrhundert will in seiner ganzen Konsequenz, die Dostojewski seherisch ahnte, begriffen sein. Nur wenn wir das erkennen, werden wir die Stunde bestehen, in die wir gestellt sind, wobei wir wissen, daß alle Zeit zu Gott hin ist und er auch heute wie gestern und morgen der Herr der Geschichte ist. Das zu wissen, macht zuversichtlich und gibt dem Politiker und der Politik ihren Platz im Planen Gottes. (Starker Beifall)

Präsident Cillien:

Erlauben Sie mir nach den Ausführungen meines Freundes Krone, drei Sätze hinzuzufügen: 1) Ich habe als einer seiner nächsten Mitarbeiter den dringenden Wunsch, daß Sie mit mir die Ansicht teilen, daß wir in dieser großen Fraktion nicht ein Gremium neben der Partei sein wollen, sondern daß wir lediglich sein wollen die Vollstreckerin des politischen Willens der Christlich Demokratischen Union im parlamentarischen Raum. 2) Herr Dr. Krone hat angedeutet, daß wir selbstverständlich für jede positive Kritik empfänglich sind. Ich möchte wünschen, daß in den Arbeitskreisen genug Zeit übrigbleibt, um dieser Kritik Raum zu geben. 3) Herr Dr. Krone hat Herrn Dr. von Brentano gedankt. Ich glaube, es ist nicht mehr als recht und billig, wenn wir nunmehr auch ihm für die ruhige und sachliche Art, mit der er die CDU-Fraktion leitet und steuert, unseren herzlichen Dank aussprechen. (Beifall)

Wir wenden uns nunmehr der Sozialreform zu. Ich darf zunächst das Wort erteilen

Professor Dr. Neundörfer

zu seinem Referat

„Sozialreform“

Ich habe die Ehre und die nicht leichte Aufgabe, vor dieser Versammlung über „Sozialreform“ zu sprechen. Ich muß es tun in einer Stunde, in der sich die seit Jahren geführte Diskussion zu konkreten Gesetzentwürfen verdichtet hat und die Gefahr besteht, daß jedermann zunächst daran interessiert ist, nachzuschauen, ob sein oder seiner Gruppe Interesse in diesem oder jenem speziellen Fall wohl erfüllt werde. Es gibt viele, die meinen, es sei nun des Streites um Grundsätze genug, man wolle handfeste Taten sehen. Und andere, denen die großen Worte von umfassender Sozialreform

überflüssig zu sein scheinen, meinen, es sei eigentlich alles da; man brauche es nur ein wenig zurechtzurücken. In einer solchen Situation ist es schwer, die Aufmerksamkeit auf große Zusammenhänge der Gesellschaftspolitik zu lenken, und doch sind diese mein Thema.

Wer Reform will, will etwas wieder ordnen. So meint es das lateinische Urwort. Das bedeutet aber, daß eine Ordnung bestand, daß sie in Unordnung kam, und nun von neuem Ordnung geschafft werden soll. Dieser Wille zur Reform ist auf das Soziale gerichtet, d. h. auf das Zusammenleben der Menschen, die besonderen Formen, in denen wir uns das zur körperlichen und geistigen Existenz Nötige schaffen.

Die meisten Menschen, alle, die in großen Betriebsorganisationen heute tätig sind, sind heute drei Bereiche eingegliedert: sie sind tätig in einem Betrieb, sind Arbeitnehmer und werden nach ihrer Arbeitsleistung bezahlt, sie leben in einem Familienhaushalt, dessen Unterhaltsquellen fast allein auf Geldverdienst beruhen, sie sind gegen Lebensrisiken wie Krankheit, Invalidität und Alter versichert. Dieses Nebeneinander der drei Bereiche scheint uns selbstverständlich. Viele Sozialtechniker denken nur jeweils in einem Bereich, und es fällt ihnen schwer zu sehen, daß der Tätige, der Lebende und der Versicherte ja ein und derselbe Mensch ist und daß jede Regelung in einem Bereich auch auf ihre Folgen in den anderen bedacht sein muß, soll eine wirkliche Ordnung entstehen. Wir müssen für einen Augenblick sogar diese Dreiheit in Frage stellen, weil die mögliche Antwort auf die Frage deutlicher die Aufgabe zeigt, vor die wir heute gestellt sind. Diese Dreiheit ist weder die allein mögliche Ordnung, noch ist sie eigentlich natürlich. Selbst wenn wir dieses Nebeneinander nicht aufheben und zu einer neuen Einheit verbinden können — wir können es nicht —, so muß es uns doch beunruhigen, und wir müssen trachten, alle Bereiche von dem einen Menschen her zusammen zu sehen.

Die Einheit bestand in der vorindustriellen Gesellschaftsordnung — also noch bis vor 150 Jahren. Es gab eigentlich nur „Familienbetriebe“, und die wenig zahlreichen Manufakturen bildeten die Ausnahme. In diese Großhaushalte waren auch diejenigen einbezogen, die in eines anderen Diensten standen. Sie gaben ihre Arbeitskraft, erhielten dafür primär den Lebensunterhalt, sekundär auch Geld in die Hand und die Sicherheit der Hilfe in kranken und alten Tagen. Aus dieser Einheit im Haushalt hat zunächst die industrielle Revolution die Arbeit herausgelöst und in eigenständigen Sozialgebieten der Fabrik, des Büros konzentriert. Als Gegenwert für die geleistete Mitarbeit trat an Stelle des Einbezugs in einen Unterhalt und Fürsorge gewährenden Haushalt ein reiner Geldlohn. Mit diesem Geldlohn mußte der Unterhalt in der Familie bestritten werden; dabei war man besonders in den Städten auf den Markt angewiesen. Betrieb und Haushalt waren getrennt, das dritte aber, die Hilfe in kranken und alten Tagen, war vollständig weggefallen. Nur eine unzureichende Armenpflege stand zu Gebote. In dieser Situation hat Bismarck mit seinen Sozialversicherungsgesetzen den dritten Bereich institutionell neben die beiden anderen — Haushalt und Betriebe — gesetzt und mit der eigenständigen Konstruktion eines Bereiches der sozialen Hilfe erst das Bild geschaffen, das wir kennen.

Der Einbezug in diese institutionellen Hilfen war aber nicht allgemein; er war auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt, nämlich auf diejenigen, die sowohl in der Unsicherheit abhängiger Arbeit standen als auch ein sehr geringes Einkommen hatten. Die Obergrenze des Einbezugs lag bei 2000 DM Jahreseinkommen. Auf eine Minderheit im Volksganzen hin — ein Fünftel etwa — waren auch diese sozialen Hilfen konstruiert. Man konnte die damals noch übergroße Mehrheit der nicht Sozialversicherten in der Form der Käuferschaft und der Steuerzahler dazu bringen, sich an

den Kosten für die sozialen Hilfen der notleidenden Minderheit zu beteiligen. Dieser Sinn der Konstruktion wird heute leicht übersehen. Arbeitgeberbeiträge und Staatszuschüsse werden als wesentlich und abdingbar in diesem Sonderbereich der sozialen Leistungen betrachtet. Sie sind in Wahrheit nur eine der möglichen Organisationsformen.

In den letzten 70 Jahren hat sich das Gefüge unserer Gesellschaft noch einmal erneut gewandelt, wenn auch vielleicht nicht so grundlegend wie im 19. Jahrhundert. Aber wir stehen heute vor neuen Tatbeständen, die man kennen und anerkennen muß, will man der politischen Aufgabe gerecht werden, die uns gemäß soziale Ordnung zu schaffen. Das wesentlich andere, der heutigen Situation gegenüber der Lage, in der sich Bismarck und seine sozialpolitischen Gehilfen befanden, sei kurz skizziert:

1) Die „modernen“ Betriebsorganisationen in Gestalt von Großunternehmen haben immer größeren Anteil an der Erzeugung und Verteilung von Gütern gewonnen. Damit sind aber immer mehr Menschen in diesen Betrieben tätig. 1895 gehörte noch ein Drittel der Bevölkerung zu Wirtschaftsformen, die durch das eigene Risiko und durch die Mithilfe meist nur weniger Mitarbeiter gekennzeichnet war. Heute gehört nur noch ein Fünftel zu dieser Gruppe der Bauern, Handwerker und Geschäftsleute. Vier Fünftel gehören zu den Arbeitern, Angestellten und Beamten; sie sind Abhängige, Unselbständige. Diese Bezeichnung besteht zu Recht insofern, als alle diese Menschen nach Dienstanweisungen handeln, daß sie eingespannt sind mit einer spezialisierten Teilarbeit in einem ungeheuren und vom einzelnen kaum mehr überschaubaren Apparat. Aber man sollte den Unterton verschwinden lassen, als ob der „Mangel an eigenen Produktionsmitteln“ eine Minderstellung bedeute oder gar in sich schon die Existenzsicherheit gefährde. Es sind im Arbeitsrecht längst die Mittel gefunden, um diese „Abhängigen“ oder — besser — Diensttuenden zu sichern.

2) Dank der Fortschritte in der Bewältigung der Naturkräfte, deren jüngstes Stadium der Atomzertrümmerung uns allerdings mehr Angst als Nutzen zu stiften scheint, in der Entwicklung fast selbsttätiger Maschinen und in der Arbeitsrationalisierung ist das Sozialprodukt erheblich gestiegen. Gleichzeitig ist es aber auch durch die Hebung der Löhne für die Arbeiter in Werkstatt und Büro gelungen, das Sozialprodukt gleichmäßiger zu verteilen. Der unermüdliche Kampf der Gewerkschaften hat seine Früchte getragen. Unbestechliche Zeugen, wie etwa die Lohnsteuer und Haushaltseinkommenstatistik, beweisen, daß für einen sehr großen Teil unserer Bevölkerung, fast $\frac{3}{4}$ unseres Volkes, ein etwa gleiches Verbrauchseinkommen besteht. Das ergibt aber eine größere Bewegungsfreiheit in den möglichen persönlichen Ausgaben. Daß dem so ist, wird durch das Absinken des Ernährungsanteils in den Haushaltsrechnungen und durch die Umsätze in den Kaufhäusern bewiesen.

3) Gewandelt hat sich auch die Stellung des Betriebsangehörigen im Betrieb und zum Betrieb. Das wird einem so recht deutlich, wenn man die Schilderungen der großen Sozialenqueten des Vereins für Sozialpolitik zwischen 1880 und 1910 liest und dann in die heutigen Betriebe hineinhorcht und hineinsieht. Nicht nur das äußere Bild in Werkstätten und Kontoren ist anders geworden. Wechselte damals der Arbeiter und der kleine Angestellte täglich von einer dürftigen, sonnenarmen, zu engen Hinterhauswohnung in eine ebenso finstere, unhygienische und zugestellte Werkstatt, so wird heute besonders in Großbetrieben der Abstand zwischen der Ausstattung des Arbeitsplatzes und seiner Wohnung dem Arbeiter oft sehr schmerzhaft bewußt. Das Entscheidende aber hat sich in der inneren Struktur vollzogen. Das Eigentum an den Produktionsmitteln ist fast völlig anonym geworden; das Risiko eines Unternehmens

wird weithin abgefangen und verteilt. Damit ist an die Stelle des Unternehmer-Kapitalisten das getreten, was die Amerikaner Management nennen. Das Wort ist schwer durch ein deutsches zu ersetzen; gemeint sind in sich gegliederte, mit verteilten Rollen arbeitende und weithin anonyme Führungsgremien. Der Generaldirektor ist Angestellter und Arbeiter auf Grund eines Auftrages. Er und der Arbeiter sind ihresgleichen, die Kluft zwischen der Masse der nach Anweisung Arbeitenden und „denen da oben“ ist eine andere als die in der Klassenideologie des 19. Jahrhunderts benannte. Das Klassenbewußtsein hat weithin seine Deutungskraft für soziale Tatbestände verloren. Der im Betrieb Tätige ist nicht mehr der Tagelöhner von ehemals, sondern ein Mitarbeiter, an dessen allgemeinem Wohlbefinden der Betriebsleitung gelegen sein muß. Ich glaube nicht, daß es nur reine Zweckmäßigkeitsüberlegungen sind, die die Fülle der freiwilligen sozialen Leistungen in den Betrieben hervorgebracht haben. Die alte Hausvaterpflicht, sich um alle die zu sorgen, die zu seinem Haushalt gehören, schlägt nach einem langen Umweg über reine Interessenstandpunkte in einer neuen zeitgemäßen Form wieder durch.

4) Man hat die Auflösung der Familie und des Familienhaushaltes prophezeit. Sie ist ebenso wenig eingetreten wie die des Mittelstandes, der zwischen den Klassen zerrieben werden sollte; im Gegenteil, gerade die langen Notzeiten der letzten 50 Jahre haben die Standfestigkeit der Familienhaushalte gezeigt. Sie sind auch in unserer Daseinsform des 20. Jahrhunderts reale und unersetzbare Sozialgebilde. Ihr Funktionieren entscheidet mindestens in demselben Umfang über das Wohlbefinden der Menschen wie das der gewerblichen Wirtschaft oder der staatlichen Wohlfahrtspflege. Sie haben sich als tragfähig erwiesen, als in den Zusammenbrüchen viele andere Institutionen unseres sozialen Lebens funktionsunfähig und die Menschen auf die nackte Existenzfristung zurückgewiesen wurden.

5) An Stelle des Fortschrittsstrebens ist das Sicherheitsbedürfnis getreten als ein Grundstreben, das in alle Bereiche des Lebens hineinwirkt. Dies ist wohl der säkulare Wandel in der gesellschaftlichen Ordnung zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert. Er wird sichtbar bis in die obersten Gefilde der Politik. An Stelle des Imperialismus und Kolonialismus mit seinem Streben zur Ausdehnung der Macht sind die großen Blockbildungen, die Sicherheitsverträge, getreten. Risiken, die das Bestehende gefährden können, sollen ausgeschaltet werden. Der Wagemut, notfalls alles auf eine Karte zu setzen, daraus vieles zu gewinnen, aber auch zu verlieren, ist abgelöst von einem vorsichtigen Wägen, das zunächst daran denkt, das zu erhalten, was ist. Die ganzen Versicherungen, auch die Sozialversicherungen der achtziger Jahre sind aus dieser Methode des Sichsicherns gegen das Ungewöhnliche, gegen das Bedrohende, entstanden. Und es ist heute auch im Handeln der Wirtschaftsverbände und auch der Gewerkschaften so, daß man eigentlich nichts mehr scheut als den Einbruch von außen in ein Regelwerk.

Projiziert man das, was vor 70 Jahren in dem Sonderbereich soziale Hilfe als einem dritten Raum des Menschen neben Betrieb und Haushalt institutionell geschaffen wurde, auf die gegenwärtige gesellschaftliche Situation, so ergibt sich folgendes:

a) Die Zahl der in die Sozialversicherungen Einbezogenen ist von 1/5 auf 4/5 der Bevölkerung gewachsen. Dies ist nicht zuletzt daraus bedingt, daß man an Stelle der Merkmalskombination „Arbeitnehmer und sehr geringes Einkommen“ im Laufe der Jahre nur noch das Merkmal „Arbeitnehmer“ berücksichtigt hat. Reformvorschläge, die zur Zeit diskutiert werden, wollen in folgerichtigem Fortschreiten jeden Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die Höhe seines Ein-

kommens einbeziehen und nur für Beitrag und Leistung Obergrenzen setzen. Durch diese Verlagerung der Merkmalsgewichte hat sich die ganze Wucht eines wirtschaftlichen Wandels zur betrieblichen Großorganisation auf dem Sonderbereich der sozialen Hilfen ausgewirkt. Je mehr von hundert erwachsenen Menschen Arbeitnehmer wurden, desto größer wurde automatisch auch der Kreis der Sozialversicherten. Damit wurde aber die Grundkonzeption, daß nämlich die Lebensrisiken für einen kleinen notleidenden Teil der Bevölkerung durch eine Kombination von Selbsthilfe und Fremdhilfe — diese über Arbeitgeberbeiträge und Staatszuschüsse — abgedeckt werden, praktisch verlassen. 1/5 „selbständiger“ Existenzen, die wir heute noch haben, kann nicht 4/5 Arbeitnehmern helfen, zumal wenn jene zu einem großen Teil leistungsschwach sind wie die Kleinbauern, viele Handwerker und Einzelhändler. Es ist heute so: Die Versicherten sind mit der Masse der Letztverbraucher und der Steuerzahler identisch. Aus diesem Tatbestand müssen organisatorisch die Folgen gezogen werden.

b) Der Lebensstand, bedingt durch die Einkommensverhältnisse, erlaubt der Breite der in den betrieblichen Großorganisationen Tätigen — der Arbeitnehmer und mithin der Sozialversicherten — eine größere Beweglichkeit der Ausgaben über das Notwendigste hinaus. Es ist zumindest zu fragen, ob gewisse Naturalleistungen, wie sie zumal von den Krankenkassen gewährt werden, in dieser Situation noch in vollem Umfange vernünftig sind.

c) Die Ausbildung eines besonderen Bereiches sozialer Hilfen neben Haushalt und Betrieb hatte ursprünglich fürsorgersichen Charakter. Die Kaiserliche Botschaft von 1881 spricht ausdrücklich davon. Von da aus gesehen wäre die Entwicklung der Sozialversicherungen zu fast das Volksganze umfassenden Institutionen ein Irrweg gewesen. Aber das allgemeine Sicherheitsstreben hat sich dieses Mantels bemächtigt und sich in ihm das Instrument geschaffen, sich gegen Lebensrisiken der Krankheit, der Invalidität und des Alters abzudecken. In der alten Form steckt eine neue, allgemeine Aufgabe.

Ich brauche nicht zu sagen, daß das Ziel der sozialen Ordnung - das Wohlbefinden der Menschen - auf verschiedenen Wegen ansteuerbar ist und daß es dazu eines Kompasses bedarf. Die Leitlinien, nach denen eine soziale Ordnung geschaffen werden kann, sind zeitlos; es sind Prinzipien, anfängliche, erste, grundlegende Sätze, die in sich allein nicht imstande sind, eine gegebene Situation zu meistern.

Jede soziale Ordnung muß den Umständen von Zeit und Raum gerecht werden. Sie ist deshalb eine eminent politische Aufgabe. Wir sind glücklich, in der christlichen Soziallehre einen solchen Kompaß zu besitzen. Ich glaube, daß sich die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität als tragfähig erwiesen haben. Sie wurden die Katalysatoren, die die neue Ordnung zusammenschießen ließen. Diese Erfahrung haben wir gemacht bei dem Gutachten, das der Herr Bundeskanzler Anfang vorigen Jahres vier Professoren aufgetragen hatte. Diese Erfahrung konnte immer wieder in den fruchtbaren Gesprächen zwischen Wissenschaftlern und Praktikern in den letzten Monaten gemacht werden, deren Ergebnis in konkreten Programmpunkten Ihnen heute noch vorgelegt werden wird. Es ist unnötig, diese Leitlinien vor diesem Kreise im einzelnen zu entfalten. Es geht um das Recht der Persönlichkeit, um das Recht der Familie und der anderen sozialen Gebilde, um das Recht und die Verantwortung des Staates.

Nun lassen Sie mich versuchen, das Bild einer uns gemäßen sozialen Ordnung zu entwerfen, einer Ordnung, die sich ausrichtet an den skizzierten Leitlinien und Bezug hat zu den Tatbeständen der gegenwärtigen Gesellschaft. Dieses Bild besagt, daß nur die große Linie gezeigt werden soll, keine Einzelheiten, aber Herr Minister Osterloh, der nach mir sprechen

wird, wird die unmittelbaren Folgerungen im sozialen Bereich daraus ziehen.

Die Sozialreform kreist um drei Rechte des Menschen:

das Recht auf Sicherheit,

das Recht auf angemessenen Anteil am Sozialprodukt,

das Recht des Kranken und invaliden Menschen auf soziale Hilfe.

Das Recht des Menschen auf Sicherheit bezieht sich auf sein Haus, seinen Arbeitsplatz und die Unterhaltsmittel zur Daseinsfristung. Es ist nicht üblich, in diesem Zusammenhang — nämlich in bezug auf die Sicherheit — vom Haus zu sprechen. Und doch sei es an die erste Stelle gesetzt! Gemeint ist damit nicht, daß der Mensch eine gute und der Größe seiner Familie angemessene Wohnung braucht, sondern, daß diese Wohnung sein Eigentum sein soll. (Beifall) Wir haben uns daran gewöhnt, in den letzten hundert Jahren zur Miete zu wohnen, und die neuen Vielpartein Häuser bieten ja auch vieles Angenehme in dieser Richtung. Aber denken wir doch einmal daran, daß dieses Wohnen, dieses Nehmen der Wohnung zur Miete, zur Leihe, eigentlich uns etwas nimmt, was so elementar notwendig ist wie Nahrung und Kleidung, das eben uns gehören soll. Wir sollten einmal ein wenig hellhörig werden, wenn wir lesen, daß in den Vereinigten Staaten im letzten Jahr 90 % aller Wohnungen als Eigenwohnungen gebaut worden sind. Ich glaube nicht, daß diejenigen, die bei uns so sehr für eine stärkere Förderung des Familienheimes kämpfen, Romantiker sind. Sie wissen ganz genau, daß im Eigentum, sei es des Hauses, sei es der Stockwerkwohnung, der Mensch das Bewußtsein der Stetigkeit, der Sicherheit und der Geschichtlichkeit gewinnt. Das sind so elementare Werte, daß alles und jedes getan werden muß, um sie zu fördern. (Beifall)

Sicherheit des Arbeitsplatzes! Es ist ein langer Weg, aber ein Weg stetig voran, von dem Tagelöhnerdasein des Industriearbeiters mit täglicher Kündigung, mit einem auf das Existenzminimum ausgerichteten Lohn bis zu dem heutigen Stand des Mitarbeiters in den gewerblichen Großorganisationen. Das vor allem in der Zeit der Weimarer Republik ausgebaute Arbeitsrecht wird einmal in der geschichtlichen Rückschau zu den Großtaten des 20. Jahrhunderts auf sozialem Gebiet zählen. Es bewirkt, daß der in der Neuformung der Wirtschaftsformen zunächst ausgestoßene Mensch wieder in das Volksganze eingegliedert wird. Früher durfte man glauben, daß die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum — wobei meist der Staat als der Repräsentant der Gesamtheit betrachtet wurde — schon eine grundsätzliche Änderung bewirke, dem schaffenden Menschen den ihm gebührenden Anteil an dem Vermögen und an der Verfügungsgewalt zu verschaffen. Wir wissen heute, daß es so einfach nicht ist. Es ist sehr schwer, wirklich wirksame Formen der Mitbeteiligung zu finden. Es gibt eine Reihe von Modellen, in denen es versucht wird. Man muß ihre Erfolge aufmerksam beobachten. Man muß wahrscheinlich weitere Experimente machen, auch auf die Gefahr hin, daß sie sich als Irrwege erweisen. Eines Tages aber muß die Lösung dieses Anliegens gefunden werden, nämlich den in den gewerblichen Großorganisationen Tätigen so natürlich in das Wirtschaftsgefüge einzubeziehen, ihm einen festen Platz an einer bestimmten Stelle zu geben, wie das in der vorindustriellen Wirtschaftsform für jeden Schaffenden der Fall war.

Sicherheit der Unterhaltsmittel! Seit 1927 gibt es in Deutschland eine allgemeine Versicherung der Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit. Auf diesem Wege sind uns nur wenige andere Länder gefolgt, während wir mit den anderen großen Sozialversicherungsformen weithin in der Welt Schule gemacht haben. Daß es sich um ein echtes Lebensrisiko handelt, steht außer Frage. Je mehr aber Eigentum des Hauses Allgemein-

gut wird, je mehr der Schaffende und sein Betrieb aneinander gebunden werden, indem er an ihm beteiligt ist, je mehr eine Vollbeschäftigung aller verfügbaren Arbeitskräfte aufsaugt, desto geringer ist die Gefahr, einmal vor dem Nichts zu stehen. Es ist durchaus denkbar, daß das Risiko der Arbeitslosigkeit in einer anderen Form besser abgefangen werden kann als mit dem geltenden Recht. Vor allem sollte man nach einem Weg suchen, der heute die Gesamtheit der Schaffenden belastenden saisonalen Arbeitslosigkeit, die nicht in Marktschwankungen, sondern in natürlichen Gegebenheiten des Arbeitsprozesses begründet ist, in anderer Weise zu beugehen.

Die Not, vor dem Nichts zu stehen, kann aber jedermann treffen. Wir mögen unsere soziale Ordnung noch so fest mauern, immer wird es eine Fürsorge geben müssen als die allumfassende Institution der Hilfe in Not für jedermann. Aber auch sie unterliegt in ihren speziellen Aufgaben und Formen dem Wandel der Zeit. Sie hat heute vieles zu leisten, und zwar neben Renten und Unterstützungen, die von anderen Institutionen herkommen, noch bis auf das Existenzminimum aufzuhöhen. Diese Doppelgleisigkeit muß schon aus Verwaltungsgründen weitgehend beseitigt werden. Aber es wird immer deutlicher, daß bestimmte Aufgaben der Hilfe durch die Gesamtheit, nämlich alle diejenigen, die mehr das mitdenkende, ratende, Möglichkeiten öffnende Tun als die materielle Unterstützung fordern oder in denen beide doch eng miteinander verbunden sind, das besondere Feld des Fürsorgers sind. Diese Aufgaben können von ihm, der unmittelbar zu den Menschen geht, besser gelöst werden als von Bürokratischen aus.

Soziale Ordnung bedeutet das Recht des Menschen auf angemessenen Anteil am Sozialprodukt. Das klingt abstrakt und ist abstrakt. Gemeint ist, daß der Mensch von seiner Arbeit auch einen angemessenen Nutzen haben soll, daß er alle Tage zu leben hat, nicht nur das eben Notwendige, wenn er mit seiner Arbeit dazu geholfen hat oder helfen wird, daß mehr als das Notwendige zum Verbrauch bereit steht. Das ist zunächst ein Problem des Lohn- und Preisgefüges, das die Schaffenden betrifft. Von ihm soll in diesem Zusammenhang nicht die Rede sein, wohl aber muß hier von einem anderen gesprochen werden, dem Recht des Kindes und dem Recht des alten Menschen auf einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt. (Beifall)

Wir regeln den Anteil am Sozialprodukt für die Breitenschicht der Diensttuenden durch ein in Tarifverträgen und Gehaltsordnungen vielfältig stabilisiertes System; darin ist Arbeitsleistung und Anteil in Korrelation gebracht. Ein anderes Anteilsystem, wie es etwa in Israel praktiziert wird, scheint uns für deutsche Verhältnisse nicht anwendbar. Dieser individuelle Anteil wird aber noch einmal in den Haushalten verästelt, in dem Hausfrauen, Mütter und Kinder auf den Verdienst des Ernährers der Familie angewiesen sind. Unter gleichen Leistungsvoraussetzungen des Ernährers wird nun der Anteil eines heranwachsenden Menschen ungleich größer, wenn er einziges, junges Glied der Familie ist, als wenn er vier Geschwister hat. Diese Ungerechtigkeit vom Kinde aus gesehen auszugleichen, ist der Sinn dessen, was wir Familienpolitik nennen. (Beifall) Da eine Rücknahme auf diesen Tatbestand durch gestaffelte Steuerklassen bei geringem Einkommen nicht wirksam wird — über den Nullpunkt kann man keine Steuer ermäßigen —, wird ein Hilfssystem von Kindergeld notwendig.

Es sei noch auf etwas anderes hingewiesen! In bestimmten verkehrsfernen und industriearmen, aber durch die Einwanderung der 8 Millionen Heimatvertriebenen heute auch dicht besiedelten Landschaften sind die Ausbildungs- und Berufschancen für die jungen Menschen ungleich schlechter als anderswo. Nicht allen Eltern ist es möglich, dieses gesellschaftliche Defizit durch Abwanderung auszugleichen. Solche Abwanderung liegt auch nicht im Interesse einer gleichmäßigen Verteilung des Volkes über das uns

zur Verfügung stehende Land. Industrielle Arbeitsplätze in diesen Gegenden, Lehrwerkstätten und ein besonders gut ausgebautes Schul- und Berufsschulsystem gerade in diesen abseitigen Landschaften unseres Vaterlandes könnten hier Abhilfe schaffen. (Beifall)

Eine zentrale Frage der Sozialreform ist, wie den alten Menschen ein angemessener Anteil am Sozialprodukt geschaffen werden kann. Dabei muß man unterscheiden zwischen Arbeitnehmern und Selbständigen. Mit Recht haben die Verantwortlichen vor allem der Lösung dieses Problems ihre Aufmerksamkeit zugewandt, und der Weg, der beschritten werden kann, ist nunmehr klar vorgezeichnet. Dem alten Menschen soll in der letzten Phase seines Lebens Muße und ein sorgloses Leben zukommen; er soll die Früchte seiner Lebensarbeit genießen können. Das ist doch der eigentliche Sinn und die eigentliche Motivierung all dieser Versuche.

Was früher einmal „der Familienbetrieb“ leistete, der die Alten mittrug, den Bauer und Meister wie den Gesellen und die Magd, muß heute durch eine gewaltige Organisation des ganzen Volkes bewirkt werden. Wir sind in dieser Hinsicht gleichsam ein riesengroßer Familienbetrieb geworden, der die ganze Volkswirtschaft umspannt. Weil die einzelnen Lösungen sich nicht mehr als tragfähig erweisen, so muß an die Stelle dessen, was da geschaffen worden ist — das betrifft auch die in den Sozialversicherungen zugrunde gelegten Kapitalansammlungsverfahren —, heute die Solidarität der gleichzeitig Lebenden treten.

Die Altersrente entspringt einem Sozialproduktanteilsverfahren. Die Schaffenden, die das Sozialprodukt hervorbringen, verzichten auf einen Teil dieses gemeinsam erarbeiteten Produktes, sie dulden eine Abspaltung aus der Konsumquote durch lohnproportionale Beiträge. Dieser Verzichtteil wird auf die Alten übertragen und proportional zu den früheren eigenen Abgabelieferungen verteilt. Das ist der einfache Sinn der neuen Rentenformel. Sie bewirkt, daß dieser Anteil der Alten ein Anteil am jeweiligen Sozialprodukt ist, also auch an einem Mehr verfügbarer Güter und Dienste teilnimmt, daß die Alten immer mit dabei sind. Diese Anteilsübertragung kann theoretisch ohne unmittelbare Beteiligung des Staates bewirkt werden, wenn auch bestimmt für den Übergang auf Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln nicht verzichtet werden kann.

Diese Regelung, die Sie in ihren Einzelheiten kennen, wird praktikabel sein für Arbeitnehmer. Sie schließt sich eng an die bestehenden Renteninstitutionen an. Schwieriger aber, in sich unabweisbar wird es sein, ein analoges Anteilsystem für die Selbständigen zu finden. (Beifall) Wir müssen uns von der Vorstellung befreien, als ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Besitz irgendwelcher Produktionsmittel, etwa von Land oder Werkstatt, allein Sicherheit gäbe. Unter den Selbständigen ist heute eher als unter den Diensttuenden die wirkliche Armut zu finden. Liegen sie mit ihren Betrieben fern vom Markt oder erlahmt ihre Arbeitskraft, so sind sie nicht imstande, für sich zu sorgen. Aber warum soll die Leistung der Selbständigen in einem langen Arbeitsleben für das Sozialprodukt ihm nicht das gleiche Recht eines Anteils im Alter geben wie dem in der gewerblichen Wirtschaft Tätigen? (Beifall) Es ist nicht möglich, die Selbständigen einfach in das Anteilsverfahren der Arbeitnehmer einzubeziehen, weil wesentliche Voraussetzungen in dem System nicht erfüllt werden können, z. B. die Beitragsleistung in der Zeit des Volleistungsalters. Die Verhältnisse sind innerhalb der Selbständigen wieder so verschieden gelagert, daß es wohl eigenständiger Sonderorganisationen bedarf, um das Problem jeweils in einer richtigen und tragbaren Form zu lösen. Die Bauern wollen es mit Hilfe der Berufsgenossenschaft versuchen; die gesetzlich geregelte Altersversorgung der Handwerker hat

sich weithin nicht bewährt. Wie immer die Lösungen aber sein werden, dieser Minderheit unseres Volkes kann man nicht vorenthalten, was man der Mehrheit zugesteht, auch nicht erhebliche Staatszuschüsse. Sie haben sie ebenso verdient wie die anderen. (Beifall)

Der dritte Bereich, um den die soziale Ordnung kreist, bezieht sich auf die Kranken und Invaliden, auf ihr Recht auf soziale Hilfe. Es ist heute allgemein so, daß das Risiko besonderer Ausgaben zur Wiederherstellung der Gesundheit durch eine Versicherung abgedeckt wird. 94 v. H. der westdeutschen Bevölkerung sind gegen Krankheitsausgaben versichert; die Mehrheit steht dabei unter einem gesetzlichen Zwang. Diente der Zwang ursprünglich dazu, für einen Teil der Bevölkerung überhaupt eine ärztliche Behandlung sicherzustellen, so werden heute die dafür geschaffenen Institutionen dazu benutzt, um dieses allgemeine Bedürfnis der Sicherung zu befriedigen. Bei diesem Wandel der Aufgabe haben sich manche Unzweckmäßigkeiten ergeben, die zu beseitigen Aufgabe einer Reform der Krankenversicherungen ist. Sie würden nichts an dem Grundgefüge zu ändern haben.

Anders ist es mit der Invalidität. Das Gesetz von 1889 betraf die Invaliditäts- und Altersversicherung. Invalidität vor dem Alter und das Alter wurden als eine selbstverständlich anzunehmende, dauernde und erhebliche Minderung der Leistungskraft angesehen. Die Rente sollte dem Invaliden, der wegen seiner geminderten Leistungskraft auf einem von unverbrauchten Arbeitskräften ständig besetzten Markt kein Unterkommen mehr finden konnte, eine Unterhaltshilfe sichern. Für dieses Risiko hatte er als Beschäftigter vorgeleistet, und Arbeitgeber wie Staat taten das ihrige dazu.

Wir motivieren heute die Altersrente mit einem Rechtsanspruch auf Anteil am Sozialprodukt ohne direkte Gegenleistung. Er soll unabhängig von der Leistungskraft mit dem 65. Lebensjahr des Betroffenen automatisch in Kraft treten. In allen Vorschlägen zur Sozialreform findet sich der Satz wieder: Alter und Invalidität sollten getrennt werden. — Soll die soziale Hilfe für den Invaliden fürsorgischen Charakter behalten? Wenn dies so verstanden werden sollte, daß man ihn auf dem Existenzminimum erhalten müsse, so könnte die Antwort nur ein sehr deutliches Nein sein. (Beifall)

Aber die Frage könnte auch anders gedeutet werden: Die Gesamtheit ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Einbußen, die ein Mensch durch langwierige, schwierige Krankheiten und Gebrechen an seiner Leistungskraft und damit der Möglichkeit, für sich selber zu sorgen, erleidet, gemindert oder möglichst wieder beseitigt werden. Das bedeutet zunächst, daß das Menschenmögliche getan wird, um die normalen Körperfunktionen wiederherzustellen, daß Heilbehandlungen zu Ende geführt und nicht durch einen Zuständigkeitswechsel der Kostenträger unterbrochen werden. Das bedeutet aber auch, daß im engen Verbund mit dieser Sorge um die Gesundung man sich darum bemüht, und zwar von der Gesamtheit her und auf Grund des Rechtsanspruches auf diese soziale Leistung, den Rückweg in das normale gesellschaftliche Leben zu ebnen, sei es auch dadurch, daß ein Berufswechsel getätigt werden muß. Die vorbildlichen Leistungen der Berufsfürsorge in der Unfallversicherung und der Fürsorgehauptstellen für den Kriegsbeschädigten weisen auf den Weg, der künftig allgemein gegangen werden muß. Dies ist die wirkliche Hilfe für einen im Volllebensalter stehenden Menschen, auf die ein Rechtsanspruch zielen muß.

Ein ganz besonderes Recht auf soziale Hilfe haben die Kriegsbeschädigten, die Witwen und Waisen. Sie stehen am Schluß dieses Kataloges, aber nicht weil sie auch berücksichtigt werden müßten, sondern weil ihnen gegenüber, die im Dienst der Allgemeinheit oder — wa-

gen wir das Wort — des Vaterlandes Einbußen erlitten haben, die Aufgabe eines Volkes, eine gerechte und soziale Ordnung zu schaffen, am deutlichsten wird. (Beifall) Auch die Kriegsbeschädigten, die Witwen- und Waisenrenten sind Übertragungen vom Anteil am Sozialprodukt, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht von dem Schaffenden an die ehemals Schaffenden erfolgen, und darin, wenn auch entfernt, die Gleichheit von Leistung und Nutzen sichtbar wird. Den Kriegsbeschädigten, den Witwen und Waisen steht das ganze Volk als Leistendes gegenüber. Deshalb werden alle diese Leistungen folgerichtig allein aus Steuern entnommen. Man sollte deshalb aber auch hier nicht fragen, was zur Erhaltung des Lebens notwendig ist, sondern was ein in Wohlstand befindliches Volk leisten kann, diesen Geschädigten einen angemessenen Lebensunterhalt zu geben. (Starker Beifall) Dies gilt besonders gegenüber den Witwen mit erziehungsbedürftigen Kindern, die imstande sein sollten, ihren Mutter- und Haushaltspflichten zu genügen, und nicht gezwungen sein, daneben einer Erwerbsarbeit nachzugehen. (Lebhafter Beifall)

Ich hoffe, in der Kürze der Zeit Ihnen ein Bild von dem gegeben zu haben, was Sozialreform heute beinhaltet und wie die Einzelbereiche zusammenhängen. Es ist ein großes Werk zu tun, und es wird seine Zeit brauchen. Bismarck nahm sich fast zehn Jahre von der ersten programmatischen Verkündigung in der Kaiserlichen Botschaft von 1881 bis zum Gesetz von 1889 über die Invaliden- und Altersversicherung. Dabei waren die ihm gestellten Aufgaben viel weniger umfassend als die uns heute gestellten. Sie bewegten sich vor allem noch in einem verhältnismäßig engen Rahmen; sie waren für die gesamte Volkswirtschaft nicht von dem Einfluß wie heute. Die Lösung der uns gestellten Aufgaben kann deshalb auch nicht mehr von Sozialtechnikern allein gemeistert werden, sie fordert das tätige Mitdenken der Volkswirtschaftler und der Finanzfachleute, sie fordert, wenn die Lösungen nach allen Seiten durchdacht sind, den Mut der Entscheidung der Politiker! (Beifall) In ihre Hand ist es letzthin gegeben, ob einmal die Geschichte davon berichten wird, es sei in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts den Deutschen gelungen, die soziale Ordnung in der industriellen Gesellschaft zu schaffen. (Starker Beifall)

Präsident Cillien

dankt Prof. Dr. Neundörfer für seinen Vortrag. Er begrüßt den inzwischen eingetroffenen Präsident Schumann, der von der Versammlung mit herzlichem Beifall empfangen wird. Darauf erteilt der Präsident das Wort

Kultusminister Edo Osterloh

zu seinem Referat

Sozialreform

Ich werde den Versuch machen, zu zeigen, wie eine in sich geschlossene Konzeption zur Sozialreform sich widerspiegeln kann auf den einschlägigen Gebieten der Gesetzgebung und der Verwaltung. Dabei kann ich selbstverständlich nur Beispiele herausgreifen und die mir wesentlich erscheinenden Akzente in Erscheinung treten lassen. Es wird sich um folgende sieben Gebiete handeln:

1. Das Wohnungsbau- und Familienheimgesetz,
2. Die Gesetzgebung zur Rentenversicherung gegen Alter, Invalidität, Hinterbliebenensicherung,
3. das Gebiet der Rehabilitation,
4. die Krankenversicherung,
5. die Fürsorge,
6. die Familienpolitik und
7. die Eigentumsbildung.

Was ich vorzutragen habe, ist nicht etwa nur meine private Ansicht, sondern es geht zurück auf eine Arbeit, die zum Teil in ihrem Ergebnis an Sie verteilt ist, in einem Arbeitskreis, der noch von Robert Tillmanns gegründet wurde. An ihm haben die Vertreter aller übrigen Arbeitskreise und Gremien teilgenommen. Berücksichtigt ist dabei auch die Arbeit der Professoren und des Beirates beim Arbeitsministerium sowie des Beirates beim Bundesministerium für Familienfragen.

Bevor ich mich jetzt diesen sieben Gebieten der Verwaltung und Gesetzgebung zuwende, möchte ich noch drei allgemeine Bemerkungen machen. Ich halte es für erforderlich, daß eine so große Volkspartei, wie wir sie darstellen, bei dem Begriff „Sozialreform“ ernsthaft zur Kenntnis nimmt, daß sich in unserem Volk damit Vorstellungen verbinden, die weit über das auf Heller und Pfennig zu Berechnende hinausgehen und auch nicht zurückgewiesen und eingedämmt werden können mit dem Hinweis darauf, daß wir nie zu einem endgültigen Abschluß und nie zu einem irdischen Paradies gelangen werden; denn: je mehr er hat, je mehr er will, nie schweigen seine Wünsche still. Aber es geht ja bei dem, was unter Sozialreform in unserem Volke verstanden wird, nicht nur darum, daß die eine Seite wünscht, es möchten weniger Steuern erhoben und weniger soziale Abgaben verlangt werden, und daß die andere Seite wünscht, es möchten höhere Renten gezahlt und höhere Leistungen der Sozialversicherung gegeben werden, sondern es geht noch um etwas anderes, und mir liegt daran, daß das hier einmal ausgesprochen wird.

Es geht darum, daß in der modernen Gesellschaft eine tiefverankerte Sehnsucht danach lebt, daß in der planerischen Gestaltung des Menschen etwas Rücksicht genommen wird auf die Anerkennung der Menschenwürde, auf eine soziale Grundhaltung. Wir sollten wissen, daß wir als Partei mit dem, was wir gesetzgeberisch durchsetzen, nur wirklich glaubwürdig werden, wenn wir uns in unserem Verhalten denen gegenüber, für die wir Verantwortung haben, nicht übertreffen lassen in der Anerkennung rechtsbürgerlicher Gleichrangigkeit und Ebenbürtigkeit. (Beifall)

2. Wir sind eine Partei, in der es auch Interessenvertretungen gibt. Wir sollten das bejahen. Das zwingt uns dazu, bei Dingen wie sozialer Gesetzgebung keine ungedeckten Wechsel auszustellen. Wir sollten in Erscheinung treten lassen, daß wir unter Sozialgesetzgebung nicht eine Phrase, sondern Taten verstehen. Wir sollten zeigen, daß wir die Absicht haben, für das, was wir heute tun, auch noch in zehn Jahren einzutreten. (Beifall)

3. Sollten wir unser Volk wissen lassen, daß Sozialreform bedeutet, einen langen Weg gehen zu müssen, und daß es darum keine negative Kritik, sondern eine positive Anerkennung der Sachlichkeit und Sachgerechtigkeit bedeutet, wenn man feststellt, daß wir nur schrittweise und langsam vorankommen. Es gibt hier keinen Sprung vom Anfang bis zum Ende, sondern es gibt hier nur den demagogischen Kurzschuß, den wir entlarven und demaskieren müssen, damit wir sachlich und in Ruhe weiterarbeiten können. (Beifall)

Ich wende mich nunmehr den einzelnen Komplexen zu, nachdem ich meine Überzeugung zum Ausdruck gebracht habe, daß wir Anlaß haben, zu erkennen und auch in der Öffentlichkeit auszusprechen, daß nach unserem Bewußtsein unsere gesetzgeberische Aktion zwar keine soziale Revolution darstellt, aber eine neue Epoche innerhalb der sozialen Evolution, daß wir hier Neuland betreten, aber auch neue Wege bereits gegangen sind.

Bei dem Wohnungsbau- und Familienheimgesetz habe ich mich inzwischen vergewissert, daß nicht die Gefahr besteht, daß noch

gefährlich viel Wasser hineingegossen wird, so daß man den Wein nicht mehr schmecken kann, sondern daß die große Aussicht besteht, daß die wesentlichen Grundgedanken gesetzgeberisch verwirklicht werden können, vor allem die Funktion, eine Form der Eigentumsbildung möglich zu machen, die zugleich eine Eigenvorsorge für das Alter darstellt. In sehr vielen Fällen wird es so sein, daß mit Eintritt des Renten- oder Pensionsalters gerade die Lasten abfallen oder jedenfalls soviel geringer geworden sind, daß der Besitz am eigenen Haus zugleich eine soziale Sicherung darstellt. Daß durch das Familienzuzuwachsdarlehen von 1500 DM für das dritte und jedes weitere Kind — was wir durch die Staffelform des zu erbringenden Eigenbetrages erreicht haben — auch Bevölkerungsschichten mit geringerem Einkommen, besonders mit mehreren Kindern, die Chance haben, in dieser Weise an der Eigenbildung teilzuhaben, halte ich schlechterdings für eine Großtat auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung. (Beifall) Ich habe lange geschwankt, ob ich nicht als ersten Punkt die Maßnahmen und Planungen zur Eigentumsbildung hervorheben sollte. Ich habe darauf verzichtet, weil ich der Meinung bin, daß an dem Wohnungsbau- und Familienheimgesetz gezeigt werden kann, daß wir uns von allen anderen Konzeptionen grundsätzlich unterscheiden, weil dadurch die Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Familie — und sie ist das eigentliche und ursprüngliche Subjekt der Eigentumsbildung überhaupt — auf eigenem Grund und Boden leben kann.

Ich wende mich dem zweiten Komplex zu, der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung für Arbeiter und Angestellte. Was dabei die Einführung der Produktivitätsrente bedeutet, ist hier bereits gesagt worden. Ich möchte aber doch betonen, daß es hier eine Seite der Bevölkerung gibt, die zuletzt nur nach dem fragt, was auf Heller und Pfennig dabei herauskommt, und die andere Seite fragt zuletzt nur nach der Art und Weise, wie diese Gelder aufzubringen sind. Ich möchte darum dieses Ergebnis einmal herausstellen.

Augenblicklich beträgt die Rente im Schnitt 30 bis 40% des Nettoeinkommens. Nach der Neuregelung, die in dieser Form im großen und ganzen durchgesetzt werden wird, beträgt die Rente nach 33½ Jahren zwischen 60 und 70,4% des Nettoeinkommens, nach 40 bis 50 Versicherungsjahren zwischen 80 und 90% des Nettoeinkommens; das ist bei 50 Versicherungsjahren 75% des Bruttoeinkommens. Das ist eine Leistung, von der nicht behauptet werden kann, daß sie im Kleinen hängengeblieben sei. Sie erfordert insgesamt den Aufwand von 3½ bis 4 Milliarden. Dieser Aufwand aber wird aufzubringen sein ohne Erschütterung der Währung durch eine nur um 1% sich hebende Beitragsleistung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, durch eine Abzweigung der Leistungen für die Arbeitslosenversicherung und durch eine Verringerung der Kapitalbildung. Dabei sollte man keine Sorge dafür haben, daß die neue Produktivitätsrente die Lohn- und Preisspirale noch in Beschleunigung versetzen könnte. Die erforderlichen Bremsen sind eingebaut. Wir sollten uns aber auch dazu bekennen, daß wir auf diesem Gebiet keine Gesetze verabschieden, die die Gefahr in sich tragen, daß unsere Währung und die Stabilität unserer Wirtschaft dadurch erschüttert wird.

Wir sollten in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß die Sozialpolitik insgesamt die Sorge für die sozial Schwachen in dem Augenblick begonnen hat, als der Wiederaufbau unserer Wirtschaft begann, und daß die Finanzpolitik, die unsere Bundesregierung geführt hat, eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür ist, daß jetzt in dieser großzügigen Weise geplant werden kann.

Ich komme zu Rehabilitation. Der entscheidende Grundsatz lautet, daß in Zukunft wegen Erwerbsminderung und Krankheitsschäden

jemand dauernde Geldbezüge nur bekommt, wenn vorher alle medizinischen Versuche gemacht worden sind, um eine Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen, diese Versuche aber gescheitert sind. (Beifall) Die Rehabilitation wird nicht zur Schaffung eines neuen Apparates führen, sondern für alle Maßnahmen werden die dafür bisher zuständigen Instanzen tätig werden. Das Neue in den Plänen für die soziale Krankenversicherung liegt darin, daß die Schwierigkeiten und zum Teil verzweiflungsvollen Situationen, die durch die Aussteuerung eintreten, beseitigt werden sollen. Es soll mehr als bisher erreicht werden, daß der einzelne Fall individuell betreut wird und die Ergebnisse und Erkenntnisse der modernen Medizin dem Versicherten zugutekommen. (Beifall) Bei der Fürsorge treten wir wie bei allen anderen Gebieten dafür ein, daß entstehende Rechtsansprüche nicht geschmälert werden. Es soll aber hier nach individueller Prüfung so verfahren werden, daß zwar keiner unschuldig Not leidet, daß aber der Mißbrauch soweit wie möglich vermieden wird. (Beifall) Dazu wird die vertrauensärztliche Überwachung und Betreuung ebenso erforderlich sein wie bei der sozialen Krankenversicherung, wenn wir dazu gelangen wollen, über die bisherigen Leistungen hinaus auch die wirtschaftliche Situation der Familie in den entscheidenden Stadien bei längerer Krankheit zu sichern.

Wenn ich nun zur Familienpolitik komme, so ist mir die übliche Reaktion derer bekannt, die die Gestalt und das Werk des Bundesminister für Familienfragen nur durch eine bestimmte Presse kennen. Ich komme aus einem nichtkatholischen Land; in Schleswig-Holstein gibt es nur 6% Katholiken. Ich muß es hier einmal aussprechen, daß dort, wo der Bundesminister Franz-Josef Wuermeling seine Anliegen vertreten hat, er nur Freunde gewonnen hat. (Beifall) Er hat die Erkenntnis verbreitert, daß — ich bitte Herrn Professor Dr. Neundörfer um Entschuldigung, wenn ich es einmal so sage — es hier nicht nur um das individuelle Recht des Kindes auf einen entsprechenden Anteil am Sozialprodukt geht; wir sollten auch in der Rentenversicherung eine Erhöhung des Kinderzuschlages, nach dem Alter gestaffelt, von 30 auf 35% anstreben.

Ich wollte sagen, daß der Herr Bundesminister dafür Verständnis geweckt hat, daß es sich hierbei um die zukünftige Existenz der Familie im deutschen Volk handelt. Das Wort vom sterbenden Volk ist keine Erfindung, sondern es spricht eine Tatsache aus. Ich weiß, daß die Einbeziehung des zweiten Kindes großen Bedenken begegnet; ich weiß auch, daß es im gegenwärtigen Augenblick im vollen Umfang nicht möglich ist. Ich möchte aber dafür eintreten, daß wir uns bemühen sollten, zunächst den Familien, die 3 Kinder haben, auch für das zweite Kind ein Kindergeld zu geben. (Beifall) Es wäre nicht schlecht, wenn der Parteitag der CDU sich dazu aufschwingen könnte, auch an die Sozialpartner zu appellieren, das was sie einmal begonnen haben, nun auch freiwillig fortzusetzen, und bei kommenden Lohnerhöhungen sollte der individuelle Leistungslohn durch einen familiengerechten Lohn ersetzt werden.

Ich sage nur noch wenige Worte zur Eigentumsbildung. Ein entsprechender Ausschuß, an dem höchst honorable members of the parliament teilgenommen haben und teilnehmen, arbeitet an Vorlagen, die dazu führen — ich will einmal ein Fernziel ansteuern —, daß vielleicht bei uns in einigen Jahren ein mit Amerika vergleichbarer Zustand eintreten wird. In Amerika gibt es die Form der Klein-Aktie, die zur Folge hat, daß die meisten amerikanischen Arbeitnehmer unmittelbar mit interessiert sind am Schicksal der amerikanischen Nationalwirtschaft. Mir scheint wesentlich zu sein, daß wir eingesehen haben, daß es eine inhaltlich bestimmte christliche Freiheit nur dort gibt, wo sie sich bewähren kann in tatsächlicher Verantwortung auch für Hab und Gut, also für die Pflege und Mehrung des

Eigentums. Ich schließe damit, daß ich darauf hinweise, daß Eigentumsbildung innerhalb der Sozialreform das Kernstück unserer Selbstbehauptung gegenüber dem Kommunismus ist. (Beifall)

Politik im allgemeinen bedeutet Selbstbehauptung, bedeutet im einzelnen den Kampf darum, daß das Notwendige mit dem Möglichen verbunden und erreicht und verwirklicht wird. In der Selbstbehauptung gegenüber dem Osten und in der Wahrung unserer Eigenart innerhalb der westlichen Gemeinschaft der freien Völker scheint mir von wesentlicher Bedeutung zu sein, daß wir Eigentum und Familie als die beiden entscheidenden Brennpunkte all unserer Bemühungen um die Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens erkennen und beachten. (Beifall)

Präsident Cillien:

dankt Kultusminister Osterloh für sein Referat und fährt fort: Ich habe die Ehre, weiter unter uns zu begrüßen Herrn Mallet vom Generalsekretariat des MRP, ferner von der Katholischen Volkspartei Hollands, deren stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn van Liesholt und Herrn Chefredakteur Dr. Hahn. (Beifall)

Sie, Herr Präsident Schuman, sind bereits zweimal so herzlich begrüßt worden, daß meine Worte nicht ausreichten, unserer Freude über Ihr Erscheinen Ausdruck zu geben. Ich darf Sie nunmehr bitten, die versprochenen Worte an uns zu richten.

Präsident Robert Schuman:

Ich weiß, wie sehr unsere Zeit begrenzt ist, und ich entschuldige mich, daß ich so in die Tagesordnung einbreche und Sie wieder von dem eigentlichen Thema abbringe, aber es ist für mich ein Bedürfnis und für meine Landsleute, Ihnen heute, da Sie die zehnjährige Parteitätigkeit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands feiern, die Glückwünsche meiner Partei, der Republikanischen Volkspartei, zu überbringen. (Beifall)

Wir wissen, daß von Ihrer Partei die Hauptverantwortung, das Hauptrisiko getragen wurde für die Entwicklung der Dinge in Westdeutschland, besonders seit der Einsetzung der Bundesregierung. Welches war die Aufgabe, die sich damals stellte? Der politische Wiederaufbau auf einer neuen Grundlage mit neuen Männern. Sie waren umgeben von Mißtrauen. Sie waren eingeeengt durch das Besatzungsregime.

Welches ist heute das Resultat, auf das Sie mit Stolz zurückblicken können? In weniger als fünf Jahren wurde die volle Souveränität wiederhergestellt für Deutschland und eine vollberechtigte Anteilnahme am Weltgeschehen. Und dies alles, bevor es möglich war, einen eigentlichen Friedensvertrag, einen formellen Friedensvertrag für Deutschland abzuschließen.

Ich darf wohl ohne irgendeine Übertreibung sagen, daß noch nie ein Volk in so kurzer Frist eine so völlige Neuorientierung zustande gebracht hat. Dazu beglückwünschen wir Sie, und darüber freuen wir uns; denn wenn wir den Frieden in Europa wollen, dann muß in der Hinsicht das innere Gleichgewicht in den Nationen wiederhergestellt werden. Wir freuen uns, daß hier in Zentraleuropa das Beispiel von Ihnen gegeben wurde. Sie haben allerdings Glück gehabt dabei. Sie haben Glück gehabt! Sie haben eine außergewöhnliche Chance gehabt, nämlich einen solchen Bundeskanzler zu haben. (Sehr starker Beifall) Ich möchte sagen, er ist ein Geschenk der Vorsehung. (Starker Beifall) Er ist ein Mann, um den Sie die meisten anderen Nationen beneiden müssen. (Starker Beifall) Ich will in seiner Abwesenheit nicht mehr sagen; denn er würde mich beschuldigen, ich ginge hinter seinem Rücken vor. Aber Sie werden mich verstehen, wenn ich das aus meinem inneren Herzen herausspreche. (Beifall)

Ich will damit schließen, daß ich Ihnen sage, wie stolz ich bin, hier durch den Verlauf dieses Parteitages feststellen zu können, wie Sie weiterschreiten auf dem Wege zu der Neuorganisation der Dinge in Mitteleuropa, speziell aber in Deutschland. Ich hoffe mit meiner Partei und mit meinem Volk, daß auch das, was Ihnen am nächsten liegt, was in Ihrem Herzen das empfindlichste ist — nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands — in kürzester Zeit geschehen wird mit der Mitwirkung aller derjenigen, die am Frieden Europas interessiert sind. (Anhaltender stürmischer Beifall)

Wir wollen dieses Ziel nicht abhängig machen von irgendeinem anderen. Wir wollen es betrachten gewissermaßen als eine Vorfrage für die gesamte europäische Politik. (Sehr starker Beifall) Und dies sage ich nicht nur in meinem Namen, sondern im Namen meiner Partei und all derjenigen Franzosen, die sich wirklich Rechenschaft geben über die Bedeutung dieser Frage. In unser aller Interesse wünschen und hoffen wir fest, daß wir Deutschland weiterschreiten sehen in dem Sinne, auf dem Wege, den Sie so glücklich eingeschlagen haben. (Langanhaltender, sehr starker Beifall)

Präsident Cillien:

Herr Präsident! Sie haben aus dem Beifall gespürt, mit welchem Dank und mit welch herzlicher Freude wir Ihre warmen und verständnisvollen Worte entgegengenommen haben. Seien Sie herzlichst bedankt!

Präsident Cillien schließt darauf die Vormittagssitzung.

3. Plenarsitzung

Präsidentin Frau Rösch

eröffnet die 2. Plenarsitzung wieder um 17.00 Uhr

Es ist an der Zeit, daß wir in unserer Tagesordnung fortfahren. Vorher darf ich Ihnen Kenntnis von einem Schreiben geben, das soeben eingetroffen ist. Es ist von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus und lautet:

Vor allem ist es uns ein Bedürfnis, unserem verehrten Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer den besonders herzlichen Gruß zu entbieten. Wir wünschen der Veranstaltung einen angenehmen und erfolgreichen Verlauf und bitten Sie, unsere Versicherung entgegenzunehmen, daß wir jederzeit mit allen unseren Kräften hinter den Maßnahmen der Bundesregierung stehen. (Beifall)

Ich erteile nun das Wort

Bundesgeschäftsführer Dr. Heck

Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Partei

Den letzten Bericht über die Arbeit der Partei hat unser verstorbener Freund Robert Tillmanns auf dem Parteitag in Hamburg erstattet. Er gab damals einen Überblick über den Aufbau und Ausbau der Partei seit Goslar. Er hat seine Ausführungen mit der Überzeugung geschlossen, daß der gute Dienst, den wir in harter Arbeit für unser Volk geleistet haben, bei der Bundestagswahl seine Früchte tragen werde. Die Wahl 1953 hat dann einen sehr großen Erfolg gebracht — sicherlich in erster Linie für unseren Ersten Vorsitzenden, den Herrn Bundeskanzler, für unsere Minister und unsere Bundestagsfraktion. Es war aber auch ein Erfolg der tausendfältigen Kleinarbeit, die in unserer Partei auf Orts- und Kreisebene wie auf Landes- und Bundesebene geleistet worden ist.

Von unseren Gegnern, die uns diesen Erfolg neiden, wird seit dem 6. September 1953 immer wieder mit erhobenem Zeigefinger behauptet, eine so starke Partei wie unsere Union sei eine Gefahr für die

Freiheit und für die Demokratie. Dazu ist nur eines zu sagen: Die Weimarer Republik ist nicht zuletzt daran zugrundegegangen, daß es nicht gelungen ist, neben der Sozialdemokratischen Partei alle Schichten und Gruppen unseres Volkes in einer großen Volkspartei anzusprechen und zu vereinen. Wenn es damals eine demokratische Partei von der Stärke und Stabilität der Union gegeben hätte, eine große nichtsozialistische Volkspartei, dann würden unserem Volk und der Welt die furchtbare Zeit zwischen 1933 und 1945 und deren Folgen erspart geblieben. (Beifall) Daß das Vertrauen unseres Volkes zu unserer Partei erhalten bleibt und weiterhin wächst, ist für die Zukunft der deutschen Politik von sehr großer Bedeutung. Und unsere Aufgabe ist es, die Aufgabe der Partei im engeren Sinne, dieses Vertrauen zu festigen und zu erhalten. Was wir hier begonnen haben, darüber habe ich zu berichten. Ich möchte dabei eine ermüdende Aufzählung vermeiden und werde mich deswegen auf das beschränken, was geeignet ist, den Delegierten dieses Parteitages und der Öffentlichkeit ein Bild über unsere Arbeit und über die Richtung dieser Arbeit zu geben.

Das sind zunächst die Wahlen. Seit dem Parteitag in Hamburg haben in allen Bundesländern Landtagswahlen stattgefunden. Im Schnitt konnten wir bei den Landtagswahlen der vergangenen zwei Jahre 36,1 % der Stimmen erreichen. Die vergleichbaren Wahlen während der ersten Legislaturperiode ergaben für die CDU einen Durchschnitt von 28,1 % der Stimmen. Bei nüchterner Wertung dieser Entwicklung können wir feststellen, daß die CDU ihre Position im Kräftespiel der deutschen Parteien auch auf Landesebene erheblich gefestigt hat. Bemerkenswert ist dabei, daß wir in den Ländern Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen von Landtagswahl zu Landtagswahl den Anteil unserer Stimmen weit über die Hälfte erhöhen, in Bremen sogar fast verdoppeln konnten. (Beifall)

Das Vertrauen ist gewachsen, besonders gewachsen gerade dort, wo sich unsere Gegner mit dem Appell an das konfessionelle Ressentiment die sichersten Erfolge erhofft hatte. Das ist ein Erfolg unserer Landesverbände, ihrer Politik und auch ihrer Organisation. Ich möchte hier persönlich und im Namen der Bundespartei meinen Kollegen, den Landesgeschäftsführern, dafür danken, daß es uns gelungen ist, diese Wahlen in fruchtbarer Zusammenarbeit und sinnvoller Aufteilung der Arbeit vorzubereiten und vor allem auch dafür, daß die organisatorische Gliederung der Partei soweit einheitlich gestaltet werden konnte, wie dies für eine reibungslose Zusammenarbeit der Landesverbände mit der Bundespartei und der Landesverbände unter sich erforderlich ist.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist heute in Anpassung an die Kommunal- und Kreisgrenzen so organisiert, daß wir mit 387 Kreisverbänden und 4400 Ortsgruppen das ganze Bundesgebiet — Bayern ausgenommen — erfaßt haben. In den kleineren Gemeinden sind wir jeweils mit mehreren Vertrauensleuten vertreten. Dank dieser organisatorischen Arbeit ist es uns gelungen, den Stand der Mitglieder von rund 215 000 (Stichtag 1. 4. 54) auf rund 245 000 (Stichtag 1. 1. 56) zu erhöhen.

Der Vorstand war sich darüber klar, daß eine moderne Partei bei der außergewöhnlichen beruflichen Inanspruchnahme unserer Bevölkerung ohne eine bestimmte Zahl hauptamtlicher Kräfte nicht auskommen kann. Wir haben deswegen schon ein Jahr vor der letzten Bundestagswahl damit begonnen, für die Bundestagswahlkreise hauptamtliche Geschäftsführer auszubilden und anzustellen. Die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen, wo parallel zur Gründung der Union die Organi-

sation gut ausgebaut wurde, haben uns hier wertvolle Dienste geleistet. Heute sind — von wenigen Ausnahmen abgesehen — in allen Bundestagswahlkreisen hauptamtliche Geschäftsführer tätig, denen die organisatorischen Fortschritte der Partei mit zu verdanken sind. Ich glaube, der Parteitag hat die Pflicht, diesen Männern und Frauen, die mit viel Idealismus ihre im allgemeinen wenig beachtete, aber notwendige Arbeit leisten, herzlich zu danken. (Lebhafter Beifall)

Es ist in den vergangenen Monaten und im Zusammenhang mit den Düsseldorf Vorgängen vielerlei über die Parteiapparate, über Funktionäre und Apparatschiks gesprochen und geschrieben worden. Ich darf Ihnen hier im Namen meiner Kollegen der Landes- und Kreisgeschäftsführer mit Nachdruck erklären, **daß wir weder Funktionäre sein wollen noch Apparatschiks, die dafür sorgen, daß die Parteigremien nach dem Willen einer kleinen Gruppe zusammengesetzt werden, um bestimmte Entscheidungen zu erzwingen.** Unsere Partei hat eine zu hohe Meinung von der Freiheit, als daß ein paar politische Hauptfeldwebel auf den Parteitagen die Abstimmungen kommandieren könnten. (Beifall) Wir müssen und werden hier für die hauptamtliche Arbeit in der Partei einen neuen Stil entwickeln, wie er unserer Union gemäß ist. Wir sehen unsere Aufgabe darin, all das zu tun, was ehrenamtlich und nebenbei nicht geleistet werden kann, und all die tausend kleinen Dinge, ohne die es nun einmal nicht geht, die aber die Arbeit der in Partei und Staat vom Volk oder von den Mitgliedern gewählten Gremien erleichtern und fördern. Der Funktionär der Sozialdemokraten paßt nicht zu uns, und die Methoden und Praktiken des pseudoliberalen Geschäftsführersystems lehnen wir ab.

Parallel mit dem Ausbau unserer Organisation haben die Junge Union, die Kommunalpolitische Vereinigung und die Sozialausschüsse ihre Organisationen ausgebaut und die politische Bildungsarbeit in ihren Bereichen aufgenommen. Daneben haben sich unsere Studenten an allen deutschen Universitäten im Ring christlich-demokratischer Studenten organisiert. Ihr Monatsblatt „Der Civis“ hat sich in kurzer Zeit zu einer politischen Zeitschrift von gutem geistigen Niveau entwickelt. Die Junge Union zählte heute mehr als 50 000 Mitglieder. Sie ist damit die weitaus stärkste politische Organisation in der jungen Generation geworden. (Beifall) Auch der Kommunalpolitischen Vereinigung ist es in den letzten Jahren gelungen, ihre Arbeit auf alle Landesverbände auszudehnen. Ihre Mitglieder sind noch nicht in vollem Umfang organisatorisch erfaßt. Ich kann deswegen hier keine Zahlen nennen. Es fanden aber in allen Ländern regelmäßige Arbeitstagungen statt, die mit ihrem Erfahrungsaustausch Tausenden von ehrenamtlichen Kommunalpolitikern nützliche Anregungen gegeben haben.

Die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft haben in mühseliger Kleinarbeit, die häufig von unseren Freunden nach Feierabend geleistet werden mußte, in über 500 Mittel- und Großbetrieben ihre Betriebsgruppen aufgebaut. Diese Arbeit wird fortgeführt, da gerade in den Betrieben den Zersetzungsversuchen der Kommunisten entgegengetreten werden muß. Dazu genügt es allerdings nicht, daß man sich organisiert. Wir können der Wühlarbeit der Kommunisten nur dann wirkungsvoll entgegentreten, wenn unsere Männer und Frauen in den Betrieben die bessere Vorstellung einer sozialen Ordnung haben, und wenn sie in der Lage sind, diese bessere Ordnung auch zu vertreten. Deswegen glaube ich, sind wir den Sozialausschüssen zu besonderem Dank verpflichtet, daß sie in ein- bis dreiwöchigen Lehrgängen in Königswinter über 1200 junge Arbeitnehmer in diesem Sinne für ihre Verantwortung in den Betrieben mit dem notwendigen sachlichen Wissen ausgerüstet haben. Diese Arbeit wurde ergänzt durch zahlreiche Wochenendkurse auf Landes- und Kreisebene.

Damit ist eine der wichtigsten Aufgaben angesprochen, welche die Partei hat; ich meine die Sorge für den politischen Nachwuchs. Partei, Junge Union, Sozialausschüsse und neuerdings auch die Kommunalpolitische Vereinigung haben mit der Schulungs- und Bildungsarbeit begonnen. Sicher ist da und dort manches Nützliche und Wertvolle geleistet worden. Es fehlte aber am systematischen Aufbau und an der sinnvollen Koordinierung zwischen der Bundespartei, den Landes- und Kreisverbänden und den Vereinigungen innerhalb der CDU. Ich werde darauf noch zurückkommen.

Doch zunächst noch einiges zur Arbeit der Fachausschüsse! Es wäre wenig gesagt, wenn ich der Reihe nach die Ausschüsse aufzählte, die Zahl ihrer Sitzungen und Entschliebungen, aber eines kann ich sagen: Hier wurde viel solide und nützliche Arbeit geleistet, die lediglich deswegen nicht im einzelnen in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten ist, weil wir diese Arbeit von vornherein mit der Fraktion koordiniert haben. Ich greife lediglich drei Gruppen heraus, weil von ihnen in den letzten 12 Monaten die Vorarbeit für diesen Parteitag geleistet wurde.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat zusammen mit den Sozialausschüssen, dem Gesundheitsausschuß, dem Frauenausschuß und dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß die Unterlagen erarbeitet, die als Diskussionsgrundlage für die Arbeitskreise zur Reform der sozialen Leistungen, zur Familien- und Wohnungspolitik und für die Eigentumspolitik vorgelegen haben.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß und der Agrarpolitische Ausschuß haben in Ergänzung der genannten Problemkreise sich mit den Fragen beschäftigt, die an uns von der wirtschaftlichen Struktur und von der wirtschaftspolitischen Situation her heute gestellt sind und die im weiteren Sinne, wie wir es verstehen, auch zur Sozialreform gehören.

Daneben haben wir vor über einem Jahr begonnen, in einem kleinen Kreis vorzüglicher Fachkräfte den Stand unseres Schul- und Bildungswesens zu analysieren, um Grundsätze und Grundlinien einer Schul- und Bildungsreform zu erarbeiten. Es ist das besondere Verdienst unseres Freundes Robert Tillmanns, daß diese drei Gebiete von vornherein in ihrem wesentlichen Zusammenhang für eine umfassende Sozialreform gesehen wurden. (Beifall) Es geht dabei nicht etwa nur darum, die Berufsschulen zu reorganisieren. Unser gesamtes Schulwesen leidet darunter, daß die Ausbildung die Bildung überwuchert hat und daß es allzusehr und in sehr oberflächlicher Weise von dem bestimmt wird, was den Menschen nutzbar macht. Es ist eine Binsenwahrheit, daß weder der Staat noch die Gesellschaft noch die Wirtschaft von den Techniken des Regierens, des Verwaltens und des Organisierens allein leben könne, auch wenn sie noch so gekonnt sind. Wo beim Menschen das alles verbindende und verpflichtende Gefühl der sittlichen Verantwortung für sich selbst und für die Gemeinschaft verkümmert oder fehlt, haben weder Staat noch Gesellschaft noch Wirtschaft Bestand. Daß unsere Jugend in diese Verantwortung hineinwächst und sie sich erhält, ist Aufgabe der Familien, der Kirchen und der Jugendorganisationen, aber auch und vorzüglich Aufgabe unserer Schulen. Unter diesem Gesichtspunkt muß das Problem der Schul- und Bildungsreform gesehen werden. Unsere Vorarbeiten dazu sind soweit fortgeschritten, daß wir ihre Ergebnisse noch diesen Sommer dem Kulturpolitischen Ausschuß der Partei zuleiten können.

Nützlich und zweckmäßig hat sich auch unsere Auslandsarbeit entwickelt. Durch regelmäßige Aussprachen von Politikern der christlichen Parteien, die sich in der Internationalen Union Christlicher Demokraten zusammengeschlossen haben, konnten manche Mißverständnisse beseitigt

und das Verständnis für die besonderen Aspekte der internationalen Probleme, wie sie nun einmal für jedes Land gegeben sind, gefördert werden. Wir haben uns bei dieser Arbeit die besondere Aufgabe gestellt, Politiker und Journalisten der uns befreundeten Völker und Parteien nach Berlin einzuladen. Die Begegnung mit den Flüchtlingen aus der Zone in den Lagern Berlins und beim Notaufnahmeverfahren, der Rundgang durch die toten Fassaden des Ostsektors von Berlin, der niederschmetternde Eindruck, den die Menschen dort hinterlassen, haben noch immer das volle Verständnis für diese Not und den Willen, diese Not zu beseitigen, ausgelöst — ein Verständnis, das leider immer wieder von denen gefährdet wird, die glauben, hemdsärmelig und wie man einen Grand mit Vieren spielt, das deutsche Problem lösen zu können.

Wir sind mit unserer Parteiarbeit erst am Anfang, und es bleibt noch vieles zu tun. Dieser Anfang aber ist besonders schwierig gewesen. Unsere Union, in der sich Männer und Frauen beider Konfessionen nach dem Zusammenbruch gefunden haben, um die Konsequenzen aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und des nationalen Größenwahns zu ziehen, um die positiven Kräfte unserer politischen Geschichte, auch die gemäßigten Liberalen wie die ausgeschlossenen Konservativen, in einer großen Volkspartei zusammenzufassen, hatte nicht viel Zeit, sich um sich selbst zu kümmern. Wir mußten praktisch von den Gründungsversammlungen heraus in der Mehrzahl der Gemeinden, Kreise und Länder und dann nach den Bundestagswahlen 1949 auch im Bund die Hauptverantwortung für die Politik unseres Volkes übernehmen. Damit hatte die Partei ihre ersten und besten Kräfte an die Führung und Leitung des Staates abgetreten.

Zu dieser Belastung, die besonders unsere Partei getroffen hat, kam die allgemeine Belastung, von der alle demokratischen Parteien gleichmäßig getroffen waren: Der Nationalsozialismus hat nicht nur Ruinen und Millionen Toter hinterlassen, er hat eine ganze Generation aus dem positiven Bildungsprozeß des deutschen politischen Lebens ausgeschaltet und darüber hinaus viele politisch erfahrene und begabte Kräfte demokratischer Prägung vernichtet. Dazu kommt, daß der Idealismus der jungen Generation und die politische Vertrauensseligkeit eines ganzen Volkes noch nie so mißbraucht worden sind wie das Vertrauen und der Idealismus unseres Volkes und seiner Jugend. Das Ergebnis war, daß alle deutschen Parteien in stärkerem Maße Wählerparteien als Mitgliederparteien geworden sind. Deswegen bleibt uns als Aufgabe für die kommenden Jahre, daß wir aus dem Kreise unserer Wähler den Kreis derer erheblich erweitern, die bereit sind, sich für die Gestaltung unseres Staates aus christlicher Verantwortung einzusetzen und die Arbeit mitzutragen, die aus dieser Verantwortung unseren Staat leiten. Gerade nach der letzten Bundestagswahl, die den Erfolg und die Richtigkeit unserer Politik so großartig bestätigte, hat der Vorstand sich eingehend mit den Aufgaben befaßt, die unserer Partei gestellt sind, um die lähmende Hypothek des Nationalsozialismus im staatspolitischen Denken unseres Volkes zu überwinden.

Ich habe schon davon gesprochen, daß es unsere größte Sorge sein muß, einen geeigneten Nachwuchs heranzubilden. Gerade weil wir neu angefangen haben, hat unsere Partei eine besondere Aufgabe und Verantwortung, vor allem gegenüber der jungen Generation. Wir waren uns im Vorstand einig, daß wir die politische Schulungs- und Bildungsarbeit auf eine solide Grundlage stellen müssen. Wir haben es deswegen sehr begrüßt, daß ein Kreis von Freunden hier die Initiative ergriffen hat, um eine Heimschule zur Vorbereitung und Vertiefung des christlich-demokratischen Gedankengutes zu schaffen. Gerade die junge Generation wird hier Gelegen-

heit finden, in Begegnung und Aussprache mit Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben Erfahrung haben, sich darauf vorzubereiten, selbst Verantwortung im öffentlichen Leben zu übernehmen. Von dieser Schule aus werden wir, wie ich hoffe, das Schulungs- und Bildungswesen unserer Partei aufbauen können. Das Nachwuchsproblem läßt sich allerdings so allein nicht lösen. Die Hauptarbeit muß hier in den Gemeinde- und Stadträten, in den Landtagen und im Bundestag geleistet werden. Die erfahrensten Parlamentarier sollten sich in jedem Parlament dieser Aufgabe annehmen, nicht nur gelegentlich, sondern systematisch.

Die politische Erfahrung läßt sich nun einmal nicht studieren, sie kann aber von Generation zu Generation weitergegeben werden. Wir wollen uns jedoch bei unserer Arbeit hier nicht ausschließlich auf die junge Generation beschränken. Immer wieder müssen wir feststellen, daß vorzügliche, sachverständige und erfahrene Persönlichkeiten auf allen Fachgebieten nicht den rechten Zugang zur Politik finden. Das Wissen und die Kenntnisse, die Erfahrungen und der Rat dieser Männer und Frauen sollten für unsere politische Arbeit nutzbar gemacht werden. Es ist deswegen beabsichtigt, mit dieser Heimschule eine Art politischer Akademie zu verbinden, von der wir erwarten, daß sie befruchtend und anregend auf alle Schichten des Volkes einwirkt und von uns aus allen Schichten der Bevölkerung neue Kräfte zuführt.

Es ist ein schweres Stück Arbeit, das wir uns vorgenommen haben. Wir sind die einzige Partei — ich wiederhole es noch einmal —, die nach dem Zusammenbruch 1945 von neuen Ansatzpunkten aus neu angefangen hat. Wir haben unser in guten Traditionen und in harten Erfahrungen begründetes Programm, das zukunftssträftig ist. Was uns fehlt, ist die Erfahrung und die Tradition in der Parteiarbeit; sie gilt es in den kommenden Jahren zu schaffen!

Ich möchte meine Ausführungen nicht mit einem flammenden Appell schließen; ich muß Ihnen hier aber eines sagen: Wenn Sie in jeder Stadt und in jedem Dorf hier nicht mit Hand anlegen, werden wir schwerlich weiterkommen. Deswegen bitte ich Sie und alle Parteifreunde, mit uns an die Arbeit zu gehen; denn die Verantwortung liegt bei uns allen. (Starker Beifall)

Präsidentin Frau Rösch:

Sie haben den Rechenschaftsbericht unseres Bundesgeschäftsführers gehört. Ich glaube, wir tun gut daran, nun unsererseits gemeinsam ihm den Dank auszusprechen, den er allen Mitarbeitern ausgesprochen hat. (Starker Beifall) Er hat geschlossen mit den Worten, daß wir am Anfang stehen. Das wird uns allen klar, wenn wir uns die Mitgliederzahlen vor Augen halten. Ich weiß nicht, ob es Ihnen so ergangen ist wie mir. Die Kollegin aus Italien, unsere liebe Frau Dr. Conci hat mir berichtet, daß die Schwesternpartei in Italien allein 480 000 Frauen-Mitglieder hat.

Das ist ein Ziel für uns. Ich hoffe, daß wir auf dem Wege weiterschreiten, den wir von Italien vorgezeigt bekommen, und daß wir auf dem nächsten Parteitag einen beachtlichen Erfolg in dieser Richtung verzeichnen können. Das Wort hat nunmehr der Bundesvorsitzende der Jungen Union,

Dr. Stoltenberg (Junge Union):

Ich habe an sich etwas Bedenken, nach dem sehr klaren Referat von Herrn Dr. Heck und angesichts der mit Spannung zu erwartenden Wahlen hier jetzt etwas zur Situation der Partei und ihren Aufgaben zu sagen. Aber ich darf mich in diesem Falle auf den § 5 der Satzung stützen, der es dem Parteitag ausdrücklich überträgt, über die Berichte zu diskutieren und darüber Beschluß zu fassen.

Gestatten Sie mir daher, einige Gesichtspunkte und Sorgen, die uns in der Jungen Union Deutschlands beschäftigen, hier vorzutragen. Unser hochverehrter Herr Bundesvorsitzender — und Herr Dr. Heck hat es heute wieder getan — hat gestern in seinem Referat als eine entscheidende Aufgabe herausgestellt, daß wir unsere Organisation weiter ausbauen müssen. Das ist auch der Gesichtspunkt, der uns in der Jungen Union entscheidend beschäftigt. Herr Dr. Heck hat in seinem Bericht aufgewiesen — und wir alle, die wir in dieser Arbeit stehen, können das bestätigen —, daß wir in den letzten beiden Jahren erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen haben. Wir können eines sagen: die Politiker unserer Partei und besonders die leitenden Persönlichkeiten haben sich in unserem Volke Vertrauen erworben. Aber wir können, um es noch einmal zusammenfassend zu sagen, nicht übersehen, daß die deutschen Parteien insgesamt — auch wir, die CDU/CSU — nach 1945 noch nicht den Platz in der soziologischen und bewußtseinsmäßigen Wirklichkeit unseres Volkes und Staates gefunden haben, die sie brauchen, um einer stabilen, krisenfreien Demokratie in Deutschland willen. (Beifall.)

Wir verstehen unsere Union als Volkspartei. Ich glaube, wir sind es auch in der Zusammensetzung unserer Fraktion, in unserer und im wesentlichen auch in der soziologischen Struktur unserer Mitgliedschaft, aber um Volkspartei wirklich zu sein, ist die zahlenmäßige Basis noch zu schmal. Deshalb ist der Aufruf zum organisatorischen Ausbau, den Herr Dr. Heck hier gemacht, so dringend notwendig. Aber ich glaube, er genügt nicht allein; wir müssen uns — ich will das hier nur andeuten, das kann heute nicht durchgeführt werden — über die Voraussetzungen für eine breite Verankerung unserer Partei und damit unserer Politik unten konkreter und eingehender unterhalten, als das in den vergangenen Jahren, bei denen wir, wie Herr Dr. Heck sagte, das Übermaß der staatlichen Verantwortung zu tragen hatten, der Fall war. Die entscheidende Frage ist doch heute: Wie können wir möglichst viele Menschen methodisch richtig an die politischen Dinge und Entscheidungen heranführen.

Mit dem heutigen Appell zur politischen Verantwortung allein ist es nicht getan, so notwendig sie ist. Gerade die jungen Menschen fragen uns heute, und die Antwort ist in der Realität des Alltages nicht leicht: wo können wir mitarbeiten und sinnvoll an den Fragen der großen Politik Anteil nehmen? In vielen regionalen Organisationen, Verbänden unserer Partei wird hier schon eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Es sind auch bemerkenswerte Methoden der innerparteilichen Arbeit dort gefunden worden, aber es gibt in manchen, gar nicht wenigen Kreisen immer noch die Ansicht, es sei besser und richtiger, vor allem auch leichter, Politik nur in kleinen und kleinsten Kreisen zu machen. Man hat dort lieber, um es konkret zu sagen, 30 interessierte Mitglieder als etwa 300 oder 500 oder 1000.

So werden wir aber nicht bestehen können, so werden wir nicht die Organisationsstärke bekommen, die wir brauchen. Die Schwäche der anderen, besonders auch der FDP, bei der ja ein geradezu paradoxes Mißverhältnis zwischen dem Anspruch, den sie erhebt, und ihrer organisatorischen und auch geistigen Substanz besteht, kann uns nicht beruhigen. Volkspartei, das ist mehr, als die Partei nur als bloße Plattform oder gar als Sprungbrett zu sehen — darüber sind wir in diesem Kreise einig —, aber es gibt bei uns in der Praxis Fälle, wo Leute in verantwortlicher Position als Kandidaten herausgestellt werden, die dann erklären, vielleicht sogar in der Öffentlichkeit, daß sie unter Zurückstellung von Bedenken und auf Drängen ihrer Berufskollegen sich doch entschlossen hätten, der CDU beizutreten. Über diese Situation müssen wir hinaus-

kommen, wenn wir das, was der Begriff Volkspartei beinhaltet und was innerparteiliche Demokratie bedeutet, wirklich vollziehen wollen. Ich glaube, man muß sich schon dazu bekennen, und zwar mit allen Konsequenzen, unbeschadet der berechtigten Autorität der verantwortlichen Personen und Gremien, daß eine große Zahl von Mitgliedern auch lebendig und manchmal eigenwillig mitdiskutiert und mitbestimmt. Die Frage der so lebensnotwendigen Ausweitung und Stärkung unserer Organisation ist unlösbar verbunden mit der Lösung der hier kurz angedeuteten Aufgabe. Ich glaube, daß in der vergleichenden, der auswertenden und auch gestaltenden Arbeit hier die neue Bildungsstätte, von der Herr Dr. Heck gesprochen hat, eine sehr wertvolle Funktion zu erfüllen hat.

Man hat in der letzten Zeit Stimmen aus der Jungen Union, die sich in ähnlicher Weise über die Situation unserer Partei äußerten, als Ausdruck einer Opposition gegen die Grundlagen oder gegen die Politik der CDU werten wollen. Das ist völlig falsch. Gegen den Vergleich, der jetzt einmal angestellt worden ist, mit dem sogenannten jungen Leuten von Düsseldorf, müssen wir uns schon deshalb verwahren, weil wir im Gegensatz zu ihnen wirklich zur Jungen Union gehören und in ihr verankert sind. (Beifall) Wir bekennen uns vielmehr nachdrücklich zur Politik unserer CDU, zu ihren Grundsätzen, wie sie auch hier wieder auf diesem Parteitag eindeutig und eindrucksvoll dargestellt worden sind. Unsere Sorge ist nur — und daher kommen Fragen und gelegentlich eine Kritik —, daß wir sie lebendig in unserem Volk und gerade auch in der jungen Generation bewahren, um diese unsere Politik weiterhin fruchtbar werden zu lassen. (Beifall)

Präsidentin Frau Rösch:

Wir danken Herrn Dr. Stoltenberg für seine ergänzenden Ausführungen. Sie sind ein Zeichen dafür, daß wir nicht auf dem absterbenden Ast sitzen, sondern daß wir versuchen, in Zusammenarbeit zwischen jung und alt zu unseren Zielen zu gelangen, aber auch, um unsere Partei zu einer wirklichen Volkspartei zu machen.

Ich habe Ihnen nun bekanntzugeben, daß auf Wunsch unseres Ersten Vorsitzenden sofort eine Sitzung des Bundesparteiausschusses stattfindet.

Präsidentin Frau Rösch unterbricht die Plenarsitzung.

Sitzung des Bundesparteiausschusses, den 28. April 18.20—20.05 Uhr

In der auf Wunsch des Parteivorsitzenden einberufenen Sitzung des Bundesparteiausschusses wurde der Antrag von Nordrhein-Westfalen besprochen, das Parteistatut dahingehend zu ändern, daß ein Vorsitzender und vier stellvertretende Vorsitzende statt bisher zwei gewählt werden sollen. In einer eingehenden und zum Teil sehr lebhaften Aussprache wurde von den Gegnern des Antrages vor allem kritisiert, daß der Antrag so kurzfristig eingebracht wurde. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von 35 zu 32 Stimmen bei 126 Stimmberechtigten für den Antrag. Angesichts dieser knappen Mehrheit verzichtete der Parteiausschuß darauf, den Antrag zu unterstützen und stellte den Landesverbänden Nordrhein und Westfalen anheim, ihrem Antrag im Plenum des Parteitags einzubringen. Professor Süsterhenn wurde vom Parteiausschuß mit der Berichterstattung vor dem Plenum beauftragt.

Fortsetzung der Plenarsitzung

Präsident Lemmer:

eröffnet die Sitzung wieder um 20.15 Uhr.

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung über die Änderung des Partei-statuts

Prof. Dr. Süsterhenn:

Sie haben alle vor sich liegen das Statut in der alten Fassung und dazu einen neuen Entwurf. Dieser neue Entwurf ist in einer jahrelangen Arbeit entstanden und zuletzt in einer Sitzung der Landesvorsitzenden am 22. September 1955 gebilligt worden. Diese Billigung wurde noch einmal wiederholt durch den Bundesparteiausschuß in seiner Sitzung am 26. April 1956.

Bevor ich auf die Einzelheiten dieses Statutenentwurfs eingehe, möchte ich eine generelle Vorbemerkung machen. Wenn man als Jurist dieses Statut auf letzte Korrektheit, auf letzte Geschliffenheit oder auf absolute Vollständigkeit prüft, wird man ohne weiteres zu dem Ergebnis kommen, daß man ein Statut von mindestens der drei- bis vierfachen Länge anfertigen könnte. Aber wir waren in der Statutenkommission der Meinung, daß gerade bei einem derartigen Statut nichts falscher ist als ein übertriebener Perfektionismus. Man muß gerade in einem Organismus, wie es eine politische Partei ist, die ja vielmehr eine politische Bewegung als eine verkrustete Organisation sein soll, auch etwas Raum lassen für neue Entwicklungen und kann daher nicht alles in den letzten Einzelheiten in einem Statut festlegen. Außerdem ist es die Absicht des Bundesparteiausschusses und des Bundespartei Vorstandes, zu dem Statut noch verschiedene Ordnungen zu erlassen, so eine Verfahrensordnung, eine Geschäftsordnung, eine Finanzierungsordnung, eine Kassenordnung oder wie Sie es nennen wollen; aber das sind eigentlich mehr oder weniger bürokratische Einzelheiten, mit denen man einen Bundesparteitag nicht belästigen sollte. Diese bürokratischen Einzelheiten sollen in Zusammenarbeit zwischen dem Bundespartei-vorstand und dem Bundesparteiausschuß später geregelt werden.

Ersparen Sie mir nun, daß ich in meinem Bericht jeden Paragraphen des alten Statuts mit dem neuen Statut gegenüberstellen. Das was geändert worden ist, ist durch Unterstreichen sichtbar gemacht und fällt sofort ins Auge. Sie werden feststellen, daß in den §§ 1 bis 3 lediglich redaktionelle Änderungen, Versuche, den Stil zu verbessern, vorgenommen worden sind, daß aber keine sachlichen Änderungen vorliegen.

Eine sachliche Änderung findet sich erst im § 4. Dort handelt es sich um die Bestimmung über die Zusammensetzung des Bundesparteitages. Bisher war es so, daß die Landesverbände auf je 25 000 CDU-Wähler, berechnet nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl, einen Delegierten entsandten. Nach diesem Prinzip den Bundesparteitag zusammenzusetzen, entspricht an sich dem Prinzip einer reinen Wählerpartei, wobei lediglich darauf abgestellt ist: wieviel Wählerstimmen haben die einzelnen Landesverbände in ihrem Bezirk bei der letzten Bundestagswahl eingebracht? Wir waren aber der Überzeugung, daß im Zeitalter der Organisation eine reine Wählerpartei, die aus einer sehr losen Gruppierung besteht, ihren Aufgaben nicht gerecht werden kann, sondern daß wir von dieser losen Wählergruppenpartei doch in starkem Maße übergehen sollen zu einer festorganisierten Partei mit einem festen Mitgliederbestand. Im übrigen kann eine reine Wählerpartei gar nicht die Aufgaben erfüllen, die wesentlich zur Aufgabe einer Partei gehören, nämlich die Aufstellung der Kandidaten; denn das ist ja etwas, was zwingend an eine Parteiorganisation mit festem Mitgliederbestand gebunden ist.

Infolgedessen waren wir der Meinung, daß wir auch bei der Bildung der höchsten Organe unserer Partei, des Bundesparteitages und des Bundesparteiausschusses, dieses Prinzip der Mitgliederpartei, der festorganisierten Partei, stärker zum Ausdruck bringen müssen. Daher schlagen wir Ihnen für die Zusammensetzung dieser Parteiorgane eine Mischung in der Weise

vor, daß der Bundesparteitag sich zusammensetzt aus den Delegierten der Landesverbände und der besonderen Vertretungen und daß die Landesverbände auf je angefangene 75 000 CDU-Wählerstimmen einen Delegierten und auf je angefangene 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten entsenden. Es ist also hier für die Bildung unserer höchsten Parteiorgane eine Mischung des Prinzips der Wählerpartei und des Prinzips der festorganisierten Mitgliederpartei vorgenommen worden. Dieses Prinzip wird zweifellos — es ist jedenfalls unsere Hoffnung — dazu beitragen, auch in den einzelnen Landesverbänden den Ehrgeiz zu steigern, Mitglieder zu werben, weil die festorganisierten Mitglieder zugleich das Gewicht der einzelnen Landesparteien auf den Tagungen des Bundesparteitages und des Bundesparteiausschusses verstärken.

Nach demselben Prinzip ist im § 6 auch eine Kombination vorgenommen worden. „Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 375 000 Wählerstimmen und auf je angefangene 5000 Mitglieder je einen Delegierten“.

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit dann auf den § 7 lenken. Wenn Sie den § 7 Abs. a) nehmen, dann werden Sie feststellen, daß eine umfassendere Umschreibung der Aufgaben des Bundesparteiausschusses — der übrigens Bundesausschuß heißen soll — hier vorgenommen worden ist. Früher hieß es, daß der Bundesparteiausschuß zuständig sei für alle politischen und organisatorischen Fragen, die im gemeinsamen Interesse der Landesverbände liegen. Heute heißt es:

Der Bundesausschuß ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei, soweit sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind.

Damit ist eine Generalzuständigkeit für den Bundesausschuß geschaffen, soweit nicht ausdrücklich gewisse Befugnisse dem Bundesparteitag selbst vorbehalten sind, und zwar eine Zuständigkeit, die sich auf alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei erstreckt. Damit ist der Bundesausschuß eigentlich so etwa wie ein kleiner Bundesparteitag in Permanenz. Er soll eigentlich das demokratische Organ sein, das einerseits zwischen den Bundesparteitagen den Willen unserer Wähler von unten nach oben an die Parteiführung und an unsere Abgeordneten heranbringt, andererseits aber auch wiederum das Vermittlungsorgan, um von oben nach unten für die Verbreitung der Gedanken und Überlegungen unserer Parteiführung und unserer Mitglieder der Bundestagsfraktion, unserer Amtsträger in der Regierung usw. zu sorgen.

Man war sich auch darüber klar, daß dieser Bundesausschuß in der Vergangenheit nicht genügend aktiviert worden ist. Wir meinen, daß das eine absolute Notwendigkeit ist, gerade im Hinblick auf die bevorstehenden großen Aufgaben, mit denen wir uns noch auseinanderzusetzen haben, um mehr noch als bisher den Zusammenhalt zwischen oben und unten, zwischen den Auffassungen und Stimmungen unserer Mitglieder und Wähler und denen zu wahren, in deren Händen die politische Führung bzw. die konkrete politische Entscheidung liegt.

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit noch auf die Ziffer d) des § 7 lenken. Dort heißt es, daß der Bundesausschuß eine Wahlkommission wählt. Diese soll in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen (siehe Wahlgesetz) gemäß den vom Bundesausschuß festzulegenden Richtlinien an der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirken.

Wir sind uns alle darüber klar, daß die Schlagkraft, daß die Funktionsfähigkeit und die Arbeitsintensität einer Fraktion ganz entscheidend von ihrer Zusammensetzung abhängt. Die Zusammensetzung einer Fraktion kann nur von demjenigen beurteilt werden, der einen Gesamtüberblick

hat über die Kandidaten, die im weiten Bundesgebiet in Frage kommen, über die Bedürfnisse auch an Spezialisten und Fachleuten für bestimmte Gebiete, die sich aus den Erfahrungen der Arbeit der Bundestagsfraktion ergeben haben

Nun soll in keiner Weise in die Autonomie der Wahlkreise bei der Kandidatenaufstellung eingegriffen werden. Das ist an sich schon durch die Bestimmungen des Bundestagswahlgesetzes verhindert. Sie werden uns aber doch zustimmen, daß es notwendig ist, wenigstens ein Mindestmaß von Koordination und Fühlungnahme zu versuchen, damit unsere Fraktion im Bundestag auch wirklich eine Zusammensetzung hat, die es ihr erlaubt, die schweren Aufgaben, die sich nach dem nächsten Bundestagswahlkampf ergeben, zu erfüllen. Man kann gegenüber dieser Bestimmung unter Umständen etwas skeptisch sein und sagen: sie wird doch keinen Erfolg haben. Ich glaube aber, es ist für die Arbeit der Bundespartei von entscheidender Wichtigkeit, daß hier der Parteitag als das höchste demokratische Organ der Partei einmal grundsätzlich betont, daß eine derartige Koordination der verschiedenen Interessen wegen der Schlagkraft unserer Fraktion eine Notwendigkeit bedeutet. Mehr soll in diesem § 7 Ziffer d) nicht gesagt werden.

Ich richte dann Ihre Aufmerksamkeit auf den § 9, der die Zusammensetzung des Bundesvorstandes behandelt. Besonders die Herren von der Presse werden jetzt wahrscheinlich sehr enttäuscht sein über das, was ich Ihnen mitzuteilen habe. Wenn man in der Presse in den letzten drei Monaten die verschiedensten Kombinationen und Spekulationen mit großem Interesse verfolgt hat, die über die Zusammensetzung des Vorstandes, über die neue Organisation des Vorstandes angestellt worden sind, dann mußte man immerhin mit gewissen Spannungen hier zu diesem Parteitag kommen. Ich kann Ihnen aber sagen, wenn Sie einmal prüfen und vergleichen, was in dem alten § 9 stand und jetzt in dem neuen § 9 gesagt wird, dann werden Sie keine wesentliche Veränderung des Aufbaus des Vorstandes und damit der maßgebenden Führung unserer Partei feststellen, sondern man hat lediglich aus gewissen praktischen Erfahrungen der letzten Jahre die Konsequenz gezogen und ein gewisses Gewohnheitsrecht, das bereits entstanden war, kodifiziert. Im einzelnen setzt sich der Bundesparteivorstand wie folgt zusammen:

- a) dem Vorsitzenden — das war auch in der alten Satzung so —
- b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden — das war gleichfalls in der alten Satzung so —

Ich muß hier eine Bemerkung anknüpfen. Die Landesverbände von Westfalen und Nordrhein haben zu diesem Punkte einen Abänderungsantrag gestellt, wonach es heißen soll:

Der Bundestag setzt sich zusammen aus

....

- b) vier gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden.*

Dieser Antrag, der erst gestern Abend auf den Delegierten-Versammlungen dieser beiden Landesverbände erarbeitet und heute dem Bundesvorstand und dem Präsidium dieser Tagung zugeleitet worden ist, war Gegenstand der Beratungen, die eben im Parteiausschuß stattgefunden haben, weswegen hier die Sitzung des Plenums unterbrochen werden mußte. Der Parteiausschuß hat sich eingehend mit diesem Antrag auseinandergesetzt. Man hat von verschiedenen Seiten noch alle möglichen Änderungsanträge zu dieser Ziffer b) gestellt, aber nach einer langen Debatte ist der Parteiausschuß mit einer ganz überwiegenden Mehrheit zu dem Ergebnis gekommen, es bei der Regelung der alten Satzung, d. h. bei zwei stellvertretenden Vorsitzenden, zu belassen. (Beifall).

Unter c) finden Sie aufgeführt die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Auch das ist keine Neuerung. Diese Einrichtung ist Ihnen schon unter der Bezeichnung Dreimännerkollegium oder Triumvirat bekannt. Es hat sich ergeben, daß eine derartige Institution, ein besonders kleines, intensiv arbeitendes Exekutiv-Komitee eine unbedingte Notwendigkeit ist, um den Aufgaben der politischen wie der organisatorischen Tagesarbeit gewachsen zu sein.

Es folgt dann etwas, was an sich eine Selbstverständlichkeit ist. Eine Organisation kostet Geld; die Arbeit muß finanziert werden. Der Bundesschatzmeister muß gefragt werden. Genau so wie das Kabinett auf den Bundesfinanzminister angewiesen ist, sind die Mitglieder des Bundesvorstandes auf den Bundesschatzmeister angewiesen, der also wie bisher Mitglied des Bundesvorstandes bleibt. Auch der Bundesgeschäftsführer ist ein notwendiges Exekutivorgan. Um nun wirklich eine gute Zusammenarbeit zu gewährleisten, haben wir vorgeschlagen, daß der Bundesgeschäftsführer auch Mitglied des Vorstandes ist, um dort die organisatorischen Interessen mit vertreten zu können.

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß Herr Dr. Heck eben in seinen: Vortrag gesagt hat, daß sich unsere Geschäftsführer nicht als irgendwelche pseudoliberalen Funktionäre fühlen, sondern daß sie aus ihrer inneren Überzeugung heraus sich dem Programm und den Aufgaben unserer Partei verpflichtet fühlen. (Beifall). Mit Funktionären, denen wir persönliches oder politisches Mißtrauen entgegenbrächten, könnten wir überhaupt keine erfolgreiche Arbeit für unsere Partei leisten.

Es gehören weiter zum Vorstand der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und sein Stellvertreter, weiterhin unter der Ziffer g) der Bundestagspräsident, natürlich nur, wenn er der CDU angehört. Weiter gehören dazu unter h) die Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen, die den Landesverbänden gleichgestellt sind, nämlich der Exil-CDU, der CDU jenseits der Oder/Neiße, unter i) die Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU, die im § 12 aufgeführt sind, und unter k) 10 weitere Mitglieder. Die CDU-Regierungschefs und CDU-Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil. Es war der Antrag gestellt, mit beschließender Stimme. — Bundesparteiausschuß und Bundesparteivorstand haben sich auf den Standpunkt gestellt, es genüge, wenn Rede und Gegenrede geübt werden könnten. Es sollte auch eine gewisse Spannung zwischen denen, die in der unmittelbaren Verantwortung stehen, und denen, die die unmittelbare Vertretung des Wählervolkes oder der Parteioorganisation im engeren Sinne des Wortes darstellen, existieren.

Das ist eigentlich das, was in den ganzen Pressevorschauen zu unserem Parteitag als die große Sensation bezeichnet worden ist, als das Direktorium, durch das irgend jemand entmachtet werden sollte oder wie diese Perspektiven immer gelaute haben.

Es heißt weiter im § 9:

Die unter a) bis g) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand.

Es hat sich nämlich während der letzten Jahre herausgestellt, daß alle die unter a) bis g) aufgeführten Vorstandsmitglieder tagtäglich auf eine intensive Zusammenarbeit angewiesen sind. Und nur das, was sich in der Praxis als Erfahrung gezeigt hat, ist hier deklariert worden. Das ist das ganze Geheimnis der großen Veränderungen, die angeblich in der CDU vor sich gehen sollen.

Es heißt weiter im § 9:

Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen. Der Vorstand kann bis zu drei Mitgliedern kooptieren.

Auch das ist eine praktische Notwendigkeit, daß man diesen oder jenen Fachmann, diesen oder jenen Repräsentanten einer bestimmten Gruppe unserer Wählerschaft, die bei den Wahlen der 10 Mitglieder noch nicht zum Zuge gekommen ist, im Wege der ausgleichenden Gerechtigkeit berücksichtigen kann.

Dann ist noch von Bedeutung der § 12. Hier ist eine gewisse Änderung dadurch vorgenommen worden, daß die Vereinigungen innerhalb der CDU ausdrücklich aufgeführt werden, und zwar (Frauenausschüsse, Junge Union, Sozialausschüsse und KPV). Nun ist ein Antrag gestellt worden, den Mittelstandsausschuß, der sich in der ganzen Bundesrepublik jetzt nach unten hin durchorganisiert, zu diesen Vereinigungen hinzuzunehmen. Der Bundesparteiausschuß hat eben diesen Punkt auch beraten und sich einmütig dafür ausgesprochen, daß diesem Antrag unserer mittelständischen Freunde Rechnung getragen werden soll (Beifall). Wir waren der Überzeugung, daß es sich um eine Schicht handelt, die ähnlich wie die durch die Sozialausschüsse vertretene Schicht von besonderem Wert und besonderer Bedeutung ist, daß sie sich aber andererseits in einer besonderen Gefährdung befindet, weil gerade auf sie gewisse Agitatoren mit einer ungeheuren Vehemenz losgehen.

Die praktische Auswirkung der Aufzählung dieser Organisationen im § 12 ist es, daß die Vorsitzenden dieser Vereinigungen innerhalb der CDU gemäß § 9 Ziffer i) geborene Mitglieder des Bundesvorstandes sind.

Damit habe ich mich im wesentlichen meiner Berichterstattungspflicht entledigt. Ich darf vielleicht noch auf folgendes aufmerksam machen, was aber von rein formaljuristischer Bedeutung ist. Wenn wir jetzt beschließen, daß Bundesparteitag und Bundesparteiausschuß nach diesem neuen Mischprinzip, nach Wählerstimmen und Mitgliederstimmen, zusammengesetzt werden sollen, dann wäre mit einem Schlag der Bundesparteitag und der Bundesparteiausschuß nicht mehr beschlußfähig, weil sie noch nach der alten Satzung zusammengesetzt sind. Hier müssen wir also eine Übergangsregelung treffen, wobei ich Ihnen vorschlage:

Die Satzung tritt am 1. Mai 1956 in Kraft. Bundesparteitag und Bundesparteiausschuß sind in ihrer jetzigen Zusammensetzung ermächtigt, die im Statut vorgesehene Wahl vorzunehmen, bis die beiden Organe nach den in den §§ 4 und 6 niedergelegten Vorschriften umgebildet worden sind.

Es sind noch einige andere Änderungsanträge eingelaufen, die wahrscheinlich unmittelbar aus dem Plenum beigebracht werden. Ich darf aber nochmals alle diejenigen, die sicher eine Fülle von Verbesserungsvorschlägen anbringen konnten, alle diejenigen, die feststellen konnten, daß die Satzung nicht vollständig ist, doch darauf hinweisen, daß durchaus die Möglichkeit besteht, allen diese Anregungen und Ergänzungen in der vorgesehenen Verfahrens- und Geschäftsordnung anzubringen. (Beifall).

Präsident Lemmer:

Wir danken unserem Freund Süsterhenn und seinen Mitarbeitern für die gewissenhafte Arbeit, die sie zur Vorbereitung der Reform der Parteisatzung geleistet haben. Ich möchte jetzt dem Parteitag eine Empfehlung geben, nämlich auf eine Generalaussprache zu verzichten. (Vereinzelter Widerspruch). — Lassen Sie mich das begründen, und dann entscheidet der Parteitag. Wir haben es hier nicht mit einer strukturellen Veränderung unseres

Parteistatuts zu tun, sondern nach Ansicht der Beteiligten, die die Änderungen ausgearbeitet haben, mit einer Reform, wie sie aus den Erfahrungen der Praxis ergibt. Ich würde vorschlagen, daß ich die einzelnen Paragraphen aufrufe, so daß dann jeweils zu den einzelnen Änderungsanträgen etwas gesagt und dazu Stellung genommen werden kann. Bei einer Generalaussprache wird sich alles wiederholen; denn was dort gesagt wird, kommt dann in der speziellen Debatte erneut zum Ausdruck. Ich weiß nicht, ob Sie darin eine besondere Leidenschaft zum Strapazieren der Demokratie erblicken wollen oder nicht.

Ich bitte also um Äußerungen, ob eine Generaldebatte gewünscht wird. — Kein Widerspruch! (Zuruf: Doch!) Ich erteile einem Freund das Wort — das wäre Herr Duffhues aus Westfalen. (Duffhues: Darf ich zum § 5 etwas sagen?) Selbstverständlich! Sie können sogar sehr gründlich zu den einzelnen Paragraphen das Wort ergreifen. Ich möchte nur verhindern, jetzt eine Grundsatzdebatte über die Änderungen zu führen. — Der Parteitag ist damit einverstanden.

Dann erlaube ich mir, die einzelnen Paragraphen aufzurufen und die vorliegenden Abänderungsanträge bekanntzugeben. Ich rufe zunächst auf den § 1, zu dem kein Abänderungsantrag vorliegt, so daß ich annehmen darf, daß der Parteitag dem § 1 in der neuen Fassung, wie er sich aus dem Bericht Süsterhenn ergeben hat, zustimmt. Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf den § 2. Für ihn gilt wohl das gleiche. Ich darf ihn daher als angenommen erklären.

Wir kommen zum § 3. Hier liegt ein Abänderungsantrag Wackerzapp vor. Ich nehme an, der Antragsteller hat den Wunsch, ihn zu begründen. Das Wort hat unser Freund Wackerzapp.

Oskar Wackerzapp (Exil-CDU)

Ich möchte vermeiden, in den Verdacht zu kommen, einen übertriebenen juristischen Perfektionismus zu treiben. Auf der anderen Seite glaube ich, daß die Satzung in ihrer gegenwärtigen Gestalt doch in bestimmten Beziehungen einer gewissen Klärung und Ergänzung bedarf. Es ist ganz sonderbar, wir haben noch keine Geschäftsordnung, obwohl wir seit über 5 Jahren daran herumarbeiten. Wir wenden analog die Bundesgeschäftsordnung an, die aber nur stückweise zur Anwendung kommen kann.

Wir haben weiter keine Bestimmung darüber, wie sich in den einzelnen Gremien die Willensbildung zu vollziehen hat. Nach dem gegenwärtigen Rechtszustand ist es sonderbarerweise so, daß die erschienenen Mitglieder, ganz gleichgültig, ob es viele oder wenige sind, jederzeit beschlußfähig sind mit einfacher Majorität. Mein Vorschlag geht dahin, hier einige Sicherungen einzubauen, damit wir nicht Zufallsbeschlüssen unterworfen werden. (Zurufe: Der Antrag ist nicht verteilt!)

Präsident Lemmer

Dann darf ich mir erlauben, den Antrag vorzulesen, der wie folgt lautet:

§ 3 erhält folgenden neuen Absatz:

Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, finden für das Verfahren auf den Tagungen der Organe die Bestimmungen der Bundestags-Geschäftsordnung entsprechende Anwendung. Die Organe sind beschlußfähig, wenn sie mindestens eine Woche vorher mit Angabe der Tagungsordnung einberufen worden sind und wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Der Vorstand kann im Bedarfsfall mit verkürzter Ladungsfrist einberufen werden. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, mit

der Ausnahme, daß für Satzungsänderungen eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ und für den Auflösungsbeschluß eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ erforderlich ist. Die Abstimmung erfolgt, abgesehen von Wahlen, durch Handzeichen, es sei denn, daß $\frac{1}{4}$ der stimmberechtigten Mitglieder geheime Abstimmung durch Stimmzettel verlangt. Wahlen werden grundsätzlich in geheimer Abstimmung durch Stimmzettel vorgenommen; falls sich kein Widerspruch erhebt, können sie auch durch Handzeichen erfolgen.

Das ist der Inhalt des Antrages. Ich höre soeben von unserem Freund Süsterhenn, daß er keine Bedenken gegen die Abänderung hat.

(Prof. Dr. Süsterhenn: Doch, eine!)

Sonst hätte ich unserem Freund Wackerzapp empfohlen, das weitere Plädoyer zu unterlassen, da wir ja keine Meinungsverschiedenheit hier haben. Das Wort hat Herr Professor Dr. Süsterhenn.

Prof. Dr. Süsterhenn

Ich halte es für gefährlich, für Satzungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit vorzuschreiben. Damit verfestigt und verkrustet sich das organisatorische Gefüge der Partei. Hier handelt es sich nicht um Grundsätze, sondern um organisatorische Zweckmäßigkeitsfragen. (Beifall)

Präsident Lemmer

Die einzige Differenz wäre diese Zweidrittelmehrheit. Ich bitte unseren Freund Wackerzapp, sich darauf zu beschränken, wenn er seinen Antrag in dieser Hinsicht aufrechterhalten sollte.

Wackerzapp

Ich schließe mich diesen Bedenken an, stelle aber fest, daß für den Auflösungsbeschluß eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ erforderlich ist. Diese Bestimmung ist doch offenbar gebilligt worden. Mit dieser Modifikation trage ich meinen Antrag vor.

Präsident Lemmer

Es liegt also der Abänderungsantrag Wackerzapp vor. Dazu ist ein Abänderungsantrag Süsterhenn gestellt worden, die $\frac{2}{3}$ in die „Hälfte“ zu ändern. Ich lasse zunächst über den Antrag Süsterhenn abstimmen. Wer für die Abänderung des Antrages Wackerzapps von „ $\frac{2}{3}$ “ auf „die Hälfte“ in diesem Punkte ist, den bitte ich um das Handzeichen! — Das ist die große Mehrheit.

Ich stelle nunmehr den Abänderungsantrag Wackerzapp zur Abstimmung, nachdem seitens der Statutenkommission keine Einwände dagegen erhoben werden.

Kiesinger

Ich habe noch ein Bedenken! Diese Frist von einer Woche ist zwar in normalen Fällen durchaus angebracht, es kann aber sein, daß einmal ein Parteiorgan in einer kürzeren Frist einberufen werden muß. Für diesen Fall möchte ich nicht, daß uns die Hände gebunden sind.

(Zurufe: Sehr richtig! — Minister Dr. Fricke: Ich beantrage „in der Regel“ hinzuzufügen!)

Präsident Lemmer

Ich bitte zunächst um Feststellung, ob dieser Antrag, die Worte „in der Regel“ hinzuzufügen, Ihre Zustimmung findet. Ich bitte um das Handzeichen! — Das ist geschehen mit großer Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Nunmehr steht der zweifach abgeänderte Antrag Wackerzapp zur Abstimmung. Wer ihn mit diesen Änderungen annehmen will, den bitte ich um das Zeichen! — Gegenprobe! — Das ist eine geringe Minderheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe auf den § 4. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag Wackerzapp vor.

Wackerzapp

Zum § 4 habe ich nur einen ganz kurzen Zusatz; er lautet:

Der Bundesparteitag beschließt über die Leitung der Tagung.

Es ist etwas, was wir immer exerziert haben, und es sollte in der Satzung zum Ausdruck kommen. Es ist ein relativ unwesentlicher Satz oder Zusatz, aber juristisch nicht ganz ohne Bedeutung.

Präsident Lemmer

Auch zu diesem Punkt stehen seitens der Kommission keine Bedenken. (Zurufe: Vorlesen!) Also ich lese vor:

§ 4 letzter Absatz erhält folgenden Zusatz:

Der Bundesparteitag beschließt über die Leitung der Tagung.

Das ist an sich eine Selbstverständlichkeit, aber wenn wir ganz gründlich sein wollen, können wir es hinzufügen. Ich stelle also den Antrag zur Abstimmung. Wer für den Änderungsantrag Wackerzapp ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

Damit stelle ich den § 4 in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung. Wer ihn annimmt, möge ein Zeichen geben! — Das ist so gut wie einstimmig. Auch der § 4 hat seine Bestätigung auf dem Parteitag gefunden.

Wir kommen zum § 5. Hierzu liegt wiederum ein Abänderungsantrag Wackerzapp vor. Ich gebe zunächst einem Mitglied der Kommission, unserem Freund Dichtel, das Wort.

Dichtel

Ich bin irrtümlicherweise als Mitglied der Kommission bezeichnet worden, aber jedenfalls ist im Vorstand vor zwei Tagen sehr eingehend zu den Abänderungsanträgen Stellung genommen worden. Es gereicht dem Herrn Kollegen Wackerzapp zur Ehre, diese Anträge eingebracht zu haben; es kommen also noch eine ganze Menge von ihm. Eines kann man dazu sagen: diese Anträge könnten, im gesamten gesehen, mehr oder weniger angenommen werden, wenn man auf eine Satzung wert legt, in der jeder Vorgang juristisch genau abgezirkelt festgelegt ist. Da wir aber der Meinung sind von seiten des Vorstandes, man sollte auch dem lebendigen Spiel der Kräfte im Rahmen der Satzung Raum lassen, haben Vorstand und Parteiausschuß beschlossen Ihnen vorzuschlagen, diese ganze Serie von Anträgen nicht anzunehmen. (Lebhafter Beifall)

Präsident Lemmer

Die Verfahrensmethode muß dennoch so bleiben, daß ich Paragraph für Paragraph aufrufe. Wir haben also die Zurückweisung der Abänderungsanträge Wackerzapp zur Kenntnis genommen. Ich bitte aber unseren Freund Wackerzapp, zur Begründung kurz das Wort zu nehmen.

Vorher darf ich diesen Änderungsantrag vorlesen:

§ 5 Buchstabe a erhält folgenden Zusatz:

Die Gewählten bleiben nach Ablauf der zweijährigen Wahlperiode so lange im Amt, bis Neuwahlen erfolgt sind. Diese sind binnen drei Monaten nach Ablauf der Wahlperiode vorzunehmen.

Wackerzapp

Die Herren, die wir in Parteiämter gewählt haben, haben wir nach der gegenwärtig geltenden Satzung für zwei Jahre oder für ein Jahr gewählt. Wenn die zwei Jahre verstrichen sind, sind diese Herren nicht mehr in ihren Ämtern berechtigt.

Die Verfassungen haben für diesen Fall der Übergangsregelung vorgesehen, die ich Ihnen vorgeschlagen habe. Es soll kein Vakuum entstehen, sondern es sollen die Herren, die im Amte sind, auch über das Jahr oder über die zwei Jahre hinaus noch legitimiert sein, damit die Partei noch funktionsfähig bleibt. Wir haben doch weiß Gott — z. B. bei der FDP — erlebt, wie unter Umständen die Satzung und die juristischen Bestimmungen der Satzung von entscheidender Bedeutung sein können. Ein Jurist könnte zum Beispiel anfechten, daß die Legitimation nicht mehr besteht, wenn die Wahlperiode von einem Jahr um ist. Um diesen Eventualitäten vorzubeugen, habe ich diesen Abänderungsantrag gestellt.

Präsident Lemmer:

Ich stelle den Abänderungsantrag Wackerzapp zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen! — Die Gegenprobe! — Das ist die große Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu einem weiteren Abänderungsantrag zum § 5 von Nordrhein-Westfalen. Ich erteile das Wort zur Begründung dieses Abänderungsantrages des Landesverbandes Westfalen unserem Freund

D. J. H. Dufhues (Westfalen)

Ihnen liegt der Abänderungsantrag der Landesverbände Nordrhein und Westfalen vor, der eine Änderung des § 5 Abschnitt a) und des § 9 b) vorsieht. Ich darf diesen Antrag verlesen, wobei ich bereits jetzt darauf hinweisen möchte, daß ich geringfügige Änderungen des Textes vorgenommen habe, der bereits verteilt ist. Es handelt sich um Änderungen, die sich zwangsläufig aus den Anträgen zu Ziffer 1 und 2 ergeben. Die Landesverbände Nordrhein und Westfalen beantragen folgende Änderung des Satzungsentwurfs:

„1. Der § 5 Abschnitt a) erhält folgende Fassung:

Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und vier gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende für jeweils zwei Jahre.

2. Die Bestimmung des § 9 wird wie folgt geändert:

Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

.....

b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden.

Zwangsläufig ergibt sich daraus:

3. In der Bestimmung des § 7 c) wird das Wort „drei“ durch „fünf“ ersetzt.“

Das erste Wort zur Begründung dieser Anträge kann nur ein Wort der Entschuldigung sein. Ich bitte herzlichst um Nachsicht, daß Ihnen — jedenfalls der überwiegenden Mehrheit — die Anträge der Landesverbände Nordrhein und Westfalen erst heute oder in den letzten Tagen bekanntgeworden sind. Es wäre leicht, wenn ich mich zur Rechtfertigung darauf berufen würde, daß auch zahlreiche andere Anträge, nicht zuletzt die unseres verehrten Freundes Wackerzapp, Ihnen erst heute bekannt geworden sind. Es wäre uns sehr viel sympathischer gewesen, wenn wir Ihnen die Anträge hätten früher zugänglich machen können; wir bitten um Verständnis dafür, daß zwingende Gründe diese Verzögerung verursacht haben.

Die Anträge der Verbände Nordrhein und Westfalen befassen sich mit der Wahl der Mitglieder des Vorstandes, die durch den Bundesparteitag selbst in den Vorstand delegiert werden. Ihr wesentlicher Inhalt besteht darin, daß die Zahl der stellvertretenden Mitglieder auf vier erhöht wird. Dabei, meine verehrten Parteifreunde, handelt es sich nicht um ein Spiel mit Zahlen. Die Öffentlichkeit, vor allem aber unsere Mitglieder und Wähler, erwarten mit Spannung, welches Gesicht die Gesamt-CDU erhält durch die Wahl der Personen, die unmittelbar vom Bundesparteitag in den Vorstand entsandt werden. Es ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Begründung, daß auch der Bundesparteitag von Stuttgart eine einzige Kundgebung des Vertrauens zu Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer war — eines Vertrauens, das auf den staatsmännischen Leistungen dieses einzigartigen Mannes beruht. (Starker Beifall) Die infamen Angriffe, die während der letzten Monate gegen Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer gerichtet worden sind, können nur dazu beitragen, die Bande fester zu schließen und das Vertrauen in diesen Mann zu festigen. (Beifall)

Von dem Bundesparteitag in Stuttgart erwartet die Öffentlichkeit — erwarten vor allem unsere Mitglieder und Wähler aber auch eine Antwort auf die Frage, ob und welche weiteren Kräfte in dem Vorstand der Gesamt-CDU wirksam werden. Kräfte, die berufen und bestimmt sind, den geistigen und politischen Standort der CDU zu bestimmen. Es würde eine große Enttäuschung auslösen, wenn wir keine klare Antwort auf diese Frage geben würden.

Diese Abänderungsanträge entspringen ausschließlich der Sorge und der Verantwortung für die Gesamt-CDU. Der Herr Bundeskanzler hatte in seinem umfassenden Rechenschaftsbericht die Freundlichkeit, die Frage aufzuwerfen, ob der Landesverband Westfalen nicht zu kurz gekommen sei. Jedenfalls meine ich, die Frage so verstanden zu haben. Wir dürfen ihn beruhigen. Westfalen hat keine Wünsche und hat keine Forderungen. Wir haben nur den einen Wunsch, daß das vom Herrn Bundeskanzler erwähnte Neheim-Hüstener Programm vom Jahre 1945 in der Gesamt-CDU und für alle Zukunft lebendige Wirklichkeit bleibt. (Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Wort der Einleitung sagen: Einzelne von Ihnen werden den von mir vertretenen Antrag als eine Störung des „reibungslosen“ und „disziplinierten“ Verlaufs des Bundesparteitages ansehen. Meine lieben Parteifreunde! Wir sind nicht nach Stuttgart gekommen, um einen reibungslosen Verlauf des Bundesparteitages zu gewährleisten. Wir alle verspüren in der Öffentlichkeit und auch unter unseren Mitgliedern und Wählern eine leichte Unruhe — eine Unruhe, die nicht zuletzt ausgelöst ist durch die Vorgänge von Düsseldorf und vor allem die Hintergründe dieser Vorgänge. (Beifall)

Diese Unruhe, meine lieben Parteifreunde, muß auch in den Beratungen des Bundesparteitages wirksam werden, wenn er nicht an der Wirklichkeit des politischen Lebens vorbeigehen will. Mit äußeren Demonstrationen einheitlicher Auffassungen ist dem Herrn Bundeskanzler am wenigsten gedient. (Beifall) Er darf erwarten, daß wir — und ich füge hinzu, nicht nur wir — ihm mit der Achtung und der Verehrung begegnen, die in seiner Persönlichkeit, seinem Amt und seinen staatsmännischen Leistungen ihre Grundlage haben. Er muß aber auch erwarten, daß natürliche Spannungen und unterschiedliche Meinungen und Auffassungen zum Ausdruck kommen und zum Wohl der Union in gemeinsamer Verantwortung gelöst werden. (Beifall)

Bei der Einbringung unserer Abänderungsanträge haben wir uns vor allem von zwei Gesichtspunkten leiten lassen. Ich bitte Sie, die Anträge unter diesen Gesichtspunkten zu prüfen.

Mit dem Antrage verfolgen wir einmal das Ziel, das evangelische Element innerhalb des vom Bundesparteitages zu wählenden Vorstandes zu verstärken. Neben zwei stellvertretenden katholischen Mitgliedern würden wir gern zwei evangelische Freunde sehen (Beifall), profilierte Persönlichkeiten, die befähigt und berufen sind, das Tor weit nach der evangelischen Seite hin zu öffnen.

Alle Methoden der Brunnenvergiftung und Verfälschung unserer Absichten werden die Union der evangelischen und katholischen Christen niemals zu spalten vermögen. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß sich die natürlichen Spannungen zwischen evangelischen und katholischen Christen in der politischen Zusammenarbeit nicht auflösen dürfen in der Auseinandersetzung um paritätische Stellenpläne. Wir müssen erreichen, und das bleibt das Ziel der Union, daß wir letztlich stellvertretend der eine für den anderen politische Verantwortung übernehmen und tragen. Angesichts der sich verstärkenden Versuche, die Gedanken und Ziele der Union gerade in der evangelischen Bevölkerung unseres Landes in Mißkredit zu bringen, halten wir es für erforderlich, daß die evangelische Bevölkerung eindringlicher und umfassender angesprochen wird, damit sich erfüllt, was der Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier in seiner Rede über den geistigen Standort der Union so eindringlich erklärt hat, daß die Union in immer stärkerem Maße auch die politische Heimat der evangelischen Bevölkerung wird. (Beifall).

Und ein Zweites, meine lieben Parteifreunde, hat uns veranlaßt, diesen Antrag zu stellen. Am 20. Februar dieses Jahres ist die Regierung Arnold in Düsseldorf gestürzt worden. Allen Teilnehmern an der Auseinandersetzung in Düsseldorf bleibt unvergessen jener Ausdruck maßlosen und unverhohlenen Hasses gegen die von Dr. Konrad Adenauer geführte CDU, der in diesen Auseinandersetzungen zum Ausdruck kam. Es spricht vieles dafür, daß dieser von antichristlichen Affekten genährte Haß — ich darf an Äußerungen eines gewissen Thomas Dehler erinnern —, daß dieser Haß sich nicht nur in Nordrhein-Westfalen als Koalitions Kitt bewähren wird.

Damit sind Kräfte in die politische Wirklichkeit getreten, die, wie der Herr Bundeskanzler es mit Recht betont hat, nur die Macht und allein die Macht kennen. Kräfte, die zu Friedrich Naumann keine innere Beziehung haben, denen die Prinzipien einer sittlich-ethisch fundierten Politik ebenso fremd sind wie der Gedanke, daß auch Treu und Glauben im politischen Leben lebendige Wirklichkeit sein müssen.

Mit solchen Kräften kann man sich auf verschiedene Weise auseinandersetzen. Man kann diese Vorwürfe und die Methoden dieser Politik an sich abgleiten lassen. Demgegenüber halte ich es mit unserem Parteifreund Kultusminister Werner Schütz, der treffend einmal gesagt hat: Ein dickes Fell ist eine gute Sache, aber es darf nicht so dick sein, daß man ohne Rückgrat stehen kann. (Beifall) Wir nehmen den Fehdehandschuh auf. Wir wollen uns mit diesen Kräften auseinandersetzen, rechtzeitig auseinandersetzen, damit Deutschland das Schicksal von Weimar erspart bleibt. (Beifall)

Und nun komme ich zum entscheidenden Punkt: Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stand der Ministerpräsident Karl Arnold, sichtbar für das In- und Ausland. Seine Wahl in den Kreis der vom Bundesparteitag zu wählenden stellvertretenden Vorstandsmitglieder würde nach außen hin — auch sichtbar für Deutschland

und die ganze Welt — bekunden, daß die Gesamt-CDU nicht gewillt ist, diese Kräfte von gestern wieder erstarken zu lassen. (Beifall) Mit Karl Arnold würde eine stark profilierte Persönlichkeit in den Kreis der vom Bundesparteitag in den Bundesvorstand zu wählenden Männer einziehen. Als sein Name zuerst hier erwähnt wurde, haben Sie ihn mit starkem, mit lebhaftem Beifall begrüßt. Dieser Beifall war eine Bekundung des Vertrauens. Ich hoffe, daß Sie mit der Änderung der Satzung uns die Möglichkeit geben, dieses Vertrauen zum Wohle der Gesamt-CDU zu nutzen. (Sehr starker Beifall)

Präsident Lemmer:

Weitere Wortmeldungen zu diesem Abänderungsantrag liegen nicht vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen stimmberechtigten Mitglieder dieses Parteitages, die beabsichtigen, den Antrag, der soeben begründet worden ist, ihre Zustimmung zu geben, die Abstimmungskarte zu erheben. Ich bitte um den Versuch einer Gegenprobe! Ich frage die Mitglieder des Präsidiums, ob Sie meine Auffassung teilen, daß das Ergebnis unklar ist. (Zurufe vom Präsidium: Jawohl!) Dann bleibt uns nichts anderes übrig, um einen Hammelsprung zu vermeiden, der ja noch mehr Zeit in Anspruch nimmt, es mal mit dem Aufstehen zu versuchen.

Ich wiederhole die Abstimmung. Ich bitte noch einmal diejenigen, die dem Antrag zustimmen, sich mit erhobener Stimmkarte von den Plätzen zu erheben! — Danke sehr! Ich bitte um die Gegenprobe, auch durch Erheben der Karte. — Ich erkläre für meine Person, daß ich ratlos bin. Wir müssen also eine schriftliche Abstimmung vornehmen.

Ich schlage vor, damit wir keine Zeit verlieren, in den Beratungen fortzufahren soweit es sich um Paragraphen handelt, die mit dieser Abstimmung keine Beziehungen haben. (Beifall)

Ich rufe auf den § 6. Zur Begründung seines Antrages zum § 6 hat das Wort unser Freund

Wackerzapp

So unerfreulich es ist, daß Sie sich noch einmal mit trockenen Satzbestimmungen befassen müssen, so handelt es sich doch im § 6 um eine Bestimmung, die von sehr wesentlicher Bedeutung ist. Es geht zunächst einmal darum, daß die Landesgeschäftsführer nach der bisherigen Satzung dem Bundesausschuß mit beratender Stimme anhören, daß sie aber nach der neuen Satzung beschließendes Stimmrecht bekommen sollen. Diese Bestimmung bringt eine Reihe von schwerwiegenden Bedenken. Es gipfelt in der Frage, ob es einer sinnvollen Teilung der Gewalten entspricht, wenn die Vertreter der Exekutive stimmberechtigt mitwirken dürfen bei den Beschlüssen, die die zur politischen Entscheidung berufenen Organe zu fassen haben.

Der Bundesausschuß besteht aus geborenen Mitgliedern. Das sind etwa 80. Mit den Delegierten, die durch die Landesverbände entsandt werden, sind es etwa 100. Wenn die Landesgeschäftsführer insgesamt 18 Stimmen haben, dann ist ihr Stimmengewicht so groß, wie die Stimmen der Delegierten von Nord-Baden, Süd-Baden, Nord-Württemberg, Württemberg-Hohenzollern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Berlin zusammengenommen, die nämlich nur 16 Stimmen haben. Die Stimmen der 18 Landesgeschäftsführer entsprechen genau den Delegiertenstimmen von Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Das ist eine Verteilung, die nicht sinnvoll sein kann; denn damit werden die gewählten Mitglieder unter Umständen benachteiligt. Sie werden deswegen benachteiligt, weil sie ja ständig wechseln, während die Landesgeschäftsführer durchhalten und dadurch in der Parlamentsroutine und in der Sachkunde den gewählten Mitgliedern weit überlegen sind.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn meine Ausführungen als eine Minder-einschätzung der Landesgeschäftsführer aufgefaßt würden. Das liegt mir fern, im Gegenteil, ich habe allen Anlaß anzuerkennen, welche gewaltige Leistung die Landesgeschäftsführer zum Teil mit sehr unzulänglichen Apparaten usw. für die Partei vollbracht haben. Es geht nicht um persönliche Dinge, sondern um die Sache. Wegen der Teilung der Gewalten habe ich hier starke Bedenken. Aus diesem Grunde gipfelt mein Antrag darin, es bei der alten Regelung zu belassen, wonach die Landesgeschäftsführer kein Stimmrecht haben, wohl aber beratende Stimme.

Präsident Lemmer:

Die Kommission empfiehlt die Ablehnung des Abänderungsantrages. Ich gebe den Text bekannt:

*§ 6 Buchstabe e wird gestrichen und durch folgende Fassung ersetzt:
e) zehn weiteren Mitgliedern, die vom Bundesausschuß gewählt werden.*

Danach neuer Absatz:

Die Landesgeschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Bundesausschusses mit beratender Stimme teil.

Zum Schluß ein neuer Absatz:

Der Bundesausschuß wird vom Bundesvorsitzenden oder einem seiner beiden Stellvertreter oder von einem durch die Versammlung gewählten Mitglied geleitet.

Sie haben den Text gehört. Darf ich über die drei Abänderungsvorschläge pauschal abstimmen oder legt der Antragsteller Wert auf getrennte Abstimmung? (Zuruf: Getrennt) Also, ich bringe zur Abstimmung den ersten Unterantrag zu Ziffer e)

zehn weiteren Mitgliedern, die vom Bundesausschuß gewählt werden.

Wer dafür ist, den bitte ich, die Karte zu erheben! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Antrag:

Die Landesgeschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Bundesausschusses mit beratender Stimme teil.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen! — Die Gegenprobe! — Das ist die große Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 3:

Der Bundesausschuß wird vom Bundesvorsitzenden oder einem seiner beiden Stellvertreter oder von einem durch die Versammlung gewählten Mitglied geleitet.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die Karte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe! — Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Es liegt zum § 6 ein weiterer Abänderungsantrag vor. Ich erteile das Wort unserem Freund

Johannes Groß (Westfalen):

Ich habe die Ehre, Ihnen einen Abänderungsantrag zum § 6 des Entwurfs vorzulegen, der von Dr. Klepsch, Sabel usw. eingebracht worden ist. Er liegt Ihnen im Umdruck vor. Er bezweckt im Grunde sachlich das, was eben von Herrn Wackerzapp berührt worden ist, nämlich den Buchstaben e) des § 6 zu streichen. Das würde heißen, daß dem Satzungsentwurf in dem Punkte nicht gefolgt wird, wo er sich zum Ziele

setzt, den Landesgeschäftsführern Sitz und Stimme im Bundesausschuß unserer Partei einzuräumen.

Ich kann es mir ersparen, diesen Antrag lange zu begründen, und möchte mich dem anschließen, was Bundesgeschäftsführer Dr. Heck in seinem Rechenschaftsbericht getan hat, nämlich unseren Dank an die Landesgeschäftsführer abzustatten. Der Antrag ist keineswegs aus dem Grunde erfolgt, weil irgendein Mißtrauen in die politische Einsicht unserer Landesgeschäftsführer vorliegt. Nach der Satzung sollen die Landesgeschäftsführer auf einer ganz anderen Ebene tätig werden als auf der, für die sie an sich bestellt worden sind, d. h. sie sollen Sitz und Stimme im Bundesausschuß haben.

Ich bin mit den Antragstellern in der Tat der Meinung, daß ein solcher Vorschlag unter keinen Umständen von uns angenommen werden kann. Wenn gesagt wird, die Landesverbände müßten die Möglichkeit haben, ihre politischen Auffassungen angemessen vorzutragen auch durch ihre Landesgeschäftsführer, so kann man dem mit dem Hinweis begegnen, daß der Landesverband seinen Landesgeschäftsführer als Delegierten in den Bundesausschuß schicken kann. Dieser Versuch, den Landesgeschäftsführern Sitz und Stimme in einem Organ einer anderen Ebene zu geben, ist schon einmal vom westfälischen Landesverband unternommen worden. Dort ist einmal ein Antrag eingebracht worden, den Kreisgeschäftsführern unter Erfüllung bestimmter Bedingungen Sitz und Stimme im Landesausschuß zu geben. Dieser Antrag ist damals vom Landesparteitag der westfälischen CDU abgelehnt worden. Damit hat die westfälische CDU für diese Frage ein hervorragendes Präjudiz geliefert.

Gerade dieser Fall im westfälischen Landesverband ist zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung gemacht worden, und zwar vom Institut für politische Wissenschaft in Berlin. In einem Werk bemüht sich der Verfasser Gerhard Schulz, gerade an diesem Beispiel nachzuweisen, daß auch in der Christlich Demokratischen Union gefährliche Tendenzen vorhanden sind, und zwar struktureller Art, die bekämpft werden müßten. Das Bedenken, das sich gegen die beschließenden Stimmen der Landesgeschäftsführer wendet, ist dies, daß die Rolle der ehrenamtlichen Arbeit zurückgedrängt wird zugunsten derjenigen, die als Angestellte der Partei in ein solches Gremium aufrücken.

Wir gehen von dem Grundgedanken aus, daß jedes Gremium der Partei soweit wie möglich einer demokratischen Legitimation bedarf. Das ist beim Bundesausschuß der Fall, da seine sämtlichen Mitglieder aus irgendwelchen Wahlen hervorgegangen sind, jedoch nicht die Landesgeschäftsführer, die nunmehr hinzugezogen werden sollen.

Ich darf zusammenfassen: Für die Notwendigkeit, die Landesgeschäftsführer in den Bundesausschuß zu berufen, besteht kein sachlich gerechtfertigter Grund. Die Länder sind gut vertreten, und sie können sich durch ihre Geschäftsführer vertreten lassen. Ich möchte bitten, nicht unnötigerweise von dem Prinzip der Gewaltentrennung abzugehen. Daher bitte ich Sie herzlich, den hier gestellten Antrag zu unterstützen.

Präsident Lemmer:

Wir haben die Begründung dieses Antrages gehört. Er sieht vor, daß die Landesgeschäftsführer aus dem § 6 Ziffer e) gestrichen werden sollen, also nicht als Mitglieder des Bundesparteiausschusses mit Stimmrecht gelten.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die Karte zu erheben! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Das letzte ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Es liegt noch ein Antrag unseres Freundes Dr. Klepsch vor. Ich bitte ihn, kurz das Wort zu einer Begründung zu nehmen.

Dr. Egon Klopsch (Hessen):

Sie haben den eben gestellten Abänderungsantrag abgelehnt und damit den Landesgeschäftsführern Sitz und Stimme im Bundesparteiausschuß eingeräumt. Wir sind uns darüber klar, daß der Bundesausschuß nach der Satzung das politische Gremium sein soll, das in der Zeit zwischen den Parteitag das politische Führungsorgan, der kleine Parteitag der Partei zu sein hat.

Unter diesem Gesichtspunkt halten wir für unerlässlich, daß wichtige politische Repräsentanten unserer Partei, nämlich die Bundesminister, mit Sitz und Stimme in diesem politischen Führungsgremium ausgerüstet werden, nachdem wir den Landesgeschäftsführern Sitz und Stimme eingeräumt haben. Ich bitte Sie daher herzlich, den von 26 Parteifreunden gestellten Antrag zu unterstützen.

Präsident Lemmer:

Sie haben die Begründung dieses Antrages vernommen. Es geht darum, durch den § 6 zuzulassen, daß die Bundesminister der CDU dem Bundesausschuß angehören. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe! — Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich stelle nunmehr den durch diesen Abänderungsantrag revidierten § 6 als solchen zur Abstimmung. Wer ihm die Zustimmung gibt, der soll ein Zeichen geben! — Danke! — Die Gegenprobe erübrigt sich. Auch der § 6 hat die Zustimmung des Parteitages gefunden.

Nun gebe ich das Resultat der Abstimmung über den von Nordrhein und Westfalen gestellten Abänderungsantrag bekannt:

Mit Ja haben gestimmt 239.

mit nein 227.

(Starker Beifall bei etwa der Hälfte der Delegierten.)

Durch den Beifall wurde ich daran gehindert, noch mitzuteilen, daß 7 Stimmenthaltungen abgegeben worden sind.

Ich stelle die Annahme dieses Antrages fest. Ich frage den Parteitag, ob er damit einverstanden ist, daß er sinngemäß auch für die Fassung des § 9 durch diese Abstimmung angenommen ist! — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle das fest.

Damit kommen wir nun zur Abstimmung über den § 5. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich, ein Zeichen zu geben! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Der § 5 ist mit großer Mehrheit bestätigt worden.

Wir kommen zum § 7. Hier liegt ein Abänderungsantrag von Rheinland-Pfalz vor.

(Prof. Dr. Süsterhenn: Zurückgezogen!)

Danke! Dann liegt ein Änderungsvorschlag Wackerzapp zum § 7 vor. Das Wort hat unser Freund

Wackerzapp:

Es handelt sich um das wichtige Recht des Bundesausschusses, Wahlen zu tätigen für den Vorstand. Es heißt in der Satzung:

Der Bundesausschuß wählt drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, den Bundesschatzmeister und 10 weitere Mitglieder auf zwei Jahre.

Die 10 weiteren Mitglieder sind diejenigen Exponenten, die durch Wahl hineinkommen, während die übrigen Mitglieder des Vorstandes die sogenannten geborenen Mitglieder sind. Nun hat die Satzung früher bestimmt, daß für diese 10 weiteren gewählten Mitglieder auch Vertreter zu wählen sind. Die neue Fassung hat das gestrichen. Mein Antrag bezweckt, daß für die 10 gewählten Mitglieder wie früher auch Vertreter gewählt werden. Diese Wahl von Vertretern für die gewählten Mitglieder ist um so notwendiger, als die geborenen Mitglieder ausdrücklich das Recht zugebilligt erhalten, ihrerseits Vertreter im Falle der Verhinderung zu benennen. Es wäre eine krasse Benachteiligung der gewählten Mitglieder, wenn ihnen dieses Recht versagt würde.

Präsident Lemmer:

Das Wort zu diesem Abänderungsantrag hat unser Freund

Prof. Dr. Süsterhenn:

Es ist richtig, daß in der alten Satzung außer den jetzt in der Satzung enthaltenen Vorstandsmitglieder für die 10 sogenannten weiteren Vorstandsmitglieder auch 10 Stellvertreter vorgesehen waren. Das bedeutete praktisch, daß auch die 10 Vertreter jeweils an den Vorstandssitzungen teilnehmen mußten, wenn sie auf dem laufenden sein wollten. Dadurch wurde aber der Vorstand noch größer, als er ohnehin schon ist und sein mußte. Aus diesem Grund hat sowohl der Bundesparteivorstand wie auch der Bundesparteiausschuß beschlossen, in dem neuen Satzungsentwurf von den 10 Stellvertretern für die 10 weiteren Mitglieder Abstand zu nehmen.

Präsident Lemmer:

Ich danke für die Klarstellung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Abänderungsantrag Wackerzapp ist, den bitte ich um das Zeichen! (Zuruf: Wie heißt er?) Ich wiederhole:

In § 7 Buchstabe b) werden nach den Worten „10 weitere Mitglieder“ die Worte „und deren Stellvertreter“ eingefügt.

Ich bitte um das Handzeichen! — Eine Gegenprobe erübrigt sich. Der Antrag ist abgelehnt.

Ein weiterer Antrag Wackerzapp lautet:

Zusatz zu Buchstabe b):

Die Gewählten bleiben nach Ablauf der zweijährigen Wahlperiode so lange im Amt, bis Neuwahlen erfolgt sind. Diese sind binnen drei Monaten nach Ablauf der Wahlperiode vorzunehmen.

Die Kommission bittet um Ablehnung. Wer für den Antrag Wackerzapp ist, den bitte ich um das Handzeichen! — Die Gegenprobe erübrigt sich. Der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt muß der dritte Antrag ohnehin geändert werden. Ich nehme an, daß sich eine formale Abstimmung erübrigt, da der Paragraph in der neuen Fassung die vorangegangene Abstimmung berücksichtigt. Es muß jetzt heißen:

... und der vier Stellvertreter.

Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit stimmt der Parteitag dieser Änderung zu.

Nun zum Antrag Wackerzapp:

In Buchstabe c) werden die Worte „fällt einer der vier Vorsitzenden“, gestrichen und durch die Worte ersetzt „fällt der Bundesvorsitzende oder einer seiner vier Stellvertreter“.



*Am Präsidiumstisch: Ernst Lemmer M.d.B.,
Kultusminister Simpfendorfer und
Frau Julie Rösch M.d.B.*



*Delegierte bei der Abstimmung: Im Vordergrund rechts
Ministerpräsident a. D. Karl Arnold, links der
Landesvorsitzende der CDU Rheinland, Wilhelm Johnen*

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Zeichen! — Die Gegenprobe! — Das ist die große Mehrheit. Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zu einem Änderungsvorschlag von Hamburg:

Neufassung von Buchstabe d):

Er wählt eine Wahlkommission, deren Wünsche im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen von den Landesverbänden bei der Besetzung der Bundestagsmandate soweit wie möglich berücksichtigt werden sollen.

Wird das Wort hierzu gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen! — Die Gegenprobe. — Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den § 7 nach der Vorlage. (Zuruf: Noch ein Antrag.) Hier liegt keiner vor! (Zuruf: Wird verteilt! Weiterer Zuruf: Darf ich ihn begründen?)

Ja! Ich lese ihn erst vor.

Zu § 7 d):

Der Parteitag möge beschließen:

Hinter dem Wort Bundestagskandidaten" wird eingefügt „die nicht für einen Wahlkreis nominiert werden.“

Das Wort zur Begründung hat unser Freund

Lothar Haase (Hessen)

Es ist bestimmt gut, wenn Sie dem § 7 d Ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir haben es ebenfalls getan und sind dabei zu dem Entschluß gekommen, daß wir eine Mitwirkung dieser Wahlkommission bei den Landeslisten für sehr sinnvoll halten. Hier können für die Partei wichtige Bewerber, die örtlich keine Berücksichtigung gefunden haben, untergebracht werden. In den einzelnen Kreisen aber der Kommission ein Mitwirkungsrecht zu geben, halten wir für optisch nicht klug.

Unsere örtlichen Delegierten könnten die Einrichtung dieses besonderen Gremiums mißverstehen. Wir müssen aber zu Hause vertreten, was wir hier beschließen. Man würde uns daheim auch aus gewissen anderen Gründen diese Lösung nicht abnehmen. Im Interesse der Entscheidungsfreiheit unserer Kreisverbände möchte ich Sie bitten, unserem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Präsident Lemmer:

Das Wort hat unser Freund

Prof. Dr. Süsterhenn:

Die Vorschrift des § 7 d ist jetzt schon so butterweich gefaßt, daß auf der Parteiausschußsitzung unser sehr erfahrener, alter parlamentarischer Freund Diehl erklärt hat, mit dieser Vorschrift werde man in der Praxis nie etwas erreichen. Wenn Sie diese Vorschrift aber jetzt noch weiter aufweichen, wie das durch diesen Abänderungsantrag geschehen soll, dann muß man sich ernsthaft die Frage stellen, ob es sich überhaupt lohnt, diese Vorschrift aufzunehmen.

Ich möchte deshalb empfehlen, es bei dieser schon sehr dehnbaren gummierten Vorschrift zu belassen und sie nicht noch mehr zu entwerten.

Präsident Lemmer:

Sie haben die Gegenäußerung gehört. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben.

— Die Gegenprobe! — Das letzte ist die Mehrheit; der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Verabschiedung des § 7. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe erübrigt sich. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum § 8. Es liegt kein Abänderungsvorschlag vor. Auch keine Wortmeldungen! Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den § 8 in der vorliegenden Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr! Auch dieser Antrag hat seine Annahme gefunden.

Wir kommen zum § 9. Bei § 9 ist zu berücksichtigen, daß es beim Buchstaben b nunmehr statt „2“

„4“ stellvertretende Vorsitzende heißen muß.

Zum § 9 liegt ein Antrag Wackerzapp vor.

Ich darf vorlesen, um was es sich handelt.

*Buchstabe a) erhält die Fassung
„dem Vorsitzenden der Bundespartei“*

Wer anderer Meinung ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann heißt es unter Buchstabe b)

dessen beiden Stellvertretern“

Das muß jetzt sinngemäß heißen . . . vier Stellvertretern.

Unser Freund Wackerzapp wünscht nun, hinzuzufügen

„dessen Stellvertreter“

während es in der vorliegenden Fassung heißt

„die stellvertretenden Vorsitzenden“.

Eine Begründung ist überflüssig. Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben! — Das ist eine geringe Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ein weiterer Antrag von Wackerzapp:

Abs. 4 erhält folgenden Zusatz:

Die 10 weiteren Mitglieder werden im Falle ihrer Verhinderung durch ihre Stellvertreter (§ 7 Buchst. b) vertreten.

Auch hier haben wir schon die Entscheidung präjudiziert, so daß ich bitten möchte, auf eine Abstimmung zu verzichten. Danke sehr! — Erledigt!

Neuer Absatz:

Der Bundesvorstand wird durch den Vorsitzenden einberufen. Er muß einberufen werden, wenn die Mehrheit des geschäftsführenden Vorstandes oder fünf Mitglieder es verlangen. Der Bundesvorstand wird vom Vorsitzenden der Bundespartei oder einem seiner vier Stellvertreter oder von einem durch die Versammlung gewählten Mitglied geleitet.

Ist eine Begründung notwendig? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! — Das ist eine geringe Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Dann liegt ein Änderungsantrag der KPV vor.

(Zuruf: Zurückgezogen!)

Es liegt kein weiterer Antrag zu § 9 vor. Dann darf ich den § 9 zur Abstimmung stellen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich, das Zeichen zu geben. — Der § 9 ist angenommen. Ich danke Ihnen.

Wir kommen zum § 10. Es liegt kein Abänderungsantrag vor. Ich darf ihn zur Abstimmung bringen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Danke sehr! — Auch dieser Paragraph ist angenommen.

Wir kommen zum § 11. Es liegt kein Abänderungsantrag vor. Ich bringe ihn zur Abstimmung. Wer zustimmen will, möge ein Zeichen geben. — Danke sehr. Der § 11 ist angenommen.

Wir kommen zum § 12. Hier liegt ein Änderungsantrag vor, der die Zustimmung des Bundesparteiausschusses gefunden hat, zu den Organisationen, die im § 12 aufgeführt sind, den Mittelstandsausschuß hinzuzufügen. Der Parteiausschuß hat mit sehr großer Mehrheit diesem Antrag zugestimmt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Abänderungsantrag des Parteiausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Zeichen. — Die Gegenprobe! — Der Antrag ist fast einstimmig angenommen.

Ich bringe nunmehr den § 12 als solchen zur Abstimmung. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Zeichen. — Danke sehr. Angenommen!

Wir kommen zum § 13. Kein Abänderungsantrag! Es erhebt sich kein Widerspruch. Der § 13 findet Ihre Zustimmung. Danke sehr! Angenommen!

§ 14! Auch kein Abänderungsantrag. Kein Widerspruch! — Ich nehme an, er findet Ihre Zustimmung. Danke sehr! Angenommen!

§ 15! Hier liegt ein Abänderungsantrag von Hamburg vor, der aber nur redaktioneller Natur ist. Freund Süsterhenn empfiehlt trotzdem, es bei der ursprünglichen Fassung zu belassen.

(Zuruf: Ich kenne ihn nicht!)

Er heißt:

Zur Beilegung grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Landesverband und den Organen der Bundespartei wird ein Schlichtungsausschuß eingesetzt, der durch den Bundesausschuß für je ein Jahr gewählt wird.

Das Wort hat

Prof. Dr. Süsterhenn:

Es ist insofern eine materielle Änderung, als in dem ursprünglichen Entwurf die Möglichkeit gegeben ist, von Fall zu Fall einen Schlichtungsausschuß einzusetzen, während hier durch Hamburg beantragt wird, einen bestimmten Schlichtungsausschuß für die Dauer eines Jahres einzusetzen. Nun kommt es doch jeweils auf die Art der Meinungsverschiedenheiten an, und dann kann unter Umständen ein Schlichtungsausschuß bestehen, der von der betreffenden Materie überhaupt nichts versteht. Deshalb ist es viel richtiger, beweglich zu bleiben und dann jeweils fachkundige Leute in diesen Schlichtungsausschuß hineinzusetzen.

Präsident Lemmer:

Hält Hamburg trotz dieser Erklärung den Antrag aufrecht? Ich höre keine Äußerung. Ist er zurückgezogen?

(Zuruf: Nein!)

Wird dann auf eine Begründung verzichtet?

(Zuruf: Doch zurückgezogen!)

Noch einfacher! Dann kommen wir zur Abstimmung über den § 15. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Auch dieser Paragraph ist angenommen.

§ 16! Keine Änderungsvorschläge! Wer ist dagegen? — Niemand — Angenommen!

§ 17! Kein Änderungsvorschlag! Kein Widerspruch! Ich darf ihn ebenfalls für angenommen erklären.

§ 18! Hier liegt ein Abänderungsantrag der Kommunalpolitischen Vereinigung vor.

(Prof. Dr. Süsternhenn: Zurückgezogen!)

Auch zurückgezogen! Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen! — Danke sehr. Angenommen!

Damit wären in der Einzelberatung alle Paragraphen des Bundespartei-statuts hier verabschiedet. Ich darf nunmehr die Satzungen zur Gesamt-abstimmung bringen.

Wer ihnen zustimmt, den bitte ich, die Karte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen 3 Stimmen sind die Bundessatzungen ange-nommen.

(Zuruf: Enthaltungen!)

Wer sich enthalten will, den bitte ich, die Karte zu zeigen! — Also 1 Stimmenthaltung.

Ich darf nun diesen Punkt der Tagesordnung als erledigt ansehen und möchte, bevor wir zu dem Punkt „Wahlen“ kommen, für die Mandat-prüfungskommission das Wort erteilen unserem Freunde

Dr. Wilhelm Fay (Hessen):

Der Bericht ist sehr kurz. Die Mandatsprüfungskommission hat die Man-date geprüft. Es sind von den durch die Landesverbände ordnungsgemäß gemeldeten stimmberechtigten Delegierten zum Zeitpunkt der Prüfung 533 anwesend gewesen. Die Mandatsprüfungskommission stellt zur Geschäfts-ordnung den Antrag, daß die Mandatsprüfungskommission von Ihnen als Zählkommission gewählt wird. Das ist vorhin schon praktiziert worden. Ich glaube, dadurch haben Sie schon die Sache angenommen.

Präsident Lemmer:

Bevor wir zum letzten Punkt „Wahlen“ kommen, bitte ich den Parteitag, zur Kenntnis zu nehmen, daß der bisherige Bundesvorsitzende den Wunsch geäußert und die Anregung gegeben hat, der Bundesparteiausschuß möge heute nicht mehr zusammentreten, weil es wahrhaftig nicht so brandeilig ist, ob wir nun die Wahlen, die für den Bundesparteiausschuß vorgeschrie-ben sind, heute abend noch vornehmen oder ob das in aller Kürze geschieht, indem eine Sitzung des Bundesparteiausschusses nach Bonn einberufen wird, um da die satzungsgemäßen Folgerungen zu ziehen. Es erhebt sich kein Widerspruch. — Dann darf ich Ihre Zustimmung annehmen.

Damit erübrigt sich auch ein Antrag, der beabsichtigte, die Überbrückung der Legitimation deises Parteitages gegenüber den Wahlen. Das ist logisch. — Danke sehr!

Dann kommen wir zu den Wahlen. Ich rufe zunächst auf die Wahl des Bundesparteivorsitzenden und bitte um Vorschläge!

(Viele Zurufe: Wiederwahl!)

Es wird allgemein gerufen: Wiederwahl! Es muß jetzt festgestellt werden, ob wir diese Wahl durch Akklamation vollziehen. — Das ist der Fall. Es ist vorgeschlagen worden Konrad Adenauer. Ich bitte Sie ein Zei-chen zu geben, ob Sie mit dieser Wahl einverstanden sind! — Stürmischer Beifall, in Ovationen übergehend.)

Meine Freunde! Um der Formalität zu genügen, darf ich fragen, sind Stimmen dagegen? — Stimmenthaltungen? — Also, bei einer Stim-

enthaltung des Betroffenen selbst. (Heiterkeit). Diese Enthaltung darf ich in dem Sinne interpretieren, daß der Bundespartei vorsitzende, wie er gestern ausführte, sich durchaus in der Frische fühlt, um auch für weitere zwei Jahre dieses Amt ausüben. (Stürmischer Beifall)

Ich stelle hiermit die Wahl Konrad Adenauers bei einer Stimmenthaltung fest.

Es ist nicht die Art unseres Parteivorsitzenden, in einem solchen Augenblick pathetisch zu werden; er ist immer für einen möglichst nüchternen Ablauf der Dinge. Und weil ich diesen seinen Wunsch kenne, darf ich darauf verzichten, unseren Empfindungen und Gefühlen den Ausdruck zu geben, der an sich durchaus am Platze wäre.

Wir sind glücklich, daß Dr. Konrad Adenauer weiterhin am Steuer unseres Parteischiffes steht, und haben nur den Wunsch, daß er in gleicher Weise erfolgreich und glückhaft den Segen unseres Herrgottes wie bisher haben möge. (Anhaltende Ovationen)

Wir kommen zur Wahl von vier stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ich bitte um Vorschläge.

Kiesinger:

Ich schlage dem Parteitag vor, folgende vier Parteifreunde zu stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Ich nenne die Namen in alphabetischer Reihenfolge:

Herr Ministerpräsident Karl Arnold, Herr Bundespräsident Eugen Gerstenmaier, Herr Bundesratpräsident Kai Uwe von Hassel, Herr Bundesminister Jakob Kaiser. (Beifall)

Präsident Lemmer:

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, würde ich vorschlagen, die Wahl pauschal in einem Wahlgang vorzunehmen. (Vereinzelter Widerspruch)

Es erhebt sich dagegen Widerspruch. Wir werden also einzeln abstimmen. Dann darf ich die vorgeschlagenen Kandidaten jetzt im einzelnen aufrufen. Als erster wurde genannt unser Freund Karl Arnold. Verzichtet der Parteitag auf Zettelwahlen? —

(Zurufe: Ja!)

Kein Widerspruch! — Dann bitte ich um ein Zeichen, wenn Sie mit der Wahl Karl Arnolds einverstanden sind! — Ich bitte um die Gegenprobe! — Enthaltungen! — Gegen vereinzelte Gegenstimmen und Enthaltungen ist hiermit die Wahl von Karl Arnold zum stellvertretenden Parteivorsitzenden erfolgt. (Starker Beifall)

Wir kommen zur Wahl des nächsten Kandidaten, und zwar ist hier unser Freund Dr. Eugen Gerstenmaier vorgeschlagen. Wird auf Zettelwahl verzichtet? — Das ist der Fall. Wir kommen zur Abstimmung durch Zeigen der Stimmkarte. — Ich bitte darum! — Die Gegenprobe! — Soweit ich sehe, keine Nein-Stimmen. Enthaltungen? — Auch keine. Ich stelle die einstimmige Wahl von Herrn Dr. Gerstenmaier fest. (Starker Beifall)

Wir kommen zur Wahl des dritten Stellvertreters, wobei ich bemerken darf, damit nicht den Eindruck einer Rangfolge entsteht, daß die Vorschläge alphabetisch gemacht worden sind.

Wir kommen zur Wahl des Dritten. Vorgeschlagen ist unser Freund von Hassel. Wird Stimmzettelwahl gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung in der üblichen Weise. — Ich bitte um die Gegenprobe! — Soweit ich sehe, keine Gegenstimmen. Enthaltungen? — Keine! — Ich darf die Einstimmigkeit auch dieser Wahl feststellen. (Starker Beifall)

Und last not least — wie man sich im Englischen ausdrückt, nicht als letzter, sondern nur in der alphabetischen Reihenfolge — unser Freund Jakob Kaiser! Wird Zettelwahl gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um ein Zeichen! — Die Gegenprobe! — Einige; ich kann es nicht genau zählen. Enthaltungen? — Auch zwei, drei! Damit ist auch die Wahl von Jakob Kaiser nahezu einstimmig erfolgt. (Starker Beifall)

Ich unterlasse es, die vier gewählten stellvertretenden Parteivorsitzenden zu fragen, ob sie die Wahl annehmen, weil ich vermute, wenn sie es nicht wollten, dann hätten sie es vorher zu erkennen gegeben. Ich stelle nunmehr fest, daß damit die dem Parteitag obliegende Aufgabe der Wahl des Parteivorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden erfüllt worden ist. Ich beglückwünsche die Gewählten und schließe die Sitzung des Parteitages.

Vierter Tag: Sonntag, 29. April 1956

4. Plenarsitzung

Die Sitzung wird um 11.00 Uhr eröffnet von

Präsident Dr. Stoltenberg

Ich eröffne hiermit die Plenarsitzung unseres Parteitages und darf zunächst Herrn

Direktor Lünendonk

das Wort geben zum Bericht über die **Arbeitskreise 1, 2 und 3**.

Für die Arbeitskreise 1, 2 und 3 habe ich die erarbeiteten Ergebnisse bekanntzugeben. Ubereinstimmend ist in allen drei Arbeitskreisen folgendes Grundsätzliche beschlossen worden, das hiermit zur Beschlußfassung empfohlen wird:

Die Lebensumstände in fast allen Gruppen unseres Volkes haben sich in den letzten 70 Jahren entscheidend gewandelt. Die bestehenden Regelungen der sozialen Hilfe können daher weder nach ihrem Umfang noch nach ihrem Anwendungsbereich der veränderten Situation gerecht werden. Sie bedürfen einer grundlegenden Neuordnung, die fast alle Lebensbereiche zu umfassen hat: Die Sorge um gleiche Lebens- und Berufschancen für die Jugend, die Sorge um die Familie, besonders um die Familie mit mehreren Kindern, die Sorge um den Invaliden, der im vollen Lebensalter aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden mußte und die Sorge um die wachsende Gruppe der alten Menschen. Eigenvorsorge und Eigenverantwortung müssen dabei den Vorrang vor staatlicher Hilfe haben, die erst dort einzusetzen hat, wo die eigenen Kräfte versagen. Alle sozialpolitischen Forderungen können aber nur dann erfüllt werden, wenn eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik die notwendigen Grundlagen sichert.

Die folgenden Empfehlungen des 6. Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union betreffen den ersten und dringlichsten Teil einer umfassenden Sozialreform, die insgesamt auch weiterhin unsere vornehmste innenpolitische Aufgabe bleiben wird.

Den Forderungen der CDU zur Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung ist in: Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums Rechnung getragen worden. Das Gesetz sollte deshalb baldigst seiner Verabschiedung entgegengeführt werden. Es geht davon aus, daß der Rentner, der Invalide und die Hinterbliebenen gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft sind, und es gibt allen Arbeitnehmern ausreichende Sicherheit für den Lebensabend, indem es den Rentner aus der Nachbarschaft des Fürsorgempfängers heraushebt, um ihn stattdessen am Fortschritt und Erfolg der arbeitenden Bevölkerung teilhaben zu lassen.

Es geht bei den neuen Renten formell also um die Beteiligung des Arbeitnehmers auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben an den wirtschaftlichen Errungenschaften einer technischen Zivilisation, an deren Aufbau er mitgeschaffen hat und die einen rasch wachsenden Lebensstandard überzeugend herbeiführte. Es geht um einen neuen Wertmaßstab für die Einordnung nicht mehr erwerbsfähiger Menschen in das soziale Ganze, um eine neue Norm für die Verteilung des Sozialprodukts zwischen den Generationen. Die Altersrente soll eine auf den aktuellen Lohn bezogene Beitrags- und Leistungsrente sein. Bei der erstmaligen Festsetzung einer Rente soll von außer den im Laufe des Arbeitslebens erzielten Löhnen und den danach entrichteten

Beiträgen stets von den Durchschnittslöhnen und Gehältern aller Arbeitnehmer des vorhergegangenen Jahres ausgegangen werden. Die Angleichung hat Änderungen in der Produktivität, in der allgemeinen Verdiensthöhe und in den allgemeinen Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Entwicklung bedürfen daher regelmäßiger Überprüfungen und Auswertungen. Mindestens alle 3 Jahre soll eine vom Gesetzgeber eingesetzte besondere Gutachterkommission ein verbindliches Gutachten erstatten.

Der Bundesminister für Arbeit hat mit Zustimmung des Bundesrats durch Rechtsverordnung entsprechend den Vorschlägen der Gutachterkommission die Anpassung der Renten vorzunehmen. Für laufende Renten wird also eine direkte und uneingeschränkte Automatik abgelehnt. Die Renten sollen nach 40 Versicherungsjahren 60 %, nach 50 Versicherungsjahren 75 % der Bruttoverdienste vergleichbarer Arbeitnehmer betragen. Die genannten Prozentsätze ergeben sich daraus, daß für die Altersrente ein Steigerungssatz von 1,5 % für jedes Versicherungsjahr angesetzt wird. Der Steigerungssatz für die Invalidenrente beträgt bei voller Erwerbsunfähigkeit ebenfalls 1,5 %, bei teilweiser Invalidität 1 %. Nach dem Tode des versicherten Ehemannes erhält die Witwe eine Witwenrente; sie beträgt $\frac{9}{10}$ der Versichertenrente ohne Kinderzuschuß, wenn die Witwe Invalide ist oder das 45. Lebensjahr vollendet hat oder mindestens ein waisenberechtigtes Kind im Zeitpunkt des Todes des Versicherten erzielt, sonst beträgt die Rente $\frac{4}{10}$ der Versichertenrente. Die Rente für Halbwaisen soll 600 DM, für Vollwaisen 900 DM jährlich betragen. Diese vorgeschlagenen Beträge müssen auf ihre Angemessenheit hin noch besonders überprüft werden.

Kinderzuschläge sollen den jetzigen familienpolitischen Grundsätzen angepaßt werden. Selbstverständlich besteht auf alle Rentenleistungen nach Erfüllung der geforderten Voraussetzungen Rechtsanspruch. Vor Gewährung von Dauergeldleistungen durch Sozialleistungsträger sind alle medizinischen und beruflichen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wieder herzustellen oder zu verbessern.

Zur Durchführung der Rehabilitation soll keine neue Institution geschaffen werden. Die den Sozialleistungsträgern obliegenden Aufgaben der Rehabilitation erfordert jedoch ein Zusammenwirken aller beteiligten Stellen. Die Sicherung des Lebensunterhaltes für den Versicherten und seiner Familie im Falle der Krankheit darf keine unterschiedliche Behandlung und Bewertung der Arbeiter und Angestellten gegenüber erfahren. Es wird daher die Lohnfortzahlung bis zu 6 Wochen oder aber eine entsprechende Ersatzleistung hierfür gefordert.

Wie in der Rentenversicherung muß auch in der Krankenversicherung den vorbeugenden Maßnahmen größere Bedeutung als bisher beigemessen werden, deren praktischer Erfolg nicht zuletzt auch ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen dem behandelnden Arzt und Versicherten sowie auch eine Behandlungsmethode nach dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaften voraussetzt.

Der Anspruch auf Fürsorgeleistungen muß gesetzlich festgelegt werden. Die Leistungen sollen nach besonderer Prüfung den individuellen Bedürfnissen Rechnung tragen. Um die Gewährung ausreichender Leistungen sicherzustellen, müssen die finanzschwachen Kreise durch eine Ausgleichskasse unterstützt werden. Die Unterhaltspflicht der Angehörigen muß in eingeschränkter Form erhalten bleiben; die Rückerstattungspflicht soll dagegen auf Ausnahmen beschränkt werden. Die Stellung der ausgebildeten Fürsorger in den Sozialämtern muß gegenüber den Verwaltungskräften gehoben werden.

Der Arbeitskreis 2 schlägt Ihnen folgendes vor:

1. Der 6. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart erwartet die möglichst rasche Verabschiedung des Wohnungsbau- und Familienheimgesetzes durch Bundestag und Bundesrat. Die CDU sieht in dem Gesetz die Möglichkeit, die Wohnungsnot, namentlich der einkommenschwachen, vor allem der kinderreichen Familien, zu beheben und zugleich breiten Schichten unseres Volkes zu Familienheimen zu verhelfen. Das Familienheim ist die natürliche Form des Eigentums; es bietet eine sichere Daseinsform und bedeutet eine zusätzliche Vorsorge für Alter und Not. Damit erfüllt das Gesetz ein Kernanliegen der Sozialreform. Die CDU wird sich in Bund, Ländern und Gemeinden für die Verwirklichung der Ziele dieses Gesetzes mit besonderem Nachdruck einsetzen, vor allem hinsichtlich der Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel.
2. Lager- und sonstige Notunterkünfte sind beschleunigt zu räumen.
3. Der Ballung von Arbeits- und Wohnstätten ist durch Industrie- und Gewerbebetreuung im Rahmen unserer neuen Investitionsaufgaben entgegenzuwirken. Der Einsatz der öffentlichen Wohnungsbaumittel hat dieser Forderung Rechnung zu tragen.
4. Ein Bodenrecht, das von der Sozialverpflichtung des Grundeigentums getragen wird, ist Grundlage einer gesunden Wirtschafts- und Sozialordnung. Eine soziale Neugestaltung des Bodenrechts, namentlich des Bodenpreisrechts, ist daher dringend erforderlich. Sie muß breiten Schichten des Volkes den Zugang zu Grund und Boden ermöglichen und der Bodenspekulation wirksam begegnen. (Beifall)
5. Im Rahmen der Sozialreform sind die Kinderzuschläge bei den Renten den im Lastenausgleich geltenden Sätzen anzugleichen.
6. Der Ausbau der Kindergeldgesetzgebung ist nach folgenden Dringlichkeitsstufen durchzuführen:
 - a) Im Witwenhaushalt mit 2 Kindern ist ein Kindergeld für das 2. Kind zu zahlen;
 - b) in Haushalten mit 3 und mehr Kindern ist das zweite Kind in die Geldzahlung einzubeziehen.
7. Wir würden es begrüßen, wenn die Sozialpartner bei Abschluß neuer Tarifverträge die Gewährung von Kindergeld für das zweite Kind vorsehen.
8. Im Rahmen der vorgesehenen Steuerreform sind vordringlich:
 - a) die Erhöhung des steuerfreien Betrages für das zweite Kind auf 1440 DM,
 - b) wesentliche Erhöhungen der absetzbaren Beträge für die auswärtige Ausbildung der Kinder. (Beifall)
9. Weitere Senkung der indirekten Steuern, die den notwendigen Lebensbedarf der Familien belasten.
10. Wo außerhäusliche Berufstätigkeit der Mutter unvermeidbar ist, soll sie auf Teilzeitarbeit zurückgeführt und deren gesetzlicher Schutz gewährleistet werden.

Der Arbeitskreis 3 empfiehlt Ihnen folgende Grundsätze zur Annahme:

Die CDU bekennt sich erneut zu ihrer im Hamburger Programm erhobenen Forderung nach Eigentum für alle Schichten des Volkes. Sie fordert daher Maßnahmen zur Schaffung überbetrieblichen

und betrieblichen Miteigentums. Von Bundesregierung und Bundestagsfraktion erwartet sie im einzelnen:

- a) die beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes über die Rechtsform der Kapitalanlagegesellschaften;
- b) die Privatisierung bundeseigener Erwerbsunternehmen unter Vermeidung neuer Vermögenskonzentrationen, soweit dieser Besitz nicht zwingend in der Hand des Staates bleiben muß. Auf Streuung dieser Anteile in Kleinbesitz ist zu achten. Arbeitnehmern sind Vorzugsbedingungen einzuräumen;
- c) die Ermöglichung betrieblichen Miteigentums überall da, wo es von Belegschaften und Unternehmern als Ergebnis einer freien Entscheidung gewollt wird. Die erforderliche Anpassung des Gesellschaftsrechts ist durchzuführen;
- d) die Vermögensbildung der Arbeitnehmer ist steuerlich in gleicher Weise zu berücksichtigen wie andere Kapitalvorgänge. Unternehmer, Unternehmerverbände und Gewerkschaften werden aufgefordert, bei der Bildung individuellen Kapitalvermögens in Arbeitnehmerhände tatkräftig mitzuwirken.

Die Vertriebenen sollen im Rahmen der Sozialreform ihre entsprechende Berücksichtigung nach folgenden Grundsätzen finden:

Die soziale Sicherung der Kriegssachgeschädigten, der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge muß mit der Verbesserung der Sozialreform Schritt halten. Der erste Teil des Lastenausgleichsschlußgesetzes ist unter Einhaltung des gesetzlichen Termins zu verabschieden; er muß die Umstellung der Ausgleichsleistungen auf die Hauptentschädigung der Ausgleichsleistungen auf die Hauptentschädigung enthalten. Für die Hauptentschädigung müssen hinreichende Mittel bereitstehen. Ältere Anspruchsberechtigte müssen vornehmlich bedacht werden. Daneben muß die Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten zum Abschluß gebracht werden, wofür auch Bund und Länder hinreichende Eingliederungsbeihilfen zur Verfügung stellen sollen. (Beifall)

Ich konnte bei der Fülle des Stoffes nur das wesentlichste herausstellen. Abschließend darf ich sagen: In allen Diskussionen der Arbeitskreise war spürbar, daß die Christlich Demokratische Union ein neues sozialpolitisches Profil zeigt. Die Arbeitskreise 1, 2 und 3 bitten den Parteitag, die erarbeiteten Ergebnisse gutzuheißen. (Beifall)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Ich darf Herrn Direktor Lünendonk für diesen Bericht den herzlichsten Dank sagen — Nun darf ich Herrn

Dr. Hellwig

bitten, das Wort zu nehmen zum

Bericht des Arbeitskreises 4.

Der Arbeitskreis 4 hat zunächst die wirtschaftspolitische Gesamtsituation besprochen. Er hat sich dabei über die Arbeiten der Bundestagsfraktion unterrichten lassen und dann im zweiten Teil seiner Beratungen grundsätzliche Fragen über die weitere Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, über die Steuer- und Verteilungsfragen, sowie die gesamten Probleme, die heute in der deutschen Wirtschaft anstehen, besprochen. Er hat in den Mittelpunkt seiner Überlegungen die Erkenntnis gestellt, daß das Programm der sozialen Marktwirtschaft der CDU zugleich einen Appell an die sittliche Verantwortung aller bedeutet, die in der

Wirtschaft stehen. Er ist von der Überlegung ausgegangen, daß die Marktwirtschaft nicht nur ein Zusammenhang von ökonomischen und technischen Ordnungen sei, sondern daß sie zunächst unter einer ganz bestimmten sittlichen Verpflichtung zu stehen habe. (Beifall) Er hat nachhaltig den Appell der Herren Bundeswirtschaftsminister und Bundesfinanzminister, Maß zu halten und sich der Verantwortung für das Ganze immer bewußt zu sein, unterstrichen. (Beifall). Er hat schließlich auch das machterteilende Prinzip herausgestellt, das sich durch alle Programme der CDU seit Jahren wie ein roter Faden hindurchzieht, und zwar als eine wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und Sicherung einer freiheitlichen Ordnung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. (Beifall)

Er hat dann sehr nüchtern festgestellt, daß die Hochkonjunktur, die wir heute haben, zwar eine erfreuliche Bestätigung der Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik ist, daß aber gerade eine solche Situation auch Gefahren in sich trage, besonders was die sittliche Verpflichtung aller innerhalb der Wirtschaft Tätigen angeht. Hohe Gewinnchancen können dazu führen, daß sie rücksichtslos ausgenutzt werden, so daß Spannungen entstehen oder diese verschärft werden, die dann den Fortbestand der freiheitlichen Wirtschaftspolitik gefährden.

In der Sachdiskussion hat der Arbeitskreis 4 eine klare Stellung zu den von der Bundestagsfraktion eingeleiteten Arbeiten eingenommen. Er hat die wirtschafts- und finanzpolitischen Arbeiten der Bundestagsfraktion gebilligt und dabei den besonderen Charakter der steuerlichen Entlastung, der für die breite Bevölkerung und sogleich auch für die Wirtschaft angestrebt wird, herausgestellt. Er hat aber auch die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung — bei der Landwirtschaft, bei den mittelständischen Zweigen usw. — bejaht, die vorgesehen sind, um mit der konjunkturellen Entwicklung Schritt zu halten.

Der Arbeitskreis glaubt, dem Parteitag vorschlagen zu sollen, die Bundestagsfraktion aufzufordern, die gesetzlichen Grundlagen für eine zentrale Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung auch gegenüber anderen Bereichen der öffentlichen Hand insgesamt zu schaffen. Er hat mit großer Sorge festgestellt, daß es für eine wirklich zentral gesteuerte Konjunkturpolitik an wichtigen gesetzlichen Voraussetzungen gegenüber den Ländern und den Gemeinden fehlt. Er hat weiter festgestellt, daß vielleicht nur mit dem Appell zur konjunkturpolitischen Zurückhaltung — etwa in der öffentlichen Bautätigkeit oder in der Anlagepolitik mit öffentlichen Geldern — ein Erfolg erreicht werden kann.

Bei seinen Beratungen ergab sich, daß die öffentliche Hand der weitaus größte Geldgeber für die Bautätigkeit privater Bauunternehmer und Bauherren ist. Es sollte von der maßgebenden Beeinflussung der Konjunktur stärker Gebrauch gemacht werden, als das in den letzten Monaten geschehen ist. (Beifall)

Der Arbeitskreis hat dann geprüft, welche weiteren Maßnahmen aktiver Konjunkturpolitik vorgeschlagen werden könnten. Er hat verlangt, daß die Bundestagsfraktion bestimmte Maßnahmen aktiver Konjunkturpolitik zur Ergänzung der bisherigen Maßnahmen einleitet. Er denkt dabei an eine stärkere Sanierung der Einfuhrzölle für alle Wirtschaftsgüter mit einigen wenigen notwendigen vertretbaren Ausnahmen. (Beifall)

Er denkt weiter an eine Liberalisierung der Einfuhr dort, wo sie noch mengenmäßigen Beschränkungen unterliegt. Er will weiter die energische Forderung der Berufs- und Fachausbildung, weil der Fachkräfte-

mangel in der kommenden Zeit ein Engpaß sein wird, dem wir nicht früh genug entgegenzutreten können. (Beifall)

Er empfiehlt weiter die Umschulung einsatzfähiger Erwerbsloser auf Mangelberufe, um auch hier die letzten Reste der Erwerbslosigkeit aufzusaugen. Man sollte auch nach seiner Meinung bei Bedarf nicht vor der vermehrten Einstellung ausländischer Arbeitskräfte zurückschrecken, namentlich dann, wenn andere Reserven im Inlande nicht mehr zur Verfügung stehen.

Um zu verhindern, daß die Kaufkraft zu stark in der Konsumentennachfrage auf die Konjunktur einwirkt, sollte durch steuerlichen Anreiz die Bildung von Sparkapital empfohlen werden. Er hat mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit, die Kapitalbildung in allen Bereichen der Wirtschaft zu intensivieren, hingewiesen. Auch hier wird ein Wort an die öffentliche Hand zu richten sein, die stärker, als es bisher geschieht, ihren Finanzbedarf für vermögenswirksame Ausgaben über Anleihen beim Kapitalmarkt und nicht aus Steuern decken soll. (Beifall) Das aber verlangt, daß auch die öffentliche Hand systematisch den Kapitalmarkt pflegt und nicht mit der Kurspflege und anderen Anpassungsmaßnahmen zu einer Störung oder zu einem Verfall des Kapitalmarktes beiträgt.

In allen Beratungen war die Stabilität der deutschen Währung das oberste Gebot, unter welches alle Maßnahmen der Wirtschaft für die Steuer- und Sozialpolitik sich unterordnen müssen. (Beifall)

In diesem Sinne hat der Arbeitskreis die Verdienste der Bundesregierung sowie der Bundesnotenbank für das bisher Geleistete voll anerkannt. Er hat mit besonderer Genugtuung festgestellt, daß die deutsche Währung zur Zeit hinsichtlich ihrer Stabilität ein internationales Ansehen genießt wie kaum zuvor. (Beifall)

Diese Positionen müssen gehalten werden. Wenn sie aber durch Kaufkraftverschlechterungen, die durch Lohn- und Preisbewegungen eintreten, aufgegeben würden, dann würde auch die deutsche Situation im internationalen Wettbewerb erheblich gestört, ganz abgesehen von den inneren Spannungen, die uns noch zur besonderen Verantwortung aufrufen. Bei Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung sind nun einmal starke Auftriebstendenzen bei den Löhnen und Preisen vorhanden. Daher glaubt der Arbeitskreis, dem Parteitag einen besonderen Appell in seiner Entschließung an die Sozialpartner vorlegen zu sollen, der die Sozialpartner auf die Mitverantwortung für die Sicherung der Kaufkraft anspricht, der auch nicht davor zurückschreckt, die Verantwortung des Staates gegebenenfalls als Vermittler zwischen den Sozialpartnern anzusprechen. (Beifall)

Der Arbeitskreis hat schließlich den ganzen Fragenkomplex besprochen, der sich aus der Dynamik unserer neuen Industrialisierungswelle ergibt. Viele Störungen und Spannungen zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Mittelstand, freien Berufen und Industrie, gehen darauf zurück, daß wir in einer Phase neuer Industrialisierung stehen und hier Strukturverschiebungen eintreten, wie sie etwa vor hundert Jahren die Mitte des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet haben. Wir waren der Meinung, daß das nicht unausweichlich zu sein brauche, sondern daß hier eine Überprüfung der gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Möglichkeiten vorgenommen werden soll, um eine dezentralisierende Wirkung herbeizuführen. Es war der Wunsch des Arbeitskreises, der Parteitag möge diese besonderen Strukturprobleme als Aufgabe der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik herausstellen und seine Fachausschüsse beauftragen, ein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm auszuarbeiten, welches auf dem nächsten Parteitag vorgelegt werden soll. (Beifall)

Es wäre noch kurz zu berichten über eine Sonderentschließung, die für die mittelständische Wirtschaft verabschiedet worden ist. Ich glaube aber, da der Gesamtakzent der Arbeiten dieses Arbeitskreises ganz stark bei den mittleren und kleineren Betrieben lag, und außerdem gestern durch die Annahme der Satzungsänderung die Begründung einer mittelständischen Vereinigung innerhalb der CDU von Ihnen gebilligt worden ist, daß der Wortlaut dieser Entschließung der Zeit wegen hier nicht noch einmal vorgetragen zu werden braucht.

Präsident Dr. Stoltenberg:

Der starke Beifall hat gezeigt, wie überzeugend Herr Dr. Hellwig die Ziele unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik formuliert hat. Ich möchte ihm den Dank des Parteitages dafür aussprechen. — Herr

Präsident Bauknecht

wird jetzt den Bericht erstatten für den

Arbeitskreis 5

Der Arbeitskreis 5 hat sich eingehend mit der Lage der Landwirtschaft und des deutschen Bauerntums beschäftigt. Er hat zunächst seiner großen Befriedigung über die im Deutschen Bundestag geleistete Arbeit für die Landwirtschaft Ausdruck gegeben. Er konnte feststellen, daß sich die Bundesminister und die Bundestagsfraktion entscheidend dafür eingesetzt haben, daß ein grundlegendes Landwirtschaftsgesetz im letzten Jahr verabschiedet wurde, ein Landwirtschaftsgesetz, um das uns andere Staaten beneiden; denn es ist in seinem Aufbau erstklassig.

Herr Bundeskanzler! Der Arbeitskreis war auch der Auffassung, daß Sie maßgebenden Anteil an dem Zustandekommen dieses Gesetzeswerkes hatten, in dem Sie im Bundeskabinett alles getan haben, um eine einheitliche Meinung in bezug auf die Landwirtschaft herbeiführen. (Beifall)

Der Arbeitskreis hat sich dann mit der Auswirkung des Grünen Planes beschäftigt. Er kam zu der Auffassung, daß alles getan werden müsse, was dort niedergelegt ist. Er hat mich beauftragt, an die Länder einen Appell zu richten, hier eifrig mitzuwirken; denn zahlreiche Maßnahmen, die hier durchgeführt werden sollen, hängen von der Mitwirkung der Länder ab. Bei den strukturellen Maßnahmen ist vorgesehen, daß sich die Länder mit dem gleichen Anteil beteiligen. Da wäre es ganz gut, wenn sich die Länder möglichst bald den Vorschlägen anpaßten.

Der Arbeitskreis hat wegen der Umschuldung einige Sorgen ausgedrückt; die Zinsverbilligungsmittel stehen zwar zur Verfügung, aber auf dem Kapitalmarkt fließen die Gelder nicht so, wie es notwendig wäre. Er hat die Bitte ausgesprochen, dafür zu sorgen, alles zu tun, damit die Landwirtschaft neben dem Wohnungsbaumarkt eine bestimmte Parität erhält. Wie ich in den Verhandlungen erfahren konnte, ist unsere Partei durchaus bereit, sich hierfür einzusetzen.

Der Arbeitskreis hat auch seinen Dank gegenüber den anderen in der Industrie vereinigten Berufsstände zum Ausdruck gebracht, vor allen Dingen gegenüber der Wirtschaft. Ich kann feststellen, daß die Auffassung, die zwischen dem Bundesausschuß für Wirtschaft und dem Bundesausschuß für Landwirtschaft besteht, durchaus homogen ist und daß wir hier Wege gefunden haben, durch gemeinsame Arbeit die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zu überwinden.

Der Arbeitskreis hat mit einer gewissen Sorge auch die konjunkturpolitischen Dinge besprochen — von denen auch Herr Dr. Hellwig gesprochen hat — und in seiner Entschließung den Wunsch zum Ausdruck gebracht,

die Heranführung des Landlohnes an die Verdienste in der gewerblichen Wirtschaft dürfe nicht durch neue Lohnerhöhungen gefährdet werden, sonst würden sich die Löhne wieder voneinander entfernen. Damit würde auch die Landbevölkerung in noch stärkerem Maße abwandern als bisher, was schwere wirtschaftliche und soziologische Folgen hätte.

Der Arbeitskreis beschäftigte sich dann sehr eingehend mit der Frage der Alterssicherung innerhalb der Landwirtschaft in Zusammenhang mit der großen Sozialreform. Es ist sicher ein neuer Begriff, daß die Selbständigen, die früher dem klassischen Begriff nach für sich selber zu sorgen hatten, nun auf einmal in eine bestimmte Staatssicherung auf gemeinsamer Grundlage kommen sollen, aber wenn wir die Einkommensverhältnisse betrachten, so sind weiteste Schichten in der Landwirtschaft heute so gestellt, daß sie praktisch ein brennenderes Sozialproblem darstellen, als dies bei den Arbeitnehmern grundsätzlich der Fall ist. Der Arbeitskreis hat einstimmig zum Ausdruck gebracht: Bei der Verabschiedung der Sozialreform müßten neben den Arbeitnehmern und Unselbständigen auch die Leute aus der Landwirtschaft einbezogen werden.

Er hat sich zum Schluß bereit erklärt, an dem Zustandekommen einer europäischen Union auf dem agrarischen Markt innerhalb der Schumanplanländer mitzuwirken. Er setzt dabei aber voraus, daß die ersten Maßnahmen im Grünen Bericht eine kontinuierliche und organische Fortführung in den kommenden Jahren haben. Sonst ist es unmöglich, den Brüsseler Plan durchzuführen, wonach in 12 Jahren dieser europäische Markt geschaffen werden soll.

Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die neuen Regelungen keinerlei Nachteile für die Bevölkerung bringen dürften. Die Landwirtschaft ist bereit, Maß zu halten, und der ganze Grüne Plan ist darauf abgestellt, Preissteigerungen zu verhindern. Der Arbeitskreis erwartet auch von den übrigen Berufsständen, dieses Maß unbedingt einzuhalten. (Beifall)

Präsident Dr. Stoltenberg:

Dieser Bericht hat die Einstellung unserer Landwirtschaft klar herausgestellt. Ich möchte auch Herrn Präsidenten Bauknecht herzlich dafür danken. Wir kommen nun zum letzten Bericht, und zwar des

Arbeitskreises Außenpolitik

Ich bitte hierzu das Wort zu nehmen.

Staatssekretär Dr. Lenz:

Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, Ihnen die wirklich interessante und eindrucksvolle Diskussion, die wir im Arbeitskreis über die Fragen der Außenpolitik gehabt haben, an der unser Freund, Herr Präsident Schuman, einen wesentlichen Anteil genommen hat, (Stürmischer Beifall) nun im einzelnen erneut darzulegen. Die Fragen sind schon in der Rede des Herrn Bundeskanzlers und in den Referaten der anderen Herren behandelt worden. Ich kann Ihnen nur ein kurzes Resümee unterbreiten. Zunächst hat uns Herr Außenminister Dr. von Brentano eine kurze Einführung in die gesamtpolitische Situation gegeben. Dann hat Herr Kollege Kiesinger noch einmal sehr eindrucksvoll die speziellen Probleme der Wiedervereinigung entwickelt. In der Diskussion hat dann die bisherige Politik der Bundesregierung eine einhellige Billigung gefunden. Es wurde vom Arbeitskreis der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Bundesregierung auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpft und jede Gelegenheit ergreift, die sich für eine wirksame Fortsetzung der Politik der Wie-

derevereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit bieten. (Beifall) Dabei bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß zu den Voraussetzungen dieser Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit die Fortsetzung und Stärkung der Politik der europäischen Einigung und der atlantischen Solidarität gehört. (Beifall)

Es kam dann in diesem Arbeitskreis eine sehr interessante Anregung auf. Es wurde erfreulicherweise gerade von einer Parteifreundin gefordert, daß wir uns auf die geistige Auseinandersetzung mit dem Osten viel intensiver als bisher vorbereiten sollten. (Beifall) Es wurde vorgeschlagen, endlich einmal eine Forschungs- und Lehrstätte zu schaffen, die über die Grundlagen des sowjetischen Systems und seiner Methoden das erforderliche Wissen vermitteln kann. (Beifall) Wir haben dabei nicht an eine akademische Lehrstätte gedacht, sondern an eine Lehrstätte, die allen denjenigen Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben zugänglich ist, die sich für dieses Problem und die geistige Auseinandersetzung mit dem Osten speziell interessieren. (Beifall) Wir würden es sehr dankbar begrüßen, wenn die Bundesregierung in dieser Intention uns unterstützen und ihrerseits die Voraussetzung zur Errichtung einer derartigen Lehrstätte schaffen würde. Seitens des Landesverbandes Oder-Neiße ist uns eine Resolution vorgeschlagen worden, die uns allen am Herzen liegt und die auch die Billigung des Arbeitskreises gefunden hat. In dieser Resolution heißt es:

Die Christlich Demokratische Union ist bestrebt, dem Recht auf die Heimat als einem umrissenen Anteil des Völkerrechts und der Menschenrechte internationale Anerkennung zu verschaffen.

Der Arbeitskreis befaßte sich dann noch mit dem Problem des europäischen Zusammenschlusses, insbesondere mit den Vorschlägen, die jetzt gemacht worden sind zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes und eines Atompools. Herr Präsident Robert Schuman hat uns sehr eingehend dargelegt, wie der Stand der Integrationsfrage in Frankreich zur Zeit ist, und der Arbeitskreis hat von seinen Ausführungen mit sehr großem Interesse Kenntnis genommen. Herr Präsident Schuman hat sich auch mit der Saarfrage befaßt und betont, daß Frankreich loyal die Entscheidung der Saarbevölkerung anerkannt habe und daß es sich nur noch darum handele, die technischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. (Beifall) Er hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß bei gegenseitigem guten Willen hier bald eine Lösung gefunden wird, die nun endgültig das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland im besten Sinne bereinigt. (Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Stoltenberg

dankte Staatssekretär Dr. Lenz und erteilte das Wort

Bundesarbeitsminister Anton Storch:

Wir sind hier in Stuttgart zusammengekommen, um u. a. den Weg festzulegen, den wir in Zukunft auf dem sozialpolitischen Gebiet gehen wollen. Wir stehen vor einer Sozialreform, die weitgehend auch eine Reform unserer sozialen Versicherung ist. Wir müssen uns in diesem Kreise völlig klar darüber sein, daß wir allerdings unter einer Sozialreform nicht nur eine Reform unserer sozialen Gesetze herbeiführen wollen, sondern daß dieses soziale Wollen alle Menschen in Deutschland einschließen muß, die in dieser oder jener Form schutzbedürftig sind; und das geht heute bis in die weitesten Kreise der selbständigen Berufe hinein. Das möchte ich von vornherein sagen. (Beifall)

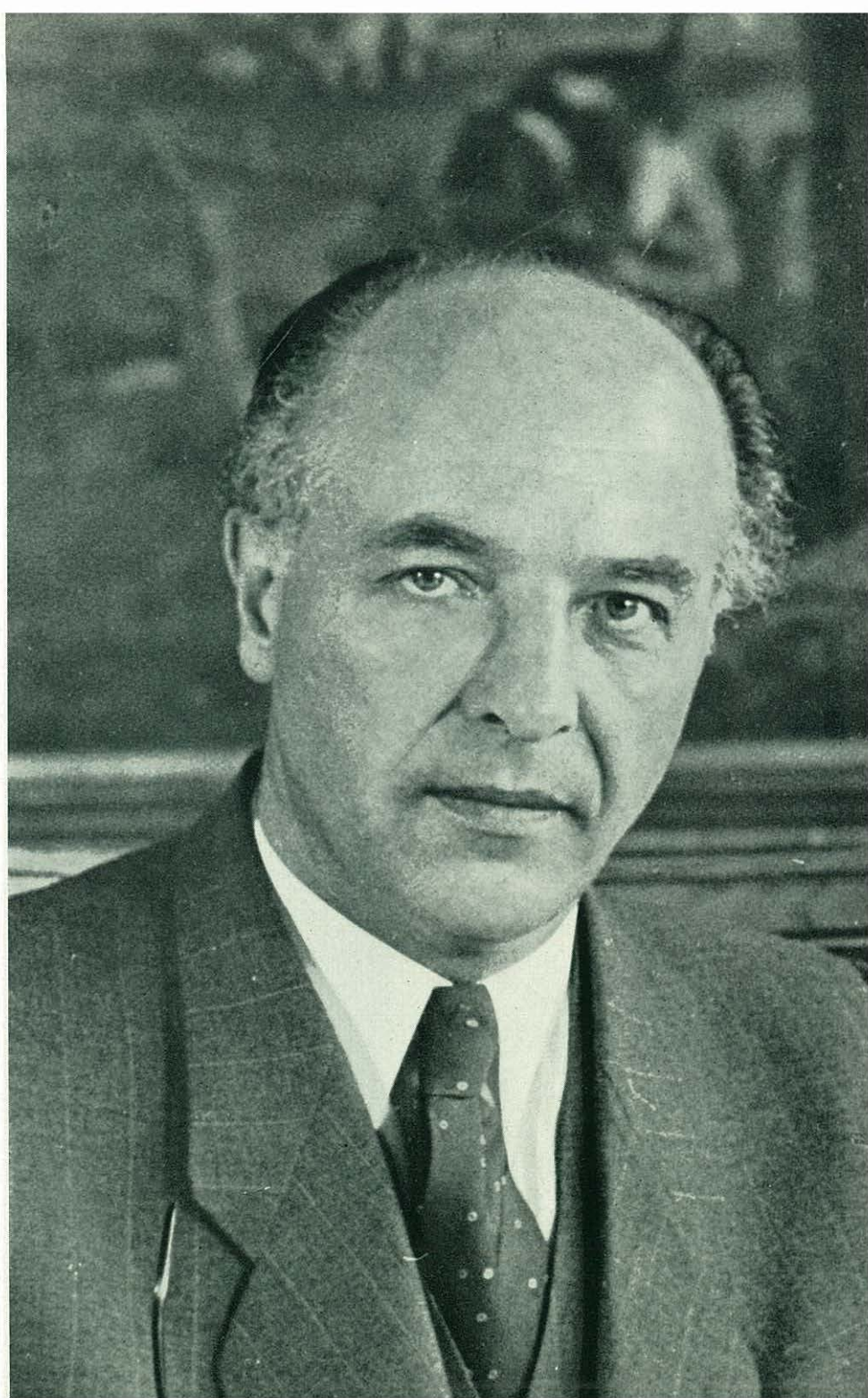
Wenn wir heute vor Ihnen stehen und Ihnen unsere Pläne für die Zukunft bekanntgeben, dann sind das nicht nur Entschlüsse und Berichte

von Ausschüssen, sondern Sie alle wissen, daß wir von der Bundesregierung bereits einen ersten Entwurf für eine neue Ordnung der Renten in der Rentenversicherung des Staates vorliegen haben.

Sie alle wissen — das ist bei den heutigen Erörterungen auch vorgetragen worden —, daß ungefähr 80 Prozent der deutschen Menschen mehr oder weniger ihre Sicherheit für die Wechselfälle des Lebens und für den Lebensabend in unserer Sozialversicherung finden. Das ist auch der Grund, daß wir dieses Teilstück auf dem Gesamtprogramm unserer sozialen Neuordnung für die gesetzliche Regelung heraus- und vorangestellt haben. Das hat seinen Grund darin, weil wir auf dem Gebiete der Rentenleistungen in der Vergangenheit gesehen haben, daß sich hier die größten Ungerechtigkeiten entwickelt haben. Wir haben eine langjährige sozialpolitische Entwicklung in Deutschland. Man hat so oft von der alten Sozialversicherung gesprochen und gesagt, diese klassische Sozialversicherung darf auf keinen Fall angerührt werden. — Ich sage Ihnen, weitgehend decke ich diese Auffassung, aber ich sage dazu, jede Institution muß sich letzten Endes jeweils an die tatsächlichen Tatbestände anpassen, sonst ist sie nicht wert, daß sie erhalten bleibt.

Gerade auf dem Gebiet des Rentenwesens hat sich eben in der statischen Rente gezeigt, daß durch die beiden Geldumstellungen oder Geldentwertungen — nennen Sie es, wie Sie wollen — gerade den Rentnern das allergrößte Unrecht zugefügt wurde. Ihnen wurde in der Vergangenheit ihre Rente nach der Höhe des Beitrages in Geldwert umgewandelt, also ein Steigerungsbetrag gegeben; dabei hat man jedoch letzten Endes zu berücksichtigen, daß diese Menschen zu einem großen Teil ihre Beiträge in ganz anderer Kaufkraftwährung, als sie unsere heutige Mark darstellt, geleistet haben. Die Folge davon war, daß wir immer wieder vor einer ungeheuren Not gerade der ältesten Rentner standen. Wir haben in der Zwischenzeit versucht, durch Zwischengesetze diese Not in etwa zu lindern und den Leuten eine größere Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. In der Nachkriegszeit hat man sich in den verschiedensten Kreisen unseres Volkes die Frage vorgelegt: Ist denn überhaupt die Art, wie in der Vergangenheit die Versicherung vorgenommen wurde, heute noch aktuell und richtig? — Heute ist weitgehend die Auffassung vorhanden — meines Erachtens auch mit Recht —, daß das, was man als sogenanntes Vermögen bezeichnen kann, nicht immer ein Schutz für das Alter oder für vorzeitige Invalidität sein kann. Wir haben uns zu dem Gedanken durchgerungen, daß der arbeitende Mensch, wenn er durch Invalidität oder Alter aus dem Produktionsprozeß ausscheidet, in unserem Volkswirtschaftskörper auch weiterhin als Verbraucher des Wirtschaftsproduktes bleiben soll. Darauf hat er meines Erachtens ein gutes Recht. Diejenigen, die da sagen, damit gingen wir weitgehend vom Versicherungsprinzip ab, haben insofern Unrecht, als sie nicht anerkennen, daß die Voraussetzungen für unsere Generation im Wirtschaftsleben durch die Generation geschaffen wurde, die inzwischen alt geworden ist. (Beifall) So muß man die Dinge meines Erachtens sehen. Wir wollen uns auch gar keiner Täuschung darüber hingeben: Es wird immer so sein müssen, daß diejenigen, die nicht mehr arbeiten können, eben von den anderen mitgetragen werden. (Beifall)

Hier liegt meines Erachtens der Kern der neuen Erkenntnis. Derjenige, der heute arbeitet, wird morgen Rentner sein; der wird sich auf das stützen müssen, was die kommende Generation im Wirtschaftsprodukt erarbeitet. (Sehr gut!) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sagen wir es doch ganz offen, das, was wir hier tun, ist ja viel weniger eine staatspolitische Hilfsstellung oder eine staatspolitische Versorgung als vielmehr die Sicherheit der Selbsthilfe der arbeitenden Menschen. (Beifall)





Frau Ehlers



Frau Tillmanns

Hier scheinen doch die Kernprobleme zu liegen. Der Anteil am Verbrauch, der auf die alten und nicht mehr arbeitsfähigen Menschen entfällt, muß natürlich als Verichtsquote für diejenigen angesehen werden, die heute im Wirtschaftsleben das Sozialprodukt erarbeiten. Niemand kann etwas geben, was er nicht vorher genommen hat. Wir sollten diese neue Ordnung sehr weitgehend aus dem Gedanken des Solidaritätsbewußtseins der breiten Volksschichten entnehmen (Beifall); das ist meines Erachtens die Hauptwurzel unseres Denkens, das hier zugrunde liegt. Derjenige, der heute im Arbeitsleben steht und durch seinen Versicherungsbeitrag einschließlich dessen, was der Arbeitgeber für ihn für diesen Zweck bezahlt, 11, in Zukunft vielleicht 13 Prozent abgibt, gibt es doch ab für diejenigen, die vor ihm gewesen sind; er gibt es ab für Vater und Mutter. Und daran sollten wir denken. (Beifall)

Die Generationen haben meines Erachtens füreinander Verpflichtungen, an denen sie nicht vorbeikommen. Das Gefühl, durch eine eigene Leistung im Arbeitsleben sich einen Rechtsanspruch für das Alter erworben zu haben, ist meines Erachtens das erste Gefühl, das wir in unseren Menschen erwecken wollen. Wir wollen in Deutschland keine Staatsbürgerversorgung, wonach der Mann, der aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet, auf einen mehr oder weniger für alle nivellierten Lebensstandard heruntersinkt; es sei denn, daß er Sonderersparnisse hat. Nein, das, was uns vorschwebt, ist, daß wir den arbeitenden Menschen davon überzeugen, daß das, was er später an Rente bekommt, von ihm in seinem Arbeitsleben miterarbeitet worden ist. Deshalb kann es auch in der Sozialversicherung keine Bedürftigkeitsprüfung geben. (Beifall) Hier muß ein echter Rechtsanspruch gegeben sein. Es ist gar kein Wunder gewesen, daß die Menschen in der Nachkriegszeit auf Grund der ungeheuer vielgestaltigen Notstände sehr oft die Meinung vertreten haben: Der Bund, die Länder und die Kommunen geben ungefähr 21 Milliarden DM an sogenannten Wohlfahrtsleistungen aus; wenn nun diese Beträge an die wirklich Armen verteilt würden, dann müßte es doch allen diesen armen Leuten heute gut gehen. — Dabei vergißt man aber eines: Von diesen 21 Milliarden DM sind in der Vergangenheit 12 Milliarden DM als echte Beiträge in die deutsche Sozialversicherung eingezahlt worden. Ob ich das Geld nur zur Sparkasse bringe oder aber ich zahle es in diese Institutionen ein, das ist doch gleichgültig. Der Rechtsanspruch, der sich aus einer Beitragszahlung ergibt, ist ebenso heilig wie das Privateigentum für uns christliche Menschen.

Wohin würde es führen, wenn wir sagten, es soll eine einheitliche Linie für alle diejenigen geschaffen werden, die in dieser oder jener Form von Renten oder anderen Unterstützungen leben müssen? Das würde dazu führen, daß der einzelne in seinem Arbeitsleben nicht die Initiative entwickelte, sich für die Zeit seiner Arbeit und für sein Alter etwas Besonderes zu sichern. Wir wollen, daß dieser alte Mann in der Zukunft das gute Gewissen unseres Volkes ist. Er darf nicht abhängig sein von einem kleinen Rentenansatz; er muß die Weisheit, die ihm das Leben vermittelt hat, weitertragen in die nächste Generation. Er darf nicht abhängig sein und soll sich auch nicht nach dem Denken anderer verhalten müssen. Hier ist in Wirklichkeit der Ansatzpunkt, von dem wir ausgehen müssen, wenn wir einen echten deutschen demokratischen Staatsbürger erziehen wollen. Und wenn wir ihn schaffen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß dieser Mann aus sich heraus weiß: Ich habe für mich gesorgt, und ich brauche niemandem „Danke schön!“ zu sagen. (Starker Beifall)

Glauben Sie ja nicht, daß die Bundesregierung oder mein Ministerium der Meinung sei, wenn wir den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf über die Bühne gebracht hätten, daß damit das, was wir Sozialreform nennen, fertig

wäre! Nein, das sind die ersten Schritte für eine neue Ordnung; allerdings fassen wir hier die Dinge am gefährlichsten Punkt an. Wir müssen dafür sorgen, daß alle unsere sozialen Einrichtungen so miteinander verflochten werden, daß die Sicherstellung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen unbedingt garantiert ist. Es darf, wenn dieses Gesetzwerk fertig ist, nicht möglich sein, daß der kranke Mann, der noch nicht seinen Invalidenrentenbescheid bekommen hat, vorübergehend zum Wohlfahrtsamt gehen muß. (Beifall)

Wir werden auch für den arbeitenden Menschen sorgen, der länger als 26 Wochen krank ist, bei dem die Ärzte sagen, daß man bei einer besonderen Betreuung diesen Menschen wieder gesund und arbeitsfähig machen kann; aber glauben Sie mir, nicht allein die Arbeitsfähigkeit ist für uns das Entscheidende, sondern das ganze Denken und Handeln, das sich nur in einem gesunden Körper entwickeln kann; denn wir sehen den ganzen Menschen, und ihm wollen wir helfen. Wir wollen in Zukunft versuchen, die Menschen nicht erst dann ernstlich unter die Lupe zu nehmen, wenn bei ihnen die Invalidität droht oder wenn sie eintritt, sondern wir wollen dafür sorgen, daß jeder, der von einer schleichenden Krankheit erfaßt wird, schon frühzeitig die beste ärztliche Betreuung bekommt, damit er seine Gesundheit wiedererhält.

Bei unseren Versicherungsträgern ist es so, daß heute von 100 Anträgen auf eine Rente 52 Prozent sich auf eine Invalidenrente beziehen, d. h. also, mehr als die Hälfte unserer deutschen Menschen sind, bevor sie 65 Jahre alt werden, müde und verbraucht. Hier müssen wir meines Erachtens eingreifen. Ich habe mich vor kurzem mit einer Reihe von sehr guten Ärzten unterhalten, die mir bestätigten, daß wir tatsächlich die Lebenserwartung in unserem deutschen Volk um 13 Jahre verlängert haben; aber die Gesunderhaltung für diese 13 Jahre haben wir bisher noch nicht geschafft. Wenn diese neue Ordnung wirksam wird, wird sie bestimmt eine gewisse Übergangszeit notwendig haben. Dann werden wir dazu kommen, daß wir die Menschen, wenn sie anfangen zu kränkeln, aus dem Wirtschaftsleben herausnehmen und ihnen eine Heilbehandlung mit einer entsprechenden Versorgung ihrer Familien für die Zeit geben, wo eben der Ernährer in einer Heilstätte oder sonstwo sein muß. (Beifall)

Wir wollen allerdings in Zukunft nicht einfach Rentenbescheide ausschreiben, sondern den Rentenbescheid bekommt nach der neuen Ordnung nur der, von dem uns die Ärzte allen Ernstes sagen: Er ist Invalide und kann nicht mehr ins Wirtschaftsleben zurückkehren. — Ich glaube, wenn diese neue Ordnung sein wird, dann wird unser Volk uns dankbar dafür sein. Ich denke immer an ein Gespräch, das ich im Jahre 1946 mit Lord Beveridge — dem Vater der neuen Sozialordnung in England — führte und der mir damals sagte: Wir in England haben während des Krieges unseren arbeitenden Menschen für ihre Leistungen versprochen, ihnen eine bessere Sozialordnung zu geben. Das haben wir durch die gesetzgeberische Übernahme des Beveridge-Planes erreicht. — Nun sage ich Ihnen, unser deutsches Volk hat während des Krieges auch eine große Leistung vollbracht, aber noch eine viel größere in der Nachkriegszeit. Es ist schon dieser Tage davon gesprochen worden, wie die Leistung unseres Volkes gewachsen ist. Ich bin der Meinung, daß wir als christliche Demokraten unseren breitesten Volksschichten dafür Dank sagen müssen. Wir sagen diesen breitesten Volksschichten am besten dadurch Dank, wenn wir ihnen die Sorge vor der Not von morgen nehmen (Beifall), wenn wir ihnen eine soziale Ordnung schaffen, wonach der einzelne Mensch sich sagen kann: Du hast deine Pflicht erfüllt, und die Gemeinschaft wird auch die Pflicht dir gegenüber erfüllen. — Dann braucht er keine Wohlfahrt. Glauben Sie mir, es gibt nichts Schlimmeres, als einem Menschen,

der sein Lebtage gearbeitet hat, am Lebensabend zu Weihnachten vom Parlament eine kleine Weihnachtsgratifikation zu geben; denn diese Leute haben für derartige Dinge ein feines Gespür. Wenn ich Ihnen sage, daß von den Sozialrentnern, die bisher am Schluß hinsichtlich der Lebenshaltungsmöglichkeiten in unserem deutschen Volke standen, nur 3 Prozent zusätzlich Wohlfahrt in Anspruch genommen haben, dann zeigt sich damit, daß in diesem Kreise von Menschen eine Selbstachtung vorhanden ist, die ich manchen anderen Volksteilen mitunter gern wünschen möchte. (Beifall)

Wir wollen, wie gesagt, diesen Leuten die Rechtsgrundlage geben. Wir wollen ihnen die Überzeugung beibringen, daß die Christlich Demokratische Union, die nun die Aufbauarbeit in Deutschland in den letzten zehn Jahren im wesentlichen getragen hat, sich dessen bewußt ist, daß dieser Aufbau nur fertig sein kann, wenn wir die soziale Sicherheit unserer Menschen erreicht haben. Dafür hat dieser Parteitag den Startschuß gegeben. Ich möchte Sie auf das herzlichste dazu einladen, an dieser neuen Ordnung mitzuarbeiten. (Langanhaltender, starker Beifall)

Präsident Dr. Stoltenberg

dankte Minister Storch für seinen Diskussionsbeitrag und schließt gegen 13.20 Uhr die Vormittagssitzung.

4. Plenarsitzung (Fortsetzung)

Die Sitzung wird um 14.30 Uhr eröffnet von

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Bevor wir in die Diskussion eintreten, muß ich nachholen, was gestern versäumt worden ist. Ich hatte in meinem Bericht ausgeführt, daß die beiden Gremien Bundesparteitag und Bundesparteiausschuß noch nicht so zusammengesetzt sind, wie es die neue Satzung vorschreibt und daß infolgedessen die Notwendigkeit einer **Übergangsbestimmung** gegeben ist. Der Antrag lautete:

Der Bundesparteiausschuß schlägt vor, der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Die Satzung tritt am 1. Mai 1956 in Kraft.
2. Bundesparteiausschuß und Bundesparteitag sind in ihrer jetzigen Zusammensetzung ermächtigt, die im Statut vorgesehenen Wahlen vorzunehmen, bis Bundesparteitag und Bundesparteiausschuß die in den §§ 4 und 6 vorgesehene neue Form angenommen haben.

Wünscht jemand das Wort? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. — Der Antrag ist bei ein paar Enthaltungen angenommen.

Wir treten nunmehr in die Diskussion ein. Ich erteile das Wort Herrn

Minister Dr. Zimmer:

Das Thema Bundespolitik und Länderpolitik, Bundesregierung und Länderregierungen ist von vielen Rednern unter verschiedenen Gesichtspunkten in diesen Tagen angesprochen worden. Ich glaube, es ist nicht sehr förderlich, zu diesen Dingen nur einseitige polemische Bemerkungen zu machen, sondern wir sollten prüfen, wie wir hier in Zukunft eine konstruktive Arbeit leisten können. Ich gehe bei meinen Erwägungen davon aus, was die beiden Herren Berichterstatter heute morgen gesagt haben. Herr Präsident Bauknecht zutreffend ausgeführt: Wir haben von der Bundesregierung aus, getragen von der CDU-Fraktion, einen vom Parlament gebilligten Grünen Bericht vorgelegt; wir werden alles tun, um ihm zu einem Erfolg zu verhelfen. — Er hat dann sinngemäß hinzugefügt, in weitem Umfang hänge

das von den Ländern ab, inwieweit sie nämlich gewillt seien, die erforderlichen Leistungen aufzubringen.

Herr Dr. Hellwig hat sinngemäß ausgeführt, es fehlten in weitem Umfang die gesetzgeberischen Voraussetzungen für eine planmäßige Raumpolitik, für eine planmäßige Auflockerung der Industrieansiedlung, wobei Zusammenballungen vermieden werden müßten. Auch das ist vollkommen zutreffend. Was können wir als CDU in diesem Augenblick tun? Wir können z. B. das nachholen, was in den letzten Jahren versäumt worden ist. Ich knüpfe hier an die Ausführungen an, die Herr Professor Dr. Süsterhenn gestern bei dem Thema „Parteiausschuß“ gemacht hat. Der Bundesparteiausschuß ist von jeher gedacht gewesen als Hauptintegrationsorgan unserer Partei. Er ist die Nahtstelle, wo Bundespolitik und Länderpolitik vom Parteilichen her in eine Koordinierung und fruchtbare Zusammenarbeit gebracht werden können und müssen. Es wird nach meiner Auffassung eine Hauptaufgabe des Bundesparteiausschusses sein, in der kommenden Zeit, namentlich in den beiden nächsten Jahren, sich dieser Probleme anzunehmen, auch namentlich von den Ländern aus, wo die CDU zur Zeit nicht in der Regierung sitzt, wo aber die CDU-Fraktionen die Möglichkeit haben, als Opposition im Sinne der Bundespolitik Einfluß zu nehmen auf die Länderpolitik.

Es darf, um ein weiteres Beispiel zu geben, in Zukunft nicht mehr so leicht möglich sein, daß eine sozialistisch geführte Landesregierung überall an großen Schildern schreiben kann: unser Land baut auf! ohne dabei zu sagen, daß 90 Prozent dieser Baumittel der erfolgreichen Bundespolitik, die von der CDU getragen wird, zu danken sind. (Starker Beifall)

Der Bundesparteiausschuß muß im Sinne unserer Partei die über alle Maßen erfolgreiche Bundespolitik der CDU nutzbar gestalten für die CDU-Politik in den Ländern, ohne Rücksicht darauf, ob die CDU in der Regierung oder in der Koalition sitzt.

Ich habe die Bitte an den Bundesparteivorstand, in Zukunft die Arbeit des Bundesparteiausschusses auch finanziell zu erleichtern, damit er in eine flüssigere Arbeit hineinkommt als bisher. Der Bundesparteiausschuß sollte nicht nur zusammengerufen werden zur Entgegennahme von Berichten und zur Beschlußfassung von Resolutionen, sondern ihm sollten auch echte Aufgaben gestellt werden. Ich möchte an uns alle die Aufmunterung richten: Aktivieren wir im Sinne der CDU-Politik die Arbeit des Bundesparteiausschusses. (Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn

erteilt das Wort Herrn

Dr. Günther Grzcimek (Württemberg-Hohenzollern)

Dr. Szimk regt an, alles zu tun, um den Zusammenhalt in den Familien zu fördern und um die natürliche Autorität der Familie in der Öffentlichkeit zu vermehren und ihr erhöhte Geltung zu verschaffen.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn

dankt dem Diskussionsredner für seinen Beitrag und erteilt das Wort Herrn

Bockheim:

Er tadelt am Beispiel einer Pressemeldung, die am vierten Tag des Parteitages erschienen war, die Sensationslust einer gewissen Art von Zeitungen, die selbst vor der schweren wirtschaftlichen Lage der Rentner nicht halt macht, und weist solche Übergriffe unter lebhafter Zustimmung des gesamten Plenums des Bundesparteitages entschieden zurück.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

erteilt nach dem Dank an den letzten Diskussionsredner das Wort

Josef Arndgen, MdB:

Zu einigen Formulierungen, die Herr Dr. Hellwig in seinem Bericht über das Arbeitsergebnis des Arbeitskreises für Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht hat, erscheint es mir notwendig, einiges zu sagen. Er hat in seinem Bericht bezüglich Sicherung der Preisgestaltung und Sicherung unserer Geldwährung etwa folgendes ausgeführt: Wenn die akute Gefahr eintreten sollte, daß die Forderung und die Bewilligung von Lohnerhöhungen Preiserhöhungen auslösen und damit nachhaltig die Kaufkraft der D-Mark zum Nachteil anderer Volksteile, wie Festbesoldete und Rentner, herabsetzen, dann müssen gesetzliche Grundlagen dafür geschaffen werden, daß sich der Staat vermittelnd einschalten kann. —

Ich bin der Meinung, daß mit einer solchen Formulierung die Arbeit um die Lohngestaltung diskriminiert wird; denn es gibt eine ganze Reihe verschiedenartiger Momente, die auf die Preisgestaltung einwirken. Wenn nun aus allen diesen Momenten eines herausgegriffen werden soll, dem unter Umständen Zügel angelegt werden müssen, dann ist das nicht richtig. Ich bin vielmehr der Meinung, wenn wir Vorsorge treffen wollen, daß uns die Preise nicht davonlaufen, und wir das Unsere tun wollen, die Währung stabil zu halten, daß man dann nach Maßnahmen Ausschau halten müßte, die auch alle Momente, die auf den Preis- und Geldmarkt einwirken, kontrollieren sollen. (Beifall) Ich bin weiter der Meinung, daß mit einer solchen Formulierung der Weg für eine Entwicklung geebnet würde, die wir Gott sei Dank hinter uns haben. Wir sind der Meinung, daß der Treuhänder der Arbeit, der die Löhne behördlich festlegt, endgültig überwunden ist und daß ihm auch keine Chance mehr gegeben werden darf, noch einmal aufzuleben.

Ich möchte daher nicht mehr Ausführungen zu dem Problem machen, sondern nur den Antrag stellen, diesen Satz zu streichen; denn wenn dieser Satz, auch in einer geänderten Form stehenbliebe, dann sähe ich beim besten Willen keinen Weg, wie nun doch die Kontrolle ausgeübt werden könnte. Wir leben halt in einer freien sozialen Marktwirtschaft, aber ich habe bisher noch keinen Weg gefunden, wie man ohne das Spiel mit den Zöllen preisregulierend wirken kann. Wenn man die anderen Momente nicht in die Kontrolle hineinbringen kann, dann bin ich der Meinung, dem Prinzip treu zu bleiben, das wir seit Jahren verfolgt haben, indem wir die Lohnentwicklung dem freien Spiel der Sozialpartner überlassen haben. Wollen wir das nicht, dann müssen wir auf der anderen Seite aber auch das Spiel der Preisgestaltung unter eine scharfe Kontrolle nehmen. Nur dann, wenn auch das durchgeführt wird, würde man diesem Anliegen, was hier angesprochen wird, gerecht. Ich stelle also den Antrag, diesen Satz zu streichen. (Vereinzelter Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Das, was Herr Dr. Hellwig heute morgen vorgetragen hat, war nicht der Entwurf einer Entschliebung, sondern ein sehr kurz zusammengefaßter Bericht, der sicher nicht in erschöpfender Weise alle Gesichtspunkte zu diesem Thema enthalten hat. Die Texte der Entschliebungen, die gleich zur Abstimmung gelangen sollen, liegen Ihnen vor. Sie werden an Hand dieser Entschliebungen kontrollieren können, ob und inwieweit dieser Satz darin enthalten ist. Ich habe aber hineingeschaut, der Satz hat jetzt eine andere Formulierung als die, von der Herr Arndt ausgegangen ist. Wir können also diese Diskussion zurückstellen, bis die Texte verlesen werden. Nun hat sich noch als letzter Diskussionsredner zu Wort gemeldet:

Staatssekretär Dr. Lenz:

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zum Schluß des Parteitages, Ihnen ein paar Anregungen zu unterbreiten, die zwar heute nicht mehr diskutiert werden können, die aber für die Zukunft von Bedeutung sind.

Ich möchte davon ausgehen, daß wir uns bewußt sein müssen, daß eine der erheblichsten Gruppen, die unsere Wähler darstellen, die Arbeitnehmer, d. h. die Arbeiterschaft ist. Wir haben im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen die Feststellung getroffen, daß die CDU von ebensoviele Arbeitern gewählt worden ist wie die SPD. (Beifall) Ich glaube, das ist doch eine sehr bedeutsame Feststellung. Aber so erfreulich diese Feststellung ist, so verpflichtend ist sie natürlich auf der anderen Seite. Wir müssen auf Grund von zahlreichen Untersuchungen leider feststellen, daß die Arbeiterschaft dem heutigen Staat immer noch mit einer gewissen Reserve gegenübersteht. Das ist kein Problem allein der CDU, das ist ein Problem aller politischen Parteien. Aber ich wollte auf diesen Punkt einmal hinweisen. Nun scheint es mir, daß gerade die CDU im Hinblick auf diese Situation eine ganze Reihe von Problemen in der nächsten Zeit einmal anpacken müßte. Ich wage es, dieses heiße Eisen einmal anzupacken. Zu diesen Problemen gehört auch die Frage der Arbeitszeit; denn schließlich ist ja die Steigerung der Produktion, die Technisierung des Arbeitsprozesses kein Selbstzweck, sondern wir wollen ja dadurch dem Menschen helfen. Ich will nicht auf die Fülle der Probleme eingehen, die sich damit verbinden für die eventuelle Einführung der 40-Stunden-Woche usw. Keiner denkt daran, daß das von heute auf morgen geschehen könne. Daß wir eine Anpassungszeit brauchen, ist selbstverständlich. Daß die Produktion nicht sinken darf, ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist auch, daß die Arbeitszeit in anderen Berufsgruppen berücksichtigt werden muß. Es geht mir darum, hier einmal das geistige Problem in den Vordergrund zu stellen, was dann mit dieser Frage verbunden sein wird, nämlich das Problem der richtigen Verwendung der freien Zeit, die dadurch geschaffen wird. Wir müssen auch einmal den Dingen ins Auge sehen, daß es wahrscheinlich dazu kommen wird, daß in der Mehrzahl der Betriebe der Samstag neben dem Sonntag ein freier Tag sein wird. Wir können uns nicht damit abfinden, daß man nun eine oberflächliche Freizeitgestaltung macht, sondern wir müssen doch versuchen, einer echten geistigen Ausbildung nach dieser Richtung hin den Boden zu ebnen. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß wir die bedenkliche Feststellung getroffen haben, daß es in 30 Prozent der deutschen Haushaltungen heute kein Buch mehr gibt. Ich glaube, daß gerade die Christlich Demokratische Union sich einmal mit diesen Problemen befassen müßte.

Ich möchte noch das Problem anschneiden, daß wir uns einmal ernstlich überlegen, ob die Schulbildung, wie wir sie heute haben, wirklich den Erfordernissen unserer Zeit gerecht wird. Wir haben zwar keine Kompetenz vom Bunde her, aber die CDU hat eine Kompetenz überall, wo sie ist, in dieser Frage. (Starker Beifall) Gerade die CDU müßte sich sehr ernsthaft mit diesen Fragen befassen. Damit hängt das Problem zusammen, wie wir genügend geistigen und wissenschaftlichen Nachwuchs bekommen. Wir sind der Auffassung, die CDU sollte sich mit ihrer Forderung an die Spitze stellen, den begabten Kindern aus allen Schichten des Volkes einen freien Zugang zur Universität zu schaffen. (Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn

dankt Staatssekretär Dr. Lenz für seine Anregungen und erteilt das Wort

Erwin Häußler, MdB.:

Gestatten Sie dem Abgeordneten des Wahlkreises, in dem Sie tagen, wenigstens einige Sätze zu sagen. In der Entschließung des Arbeitskreises

„Eigentumspolitik“ sind einige Punkte aufgeführt, von denen ich sagen möchte, daß sie als Nahziel gelten sollen, d. h. also als Aufforderung des Bundesparteitages an die CDU-Bundestagsfraktion. Ich möchte betonen, daß das, was in der Entschließung steht, für den jetzigen Bundestag gilt, daß aber sicher weitere Gesetze demnächst im Bundestag vorgeschlagen werden sollen. Ich möchte dringend bitten, daß der Bundesparteiausschuß und der Bundesparteivorstand dieses Anliegen im Auge behalten. Wenn ich speziell für dieses Anliegen eintrete, dann glauben Sie nicht, daß das ein Hobby wäre, so eine Art einseitige Leidenschaft für einen Punkt, sondern man muß, wenn man schon eine Lücke sieht, in diese Lücke einspringen und versuchen, hier wenigstens einiges vorwärtszutreiben. Ich möchte darum bitten, daß gerade dieses Thema — ein Beschluß wird heute nicht möglich sein — beim nächsten Bundesparteitag nicht vergessen wird. Dabei soll das Fernziel ins Auge gefaßt werden: Schaffung einer breiten Schicht von Arbeitnehmern neuer Prägung, gekennzeichnet durch individuellen Eigentumsanteil innerhalb der Wirtschaft. Wir hoffen, daß wir den Regeltyp des nur Lohnarbeiters, der ohne Einkommen aus Kapitalertrag den Klassencharakter unserer jetzigen Zeit bestimmt, überwinden werden. So muß auch in den Bundesländern geprüft werden, welche Quellen aus dem privaten und öffentlichen Bereich erschlossen werden können. Wir haben aus diesem Grunde gestern im Arbeitskreis „Eigentumspolitik“ uns zur Aufgabe gestellt, zwei Entschließungen auszuarbeiten. Wir hoffen, daß die Bundesgeschäftsleitung diese Entschließungen veröffentlicht. In der zweiten Entschließung sind einige Punkte angeführt, über die ich im einzelnen nicht sprechen kann, denn ich möchte Sie nicht aufhalten. Aber ich bitte doch, das, was ich als Fernziel bezeichnen möchte, ins Auge zu fassen.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Damit ist die Diskussion vorläufig geschlossen. Wir kommen nunmehr zur Verlesung der

Anträge und Entschließungen

Dr. Bruno Heck:

Ich habe die Ehre, im Auftrage des Redaktionskomitees Ihnen die Entschließungen bekanntzugeben.

Die erste Entschließung umfaßt die Arbeitsergebnisse der ersten drei Arbeitskreise. Ich darf zunächst die

Präambel

verlesen:

Die Lebensumstände in fast allen Gruppen unseres Volkes haben sich in den letzten 70 Jahren entscheidend gewandelt. Die bestehenden Regelungen der sozialen Hilfe können daher weder nach ihrem Umfang noch nach ihrem Anwendungsbereich der veränderten Situation gerecht werden. Sie bedürfen einer grundlegenden Neuordnung, die fast alle Lebensbereiche zu umfassen hat: die Sorge um gleiche Lebens- und Berufschancen für die Jugend, die Sorge um die Familie, besonders um die Familie mit mehreren Kindern, die Sorge um den Invaliden, der im vollen Lebensalter aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden mußte und die Sorge um die wachsende Gruppe der alten Menschen. Eigenvorsorge und Eigenverantwortung müssen dabei den Vorrang vor staatlicher Hilfe haben, die erst dort einzusetzen hat, wo die eigenen Kräfte versagen. Alle sozialpolitischen Forderungen können aber nur dann erfüllt werden, wenn eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik die notwendigen Grundlagen sichert.

Die folgenden Empfehlungen des 6. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union betreffen den ersten und dringlichsten Teil einer

umfassenden Sozialreform, die insgesamt auch weiterhin unsere vornehmste innenpolitische Aufgabe bleiben wird.

Den Forderungen der CDU zur Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung ist im Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministerium Rechnung getragen worden. Das Gesetz sollte deshalb unverzüglich verabschiedet werden und in Kraft treten. Es geht davon aus, daß der Rentner, der Invalide und die Hinterbliebenen gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft sind, und es gibt allen Arbeitnehmern ausreichende Sicherheit für den Lebensabend, indem es den Rentner aus der Nachbarschaft des Fürsorgeempfängers heraushebt, um ihm stattdessen am Fortschritt und Erfolg der arbeitenden Bevölkerung teilhaben zu lassen.

Die Gesundheit ist das wertvollste Gut für jeden einzelnen Menschen, für die Familie und für die gesamte Gesellschaft. Die Erhaltung der Gesundheit und ihre Wiederherstellung im Krankheitsfalle müssen den Vorrang vor Dauergeldleistungen haben.

Die Sicherung des Lebensunterhaltes für den Versicherten und seine Familie im Falle der Krankheit darf keine unterschiedliche Behandlung und Bewertung der Arbeiter gegenüber den Angestellten erfahren. Die CDU fordert daher die Lohnfortzahlung oder aber eine Ersatzleistung, die in ihrer Höhe der Lohnfortzahlung entsprechen soll.

Wie in der Rentenversicherung müssen auch in der Krankenversicherung die vorbeugenden Maßnahmen im Mittelpunkt der Neuordnung stehen, deren praktischer Erfolg nicht zuletzt auch ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Versichertem und Behandlungsmethoden nach dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaften voraussetzt.

Im Rahmen der Sozialreform muß auch das Fürsorgewesen der neuen Entwicklung gesetzlich angepaßt werden.

Die von der CDU/CSU-Fraktion eingeleiteten familienfördernden Maßnahmen haben vielen Familien notwendige und wirksame Hilfe gebracht. Die CDU wird aufgetretene Schwierigkeiten durch eine Reform der Gesetzgebung überwinden und die Familienhilfe in Zukunft noch wirksamer gestalten. Das wird auch weiterhin durch Steuervergünstigung und Zahlung von Kindergeld erreicht werden.

Die CDU fördert alle geeigneten Maßnahmen zur Bildung von persönlichem Eigentum. Die herkömmliche Form der Bildung von Privateigentum durch Erwerb von Grund und Boden oder eines Eigenheimes soll auch weiterhin unterstützt werden. Das Familienheimgesetz ist deshalb vordringlich zu verabschieden.

Darüber hinaus aber sind Möglichkeiten zu schaffen, die auch die breite Schicht der Arbeitnehmer an den Sachwerten in der Wirtschaft beteiligen. Daher fordert die CDU die beschleunigte Verabschiedung eines Gesetzes zur Bildung von Kapitalanlagegesellschaften. Bei der Privatisierung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen ist die breite Streuung in Kleinbesitz, vorzugsweise in Arbeitnehmerhand, zu fördern. Die erforderliche Anpassung des Gesellschaftsrechts ist vorzunehmen, um die Schaffung betrieblichen Mit Eigentums überall da zu ermöglichen, wo es von Belegschaften und Unternehmern als Ergebnis einer freien Entscheidung gewollt wird. Steuerliche Vergünstigungen sollen auf allen Gebieten die Eigentumsbildung fördern.

Die soziale Sicherung der Kriegssachgeschädigten, Heimatvertriebenen und Flüchtlinge muß den Verbesserungen durch die Sozialreform entsprechen.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn

eröffnet die Diskussion zu der verlesenen Entschliebung und erteilt das Wort

Dr. Rupprecht Dittmar, Hamburg

Dr. Dittmar beginnt seine Ausführungen mit allgemeinen Erörterungen über die Entschliebung Nr. 1 des Arbeitskreises „Wirtschafts- und Finanzpolitik“, die aber noch nicht verlesen worden war. Präsident Dr. Süsterhenn unterbricht daraufhin den Redner mit der Zusage, ihm nach der Verlesung der Entschliebung Nr. 1 wiederum das Wort zu erteilen.

Die vom Präsidenten vorgenommene Abstimmung über die bisher verlesene Entschliebung ergibt eine einstimmige Annahme. Im Anschluß daran wird Dr. Heck das Wort erteilt zur Verlesung der

Entschliebung des Arbeitskreises „Wirtschafts- und Finanzpolitik“

Der Bundesparteitag wolle beschließen:

Der Parteitag sieht in der günstigen wirtschaftlichen Lage, die durch Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist, eine erneute Bestätigung für die Richtigkeit der von der CDU seit 1948 verfolgten Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Es gilt jetzt, diesen hohen Stand zu sichern und durch eine straffe Koordinierung von Wirtschafts-, Finanz-, Agrar- und Sozialpolitik die in der Hochkonjunktur auftretenden Spannungen zu überwinden.

Der Parteitag begrüßt die von der Bundestagsfraktion ausgegangene Initiative zu Maßnahmen der steuerlichen Entlastung und der Wirtschaftsförderung auf solchen Gebieten, die mit der konjunkturellen Entwicklung nicht aus eigener Kraft halten können. Er fordert die Bundestagsfraktion auf, baldigst die gesetzlichen Grundlagen für eine zentrale Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung auch gegenüber anderen Bereichen der öffentlichen Hand insgesamt zu schaffen. Besonders in der Bautätigkeit, wo die öffentliche Hand der weitaus größte Bauherr und Geldgeber ist, sollte sie von ihrer Stellung stärker als bisher Gebrauch zu einem mäßigen Einfluß auf die Konjunktur machen.

Die bisher von der Bundestagsfraktion eingeleiteten Schritte sind durch weitere Maßnahmen aktiver Konjunkturpolitik zu ergänzen, wie kräftige Senkung der Einfuhrzölle für alle Wirtschaftsgüter mit nur wenigen vertretbaren Ausnahmen, weitere Ausdehnung der Liberalisierung, energische Förderung der Berufs- und Fachausbildung, Umschulung noch einsatzfähiger Erwerbsloser auf Mangelberufe, steuerliche Anreize zur Bindung von Kaufkraft für die Bildung von Sparkapital. Die Kapitalbildung bedarf in allen Bereichen der Unternehmungen und der Bevölkerung besonderer Pflege. Von der öffentlichen Hand muß eine systematische Pflege des Kapitalmarktes verlangt werden, damit sie in der Lage ist, den Finanzbedarf für vermögenswirksame Ausgaben durch Anleihen und nicht wie bisher durch Steuern zu decken.

Die Stabilität der deutschen Währung, die zur Zeit größtes internationales Ansehen genießt, ist bei allen Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik oberstes Gebot. Da Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung starke Auftriebendenzen bei Lohn und Preis hervorufen, haben die Sozialpartner eine erhöhte Mitverantwortung für die Sicherung der Kaufkraft. Wenn aber die akute Gefahr eintreten sollte, daß die Preis- und Lohnentwicklung die Kaufkraft der deutschen Mark ernsthaft zum Nachteil anderer Volksteile, wie Festbesoldeten und Rentnern, führen würde, dann muß dieser Gefahr unter Umständen auch mit staatlichen Mitteln begegnet werden.

Der Parteitag weist die Bundesregierung, die Bundestagsfraktion und die Fachausschüsse der Partei auf die besonderen Fragen hin, die die verstärkte Industrialisierung für Stellung und Fortbestand der mittleren und kleineren Betriebe in allen Zweigen der Volkswirtschaft einschließlich der freien Berufe aufwirft. Die Partei wird ein gesellschaftspolitisches Programm für die Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur zur Erhaltung einer gesunden Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben ausarbeiten.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Diese Entschliebung wird zur Diskussion gestellt. Ich erteile zunächst das Wort

Dr. Rupprecht Dittmar (Hamburg):

Ich hatte vorhin darüber gesprochen, daß ich mich dem Antrag des Herrn Arndgen anschließen wollte, der darauf hingewiesen hatte, daß der Satz „Wenn aber die akute Gefahr eintreten sollte, daß die Preis- und Lohnentwicklung die Kaufkraft der deutschen Mark ernsthaft zum Nachteil anderer Volksteile, wie Festbesoldeten und Rentnern, führen würde, dann muß dieser Gefahr unter Umständen auch mit staatlichen Mitteln begegnet werden“ gestrichen werden soll. Es ist vom Herrn Präsidenten gesagt worden, daß dieser Satz eine Ergänzung erfahren sollte. Dies ist tatsächlich geschehen. Es ist zuerst die Preisentwicklung genannt worden, dann die Lohnentwicklung, und dann ist eine Umstellung erfolgt, wenn ich der Rede unseres Freundes Hellwig richtig gefolgt bin. Ich habe den Eindruck, daß die Verfolgung eines derartigen Prinzips letztlich die Rückkehr zur Zwangswirtschaft als Folge haben würde. Es ist nichts anderes verlangt als die Durchsetzung eines Preis- und Lohnstops. Das gesamte deutsche Volk dankt es unserer Wirtschaftspolitik, die von Herrn Professor Erhard initiiert und weiter angeregt wurde, daß wir von diesen Dingen befreit worden sind. Ich glaube, daß man im Zuge dieser Politik auch verschiedene Risiken auf sich nehmen, z. B. das Risiko, daß die Produktivität in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich groß ist. Wir hätten wohl theoretisch die Möglichkeit, nach einem Gesamtschlüssel alle Arbeitnehmerlöhne laufend der Gesamtproduktivität anzupassen, aber wir haben bestimmt nicht die Möglichkeit, die Preisentwicklung so zu beeinflussen, daß die Verbraucherschaft dort, wo Preisermäßigungen möglich sind, auch an der Produktivität ihren berechtigten Anteil hat.

Ich glaube, daß zudem eine derartige Forderung daraus hinausläuft, das Verhältnis zwischen dem Unternehmeranteil und dem Arbeitnehmeranteil am Sozialprodukt zu verewigen und zu der Meinung Anlaß zu geben, wir hätten bereits eine gerechte Relation hergestellt. Es gibt auch in unserer Partei Kreise, die der Meinung sind, daß dies da und dort noch erheblich zu wünschen übrig lasse.

Ich möchte mich deshalb hinter den Antrag unseres Freundes Arndgen stellen, diesen Satz ganz zu streichen. Er kann auch nach dem berechtigten Appell an die Verantwortung der Sozialpartner durchaus wegb bleiben ohne Schaden für das Anliegen, das vorgetragen worden ist.

Ich habe weiter einen Vorschlag zu machen, der die Förderung der Kapitalbildung betrifft. Es handelt sich um den Satz auf Seite 2: „Die Kapitalbildung bedarf in allen Bereichen der Unternehmungen und der Bevölkerung besonderer Pflege“. Ich habe die sichere Gewißheit, daß dieser Satz so verstanden wird, als ob wir die Selbstfinanzierung in der Wirtschaft und in den Betrieben noch weiter zu fördern hätten, als es bislang der Fall ist. Wir wollen nicht verkennen, daß unsere Wirtschaftspolitik zu unserem größten Bedauern in diesem Jahr schon mancher Mißdeutung ausgesetzt gewesen ist. Ich könnte mir vorstellen, wenn wir diesen Satz

um eine Kleinigkeit ergänzten, daß wir alle vollen Herzens diesen Satz akzeptieren könnten. Ich schlage daher folgende Formulierung vor: „Die Kapitalbildung bedarf in allen Bereichen der Unternehmungen — unter besonderer Berücksichtigung berechtigter Belange der Arbeitnehmerschaft — und der Bevölkerung besonderer Pflege.“ Ich stelle den Antrag, diese Einschaltung vorzunehmen. Ich darf den Antrag dem Herrn Präsidenten überreichen.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Das Wort hat

Dr. Hellwig

Offen gestanden überrascht es mich etwas, daß beantragt wird, diesen Satz „Wenn aber die akute Gefahr eintreten sollte...“ zu streichen. Herr Kollege Arndgen hat an der Formulierung mitgewirkt. Ich möchte hier nur folgendes klarstellen. Wer mich kennt, weiß, daß ich der letzte bin, der irgendwie eine Handhabe zur Wiedereinführung der zwangswirtschaftlichen Maßnahmen bieten würde. Wer mich kennt, weiß auch, daß ich an dem Grundsatz der Tarifhoheit der Sozialpartner unter allen Umständen festhalte und daß ich auch bei den Beratungen über die Internationale Europäische Sozialcharta ganz klar diesen Standpunkt vertreten habe. Aber was hier noch gesagt werden muß, ist eine Besinnung auf die Verpflichtung der CDU als der die Verantwortung an erster Stelle tragenden Partei. Wir haben in allen unseren Programmen ausdrücklich gesagt, daß wir keinen Automatismus der freien Wirtschaft zulassen wollen, wenn dadurch bestimmte Bevölkerungskreise, die nicht an der industriellen Produktion unmittelbar beteiligt sind — sei es als Unternehmer, sei es als Arbeitnehmer —, benachteiligt werden. (Starker Beifall) Ich erinnere an die Soziale Marktwirtschaft, wo sie sich von der freien Wirtschaft unterscheidet, daß nämlich die Verpflichtungen des sozialen Rechtsstaates anerkannt und auch der Freiheit Grenzen gezogen werden. (Beifall)

Ich glaube, daß die Formulierung an dieser Stelle, wie sie hier jetzt steht,

... dann muß dieser Gefahr unter Umständen auch mit staatlichen Mitteln begegnet werden,

so elastisch und weit wie möglich ist, daß sie aber wenigstens zum Ausdruck bringt, daß der Staat nicht tatenlos zusehen kann, wenn etwa eine Gefahr für die Stabilität der Währung bestehen sollte. (Starker Beifall)

Was heißt denn „mit staatlichen Mitteln“? Von der Beschwerde an den Reden und Erklärungen des Bundesfinanzministers oder Bundeswirtschaftsministers oder den warnenden Gutachten der Bank Deutscher Länder bis zu „gesetzlichen Maßnahmen“ ist doch ein weiter Bogen. Es ist an dieser Stelle überhaupt keine Festlegung erfolgt als die, daß wir uns zu der Mitverantwortung des Staates auch gegenüber diesen Dingen bekennen.

Nun zu der zweiten Bemerkung! Ich glaube, daß wir in der Sache mit der von Herrn Dr. Dittmar beantragten Einfügung „unter Berücksichtigung der Arbeitnehmerschaft“ völlig einig sind. Wenn wir das nicht wären, dann hätten wir gar nicht so aktiv an der Kapitalbildung der Arbeitnehmer zu Gunsten von Sachwertbeteiligungen mitgewirkt. Die Frage ist nur, ob es an dieser Stelle noch einmal eingeschoben werden muß, nachdem wir es bereits im Teil 1 der Entschließung ausführlich drin haben. Man sollte hier den Grundsatz der Kapitalbildung als solcher und nicht die Frage der Verteilung der Kapitalien ansprechen; denn die Verteilungsfrage haben wir im 1. Teil der Entschließung angesprochen. Ich darf bitten, ohne in der Sache einen Gegensatz zu vermuten, es bei den Formulierungen des Entschließungsentwurfes zu belassen. (Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn

Ich frage die Antragsteller Herrn Arndgen und Herrn Dr. Dittmar, ob sie nach diesen klarstellenden Bemerkungen des Herrn Dr. Hellwig noch auf ihrem Antrag bestehen bleiben. Herr Arndgen?

(Arndgen: Jawohl!)

Ihr Antrag lautete wie?

(Arndgen: Streichung dieses Satzes!)

Herr Dr. Dittmar gleichfalls?

(Dr. Dittmar: Jawohl!)

Wünscht noch jemand das Wort? — Das Wort hat

Bundsvorsitzender Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Ich würde nicht das Wort ergreifen, wenn es sich nicht um eine sehr wesentliche prinzipielle Angelegenheit handelte. Wir sind weit davon entfernt, die Freiheit zu begrenzen. Das steht in unserem Programm sehr deutlich und sehr klar. Ich glaube aber, wir müssen auch dafür sorgen, daß man Freiheit und Willkür unterscheidet. (Starker Beifall)

Ich bitte nun, nicht das, was ich jetzt sage, als einen Angriff auf die Arbeitnehmerschaft zu betrachten. Was ich sage, richtet sich genau in derselben Weise gegen die Unternehmer. Die Welt und unser Land bestehen nicht nur aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern, (Beifall) sondern es haben auch Anspruch auf Leben andere, die nicht zu diesen beiden Schichten gehören. Wir wollen unter gar keinen Umständen in das Extrem verfallen, zu glauben, alles in der Welt drehe sich um die Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Über allem steht das Allgemeinwohl. Ich glaube, es kann uns nichts schaden, wenn darauf aufmerksam gemacht wird. Ich möchte damit den Wortlaut nicht ohne weiteres in allen seinen Punkten als richtig bezeichnen, aber ebenso halte ich es nicht für richtig, wenn ohne weiteres ein solcher Passus gestrichen wird, weil daraus die entgegengesetzten Folgerungen gezogen werden könnten. Das deutsche Volk hat auch noch andere Schichten, die davon abhängen, wie der Staat als ganzer funktioniert. Ich würde mich bis zum letzten dagegen wehren, daß etwa der Staat die Währung usw. einfach in die Hände der Unternehmer und der Arbeitgeber geben würde. (Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Darf ich mir den Vorschlag erlauben, daß vielleicht die beiden Antragsteller Dr. Dittmar und Arndgen zusammen mit Herrn Dr. Hellwig eine kurze Umformulierung überlegen? (Zuruf: Das ist geschehen! — Weitere Zurufe: Abstimmen!) Das Wort hat

Kurt-Georg Kiesinger, MdB:

Wir haben im Redaktionskomitee in wirklich mühseliger Arbeit versucht, zu einer Formulierung zu kommen, die den verschiedensten Auffassungen gerecht wird. Herr Kollege Arndgen hat sich zunächst nicht gegen diesen Satz gewandt, sondern gegen den Satz, der ursprünglich darin enthalten war. Herr Kollege Hellwig hat schon darauf hingewiesen, daß die Formulierung, daß man dieser Gefahr unter Umständen auch mit staatlichen Mitteln begegnen muß, außerordentlich weit ist, wenn tatsächlich verschiedene Meinungen im einzelnen bestehen sollten. In welcher Art die staatlichen Mittel bestehen könnten, das werden wir heute nicht klären können, aber diese Formel deckt jedenfalls das Gemeinsame. Deswegen würde ich beantragen, es bei dieser Fassung zu belassen. (Starker Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wünscht jemand das Wort?

(Bundeskanzler Dr. Adenauer: Ich würde den Versuch machen!)

Der Herr Bundesvorsitzende regt an, den Versuch zu machen, daß Herr Dr. Hellwig, Herr Arndgen und Herr Dr. Dittmar sich zusammensetzen, um darüber zu beraten. Wir behandeln dann schon die nächste Entschliebung. Vielleicht ist es nur eine Frage unwesentlicher Formulierungen, um eine Einigung herbeizuführen. Sind Sie damit einverstanden? — Das Wort hat

Bundesvorsitzender Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Es handelt sich um eine außergewöhnlich wichtige Frage. Ich habe das Gefühl, daß im Grunde genommen weder die einen die Staatsomnipotenz noch die anderen die Omnipotenz der Unternehmerschaft und der Arbeitnehmerschaft haben wollen. Deswegen würde ich doch bitten, zu versuchen, zu einer Übereinstimmung zu kommen.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Darf ich dem Beifall entnehmen, daß der Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers angenommen ist? (Zustimmung) Dann bitte ich die drei Herren, sich zusammenzusetzen.

Ich darf Herrn Dr. Heck bitten, die nächste Entschliebung zu verlesen.

Entschliebung des Arbeitskreises „Landwirtschaft“

1. Der 6. Parteitag der CDU begrüßt die Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes und des Grünen Plans. Er erwartet, daß nunmehr alles getan wird, die im Grünen Plan vorgesehenen Maßnahmen rasch in die Tat umzusetzen und besonders auf dem Kapitalmarkt für die Durchführung der vorgesehenen Umschuldung und der Zinsverbilligungsmaßnahmen die notwendigen Kredite zu beschaffen.
2. Der Parteitag verlangt ferner, daß die jetzt begonnene Angleichung des Landlohns an die Verdienste in der gewerblichen Wirtschaft nicht aufs neue gefährdet wird. Eine ständige Abwanderung der Landbevölkerung würde schwerwiegende Folgen für unsere Ernährung wie für unsere Gesellschaftsstruktur haben.
3. Um eine Alterssicherung der Landwirte zu ermöglichen und damit gleichzeitig eine rechtzeitige und geschlossene Hofübergabe zu gewährleisten, soll im Rahmen der geplanten Alterssicherung für die schutzbedürftigen Selbständigen eine Altershilfe der bäuerlichen Bevölkerung eingerichtet werden.
4. Von besonderer Bedeutung ist die Fortführung der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen in die deutsche Landwirtschaft, wobei auch die nachgeborenen Bauernsöhne sowie die verdrängten Pächter und Heuerleute Berücksichtigung finden müssen.
5. Der Parteitag verlangt weiter, daß im Hinblick auf den in Brüssel beschlossenen Plan, im Laufe von 12 Jahren stufenweise einen einheitlichen europäischen Agrarmarkt zu schaffen, heute wie in den kommenden Jahren alles getan wird, die deutsche Landwirtschaft in den Stand zu setzen, bis zu dieser Zeit voll wettbewerbsfähig zu sein. Dies setzt eine organische Fortführung der jetzt anlaufenden Maßnahmen voraus.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wer wünscht zu dieser Entschliebung das Wort? — Niemand meldet sich. Ich bringe diese Entschliebung zur Abstimmung. Wer für diese Entschliebung ist, den bitte ich, das durch Handaufheben zum Ausdruck zu bringen. — Wer ist dagegen? — Niemand! — Wer enthält sich? — Niemand! — Die Entschliebung ist einstimmig angenommen.

Dr. Heck:

Entschließung des Arbeitskreises „Außenpolitik“

Der Bundestag wolle beschließen:

Die bisherige Politik der Bundesregierung findet die einhellige Billigung der Delegierten. Die Delegierten sind der Ueberzeugung, daß die Bundesregierung auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen und jede Gelegenheit ergreifen wird, die sich für eine wirksame Fortsetzung der Politik der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bieten.

Es ist die einmütige Auffassung der Delegierten, daß die Fortsetzung der Politik der europäischen Einigung und atlantischen Solidarität hierfür eine wesentliche Voraussetzung ist. Die Christlich Demokratische Union bekennt sich nachdrücklich zu einer Politik des Friedens und der Entspannung auch im Verhältnis zur Sowjetunion. Experimente, die die Freiheit und Sicherheit des ganzen deutschen Volkes gefährden, lehnt sie ab.

Die Delegierten erachten es als eine Pflicht der Union, dem Recht auf die Heimat als einem festumrissenen Bestandteil des Völkerrechts und der Menschenrechte internationale Anerkennung zu verschaffen.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Ich stelle die Entschließung zur Abstimmung. Wer wünscht das Wort?

Das Wort hat

Prof. Dr. Emil Dovifat, Berlin:

Wer an der gestrigen Nachmittagssitzung, die sich mit den außerpolitischen Problemen beschäftigte, teilgenommen hat, der war beglückt darüber, daß auch aus den Reihen der Jugend ein Problem aufgegriffen wurde, das nach meiner Ansicht mit zu den entscheidenden Problemen der ganzen Politik gehört. Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat in seinem Referat bereits eingehend darauf hingewiesen, daß der geistige Widerstand gegen das „Unterlaufen“ aus dem Osten her gerade von uns aus mit aller Energie betrieben werden muß. Es ist ja nicht so, daß das nur in den Blättern wäre, die eben mal von drüben herüberwehen, sondern leider haben wir in snobistischen und intellektuell übersteigerten Kreisen, in nihilistischen Kreisen auch eines Teiles unserer Publizistik, die deutliche Neigung, mit diesen Dingen des Kommunismus zu spielen, was gerade für die Jugend verhängnisvoll werden kann.

Ich möchte deshalb vorschlagen, in der Entschließung, die Ihnen vorliegt, einen kleinen Satz einzuschalten. Wenn wir uns einmal überlegen, wie stark im Osten die ständige zwangsweise Schulung der Menschen ist, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß von uns aus auf einer freiheitlichen Basis unausgesetzt daran gearbeitet werden muß, die Gegenwirkungen gegen die Effekte und die Elemente des dialektischen Materialismus so stark wie möglich zu unterstreichen. (Beifall)

Ich schlage daher im Einvernehmen mit Herrn Dr. Lenz vor, zwischen dem letzten und dem vorletzten Abschnitt der Entschließung nachfolgenden Satz einzufügen:

Die CDU ist ferner entschlossen, allen Versuchen der kommunistischen Doktrin, in welcher Form sie auch immer unsere propagandistische Überwältigung versucht, mit ganzer Kraft unserer christlichen Überzeugung entgegenzutreten.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Sie haben den Antrag des Herrn Prof. Dr. Dovifat gehört. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle diese Resolution mit dem Ergänzungsantrag von Herrn Prof. Dr. Dovifat zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Niemand! — Wer enthält sich? — Niemand! — Die Resolution ist angenommen. (Beifall).

Ich bitte Herrn Dr. Heck, die nächste Resolution zu verlesen.

Entschließungsantrag des Bundesarbeitskreises „Mittelstand“ der CDU

Der Bundesparteitag wolle beschließen:

Die mittelstandspolitische Arbeit erfordert wegen ihrer Bedeutung eine bessere organisatorische Verankerung in der CDU als bisher.

Unter ausdrücklicher Anerkennung einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde daher am 27. April 1956 anlässlich des 6. Bundesparteitages der CDU in Stuttgart der Bundesarbeitskreis „Mittelstand“ der Christlich Demokratischen Union gegründet.

Der Bundesparteitag begrüßt diese weitere Aktivierung der Mittelstandspolitik und fordert den Bundesparteivorstand und den Bundesparteiausschuß auf, den Bundesarbeitskreis „Mittelstand“ nach besten Kräften zu unterstützen.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wer wünscht zu dieser Entschließung das Wort? — Niemand! Ich stelle die Entschließung zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Niemand! — Wer enthält sich der Stimme? — Niemand! — Die Entschließung ist einstimmig angenommen. (Beifall)

Wir kommen nun wieder zur Entschließung Nr. 2 des Arbeitskreises „Wirtschafts- und Finanzpolitik“ zurück. Ich darf zunächst das Wort geben

Dr. Rupprecht Dittmar, Hamburg

Der Parteitag hat eben zeitweilig unter dem Eindruck gestanden, als seien in der Union in dem Punkte, zu dem ich gesprochen habe, gegensätzliche Auffassungen tiefergehender Art vorhanden. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur ein Wort sagen: Wenn ich vorher Gelegenheit gehabt hätte, mit Herrn Dr. Hellwig über den Satz zu sprechen, dann wäre es nicht geschehen, daß der Parteitag sich damit hätte beschäftigen müssen. In der Sache selber bestand vorher die gleiche Einmütigkeit, wie sie jetzt dank des Eingreifens unseres Herrn Bundeskanzlers hergestellt ist, dem ich dafür persönlich herzlich danken möchte. Da Herr Dr. Hellwig erklärt hat, daß es bei dem fraglichen Satz nur um die Sache an sich, nicht aber um die Frage der Verteilung geht, bin ich bereit, den Antrag zurückzuziehen. (Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wir danken Herrn Dr. Dittmar für seine Ausführungen. Die drei Herren Dr. Hellwig, Arndgen und Dr. Dittmar haben eine neue Formulierung erarbeitet, die ich jetzt verlesen möchte. Es heißt in der neuen Formulierung wie folgt:

Wenn aber wirklich einmal die akute Gefahr eintreten sollte, daß die Preis- und Lohnentwicklung die Kaufkraft der deutschen Mark ernsthaft zum Nachteil anderer Volksteile, wie Festbesoldeten und

Rentnern, führen würde, dann darf der Staat aus seiner Verpflichtung für das Ganze heraus einer solchen Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen.

Wünscht jemand zu dieser neuen Formulierung das Wort? Das Wort wird nicht verlangt. Wir kommen nun zur Abstimmung über diese Entschließung Nr. 2. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen. — Einige Stimmen. — Die Resolution ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich bitte Herrn Dr. Heck, die nächste Entschließung zu verlesen.

Entschließungsantrag des Bundeskriegsopferausschusses der CDU:

Der Bundesparteitag wolle beschließen:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird ersucht, die V. Novelle des Bundesversorgungsgesetzes baldmöglichst zu verabschieden.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wer wünscht das Wort zu dieser Entschließung? — Niemand. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Niemand. Die Entscheidung ist einstimmig angenommen.

Herr Dr. Heck, bitte, die nächste Entschließung!

Entschließungsantrag des Ringes Christlich Demokratischer Studenten:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag der CDU hält es für seine Pflicht, Bundestag und Bundesregierung, vor allem aber die Parlamente und Regierungen der Bundesländer, auf das krasse Mißverhältnis hinzuweisen, das beim Wiederaufbau zwischen

— hier ist in Ihrer Vorlage ein Druckfehler; es muß hier heißen nicht „wissenschaftlicher“, sondern „wirtschaftlicher“ — wirtschaftlicher und sozialer Normalisierung und der Förderung von Forschung und Lehre, besonders der Geisteswissenschaften, entstanden ist.

Der weitere Ausbau, besonders auch der geisteswissenschaftlichen Fakultäten an den deutschen Universitäten und Hochschulen, die großzügige Unterstützung der wissenschaftlichen Institutionen, der Akademien und Bibliotheken und die energische Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind eine unabwiesbare Pflicht des deutschen Volkes.

Die CDU hält es für ihre Aufgabe, Gewicht und Wert der geistigen Schicht in Deutschland zu stärken. Den materiellen Wohlstand halten wir für ein notwendiges Mittel, aber nicht für das Ziel des menschlichen Daseins.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wer wünscht zu dieser Entschließung das Wort? Es meldet sich niemand. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diese Entschließung ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Die Entschließung ist einstimmig angenommen.

Ich bitte Herrn Dr. Heck, die nächste Entschließung zu verlesen.

Entschließungsantrag der Landesverbände Oder-Neiße und Exil-CDU:

Der Bundesparteitag wolle beschließen:

Der im Lastenausgleichsgesetz vorgesehene Termin für die Umstellung der Ausgleichsleistungen auf die Hauptentschädigung ist unbedingt einzu-

halten. Für die Hauptentschädigung und die Beendigung der Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Sachgeschädigten müssen auch mit Hilfe von Bund und Ländern hinreichende Mittel bereitstehen. Ältere Anspruchsberechtigte sowie Vorhaben, die der Eigentumbildung dienen, sollen bei den Leistungen zuerst bedacht werden.

Die menschliche, soziale und rechtliche Hilfe für die Sowjetzonenflüchtlinge muß verstärkt werden.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wer wünscht zu dieser Entschließung das Wort? Das Wort hat

Ewald Ernst, Exil-CDU:

Ich bitte den Parteitag, dieser Entschließung einen Satz hinzuzufügen. Ich denke an die große Gruppe derer, die aus politischer Haft zurückkehren durften, nachdem sie unendliches Leid auf sich genommen hatten. Ihnen muß doch unsere ganze Hilfe und Fürsorge gelten. Ich bitte also, folgenden Satz der Entschließung anzufügen:

Dies gilt besonders für die aus politischer Haft entlassenen ehemaligen Häftlinge.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Wer wünscht zu diesem Ergänzungsantrag noch das Wort? — Niemand. — Ich lasse zunächst über diesen Ergänzungsantrag zugunsten der politischen Häftlinge abstimmen. Wer ist dafür? — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Der Ergänzungsantrag ist angenommen.

Ich lasse nunmehr über die ganze Resolution abstimmen. Wer ist dafür? — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Niemand. Der Antrag ist mit dem Zusatzantrag des Herrn Ernst einstimmig angenommen.

Ich bitte Herrn Dr. Heck, die nächste Entschließung zu verlesen.

Entschließungsantrag der Landesverbände Berlin und Exil-CDU:

Der Bundesparteitag wolle beschließen:

Die Delegierten des 6. Parteitages in Stuttgart vereinen sich mit allen Deutschen in dem Bekenntnis zu unseren Landsleuten in der sowjetischen Besatzungszone, die ihrer persönlichen Freiheit beraubt wurden, nur weil sie zu ihrer politischen Überzeugung und zu ihrem Glauben standen.

Sie sind die Opfer einer Justiz, deren Ungesetzlichkeit die Machthaber der sogenannten DDR jetzt selbst zugeben müssen. Das Gewissen der Welt darf nicht schweigen, bis sich die Tore der Zuchthäuser in der Sowjetzone für alle politischen Gefangenen geöffnet haben.

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Ich darf Ihren starken Beifall dahin deuten, daß diese Resolution einstimmig angenommen ist. (Erneuter Beifall)

Das Wort zu einer Ergänzung hat

Dr. Gradl:

Ich möchte nur dazu verhelfen, daß diese Entschließung, die hier in dieser Einstimmigkeit angenommen worden ist — was im Grunde selbstverständlich ist —, auch auf den richtigen Weg kommt. Wir haben bei diesem Parteitag, wie es bei demokratischen Parteitagen üblich ist, unsere Räume der Presse der ganzen Welt geöffnet, und zwar nicht nur der freien Welt, sondern es sind bei uns auch Vertreter der Presse aus der Welt hinter dem Eisernen Vorhang. Wir wissen nicht, was sie über diesen Parteitag berichten werden, aber wir haben nur den dringenden Wunsch, daß sie diese Entschließung nun auch mit ihren Mitteln an die richtige Adresse vermitteln. (Starker Beifall)

Präsident Prof. Dr. Süsterhenn:

Damit sind die Entschließungen verabschiedet. Wird sonst noch zu irgendeinem Punkt das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Damit habe ich meine Aufgabe der Verhandlungsleitung erschöpft. Ich lege meine Befugnisse wieder in die Hände des Oberpräsidenten, wenn ich so sagen darf, Herrn Kollegen Simpfendörfer, zurück.

Präsident Minister Simpfendörfer:

Wir haben nun das Arbeitspensum unseres 6. Parteitages in zügiger Weise erledigt. Ich habe noch das aufrichtige Bedürfnis, einige Worte des Dankes zu sagen. Ein Wort des Dankes gilt dem Hausherrn, der Stadt Stuttgart und der Stuttgarter Ausstellungs GmbH, die uns diese Räume und die Anlage zur Verfügung gestellt haben. (Beifall)

Ich glaube, daß die schöne Umgebung dazu beigetragen hat, diese gute Atmosphäre, die unsere Verhandlungen ausgezeichnet hat, zu schaffen.

Besonders herzlichen Dank darf ich sicher auch in Ihrem Namen den Damen und Herren der Bundesgeschäftsstelle sagen, an ihrer Spitze den Herren Dr. Heck und Müllenbach. (Starker Beifall) Sie haben in glänzender Weise die Organisation des Bundesparteitages durchgeführt und in diesen Tagen ein Übermaß an Arbeit geleistet. Herzlichen Dank dafür! (Beifall)

In diesen Dank schließe ich auch ein die Landesgeschäftsstelle unserer CDU in Stuttgart sowie unsere jungen Freunde, die den Ordnungsdienst in diesen Tagen übernommen haben. (Beifall)

Ich glaube, sie sind bei uns auf ihre Rechnung gekommen. Es wurden hier keine einstudierten Theaterstücke aufgeführt. Die CDU ist eine junge demokratische Partei, die noch im Aufbau begriffen ist, bereit zur Verantwortung und fähig, aus den Thesen und Antithesen unserer Zeit die Synthese zu schaffen. Wir tun das vor den Augen der Öffentlichkeit, weil wir uns unserer inneren Stärke bewußt sind. (Beifall)

Die Ausgangsposition für die kommenden Kämpfe ist gewonnen. Wieder einmal hat dieser Parteitag gezeigt, daß die CDU nicht in der Restauration erstarrt oder sich in Negationen ergeht, sondern daß es ihre dynamische Stärke und der Wille zu positivem zukunftsfrächtigen Handeln ist, was sie auszeichnet.

Ein besonderes Wort des Dankes sage ich unseren ausländischen Freunden, die in großer Zahl zu uns gekommen sind. (Starker Beifall) Ihr Besuch hat eindeutig gezeigt, daß die CDU eine Partei mit starker internationaler Verbundenheit ist. Wir brauchen um das Vertrauen unserer ausländischen Freunde nicht zu betteln, wir besitzen es. Dafür sagen wir ihnen herzlichen Dank. (Beifall)

Ich möchte Ihnen allen, liebe Parteifreunde, die Sie als Delegierte oder als Gäste hierher gekommen sind, herzlich danken. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß für Sie alle der Stuttgarter Parteitag ein starkes Erlebnis gewesen ist. Sie dürfen die Gewißheit mit nach Hause nehmen, daß unsere Partei eine große geschichtliche Aufgabe hat und daß wir Männer und Frauen haben, diese Aufgabe zu erfüllen. Wir nehmen die Verpflichtung mit nach Hause, das was wir hier gehört haben, zur Tat werden zu lassen; denn was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert. Das Wort hat nun noch

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

(mit stürmischem Jubel begrüßt; in Ovationen übergehend.)

Unser Präsident, Herr Simpfendörfer, hat mich aus dem Hinterhalt überfallen. Ich war gerade beschäftigt — sein Vorgänger hat gesagt, das sei auch ein Zeichen von Propaganda —, unentwegt meinen Namen zu schreiben,

so daß ich also ganz unvorbereitet zu Ihnen zu sprechen habe. Es kommt ein weiteres hinzu. Sie haben, Herr Präsident, in ausgezeichnete Weise denjenigen, die es verdienen, den Dank ausgesprochen, so daß ich jetzt nur noch einem den Dank auszusprechen habe, dem er noch nicht gedankt hat; das ist er selbst. (Beifall)

Herr Kollege Simpfendorfer hat den ganzen Parteitag von seinem Platz aus — auch wenn er nicht dort auf dem Stuhle gesessen hat — in ausgezeichnete und objektive Weise geleitet. Wir sind ihm dafür zu sehr herzlichem Dank verpflichtet. Ich glaube auch, meine Freunde, daß diese ganze solide, gute und gediegene, meinerwegen auch etwas langsame und bedächtige Atmosphäre dieses Landes — von der der geschäftsführende Ministerpräsident so reizende Worte bei seiner Begrüßungsansprache gesprochen hat, als er meinte, daß die Regierungsbildung hier etwas langsamer vor sich ginge als in anderen Ländern — unserem Parteitag, seinen Beratungen und Entschlüssen zugute gekommen ist. (Beifall)

Es liegt mir aber auch am Herzen, noch einige Worte an Sie zu richten; Worte, die ich zum Teil vielleicht in anderer Form am ersten Tag dieses Parteitages an Sie gerichtet habe. Die Situation in der Welt, in unserer Wirtschaft und auch in unserem deutschen Volk — wobei ich unter dem deutschen Volk die Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges begreife, (Starker Beifall) ist — darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit — noch nicht hundertprozentig gefestigt. Lassen Sie mich zunächst zu der Frage der Wiedervereinigung einige Worte sagen. Die Frage der Wiedervereinigung ist für uns Deutsche — ich wiederhole nochmals, Deutsche diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges — eine Frage des tiefsten Gefühls. Für die anderen Länder ist sie eine Frage des Verstandes, vielleicht auch eine Frage des Rechtsgefühls; aber seien wir uns doch darüber klar, daß die anderen Völker auch diese Frage nicht so betrachten, wie wir sie betrachten. Seien wir uns auch darüber klar, daß in manchen Ländern, ich denke nicht etwa an Sowjetrußland — ich will mich einmal vorsichtig ausdrücken — starke Minderheiten mit der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes einverstanden sind. Halten wir uns vor Augen, daß wir ohne die tatkräftige Mithilfe der freien Völker der Welt diese Zustimmung der Russen zu freien Wahlen und zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nicht erhalten werden. Ich weiß, daß gerade die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges und die Deutschen, die von dort zu uns herübergekommen sind, dafür Verständnis haben. Darum sollten wir bei der Erörterung dieser Frage uns nicht lediglich ergehen in mehr oder weniger geschickten oder ungeschickten emotionalen Redensarten. (Sehr starker Beifall)

Vor allem halte ich es für ganz falsch, wenn von Parteien hier in der Bundesrepublik den Regierungsparteien und der Bundesregierung vorgeworfen wird, sie erfüllten nicht ihre Pflicht auf diesem Gebiet. Ich weiß nicht, ob alle diese Leute, die in der Bundesrepublik so tapfer und kräftig über diese Dinge sprechen, sich darüber klar sind, daß sie im Grunde genommen durch ihre Redereien der Sache der Wiedervereinigung nur Schaden zufügen, (Starker Beifall) und zwar Schaden zufügen nach zwei Richtungen: einmal erwecken sie bei den freien Völkern der Welt jedenfalls die Furcht, daß bei uns das nationalistische Element wieder überhand bekommt, und zweitens legen sie den Russen es geradezu nahe, uns und der Welt gegenüber an ihrer Politik festzuhalten. Ich glaube daher, wenn irgendwo und irgendwann in der Außenpolitik maßvoll und stetig, aber auch klug gehandelt werden muß, dann ist es in dieser Frage. (Beifall)

Ich weiß nicht, ob der eine oder andere von Ihnen den Artikel gelesen hat, der vor kurzem in den „Baseler Nachrichten“ gestanden hat, in dem

in sehr ernster Weise darauf hingewiesen worden ist, daß gewisse Parteien in Deutschland wieder damit beschäftigt seien, einen nationalen Mythos zu fabrizieren. Dieser Artikel war sehr beherzigenswert und sehr ernst; denn dadurch, daß wir nationalistische Phrasen dreschen, bekommen wir Deutschland nicht wieder zusammen. (Sehr starker Beifall) Wir bekommen Deutschland nur dadurch wieder zusammen, daß wir durch harte Arbeit den freien Westen fest zusammenschmieden, damit er mit uns dieses Verlangen an die Russen stellt: Ihr müßt die Pflicht erfüllen, die ihr seinerzeit bei der bedingungslosen Kapitulation übernommen habt!

Herr Bulgandin hat mir gegenüber bei den Verhandlungen in Moskau selbst zugegeben, daß Sowjetrußland die Pflicht hat, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Und das ist unser Rechtsstandpunkt. Darauf müssen wir bestehen! Wir können hinzufügen — und wir fügen das gerne hinzu —, daß weder die westliche noch die östliche Welt von einem wieder-vereinigten freien Deutschland etwas zu fürchten hat, (Stürmischer Beifall) daß wir im Gegenteil uns dann dafür einsetzen werden, daß der Frieden in der gesamten Welt erhalten bleibt, daß abgerüstet und der Segen der Abrüstung allen Völkern, auch den östlichen Völkern, zuteil werden wird.

Ich meine, das ist die richtige Art, mit Sowjetrußland zu sprechen, daß es auch im Interesse Sowjetrußlands liegt, wenn diese Sache einmal — wie es den westlichen Begriffen entspricht — aus der Welt geschafft wird. (Beifall)

Nun noch ein Wort! Wir haben eben abgestimmt über verschiedene Resolutionen. Eine davon beschäftigt sich mit wirtschaftlichen Dingen, und plötzlich tauchte in einer Frage, die wirklich eine außerordentlich große prinzipielle Bedeutung hat, ein Gegensatz auf. Gegenmeinungen tauchten auf, und es schien fast so, als hätte im Wege einer Kampfabstimmung ein Resultat herbeigeführt werden müssen. Dann aber ist es in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit gelungen, die beiden, die die entgegengesetzten Meinungen vertraten, davon zu überzeugen, daß man an einer Formulierung nichts scheitern lassen darf, sondern daß man sich im Grunde genommen doch — wenn auch mit einer etwas anderen Nuance — auf dem gleichen Boden befindet. (Beifall)

Ich möchte diesen Vorgang geradezu als typisch und beispielhaft betrachten für unsere Partei. Es hat keine Vermischung stattgefunden. Man ist den Schwierigkeiten nicht aus dem Wege gegangen, aber man hat sich trotzdem geeinigt. Und warum hat man sich geeinigt? Man hat sich deswegen geeinigt, weil wir alle, die wir dieser Partei angehören, auch unsere politische Kraft und unsere politische Überzeugung letzten Endes stützen auf unser gemeinsames religiöses Empfinden. (Lebhafter Beifall)

Ich glaube, wir wollen sicher die Nutzenanwendung aus diesem Parteitag ziehen, daß das Gemeinsame, was wir haben, so unendlich hoch und stark ist, daß es alle Gegensätze tragen und alle Gegensätze auch überwinden kann. Und wir sollten dieses uns allen Gemeinsame sorgsam pflegen und immer daran denken. (Beifall)

Herr Dr. Heck hat einen Vortrag gehalten über die starken Mängel unserer Organisation. Wir haben ein neues Organisationsstatut beschlossen. Wir werden im Jahre 1957 Bundestagswahlen haben. Es ist von dem Berichterstatter, Herrn Prof. Dr. Süsterhenn, von dieser Stelle aus gesagt worden, daß wir von einer Wählerpartei — d. h. von einer Partei, die sich nur bei den Wahlen zusammenfindet — heruntersommen müssen. Jeder von uns, gleichgültig an welcher Stelle er steht,

außerhalb oder innerhalb der Partei, hat jetzt eine Verpflichtung, wenn er nach Hause kommt, nämlich in intensiver Arbeit die Organisation unserer Partei so aufzubauen, wie das nötig ist. (Lebhafter Beifall)

Die Aufgaben haben sich unendlich kompliziert — in den letzten Jahren. Es ist an sich merkwürdig, aber auch — wenn man einmal darüber nachdenkt — wiederum verständlich, daß Probleme auftauchen, wenn man aus dieser bitteren Armut herauskommt, in der wir alle ein gemeinsames Los trugen, die kompliziert und schwierig sind; das gilt auch für politische, besonders für außenpolitische Probleme, die schwieriger werden, seitdem wir wieder souverän sind und seitdem wir in der Welt wieder mehr bedeuten.

Wir sind seit dem Jahre 1949, wenn nicht schon früher in einzelnen Ländern, die Partei, die in erster Linie — ich sage nicht, wir allein; denn die anderen Parteien haben mit uns gearbeitet — die ganze Verantwortung trägt. Wir haben den ganzen Erfolg, aber auch die ganze Last des Erfolges. Daran wollen wir denken, wenn wir jetzt nach Hause gehen. Aus allem, was sich hier ereignet hat, wollen wir Nutzen ziehen. Ich habe es gefühlt — man bekommt ja dafür ein Gefühl —, mit welcher Anteilnahme der ganze Parteitag an den behandelten Problemen teilgenommen hat. Zu Hause wollen wir nun an die organisatorische Arbeit herangehen. Aber wir dürfen die große geistige Arbeit darüber nicht vergessen. Wir müssen auch diese Arbeit auf unsere Schultern nehmen, damit das Jahr 1957 wiederum die CDU und die CSU an führender Stelle bei der Bildung der Regierung nach den Wahlen findet. (Anhaltender stürmischer Beifall, der zu jubelnden Ovationen übergeht.)

Präsident Minister Simpfendorfer:

schließt die letzte Plenarsitzung des Parteitages.

Öffentliche Kundgebung

anlässlich des 6. CDU-Bundesparteitages

am Sonntag, dem 29. April 1956, auf dem Killesberg zu Stuttgart

Präsident Dichtel

eröffnet die Kundgebung um 18 Uhr..

Ich habe die Aufgabe, im Auftrage der Bundesleitung der CDU diese Kundgebung zu eröffnen. Zunächst möchte ich den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer in unserer Mitte herzlich willkommen heißen. (Stürmischer Beifall) Mein Grußwort gilt nicht nur dem Bundeskanzler, sondern auch dem wiedergewählten Ersten Vorsitzenden der CDU Deutschlands. (Starker Beifall)

Herr Bundeskanzler! Ich darf nunmehr die Gelegenheit benutzen, um Ihnen in aller Öffentlichkeit zu der großartigen Wiederwahl, die gestern erfolgt ist, zu gratulieren. Die Wiederwahl erfolgte nicht nach östlichen Rezepten, sondern es war eine Versammlung von freien Menschen, die Sie fast einstimmig wiedergewählt haben. Darf ich Ihnen herzlich dafür danken, daß Sie noch einmal im Interesse der CDU dieses schwere Amt auf sich genommen haben. (Starker Beifall)

Wenn schon der Herr Bundeskanzler Glanz in unsere Hütte hineinbringt, dann dürfen auch die Herren Bundesminister und die Herren Ministerpräsidenten nicht fehlen. Deshalb darf ich auch diese Herren sowie den Herren Ministern der einzelnen Länder ein besonderes Wort des Willkommens sagen. (Starker Beifall)

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang ein besonderes Begrüßungswort an den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gebhard Müller, den Ministerpräsidenten des gastgebenden Landes. (Starker Beifall)

Ich begrüße ferner mit besonderer Freude alle anwesenden Delegierten des Bundesparteitages aus Nah und Fern, aus allen deutschen Gauen und Gebieten, die es auf sich genommen haben, heute abend diese Kundgebung zu besuchen.

Ein besonderes Grußwort gilt auch unseren Freunden von der CDU aus Stuttgart, aus Baden-Württemberg, aus Südbaden, Nordbaden und Südwürttemberg, ferner all denen, die wir heute als unsere Gäste bei uns haben.

Ich habe noch die angenehme Aufgabe, den Herrn Präsidenten des Bundestages, Dr. Gerstenmaier, auf das herzlichste zu begrüßen, der soeben in unserer Mitte eingetroffen ist. (Starker Beifall)

Nun darf ich Herrn Ministerpräsidenten Arnold bitten, das Wort zu ergreifen.

Ministerpräsident Karl Arnold:

Es ist eine ernste Stunde, in der wir hier beisammen sind. Eine Stunde der Gefahr und der Bedrohung, und dazu eine Stunde, die uns wachsam, gewappnet und gerüstet finden muß.

Die Christlich Demokratische Union ist dem konzentrischen Angriff gar vieler Kräfte ausgesetzt. Liberalisten, Nationalisten und Sozialisten scheinen zur Stunde nur ein Ziel zu kennen: Kampf gegen die Christlich Demokratische Union. Was wir gegenwärtig erleben, ist nicht mehr die gesunde Diskussion zwischen Regierung und Opposition, ist nicht mehr die sachliche Auseinandersetzung zwischen den Parteien, was wir erleben, ist vielfach Haß,

sind offensichtlich Tendenzen der Zersetzung. Man hat in den gegnerischen Lagern zum Sturm gegen die CDU geblasen.

Wir haben schon viele Stürme überstanden, weil unsere Politik in unserem Volk fest verankert ist. Wir werden auch diesen Sturm überstehen, (Beifall) wir werden ihn nicht nur überleben, sondern wir werden siegen über alle unsere Widersacher, (Beifall) wenn wir uns besinnen auf die Grundlagen unserer Partei und wenn wir unbeirrbar unsere Politik fortsetzen, die eine Politik für alle Schichten unseres Volkes war, ist und bleiben muß. (Beifall)

Wir haben keinen Grund, kleinmütig oder verzagt zu sein. Unsere Erfolge, das Gespür und die geistige Witterung unseres Volkes gegenüber allen politischen Rattenfängern, machen uns stark. Wenn wir selbst einig und mutig sind, wenn wir am Christentum als der Grundlage und dem Wegweiser unserer Politik mit überzeugender Kraft festhalten, werden wir stark genug sein, um unser Volk vor gefährlichen politischen Experimenten zu bewahren. (Beifall)

In dieser Stunde müssen wir uns besinnen auf die Grundlagen unserer Arbeit. Warum gibt es eine Christlich Demokratische Union? Es gibt eine Christlich Demokratische Union, weil es einen Ungeist, weil es das Dritte Reich, weil es Unfreiheit, Terror, Verfolgung, weil es eine bedingungslose Kapitulation des deutschen Nationalismus gegeben hat. Aus dem Terror und den Trümmern Hitlers, aus der geistigen Not unseres Volkes wuchs die Idee und die Kraft der Union. Die Gründung unserer Partei war eine geschichtliche Notwendigkeit! (Beifall) Nie hätte unsere Partei nahezu elf Jahre lang unablässig Führung und Verantwortung für die deutsche Sache haben können, wenn nicht unsere Partei und ihre Politik ein so breites und nachhaltiges Echo bei unserem Volke gefunden hätten. (Beifall) Die tiefe Verwurzelung unserer Partei im deutschen Volk war und ist der beste Beweis für die geschichtliche Notwendigkeit unserer christlichen Bewegung, für die Richtigkeit unserer Politik.

Unsere Partei und unsere Politik ruhen auf drei Säulen. Unsere Partei ist gegründet auf Prinzipien, die überall und immer gelten, ohne die niemand beständige und fruchtbare Politik zu treiben vermag. Unsere Partei ist gegründet auf die zehn Gebote und die Bergpredigt. (Starker Beifall) Und damit ruht unsere Politik auf der Wahrheit, auf dem Recht, auf Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Wer wagt es, die Richtigkeit dieser Prinzipien anzuzweifeln? Wer wagt es im Angesicht der Trümmer Hitlers, der diese Prinzipien mit Füßen trat? Und wer wagt das im Angesicht unseres Wiederaufbaues, den wir nicht nur unserem Fleiß und ausländischer Hilfe, sondern den wir vor allem einer Politik verdanken, die auf diesen wahren und einfachen Prinzipien beruht und aufgebaut ist.

Diese Prinzipien machen uns zu Garanten von Freiheit und Recht, zugleich zu Todfeinden jedes Nationalismus. (Beifall). Nur eine auf diese Prinzipien gestützte Politik wird nach dem äußeren auch den geistigen Wiederaufbau unseres Volkes bewirken können, nur eine solche Politik wird uns unsere großen Aufgaben — Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und Vereinigung Europas — so meistern lassen, daß eine große Epoche des Friedens und der Freiheit eingeleitet werden kann. (Beifall)

Unsere Partei und unsere Politik ist gegründet auf die Zusammenarbeit der Konfessionen. Katholiken und evangelische Christen konnten sich unter Hitler nicht mehr den Luxus konfessionalistischen Mißtrauens gegeneinander leisten. Für solche Art von Ressentiments war kein Raum mehr. Nicht nur die Konfessionen, sondern das ganze Christentum

war in tödlicher Gefahr. So wuchs aus der Gemeinsamkeit der Bedrohung die Gemeinsamkeit der Bewährung im demokratischen Wiederaufbau. (Beifall)

Nichts macht uns so stark wie das Zusammenstehen von Katholiken und evangelischen Christen, wie das Zusammenwirken in gegenseitiger Achtung und Bereitschaft. (Starker Beifall) Und nichts fällt unseren Gegnern so auf die Nerven wie die Überwindung des Konfessionalismus in unserer Union. (Sehr starker Beifall) Immer wieder versuchen sie Zwietracht zu säen zwischen uns. Und immer wieder war und ist dieses Bemühen vergeblich. (Beifall) Es muß vergeblich bleiben, wenn unser Volk weiter gesunden soll! Wir stehen zusammen als Christen im Kampf, den wir nur einig bestehen können. Das gilt heute in einem noch viel größeren Maße als früher.

Unsere Partei und unsere Politik ist gegründet auf der Zusammenarbeit der Stände. Unsere Partei ist eine Union aller Schichten unseres Volkes. Wir sind nicht die Partei einer Klasse, eines Standes, einer Gruppe; wir sind nicht die Partei einseitiger Orientierung. Unsere Mitglieder und unsere Wähler wohnen in allen Regionen Deutschlands; sie sind Arbeiter und Unternehmer, Bauern und Kaufleute, Beamte, Angestellte und Angehörige freier Berufe. Diese Struktur unserer Partei beweist, daß wir wirklich eine Union, eine Partei des Volkes für das Volk, daß wir eine wirkliche Volkspartei sind. (Lebhafter Beifall) Eine Partei, die elf Jahre lang Führung und Verantwortung für Deutschland gehabt hat und hat, und dabei eine echte Volkspartei geblieben ist, muß eine Politik des Ausgleichs und der Gerechtigkeit gegen jedermann getrieben haben. (Beifall)

Wäre unsere Politik — wie unsere Gegner behaupten — einseitig und nur eine Politik für bestimmte Kreise, wir wären längst von der Mehrheit des deutschen Volkes abgelehnt worden. Unsere Politik und unsere Partei ist gegründet auf die Zusammenarbeit aller Stände. Ein atomisierender Auseinandersetzungskampf zwischen den einzelnen Berufsständen würde dem einzelnen Berufsstand nicht nur nichts nützen, das Volk aber tödlich treffen. Nicht im Kampf des einen Berufsstandes gegen den anderen, sondern im verpflichteten Zusammenwirken aller Berufsstände liegt der soziale Fortschritt des ganzen deutschen Volkes. Kein Berufsstand kann und darf Genugtuung empfinden, wenn ein anderer in der sozialen Niederung lebt. Die Hebung aller Berufsstände zu einer gemeinsamen sozialen Gerechtigkeit ist das Ziel unserer gesamtpolitischen Arbeit. (Beifall)

Diesen Charakter der sozialen Volkspartei müssen wir uns erhalten. Er ist die dritte Säule unserer Stärke. Wer in der Union versucht, einseitige Interessen ohne Blick auf das Ganze durchzusetzen, rüttelt an unseren geistigen Fundamenten und hat in unserer Gemeinschaft keinen Platz. Wir waren gewappnet gegen diese Gefahr, und wir werden gewappnet bleiben.

Viel haben wir schon erreicht. Wer redet in Deutschland heute noch ernsthaft vom Klassenkampf? Ist es nicht gelungen, hoffnungsvolle Ansätze der sozialen Partnerschaft in unserer Wirtschaft zu schaffen? Hat nicht eine Angleichung des Lebensstandards der verschiedenen Schichten unseres Volkes nach oben begonnen? Mehr und viel bleibt noch zu tun! Das wissen wir selbst. Hierzu bedarf es keines erhobenen Zeigefingers von rechts oder links. Wir sind keine sozialen Romantiker. Und wir sind auch keine politischen Hasardeure, die mehr versprechen als sie halten können oder aus Gefallsucht den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Soziale Neuordnung kann nur behutsam vor sich gehen, wenn sie gerecht, stabil und dauerhaft sein soll. (Beifall)

Die Reform der Renten tut not. Sie muß und wird, und zwar bald, kommen. Aber die Reform der Renten ist nur ein aktuelles, vordringliches

Problem aus dem großen Kreis der Probleme der Sozialreform. Wir sind nicht der Meinung, daß unsere gegenwärtige Sozialstruktur Endgültigkeit besitzt. Wir wissen vielmehr sehr genau, daß vieles korrigiert und vieles erneuert werden muß. Und wir werden es korrigieren!

Nachdem die Periode der Liquidierung des Besatzungsregimes und des nötigen Wiederaufbaues ihrem Ende zugeht, kommt nun die Periode des sozialen Aufbaues und Ausbaues, der Festigung und gerechteren Verteilung unserer Errungenschaften. Das deutsche Volk wird im nächsten Jahr darüber entscheiden, wer hierbei den Ton angeben darf, die Christlichen Demokraten als eine bewährte Volkspartei, als eine Partei des Ausgleichs und der ruhigen, sicheren Hand, oder andere Kräfte, von denen zur Stunde wirklich niemand sagen kann, wohin sie die deutsche Sache führen wollen; denn zur Stunde sind sie sich nur einig gegen uns. (Starker Beifall!) Das aber ist kein Programm und keine konstruktive Politik, sondern ein gefährlicher Hohlraum!

Aus unseren geistigen Grundlagen schöpfen wir auch unsere staatsbildende Kraft. Wir wissen als Christen, daß der Staat um des Menschen willen da ist, daß er aber zugleich auch eine notwendige und natürliche Gemeinschaft ist. Diesen Staat, der sozial, christlich und demokratisch sein muß, werden wir fördern und mit aller Kraft und Hingabe ausbauen. (Beifall)

Dieser Staat soll ein gleichberechtigtes Glied in der Gemeinschaft der freien Völker sein und bleiben. Und aus dieser gemeinsamen Kraft wollen wir unablässig arbeiten an der staatlichen Wiedervereinigung unseres Volkes. (Beifall)

Wir wissen sehr wohl, daß dieses große Ziel der deutschen Politik nicht ohne die Hilfe Europas und der freien Welt erreicht werden kann, und Europa und die freie Welt wissen ebenso sehr, daß Freiheit und Ordnung in Europa zusammenbrechen würden, wenn Deutschland wegen seiner Spaltung in Ost und West seine innere Stabilität und seine innere Widerstandskraft gegen bolschewistische Machtansprüche verliere. (Beifall)

In Europa muß ein neuer Geist zum Durchbruch kommen. Die Zeit der engstirnigen Mißgunst oder gar Schadensfreude muß überwunden sein. Die Sorgen Frankreichs und Großbritanniens und anderer europäischer Völker müssen ebenso unsere Sorgen sein, wie die großen Anliegen Deutschlands auch die Sorgen Europas sein müssen. Wenn wieder ein solcher Wille erkennbar und sichtbar wird, wird unsere Jugend aufs neue von der europäischen Idee innerlich ergriffen werden, und manche erkennbare Lethargie könnte schnell überwunden werden.

Wir sind nicht gewillt, wegen hemmungsloser, nationalistischer Parolen unsere Europapolitik aufzukündigen! (Beifall) Im Gegenteil, wir müssen uns noch stärker als bisher bemühen, ein europäisches Bewußtsein heranzubilden, den Europagedanken zu stärken und zu fördern, den Willen zur Einigung Europas im Volk fest zu verankern. Ohne die Politik der Vereinigung Europas und ohne feste Verankerung in der westlichen Welt werden wir weder die deutsche Wiedervereinigung erreichen noch in der Bundesrepublik auf die Dauer ein freies, ein demokratisches, ein christliches Leben führen können! (Beifall)

Es liegt nicht an uns, daß unser deutscher Staat nur die Bundesrepublik umfaßt. Das ist eine Folge eines vom Nationalsozialismus inszenierten furchtbaren Krieges. Und wenn dieser über alle Maßen traurige und gefährvolle Zustand zehn Jahre nach Kriegsbeendigung noch nicht beseitigt ist, so deshalb, weil die Sowjetmacht bis zur Stunde nicht bereit ist, dem deutschen Volk seine Einheit zurückzugeben. (Beifall) Und deshalb verbitten wir es uns, wenn unsere Bundesrepublik, die ein geordneter,

demokratischer und sozialer Rechtsstaat, die die Heimat des freien Teiles unseres Volkes ist, beschmutzt wird, indem es — wie es neuerdings von der FDP her geschieht — als „bundesrepublikanischer Separatstaat“ bezeichnet wird. (Pfeifrufe) Mit solch unwürdigen, nationalistischen Tönen läßt sich kein Weg in die Freiheit und in die Ordnung bahnen.

Das deutsche Volk muß sich sehr genau überlegen, in welche Hände es künftig die Führung in unseren Lebensfragen legen will, in die Hände von Christlichen Demokraten, die dem Sittengesetz, dem Recht und der Freiheit verpflichtet sind, oder in die Hände von Leuten, die noch immer nicht gemerkt und gespürt haben, daß der Nationalismus der Todfeind jeder friedlichen und freien Entwicklung ist. (Lebhafter Beifall)

Das politische Firmament ist nicht ohne Wolken. Es liegt an uns, ihr Unheil nicht über unser Volk hereinbrechen zu lassen. Wir haben die innenpolitischen Auseinandersetzungen dieser Art nicht gewollt. Wir wollen und werden aber diesem Kampf nicht ausweichen. Wir werden uns zum Kampfe stellen. (Beifall)

Wenn wir uns auf unsere Grundlagen besinnen und unser Grundanliegen neu durchdenken, wenn wir alle persönlichen Eifersüchteleien und unsere Bequemlichkeit um der Sache der christlichen Demokratie willen zurückstellen, wenn wir einig, wachsam und schnell sind, wenn wir aus uns selbst tätig werden und nicht erst auf den Anstoß der anderen warten, wenn wir wirklich Christliche Demokraten sind, werden wir auch diesen Ansturm siegreich und erfolgreich abschlagen. (Beifall)

Wir sind Menschen und unsere Politik ist Menschenwerk. Aber wir wissen uns in Gottes Hand als Kämpfer für eine gute Sache. Unser Wegweiser ist klar. Unsere Reihen sind fest geschlossen. Es ist uns aufgegeben, die Führung auch für die nächste Epoche der deutschen Politik zu erringen, für die Epoche des sozialen Ausbaues. Mit diesem Willen treten wir nach vorn. Es gibt kein zurück! Wir müssen voran! Nie wieder darf es ein Deutschland im Tausel des Nationalismus geben! Wir werden es verhindern, und wir können es verhindern, wenn wir gläubig und mutig, einig und demütig wirklich sind: Christliche Demokraten! (Starker, langanhaltender Beifall)

Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel:

Der Parteitag geht seinem Ende entgegen; vier Tage fand er uns versammelt hier oben auf den Höhen dieser schönen Landeshauptstadt: vier Tage Bericht, Gespräch, Diskussion, Auseinandersetzung. Und das bedeutete Prüfung des Standortes, Absteckung des Zieles, Festlegung des Weges. Hier in Stuttgart erlebten wir erneut eine Auswirkung der breiten Repräsentation unseres deutschen Volkes. Und jeder Beobachter wird eines bestätigen: Bericht und Gespräch, Diskussion und Auseinandersetzung dokumentierten immer wieder: Es ist dieser CDU eigen eine großartige Vielgestaltigkeit, eine weite Spanne in ihren Auffassungen und Ideen, die sie vertritt! Aber es ist wiederum deutlich geworden: Sie ist eine Union — so wie es Arnold formulierte —, sie kann die Brücke schlagen zwischen allen Teilen unseres Vaterlandes, zwischen allen Ständen und Schichten unseres Volkes, zwischen den evangelischen und den katholischen Christen und, lassen Sie mich hier einfügen, zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen, zwischen der alten Generation und uns jüngeren. (Starker Beifall)

Zu der Brücke zwischen allen Teilen, allen Ländern und Stämmen unseres Vaterlandes lassen Sie mich als Ministerpräsident eines kleinen Landes oben im Norden, aber auch als gegenwärtiger Präsident des Deutschen Bundesrates folgendes sagen: Im deutschen Staatsgefüge hat jedes Glied dieses Staates seine große Aufgabe. Die Zuständigkeiten von Bundestag

und Bundesregierung sind nirgends umstritten, die der Länder häufig genug Anlaß zu gewiß zuweilen berechtigter Kritik. Sie, Herr Bundeskanzler, haben über uns, die Länder, einen kräftigen Stoßseufzer getan; dafür haben wir viel Verständnis. Allzu oft aber erschöpft sich die Kritik im Nörgeln an angeblich zu vielen Länderministern oder an der Vielgestaltigkeit in unserem Schulwesen. Und das löst dann meist noch die Forderung nach einem Bundeskultusminister aus.

Aber es muß zu diesem Verhältnis der Länder zum Bunde einiges mehr gesagt werden. Wenn Sie auf die Geschichte des deutschen Volkes zurückblicken, dann werden Sie ein fortgesetztes Ringen zwischen Föderalismus und Unitarismus beobachten. Hier ist nicht der Ort, Betrachtungen über Vorzüge des einen oder Nachteile des anderen Verfassungssystems anzustellen. Aber der Frage, ob sich die Zusammenarbeit zwischen den Organen des Bundes und den Ländern bewährt hat, oder ob Mängel erkennbar sind, die beseitigt werden müßten, dieser Frage sollten wir nicht ausweichen. Es geht doch für uns alle darum, daß unser Staat — wie jeder moderne Staat — seinen Bürgern in allen Teilen Schutz und allen die gleiche Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Kräfte bieten soll, damit diese Kräfte sich aus freier Entscheidung und im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Gemeinschaft zum Ganzen einfügen. Das ist doch der tiefe Sinn des föderativen Prinzips: das rechte Verhältnis zu finden zwischen Bindung und Freiheit, zwischen Einheitlichkeit und Mannigfaltigkeit, das rechte Maß, um den beiden Extremen Zentralismus und Partikularismus zu wehren. Wir, das deutsche Volk, haben unsere Erfahrungen, wir sind gewarnt. Und wie in den letzten sieben Jahren seit 1949, so werden wir Länder durch unsere Mitarbeit im Bundesrat als einem Organ des Bundes auch in Zukunft beweisen müssen, daß wir in gesamtstaatlichen Kategorien zu denken vermögen. (Beifall)

Es ist meine Überzeugung, daß die großen Leistungen des Wiederaufbaus in allen Teilen unseres Vaterlandes nicht in dem Maße und in der verhältnismäßig kurzen Zeit zustande gekommen wären, wenn in den Jahren von 1945 an nicht die zupackende Verantwortungsfreudigkeit und die Einsicht in die unmittelbaren Lebensnotwendigkeiten bei den Ländern und den Organen der Selbstverwaltung vorhanden gewesen wäre. (Beifall)

Ist manche Unterschiedlichkeit in der Staatspraxis und in der Form der Bewältigung öffentlicher Aufgaben, die von den Gegnern des föderativen Gedankens oft übertrieben dargestellt wird, nicht letzten Endes eine Folge der regionalen Eigenheiten? Die Vorstellung von einer guten Ordnung im Staat kann unmöglich schon deshalb einen Stoß erleiden, weil manche Maßnahmen in Kiel anders gestaltet werden, als dies in Stuttgart oder in München der Fall ist. Jeder erfahrene Verwaltungsbeamte weiß, daß auch in einem unitarischen Staatswesen der Verwaltung so viel Spielraum bleibt, daß im Ergebnis in den verschiedenen Gebietsteilen eine unterschiedliche Handhabung der von oben verordneten Maßnahmen nie völlig ausgeschaltet werden kann.

Natürlich gibt es wie in jedem Bereich menschlicher Zusammenarbeit gegensätzliche Auffassungen zwischen Bund und Ländern. Die Herstellung eines Einvernehmens zwischen dem Bund und den Ländern — aber fern jeder Gleichmacherei! — ist eine der Aufgaben für die verantwortlichen Träger der beiden Aufgabenbereiche. Die Länder verteidigen und wahren die Interessen des ganzen Bundes, wenn sie sich darum mühen, daß die sozialen, die wirtschaftlichen und die kulturellen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung nicht zu kurz kommen. Sie helfen damit, das Fundament zu stützen, auf dem das Ganze ruht. Sie leisten damit entscheidende Vorarbeiten für die großen Aufgaben, die vor uns liegen und deren überraschendste die Wiedervereinigung unsers Vaterlandes ist. (Beifall)

Sie haben, Herr Bundeskanzler, mit einem Blick auf uns zum Ausdruck gebracht, daß wir Länder über das Bundesorgan des Bundesrates die Gesetzgebung verlangsamen und komplizieren. Ich darf dazu vielleicht drei Dinge erwähnen:

1. Verehrter Herr Bundeskanzler, Sie sagten im gleichen Zusammenhang, Bremsen seien zuweilen sehr gut. Wir haben manchmal in diesem Sinne gewartet, und es ist im Ergebnis dann oft ein guter Mittelweg gefunden worden.
2. Das Grundgesetz hat uns für die Mitwirkung in der Gesetzgebung Fristen von nur drei bzw. zwei Wochen eingeräumt. Wenn der Bundestag genau so schnell arbeiten würde, wie wir es müssen, dann würde der gesamte Gesetzgebungsweg sehr viel schneller gehen. (Beifall)
3. Wenn es zu Spannungen zwischen den Ländern und dem Bunde kam, dann haben wir alle gleichermaßen Schuld. Ich meine zum Beispiel, wenn beide Bundesorgane etwas mehr aufeinander hören würden, wäre manches besser gegangen, es hätte manche Verhärtung vermieden werden können.

Aber ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß sich die Christlich Demokratische Union sehr und mit Erfolg darum bemüht hat, auch zwischen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, zwischen den Ländern und zwischen den Stämmen eine Brücke zu schlagen. (Beifall)

Und ein weiteres. Als wir, die CDU, in die Politik eintraten, geschah das mit dem eindeutigen Vorsatz: Der Brückenschlag zwischen allen Ständen, allen Berufen, allen Gruppen unseres Volkes ist der ständige, lebendige Auftrag an die CDU, auf daß die Gemeinsamkeit in unserem Volke gewahrt bleibt.

Lassen Sie mich als Norddeutscher es noch einmal formulieren, was Arnold sagte: Es wäre sinnlos, wenn sich der Einzelhändler wegen des § 6 im Konsumvereinsgesetz oder wegen des Sonnabendfrühlschlusses im Einzelhandel abkapseln wollte; wenn der Bauer sich wegen der Paritätschwierigkeiten absondern würde; wenn der Beamte sich zurückzöge, weil nicht alle seine Wünsche erfüllt wurden; wenn der Soldat wegen mancher Reden der Politiker innerlich kehrt macht, der Unternehmer wegen Fragen des Osthandels umschwenken oder wenn wir evangelische Christen anti-katholischen Affekten nachhängen würden; wenn der Arbeitnehmer sich wegen Arbeitszeit und Lohndebatten von denen absetzte, die im Wirtschaftsleben seine Partner sind; wenn der Sozialschwache, der Kriegsverwehrt, der Rentner im Stich gelassen würden; wenn sich die junge Generation fernhielte von dem, was Verantwortung in diesem Staate schlechthin bedeutet. Das alles wäre absolut sinnlos. Denn — um das abgegriffene Wort zu sagen — wir sitzen alle in einem Boot; und wenn wir, jeder von uns, nur den eigenen Sorgen nachhängen, wenn wir an den Sorgen des Nachbarn vorbeisehen, dann würden wir auseinanderfallen; dann wird am Ende ein in Bestandteile aufgelöster Volkskörper sein, in dem nur noch die Hemdsärmeligkeit regiert.

Um alle diese Gruppen wirbt man, versucht, sie uns abzugewinnen, mit diesem Grund oder jenem: nur, um uns zu schwächen und sich zu stärken. Es ist nicht unsere Art, sich mit derartigen zum Teil primitivsten Vorwürfen auseinanderzusetzen. Wir bestreiten unsere Parteitage nicht mit derartigen Auseinandersetzungen. (Stürmischer Beifall) Wir prüfen bei uns, wir klären, was bei uns noch geklärt werden muß, wir üben Kritik, Kritik an uns und nicht ständig nur am anderen (Starker Beifall); wir entwickeln, was der Weiterentwicklung bedarf. Alle Prüfung, alle Kritik, hat immer wieder gezeigt: Es kann jeder in einer solchen Gemeinschaft — in der CDU — stehen und bestehen, wenn er sich nur bereit findet, auch dem

anderen zuzuhören, nicht nur für sich selbst zu sprechen, zu fordern und sich als den Mittelpunkt allen Geschehens zu betrachten. (Starker Beifall)

Ich glaube, wir haben gerade bewiesen, daß man auf einem Gebiet nur dann etwas erreicht, wenn man aufeinander hört. Die großen Aufgaben zum Beispiel auf dem Gebiete des Vertriebenenwesens lassen sich nicht lösen durch Kampf der einen Seite gegen die andere, der Vertriebenen gegen die Einheimischen, der Einheimischen gegen die Vertriebenen. (Beifall) Man muß nicht Ministerpräsident eines Flüchtlingslandes sein, um zu wissen, wie es in den Herzen oder in den Stuben, in den Baracken der Vertriebenen aussieht. In der CDU sitzen beide an einem Tisch: Der Einheimische erfährt dabei, was den bedrückt, der fern seiner Heimat bei uns Aufnahme finden mußte; doch auch der Vertriebene begreift, daß auch der Einheimische Sorgen hat, die man nicht mit einer Handbewegung abtun kann. Gewiß, es sind ganz andere Größenordnungen, die man nicht nach einer Formel messen kann. Nur wenn jeder weiß, wie es um den anderen steht, dann findet man Lösungen; und wir in der Christlich Demokratischen Union brauchen uns nicht vor dem zu verstecken, was wir bisher zur großen Frage der Eingliederung getan haben. (Lebhafter Beifall)

Aber man darf nicht vergessen, daß die Eingliederung noch wahrlich nicht endgültig vollzogen ist. Hier ist eine Aufgabe, die wir nie aus den Augen verlieren dürfen, wir, die wir im Staate unmittelbare Verantwortung tragen, aber auch jeder Bürger unseres Staates sollte sich dieser Verantwortung für die vom Schicksal wahrhaftig besonders hart getroffenen Vertriebenen bewußt sein. (Beifall)

Wir sind auf diesem Parteitag zusammengekommen, unsere katholischen Freunde und wir evangelischen Glaubens. Man hat, wie Karl Arnold sagte, zehn Jahre an uns herumgedeutelt, man sprach von den „Schwarzen“, man plakatierte in anderen Parteien das Bild Luthers und schrieb in Balken dazu: „Den lassen wir uns nicht nehmen“. Es gab noch in der allerjüngsten Zeit hier in dem schönen Land Baden-Württemberg, genau wie anderswo bei allen früheren Wahlen, Parteien, die ihren gesamten Wahlkampf nur damit bestritten, uns evangelische Wähler durch anti-katholische Affekte der CDU zu entfremden und für sich zu gewinnen. (Pfeifrufe)

Ich behaupte und habe stets behauptet — und das trifft heute noch zu: Es sind gar nicht so sehr die wirklichen evangelischen Christen, die draußen im Lande derartige Trommeln rühren. Es führen zumeist solche das Wort, die nur bei dem Wort „katholisch“ hellwach werden. Es weiß jeder, daß wir nicht in die Kompetenzen der Kirchen eingreifen, die Kirchen nicht in unsere; wir wollen niemanden in seinem Glauben beeinflussen: Was wir dagegen wollten und wollen, das ist dieses: Evangelische und katholische Christen zusammenführen in den Fragen unseres Staates, weil wir glauben, daß bei einer Entfremdung beider voneinander, bei einem Riß, bei einem Graben, der beide trennt, wir nicht mehr das tun können, was wir gemeinhin christliche Politik nennen. (Stürmischer Beifall)

Dieser Parteitag hat zu diesen Fragen manch kräftigen Beitrag geleistet, der, so möchte ich meinen, mit wenigen Sätzen unseres verstorbenen Freundes Hermann Ehlers erneut formuliert werden kann:

„Daß jede Konfession ihrem Glauben lebt und ihn in voller Öffentlichkeit praktiziert“,

„daß jede Seite sich über das Eigenleben der anderen Konfession klar sein muß“,

„daß evangelisch-katholische Zusammenarbeit im politischen Raum ein föderalistischer Auftrag und keine Integration ist“,

„daß die politische Zusammenarbeit die Konfessionen nicht überwinden, sie in ihrem Glauben und Leben also nicht verändern will“.

Wir lassen uns von dieser Grundhaltung nicht abbringen, auch nicht durch die ständig wiederholten Angriffe derer, die nur deshalb kirchenfreundlich tun, weil es die „böse“, mächtige CDU gibt. Gäbe es uns nicht, wäre es mit der Kirchenfreundlichkeit der anderen wahrscheinlich sehr schnell zu Ende. (Starker Beifall) Und das deutsche Volk ist doch wohl zu einem sehr großen Teil — bewußt oder unbewußt — froh darüber, daß endlich ein deutsches Erbübel — die Zerrissenheit — durch uns auch im konfessionellen Bereich überwunden ist. (Starker Beifall)

Wir sind hier zusammengekommen, Angehörige der älteren und jüngeren Generation. Es ist in den letzten Jahren manches gesagt worden über die Abstinenz der jungen Menschen von der politischen Verantwortung. Ein anderes Schlagwort auch hat die Runde gemacht: das Schlagwort von dem „Aufstand der jungen Generation“. Damit meint man das, was drüben in Düsseldorf geschehen ist, wo Sie, lieber Freund Arnold, von Männern meines Jahrganges gestürzt worden sind. (Pfuirufe)

Zunächst zu der vermeintlichen Abneigung der jungen Generation, sich für politische Fragen zu interessieren, sich zu beteiligen an der politischen Arbeit, Mitverantwortung zu übernehmen. Mancher wähnt, daß die Jugend bestenfalls oben sitzt im zweiten Rang und zuschaut, sofern sie sich nicht damit begnügt, ihren besonderen Interessen zu fröhnen: dem Sport, dem Kino, dem Tanz oder ausschließlich dem Beruf, und dann meint, daneben weder Zeit noch Lust zu haben, sich der res publica auch nur nebenbei zuzuwenden.

Nun, dieser Parteitag hat eine große Zahl junger Menschen als aktive Teilnehmer gesehen; und draußen in unseren Landesverbänden steht eine zunehmende Zahl junger Menschen, die inzwischen sehr wohl erkannt haben, daß die Politik eine toderne Angelegenheit ist, die sie heute vielleicht nur als Mitarbeiter, morgen aber mit tödlicher Sicherheit als die Alleinverantwortlichen sehen muß. Man vergleicht zuweilen das Verhältnis des Staates zur Jugend bei uns und drüben in der Zone und erklärt, hier würde der Jugend nichts, drüben aber alles geboten. Man sehe sich dieses „alles“ an: Zwar sehr viel Geld — wir hörten gestern die Zahlen — aber: Uniformität, Gleichschritt, Schulung, Sprechchöre, Transparente. Und hier: Angesichts der Null-Linie, auf der wir in der großen Not nach 1945 aufbauen mußten, sehr viel Leistung auf allen Gebieten für die junge Generation; Vertrauen in die Kraft unseres staatlichen Wollens, Glauben an die Zukunft Deutschlands als freier, sozial befriedeter Staat in der Gemeinschaft der europäischen Völker. Und vor allem dieses: die Freiheit. Wir scheinen oftmals gar nicht zu wissen, was diese Freiheit wert ist! (Starker Beifall) Wer erinnert sich am 17. Juni eines jeden Jahres, warum wir diesen Tag begehen? Daß drüben in der Zone Menschen aufstanden, um sich die Freiheit zu erzwingen, während hier jeder Freiheit atmen kann, ohne sich stets umzudrehen nach dem, der ihn bespielt soll.

Und wie verhält es sich mit dem zweiten Wort von dem „Aufstand der jungen Generation“, wie es nach Düsseldorf häufig formuliert wurde? Wenn man die beiden Gedanken von der Abstinenz oder dem Aufstand ineinander gegenüberstellt, kommt man zunächst einmal sehr leicht zu der Alternative: Entweder „ohne uns“ oder „es muß alles anders werden“. Wir Jüngeren sollten uns freimachen von solchen Gegenüberstellungen. Beide sind so einfach auszusprechen, aber beide sind verhängnisvoll!

Ich weiß sehr wohl, es ist sehr bühnenwirksam, wenn man dagegen ist, wenn man aufsteht, revoltiert, wenn man revolutionieren, aus den Angeln heben will. Wir, die jüngere Generation, täten aber so der Sache, der Politik, und auch uns selbst einen schlechten Dienst.

Wir jüngerer in der Christlich Demokratischen Union sind vielmehr der Auffassung, daß wir zunächst einmal lernen müssen und daß wir nur hineinwachsen können, wenn wir arbeiten, mitarbeiten. Und das bedeutet: Mitarbeit mit den andern, mit der älteren Generation. Das war gewiß vielfach schwierig und wird immer schwierig bleiben. Aber ich glaube berechtigt zu sein, für alle, nicht nur für meinen Landesverband eines zu sagen, eines in Anspruch zu nehmen: Wir haben die Brücke geschlagen zwischen der älteren Generation und den Jungen. Es ist nicht nur das Beispiel des Verhältnisses zwischen dem Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm Lübke, meinem verehrten, verstorbenen Amtsvorgänger und mir, den er nach 1945 sorgsam in die politische Verantwortung in Schleswig-Holstein eingeführt hat. Es lassen sich in meinem Landesverband eine Reihe ähnlicher Beispiele anführen. Lübke hat dabei sehr wohl gewußt, daß wir Jüngerer zuweilen andere Ideen haben, daß wir vielleicht in manchem unkomplizierter an die Aufgaben herangehen und daß wir nicht immer bequeme Mitarbeiter sind. Wir haben uns aber stets bemüht, gradlinige Politik zu erlernen und zu praktizieren, wir haben um Vertrauen geworben, indem wir Maß hielten in unseren Forderungen, in unseren Gedanken, in unseren Ideen. So wollen wir es — auf allen Ebenen — auch in der Zukunft halten.

Und was wir aus dem Norden an Beispielen für die Zusammenarbeit der erfahrenen Älteren mit den unbequemen Jüngeren aufweisen können, gilt auch für den Westen, für den Süden, für Berlin, und das gilt nicht weniger für Bonn.

Als Abschluß ein Wort zum Kampf um die Sicherung der Existenz unseres Volkes. Von der inneren Sicherheit hat Karl Arnold vorhin mit großer Eindringlichkeit gesprochen. Ich meine hier den Beitrag der Bundesrepublik zur Wahrung des äußeren Friedens, ich meine die Bundeswehr, die nun im Entstehen begriffen ist. Unsere Bundestagsfraktion hat sich hier in Stuttgart einstimmig zur allgemeinen Wehrpflicht bekannt. Das ist ein sehr ernster, ein sehr mutiger, ein sehr unpopulärer Beschluß, eine Entscheidung von größter Tragweite für unser ganzes Volk, die andere vielleicht mit Rücksicht auf ihre Sorge um die Wählerstimmen 1957 heute noch nicht zu treffen wagen. Sie macht endgültig ein Ende mit den dilettantischen und gefährlichen Versuchen, die darauf abzielten, die Begriffe „Zivilist“ und „Soldat“ in eine gegnerische Frontstellung zu bringen. Sie macht Schluß mit den alten Verdächtigungen und Ressentiments und sie zwingt uns, das Mißtrauen auszuräumen, das hier und da noch bestehen mag — Mißtrauen, das sich gleichermaßen gegen die ehemaligen wie gegen die zukünftigen Soldaten richtet. Wir in der CDU glauben, auf die innere Festigkeit unserer heutigen Demokratie bauen zu dürfen. Wir wehren uns gegen die Gespensterbeschwörer, die da meinen, Angst vor den Soldaten ihres eigenen Volkes haben zu müssen. Wir vertrauen darauf, daß Verteidigungsbeitrag und Wehrpflicht keineswegs Militarismus bedeutet. Wir sind zuversichtlich, daß der neue deutsche Soldat nicht gegen die Demokratie steht, sondern in ihr, in der gleichen Verantwortung seinem Volke gegenüber wie jeder andere Staatsdiener auch. Wir hüten uns vor jeder Überbewertung, wir werden aber auch gegen jede Unterbewertung des Soldaten eintreten. Wenn der deutsche Soldat von dem Wert des Staates, dessen Bürger er ist, auch wahrhaft überzeugt ist, wird sich rasch jenes gegenseitige Vertrauensverhältnis bilden, das die Grundvoraussetzung für die Lösung nicht nur dieses Problems ist; jenes Vertrauensverhältnis, von dem ich eingangs sprach und das uns, der Union, als Aufgabe gestellt ist beim Brückenschlag

zwischen allen Ständen und Schichten, zwischen den Konfessionen, zwischen den Generationen, zwischen allen Teilen unseres Vaterlandes und zu den Gebieten, um deren Wiedervereinigung mit uns wir mit heißem Herzen ringen, auch zu einem neuen freien Europa, zu dem sich alle, gerade auch wir Jungen, mit Leidenschaft bekennen. (Langanhaltender, sehr starker Beifall)

Bundesminister Dr. Heinrich von Brentano:

Die Beratungen des Parteitages der CDU, der soeben zu Ende gegangen ist, werden in der ganzen Welt aufmerksam beachtet und gewürdigt werden. Der Parteitag hat sich in völliger Einmütigkeit und Geschlossenheit zur Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik bekannt, die mit dem Namen des deutschen Regierungschefs und 1. Vorsitzenden unserer Partei, Bundeskanzler Adenauer, untrennbar verbunden ist und immer verbunden bleiben wird. (Starker Beifall)

Was bedeutet diese klare Entscheidung? Ist sie wirklich, wie einige unserer Kritiker mit beharrlicher Monotonie zu sagen pflegen, ein Bekenntnis zur sogenannten Politik der Stärke? Verrät sie wirklich, wie andere unserer Kritiker gerne behaupten, einen Mangel an schöpferischer Phantasie? Ist es tatsächlich so, wie wieder andere sagen, daß die Bundesregierung bewußt darauf verzichtet, neue Initiativen zu entfalten und einer neuen weltpolitischen Situation mit neuen Vorstellungen zu begegnen? Ich stelle diese Frage bewußt, weil keiner unserer Kritiker glauben sollte, daß wir die Antwort verweigern würden.

Von dem Tage an, an dem die erste deutsche Bundesregierung die erste außenpolitische Initiative entfaltet hat, von dem Tage, an dem das historische Petersberger Abkommen geschlossen wurde, bis zu der Stunde, in der wir hier zusammen sind, führt ein gradliniger Weg. Es waren damals die Hohen Kommissare der Besatzungsmächte, die über das Schicksal des deutschen Volkes in letzter Instanz bestimmten. Unserer innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung waren durch das Besatzungsstatut ebenso Grenzen gezogen wie unserer außenpolitischen Handlungsfreiheit. Am 5. Mai des vergangenen Jahres, also zeitlich ziemlich genau vor Jahresfrist, wurden die Souveränitätsbeschränkungen aufgehoben. Und am gleichen Tage trat die Bundesrepublik als gleichberechtigter Partner in das Bündnisssystem der Westeuropäischen Union und der Atlantischen Gemeinschaft ein, nachdem sie schon vorher im Rahmen anderer wichtiger internationaler Organisationen, wie etwa des Europarates, die Voraussetzungen für diese Entwicklung geschaffen hatte.

Diese unbeirrbar gradlinige Politik hat der Bundesrepublik unermessliche Vorteile eingebracht, die nur von solchen bestritten werden können, die den Erfolg nicht wahrhaben wollen, weil sie an seiner Herbeiführung nicht beteiligt waren. (Beifall)

Es ist nicht meine Aufgabe, im Rahmen eines kurzen Referats auf die einzelnen Phasen dieser Entwicklung einzugehen. Aber ich halte mich doch für berechtigt und für verpflichtet, jedem unserer unbelehrbaren und zum Teil bössartigen Kritiker die Fage entgegenzuhalten, ob sie denn selbst im Jahre 1949 eine solche Entwicklung für möglich gehalten hätten. (Beifall)

Die Bundesrepublik konnte sich aus der Isolierung lösen, in die eine verhängnisvolle Politik das deutsche Volk hineingeführt hatte. Innen- und außenpolitisch konnte sie alle Kräfte freilegen, die bereit waren, sich dem neuen Aufbau unseres Vaterlandes zu widmen. Die ungeheure Gefahr, die jahrelang auf unserem Volke lastete, daß nämlich die Welt sich über Deutschland gegen den Willen des deutschen Volkes und gegen seine elementarsten Lebensinteressen verständigen könne, diese Gefahr ist ge-



bannt. Aus denen, die noch vor wenigen Jahren dem deutschen Volk mit Ablehnung, ja zum Teil mit Haßgefühlen gegenüberstanden, sind Bündnispartner und Freunde geworden. In der freien Welt hat sich eine gemeinsame Überzeugung gebildet, die in dem Bekenntnis zur Solidarität ihren Ausdruck findet, das noch in diesen Tagen nach Abschluß der Verhandlungen zwischen den Staatsmännern der Sowjetunion und der britischen Regierung von einem Sprecher des englischen Außenministeriums bestätigt wurde. Ebenso haben die Gespräche zwischen den italienischen und den französischen Staatsmännern in Paris mit einer unmißverständlichen und überzeugenden Erklärung ihren Abschluß gefunden, in der beide Länder sich ebenfalls zu den gemeinsamen Zielen bekennen, die in den Bündnissystemen ihren äußeren Ausdruck finden.

Es bedrückt uns alle, daß die weltpolitische Spannung noch nicht nachgelassen hat. Noch immer fühlt sich die freie Welt durch den sowjet-russischen Imperialismus und durch das Bekenntnis zur Weltrevolution bedroht. Nichts, aber auch gar nichts könnte im Augenblick die optimistische Vorstellung rechtfertigen, daß gewisse innenpolitische Vorgänge in der Sowjetunion und in einigen ihrer Satellitenstaaten auf einen Wechsel in der Außenpolitik schließen ließen. Und das, was auf dem 20. Parteikongreß zu hören war, unterschied sich nach Art und Inhalt nicht von dem, was wir früher hörten. Und das, was wir bisher über die Haltung der sowjetrussischen Staatsmänner in ihren Gesprächen mit der britischen Regierung erfahren haben, muß uns nachdenklich stimmen und kann unsere Sorge nicht beseitigen, sondern nur erhöhen.

Sollte eine Partei, die nach dem Willen einer starken Mehrheit im deutschen Volk die Verantwortung trägt, zu einem solchen Zeitpunkt ernstlich an eine Änderung der Außenpolitik denken? Denjenigen, die uns vorwerfen, die sogenannte Politik der Stärke führe nicht zum Ziele, ja sie sei gefährlich, kann ich nur die Frage stellen, ob sie uns denn ernstlich eine Politik der Schwäche aufzwingen wollen? (Beifall)

Machen wir uns doch in der ernsthaften Auseinandersetzung um Fragen von so ungeheurer Bedeutung von solch miserablen Schlagworten frei, die einer ernsten und sachlichen Diskussion unwürdig sind. Von einer Politik der Stärke könnte man reden, wenn eine deutsche Regierung auf den vermessenen Gedanken käme, eine Machtposition auszubauen, um friedliebende Nachbarn in Angst und Furcht zu versetzen. Was wir tun, ist gerade das Gegenteil. Weil wir den unschätzbaren Wert des Friedens kennen — und wer sollte das stärker empfinden als das deutsche Volk, das die grauenvollen Folgen eines totalen Krieges am eigenen Leibe erfahren mußte — bekennen wir uns zu der Verpflichtung, diesen Frieden aufrecht zu erhalten und ihn zu sichern.

In diesem Bemühen haben wir uns mit den anderen freien Völkern der westlichen Welt zusammengeschlossen, von denen wir wissen, daß auch sie nur die eine Sorge kennen: den Frieden und die Freiheit zu erhalten. Wollen oder können es unsere Kritiker denn nicht begreifen, daß der Vorwurf der Politik der Stärke, der Vorwurf also einer trivialen Politik der Herausforderung und der Bedrohung, den sie gegen uns erheben, in gleichem Atemzuge auch unseren Bündnispartnern Großbritannien, Holland, Belgien, Frankreich, Italien, den Vereinigten Staaten und Kanada gemacht wird? Wollen sie ernstlich behaupten, daß Norwegen und Dänemark, daß Griechenland und die Türkei, die sich alle in dieser gemeinsamen Abwehrfront zusammengefunden haben, dies nur taten, um den Frieden in der Welt zu gefährden? Und sollte es denn wirklich noch einen Menschen in Deutschland geben, der nicht ganz von Sinnen ist, der die Sowjetunion als den Hort des Friedens und die Demokratien in der westlichen Welt als ruchlose Kriegstreiber kennzeichnen will? Bis zur Stunde ist es, davon bin ich über-

zeugt, überhaupt nur diesen gemeinsamen Bemühungen zu verdanken, daß Europa nicht vor einigen Jahren das Schicksal von Korea erlitten hat. (Beifall)

In den Bemühungen um die Erhaltung des Friedens und einer gesicherten Freiheit nachzulassen, wäre der erste Schritt zur Selbstaufgabe und zur Kapitulation vor dem Bolschewismus. (Beifall)

Und damit ist auch die Antwort auf die Frage gegeben, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, unsere Politik zu ändern. Die Antwort lautet schlicht und klar: Nein! (Beifall)

Sollen wir denn wirklich von dem Wege abgehen, den wir als richtig erkannt haben, von einer Politik, die sich bewährt hat? Sollen wir uns lösen aus der Gemeinschaft der freien Völker in der Welt, um uns in die freiwillige Isolierung zu begeben? Sollen wir das Mißtrauen der ganzen Welt auf Deutschland lenken? Sollen wir unsere Zukunft gefährden und gleichzeitig in unverantwortlicher Weise dazu beitragen, den Weltfrieden zu erschüttern, nur weil einige in unbegreiflicher Verblendung, in maßloser Kritiksucht oder aus sturem Haß das von uns verlangen? (Beifall).

Ist es denn wirklich ein neues politisches Rezept, die bessere Erkenntnis zu leugnen und bewußt das Falsche zu tun, nur weil es etwas anderes ist? Zuweilen habe ich wirklich den Eindruck, daß gewisse Kreise in Deutschland nicht mehr zu unterscheiden vermögen zwischen der entschlossenen Konsequenz, das Richtige zu tun, und einer falschen Sturheit. Ja, zuweilen habe ich das peinliche Gefühl, daß man Geschäftigkeit und Spekulation mit Initiative gleichsetzen möchte. (Beifall)

Vielleicht liegt es auch daran, daß die Außenpolitik als eine Art Naturschutzpark betrachtet wird, in dem Kraut und Unkraut, Nutzpflanzen und Schädlinge nebeneinander gedeihen können, und daß manche glauben, außenpolitische Probleme aus der Froschperspektive eines Stammtischgesprächs beurteilen zu können. (Beifall)

Das soll, mißverstehen Sie mich nicht, durchaus keine Absage sein an das Recht der öffentlichen Diskussion. Wir alle wissen und spüren es ja, wie diese Fragen uns alle quälen. Nur eine Politik, die in der breitesten Öffentlichkeit diskutiert und verstanden wird, wird sich in einer Demokratie durchsetzen. Aber es ist doch wirklich nichts damit getan, daß irgend jemand irgendwo in deutschen Landen einen Plan entwickelt, mit dem er unbekümmert und unter völliger Außerachtlassung der politischen Realitäten die Völker Europas und der Welt um Deutschland herumgruppiert, jedem seine bestimmte Aufgabe zuweist, die es gegenüber Deutschland zu erfüllen hat, sie alle verpflichtet, den deutschen Wohlstand zu mehren, die Sicherheit des deutschen Volkes zu garantieren, aber die Frage nach dem deutschen Beitrag an solchen Bemühungen schamhaft unbeantwortet läßt. Man fragt sich manchmal, ob es nur Dummheit, nur Hochmut oder eine höchst unerfreuliche Mischung aus diesen beiden Eigenschaften ist, die diese Plänemacher inspiriert. Wenn ich sage, daß wir entschlossen sind, die bisherige außenpolitische Linie weiterzugehen, dann schließe ich in diese Feststellung auch die deutsche Politik ein, die die Wiedervereinigung unseres zerrissenen Volkes zum Ziele hat. (Beifall)

Und ich meine, es sei an der Zeit, daß endlich einmal die geradezu unverschämten Unterstellungen aufhören, als seien diese politischen und sittlichen Anliegen des deutschen Volkes bei der Bundesregierung schlechter und besonders bei der CDU schlechter aufgehoben als bei ihren Kritikern. (Beifall)

Wir haben solche Redensarten noch vor wenigen Tagen auf einem Parteitag gehört, der in Würzburg abgehalten wurde. Es muß einmal mit

aller Klarheit gesagt werden, daß die CDU es nicht nötig hat, es aber auch nicht mehr zulassen wird, sich in dieser Weise beleidigen zu lassen. Die Leute, die das in Zukunft tun, mögen sie Narren oder Fanatiker sein, sollen wissen, daß sie sich damit selbst als Gesprächspartner disqualifizieren. (Stürmischer Beifall)

Wir waren und sind jederzeit bereit, Ziele und Methoden der deutschen Außenpolitik und damit auch die Frage der Wiedervereinigung in einem ernsthaften und aufgeschlossenen Gespräch auch mit denen zu erörtern, die anderer Meinung sind als wir. Wir werden auch in der Zukunft — es ist eine Selbstverständlichkeit, die man kaum aussprechen sollte — jede Anregung prüfen und jeden Gedanken erörtern, die an uns herangetragen werden. Und wie in der Vergangenheit, so werden wir auch in Zukunft nichts unversucht lassen, um die deutsche Außenpolitik auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Denn wir wissen um den unschätzbaren Nutzen, den eine solche Entwicklung uns bringen könnte. Diejenigen, die uns nur um der Kritik willen kritisieren, diejenigen, die glauben, daß ihre negative Haltung parteipolitischen Vorteil bringen könnte, sollten nicht vergessen, daß sie — vielleicht ohne es zu wollen — Wasser auf die Mühlen derer leiten, die unsere gemeinsamen Feinde sind. (Beifall)

Und jede Störung der Solidarität der westlichen Welt ist eine Gefahr für Freiheit und Frieden. Jeder Riß, der sich in dieser gemeinsamen Front der Abwehrkräfte zeigt, verstärkt den Geist der Unnachgiebigkeit in der Sowjetunion. Aber auch jeder Zweifel an der Haltung des deutschen Volkes oder seiner Regierung von heute oder von morgen weckt Mißtrauen und berechtigte Sorge bei denen, die uns Solidarität, Sicherheit und Zusammenarbeit versprochen haben. Wer Solidarität und Freundschaft verlangt, muß wissen, daß er sie mit derselben Unbedingtheit und ohne Vorbehalt auch zu geben verpflichtet ist. (Beifall)

Wir wissen, daß wir noch schwere Hindernisse zu überwinden haben. Wir wissen, daß das Ziel, das wir uns wünschen, ein in Freiheit wiedervereinigtes und in seinem Frieden gesichertes Deutschland als Bestandteil eines einigen Europas — der freien Welt — nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Wir wissen, daß zur Politik eine Tugend gehört, die Tugend der Geduld (Beifall), auch dann, wenn es um Anliegen geht, die uns auf dem Herzen brennen. Aber eines können wir Ihnen sagen, jetzt, nachdem Sie nun von dem Parteitag nach Hause fahren: Seien Sie überzeugt, daß wir diese Politik fortführen werden in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung für alle Deutschen in der Bundesrepublik und in der sowjetisch besetzten Zone und daß niemand uns an heißem Willen, an Liebe zum deutschen Volk und an Gefühl für Verantwortung für siebzig Millionen Deutsche übertreffen kann. (Stürmischer Beifall)

Bundeskanzler Dr. Adenauer:

Was soll ich Ihnen nach so ausgezeichneten Reden eigentlich noch sagen? (Heiterkeit).

Die Klugheit des deutschen Volkes hat es gefügt, daß die CDU/CSU seit einer Reihe von Jahren die Führung in Deutschland innehat. Als wir uns nun nachgedacht haben, nach Stuttgart zu diesem Parteitag zu gehen, da sah man alle möglichen Betrachtungen in der Presse: über unsere Zukunft, über unseren gegenwärtigen Zustand, über das, was aus uns werde usw. usw. Die Prophezeiungen waren manchmal etwas — ich will die Presse nicht verstimmen — sagen wir einmal, pessimistisch gestimmt. (Heiterkeit).

Man sah Ermattungserscheinungen, man sah Ermüdungserscheinungen, man sah Abbröckelungserscheinungen. Allerdings in einer Zeitung, die auch nicht zu uns gehört, fand ich eine sehr verständige Bemerkung. Da

war nämlich eine Betrachtung angestellt, wie wohl der Deutsche Bundestag jetzt aussähe, wenn es keine CDU/CSU gäbe. Das war ein sehr richtiges und kluges Wort. Ich glaube, wenn man einmal darüber nachdenkt, wie der Deutsche Bundestag aussähe, wenn nicht die CDU und CSU diese ganz verschiedenen Kräfte, aus denen wir bestehen, zusammenfaßten, dann würde man mit mir darin übereinstimmen, daß dieser Bundestag genau das gleiche Bild geboten und schließlich Deutschland auch dorthin gebracht hätte, wo leider Gottes die Weimarer Republik nachher geendet hat. (Starker Beifall)

Und was die Ermüdungs- und Ermattungserscheinungen angeht — ich habe nichts davon gemerkt (Starker Beifall). Es mag sein, daß das der Frühling in Stuttgart getan hat, es mag sein, daß wir alle, die wir nach hier gekommen sind, erfüllt waren von der Überzeugung, daß wir unsere Pflicht und das Beste für Deutschland getan haben, was wir tun konnten. (Stürmischer Beifall)

Ich habe noch keinen Parteitag der CDU mitgemacht, der so viel kraftvolles Leben gezeigt hätte wie der Parteitag in Stuttgart. (Beifall). Ich habe noch keinen Parteitag mitgemacht, bei dem so viel Jugend vertreten war. (Beifall). Ich habe noch keinen Parteitag mitgemacht, bei dem eine ganz große Zahl von Delegierten intensiver mitgearbeitet hat, eine Lösung zu finden für schwierige Probleme. Ich glaube, wir von der Christlich-Demokratischen Union können auf den Parteitag in Stuttgart ganz besonders stolz sein. (Beifall)

Ich möchte, meine verehrten Freunde, aber auch der Stadt Stuttgart einen herzlichen Dank und die Anerkennung dafür aussprechen, daß sie uns in diesen schönen Räumen und in diesem großartigen Park und Blumengarten aufgenommen hat. (Beifall)

Lassen Sie mich jetzt auch eines Stuttgart gedenken, der vom Nationalsozialismus hingerichtet wurde: unseres verehrten Freundes Bolz.

(Beifall — Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Ich danke Ihnen, meine Freunde.

Herr Ministerpräsident Arnold hat mit berechtigter Empörung und Enttötung von den Vorgängen in Düsseldorf gesprochen. Wenn er es nicht getan hätte, würde ich es getan haben; denn was sich in Düsseldorf ereignet hat, geht an Bedeutung für uns alle weit hinaus über das Land Nordrhein-Westfalen. Dort haben sich zwei Elemente zusammengefunden: die Sozialdemokratie und die anderen Herrschaften; ich weiß noch keinen Namen für sie (Heiterkeit und starker Beifall), die niemals hätten zusammenfinden dürfen.

Ich habe mich sehr gefreut, daß Herr von Hassel über das Verhältnis zwischen den beiden christlichen Konfessionen in so eindringlicher und so überzeugender Weise gesprochen hat. Ich möchte nur einen Satz noch hinzufügen: Die Kritiker — diejenigen, die uns auseinander reißen wollen — mögen sich eins gesagt sein lassen: Deutschland, das deutsche Christentum, besteht den Kampf gegen den Materialismus nur dann, wenn die beiden Konfessionen Schulter an Schulter in diesem Kampfe stehen. (Stürmischer Beifall) Und wer versucht, diese beiden christlichen Kräfte auseinander zu reißen, der öffnet dem Materialismus, dem Kommunismus Tür und Tor und liefert Westeuropa dem Kommunismus aus. (Starker Beifall)

Wenn je eine Zeit Einigkeit der Christen verlangt, dann ist es die jetzige Zeit und sind es die nächsten Jahrzehnte, denn der Kampf des östlichen Materialismus gegen das Christentum wird auch, wenn politische Ent-

spannung eintritt, nicht vorbei sein; er wird noch lange dauern, und wir, die evangelischen Christen und die katholischen Christen, haben noch einen langen, gemeinsamen Kampf dagegen vor uns, um das zu retten, was uns das Teuerste ist. (Starker Beifall)

Gestatten Sie mir, meine Freunde, einige Worte über die Sozialreform. Die Sozialreform bedarf der gesetzlichen Regelung, aber sie erschöpft sich nicht in gesetzlicher Regelung. Die Sozialreform oder, sagen wir besser, eine soziale Reform, muß sich auch vollziehen in dem persönlichen Verhalten eines jeden von uns gegenüber seinem Nächsten. (Starker Beifall) Ich glaube, daß da in Deutschland noch sehr viel geschehen kann (Beifall) in allen Schichten und in allen Ständen. Man kann sich sozial verhalten; man kann Nächstenliebe zeigen in allen möglichen Situationen des Lebens, bei allen Begegnungen, mag man Untergebener oder Vorgesetzter sein. Wenn man dem anderen zeigt, daß man in ihm die gleiche Würde achtet, die Würde des freien Menschen, die man für sich verlangt, dann wird dadurch ein wirklich sozialer Geist erzogen. (Beifall)

Die Wahl des Jahres 1957 wird schnell da sein. In diese Wahl müssen wir hineingehen mit dem festen Vorsatz, sie zusammen mit den anderen, die gleichgesinnt sind wie wir, zu gewinnen und dafür zu sorgen, daß der Kurs, den wir in diesen Jahren eingeschlagen haben, nicht gebrochen und nicht verkehrt wird. (Lebhafter Beifall) Glauben Sie mir, die Wahl des Jahres 1957 ist eine schicksalsschwere Wahl für unser Vaterland, eine schicksalsschwere Wahl wie keine Wahl vorher. Nachdem wir nun einmal durch unsere Arbeit das erreicht haben, was von meinen Herren Vorrednern geschildert worden ist, würde ein Rückfall des deutschen Volkes in Verstiegheiten, in falsche Ansichten einfach den Zusammenbruch bedeuten. Die gesamte äußere Lage Deutschlands und damit auch die wirtschaftliche Lage würde sich grundlegend ändern, und jeder Deutsche, ob Mann oder Frau, ist daran interessiert, daß wir eine ruhige, stetige und klare Politik betreiben, auch nach dem Jahre 1957. (Starker Beifall)

Nehmen Sie die Überzeugung mit nach Hause, daß die Christlich-Demokratische Union zusammen mit der Christlich Sozialen Union Bayerns auf dem Posten steht voll Kraft, voll Mut, voll Zuversicht, für Deutschland den Weg nach oben weiterzuebnen, damit wir das erreichen, was wir wollen, damit wir erreichen: Frieden in der Welt, allgemeine Abrüstung und die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit. (Langanhaltender, stürmischer Beifall)

Präsident Dichtel:

Wir haben nun unseren Parteitag zu Ende geführt. Er stand unter der Devise: 10 Jahre Christlich-Demokratische Union. Wer sich heute an die Verhältnisse zurückerinnert, wie sie in den Jahren 1947/48 waren, wer sich die große Not und das Elend, dazu die Rechtlosigkeit und Wehrlosigkeit des deutschen Volkes vor Augen hält, der kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß im Laufe der letzten 10 Jahre bei uns in Deutschland einiges anders geworden ist. (Beifall)

Wir sollten am Schlusse unseres Parteitages eines nicht unterlassen: allen den Menschen zu danken, die diese Schicksalswende für Deutschland herbeigeführt haben. Es wird uns in der CDU gelegentlich nachgesagt, wir seien etwas anfällig für einen Personenkult, ich glaube aber, wir dürfen das eine wohl sagen: Die Hauptlast dieser Arbeit der letzten 10 Jahre ist von unserem Bundeskanzler Dr. Adenauer getragen worden. (Starker Beifall). Es wäre daher undenkbar, wenn wir bei unserer Zehnjahresfeier dem Herrn Bundeskanzler nicht von ganzem Herzen für seine persönliche Leistung dankten. (Starker Beifall)

Ich darf aber auch ein Wort des Dankes, Herr Bundeskanzler, an alle Ihre Mitarbeiter richten, die mit Ihnen des Tages Last und die Bürde getragen haben. Ich denke vor allem an unsere Bundestagsfraktion; ich möchte aber auch gerechterweise all den Damen und Herren in den anderen Parteien danken, die Sie in Ihrer Arbeit unterstützt haben.

Wir sollten in dieser Stunde — um nur einige Freunde herauszugreifen — ein besonderes Wort des Dankes unserem Finanzminister Fritz Schäfer sagen (Beifall), ferner unserem Herrn Bundeswirtschaftsminister Prof. Ehrhard (Beifall). Diejenigen von uns, die schon lange die Parteiarbeit tragen, wissen, daß es damals nicht ganz leicht war, den Wirtschaftskurs zu einer sozialen Marktwirtschaft umzusteuern. Wenn man sich heute an die Unkenrufe erinnert, die damals von bestimmter Seite kamen, so können wir heute diesen Kritikern sagen, daß das Gegenteil der Fall ist (Beifall). Wir haben heute eine vollbeschäftigte Wirtschaft, wie wir sie kaum gekannt haben. Unsere Währung ist zu einer der besten in der ganzen Welt geworden, und zwar allen Unkenrufen zum Trotz. (Beifall)

Es ist auch richtig und gerecht, ein besonderes Wort des Dankes unserem Arbeitsminister Storch für seine soziale Arbeit zu sagen. (Beifall) In diesem Zusammenhang möchte ich auch unserem Freund Arnold, der in Düsseldorf eine so großartige Leistung vollbracht hat, an dieser Stelle unseren herzlichen Dank aussprechen. (Sehr starker Beifall)

Ein wichtiges Problem auf unserem Parteitag war die Erörterung der Frage: Wo steht der Kommunismus und wie stehen wir zum Kommunismus. Eines hat die Menschheit heute begriffen, daß der lächelnde Kommunismus viel gefährlicher ist als der Kommunismus, der in brutaler Form auftritt. (Beifall) Bundesminister Jakob Kaiser hat sich in diesem Zusammenhang mit den Problemen der Zone beschäftigt, mit allen deutschen Menschen, die bis heute vom Recht der persönlichen Freiheit noch keinen Gebrauch machen können. Ich glaube, Sie sind mit mir der Meinung, daß wir diese großartige Kundgebung nicht schließen sollten, ohne unseren deutschen Menschen in der Zone unsere unverbrüchliche Treue zu geloben. Hier haben Sie die Zustimmung von uns allen, vom ganzen deutschen Volk, Herr Bundeskanzler, tun Sie alles, was Sie können, um den deutschen Menschen in der Zone die Rückkehr in Freiheit zum gemeinsamen deutschen Vaterland zu ermöglichen. (Starker Beifall)

Wenn ich heute gefragt würde, welche besondere Art dieser Parteitag in Stuttgart hatte, dann würde ich antworten: Es ist der Parteitag der sozialen Frage, des Ringens um die neue soziale Gestaltung gewesen. (Beifall). Die soziale Frage, die ja ein besonderes Anliegen der heutigen Zeit ist, ist auf diesem Parteitag erschöpfend behandelt worden. Ich möchte Ihnen nicht verheimlichen, daß in weiten Kreisen in ernster und sachlicher Diskussion darum gerungen worden ist, wie die Sozialreform aussehen soll. Der Herr Bundesarbeitsminister hat heute in seiner Ansprache gesagt, dieser Parteitag in Stuttgart sei der Startschuß zu einer weitgehenden Regelung der sozialen Frage gewesen. Wir sind sehr dankbar dafür, daß die CDU hier in Stuttgart dieses große Problem aufgegriffen hat. Ich möchte dem Bundesparteitag der CDU in Stuttgart das Signum geben: Das war der Parteitag, bei der am ernstesten um die Regelung der sozialen Frage gerungen worden ist. (Beifall).

Und nun schließe ich die Kundgebung mit dem Gelöbnis, daß wir auch weiterhin der CDU und Deutschland mit aller Kraft dienen wollen.

(Die Versammlung singt die 3. Strophe des Deutschlandliedes)

Katholischer Gottesdienst

Predigt von Stadtpfarrer Bernhard Hanssler

4. Sonntag nach Pfingsten, den 29. April in der Kirche St. Eberhard

Herr Bundeskanzler! Katholische Männer und Frauen der politischen Arbeit! Andächtige Christen!

Ein Festgottesdienst ist eine hervorragende Gelegenheit zur Selbstbestätigung, aber ein Gottesdienst dieser Art wäre nicht eine Verehrung Gottes, sondern eine Herausforderung Gottes und ein Abscheu in seinen Augen. Denn das Wort Gottes gibt sich nie dazu her, uns zu bestätigen, das Wort Gottes stellt uns immer in Frage. Es sagt uns nie, du machst es gut, sondern es sagt uns, du machst es falsch, du mußt anders leben, du mußt neu ansetzen, du mußt eine neue Anstrengung machen, um die dir gestellte Aufgabe zu erfüllen.

So wollen auch wir das Wort Gottes hören in diesen Tagen, in denen Sie hier zusammen gekommen sind, um die neue Orientierung für Ihre politische Arbeit zu suchen. Wir wollen uns dem Worte Gottes und seiner Botschaft aussetzen, so wie die Epistel des heutigen Tages es fordert: „Ein jeder sei rasch zum Hören bereit und zaudernd im Reden (Jak. 1, 19). Ist das nicht ein fast pikantes Wort für Politiker, die immer ja auch Parlamentarier sind, die also mehr Vertrauen zu haben pflegen in das Reden als in das Hören. Ein jeder sei rasch zum Hören bereit und zaudernd im Reden!“

I.

Vom Worte Gottes wird ein christlicher Politiker immer wieder seine entscheidenden Impulse empfangen, gerade heute, wo das politische Geschäft eine so beschwerliche und aufreibende Arbeit ist, was die Öffentlichkeit im allgemeinen viel zu wenig würdigt.

Es würde mich nicht wundern, wenn mancher CDU-Politiker schon manche schlaflose Nacht gehabt hätte in der Sorge um seine Partei, ihre Aufgabe und ihren Weg. Es würde mich nicht wundern, wenn einer schon eine schlaflose Nacht gehabt hätte um das U der CDU, um die Union also, ob sie hält, ob sie sich bewährt über die Gegensätze der Gruppen hinweg, über die Gegensätze der Konfessionen hinweg.

Es würde mich auch nicht wundern, wenn einer schon eine schlaflose Nacht gehabt hätte um das D der CDU, um das demokratische Element. Unser deutsches Volk muß die Demokratie von neuem lernen. Wir leben in einer entscheidenden Phase seines politischen Weges, und viel hängt davon ab, welche Grundlagen wir in diesen Jahren legen.

Aber ich stelle die Frage, ob es einen CDU-Politiker gibt, der schon einmal eine schlaflose Nacht gehabt hat um das C im Parteinamen, um das Element des Christlichen? Welch ein Anspruch, zu behaupten: Wir machen christliche Politik! Dieser Anspruch ist am schwersten zu erfüllen, er enthält die höchste Forderung, die einem Menschen bange machen kann. Christliche Politik in dieser Welt, in diesem Volk, in dieser gegenwärtigen Zeit, was heißt das?

1. Eine christliche Politik hat es heute zunächst einmal schwer, in der Öffentlichkeit verstanden zu werden. Sie hat es sogar schwer, vom Kirchenvolk verstanden zu werden. Es gibt ja heutzutage extra feine Christen, die der Meinung sind, um des Glaubens willen müsse man sich heraushalten aus den politischen Dingen. Die Reinheit, die Heiligkeit des Glaubens dulde es nicht, daß sie mit diesen niedrigen politischen Realitäten befleckt werde. So zu denken entspricht einer all-

gemeinen Stimmung der Menschen heute, nämlich der Neigung, sich nicht zu engagieren, sich herauszuhalten, unverbindlich zu leben. Auch die Christen sind von dieser allgemeinen Stimmung angesteckt. Das ist nicht nur Müdigkeit, das ist nicht nur Feigheit, das ist ein kranker Zug unserer Epoche, daß die Menschen plötzlich nicht mehr die elementare Gestaltungsfreudigkeit haben gegenüber den öffentlichen Dingen. Aber es ist noch mehr, es ist noch unheimlicher, es ist die List Satans, der uns dieses Schlagwort von der Reinheit des Glaubens eingab, der getrennt werden müsse von allem politischen Handeln. Mit dieser List erreicht es der Böse am bequemsten, daß die Welt seine eigene Domäne bleibt.

Wenn es nun aber eine christliche Partei gibt, so gehört es zu ihren Aufgaben, sich selbst verständlich zu machen, sich zu erläutern, den Menschen immer wieder zu erklären, wo denn dieser Zusammenhang zwischen dem Evangelium und der politischen Sphäre liege. Das ist eine der Aufgaben, die geleistet werden müssen. Christliche Politiker dürfen ihr politisches Renomee nicht vom Erfolg beziehen, sie dürfen nicht auf die Leistung pochen. Sie müssen den Menschen sagen: als Christ, also als einer, der unter der Forderung Gottes lebt, mußt du auch im politischen Raum dich christlich bewähren.

2. Eine andere Front, gegen die christliche Politik heute steht, ist die des Materialismus. Ich denke, uns allen graut vor dem Materialismus und seiner Dämonie, vor diesem Gespenst des Materialismus, das in unserem Jahrhundert heraufsteigt wie nie. Wie wollen wir den Materialismus bezwingen? Christliche Politik, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, hat immer zuerst die Aufgabe, den Materialismus im Herzen der Menschen zu überwinden.

a) Wie macht man das? Der Materialismus in der Form des Bolschewismus ist unterwegs hinein in die westliche Welt, wohl gerüstet zum ideologischen und zu jedem anderen Angriff. Wir können ihn nicht überwinden mit den Mitteln der Wirtschaft. Wenn wir ihn wirtschaftlich zu übertrumpfen trachten, dann heißt das, den Teufel mit Beelzebub austreiben, dann heißt das, sich auf dieselbe Ebene begeben und selber materialistisch zu denken anfangen. Wir können als Christen dem militanten Atheismus unserer Epoche nur den Glauben entgegensetzen, die Überzeugungskraft des Glaubens, die Weltanschauung des Glaubens. Wir müssen selber glaubwürdige Träger der christlichen Wahrheit sein, nur dann vermögen wir die Gespenster noch einmal zu bannen. Geben wir uns aber keiner Täuschung hin! Dieser Sieg über den Materialismus ergibt sich nicht von allein, wenn wir nur recht gutartig in unserem kleinen Alltagsleben beharren. Wenn wir die Wahrheit des Evangeliums nicht auf die Gasse tragen, dann wird die Gasse und die Straße und die Welt der Öffentlichkeit erobert werden vom atheistischen Materialismus. Den Materialismus bannen wir nur dadurch, daß wir uns selber den Fängen des Materialismus entwinden. Jeder von uns ist irgendwie ein Opfer des Materialismus, jeder ist irgendwann seiner feinen Verführung erlegen oder wenigstens im Begriff gewesen, ihr zu erliegen.

- b) Der Kampf gegen den Materialismus hat aber vor allem zur Voraussetzung, daß wir selber den Primat des Geistigen im politischen Bereich durchzusetzen streben, den Primat des Geistes vor den materiellen Gegebenheiten, Erfordernissen, Wünschen, Ansprüchen. Um diesen Primat des Geistes müssen wir heute kämpfen wie vielleicht nie eine Generation vor uns in der überschaubaren Geschichte der Menschheit, weil keine Generation vor uns so von der Materie her versucht war wie wir es sind, solche Verlockungen des Mate-

riellen erlebt hat, wie wir sie erleben. Geist und Politik zusammenführen ist ohnehin die alte große Sorge in unserem deutschen Volk. Sie sind seit langem entzweit und verzweist in Deutschland, zum Schaden der Politik und zum Unheil des Geistes.

Wir müssen etwas für den Geist tun. Im Grunde wissen wir das alle. Im politischen Raum tut man aber am ehesten dadurch etwas für den Geist, daß man ihn selber hat. Machen wir eine Politik von Geist, dann wird sie auch die geistigen Menschen gewinnen! Wenn die politische Welt geistiger wäre, als sie in Wirklichkeit ist, dann gäbe es auch nicht so viel unerfreulichen Hader. Selbst in der Auseinandersetzung der Parteien sähe es dann erfreulicher aus. Denn Menschen von Geist, selbst wenn sie Atheisten sind, würden immer noch den Anspruch des Christentums respektieren, im politischen Raum die Ordnung Gottes durchsetzen zu wollen anstatt nur für Macht und Interessen zu kämpfen, während primitive ungeistige Gemüter aus Rand und Band geraten, wenn jemand das Evangelium in den politischen Bereich hineinragen will.

Für den Geist etwas tun, das bedeutet insbesondere, daß die Träger des geistigen Lebens im Aufbau der Gesellschaft nicht am Ende die Benachteiligten sind, die Verdrossenen, die Unmutigen und Enttäuschten. Wenn die Politik den Geist verrät, den Geist in seinen personalen Trägern, dann mordet sie sich selbst. Unabsehbar wäre das Unheil, wenn eine Revolution einmal vorgetragen würde von jenen Menschen, die das geistige Leben, das kulturelle Leben darstellen, weil sie sich nunmehr als vierten Stand der Gesellschaft fühlen.

- c) Wie kann christliche Politik sich den Fängen des Materialismus entwinden? Die Frage ist von beinahe tragischem Ernst. Man muß sich nämlich einmal ehrlich die Frage stellen, ob nicht vielleicht christliche Politik in unserer Zeit ungewollt und unbeabsichtigt selbst das materialistische Denken der Zeit gefördert hat, nämlich dadurch, daß sie einen wirtschaftlichen Wohlstand schuf, der die Begehrlichkeit der Menschen neu in Aktion setzte, der alle gleich begehrlieh gemacht hat. Wie furchtbar wäre es, wie entsetzlich, wenn diese absolute Verkehrung des Evangeliums geschähe! Das Evangelium besteht darauf zu erklären: „Selig die Armen, wehe den Reichen!“ Das gilt in der Zeit des Wirtschaftswunders nicht etwa in einem umgekehrten Sinn: Heil uns Wohlhabenden, wehe euch armen Hungerleidern! Jesus Christus ist von einem so tiefen Mißtrauen gegen den Reichtum erfüllt und gegen den Wohlstand, daß er die Armut als Weg zur Selbsterfüllung vorgeschlagen hat, den Verzicht auf den Besitz, auf die Möglichkeiten des Reichtums, auf die Wohlhabenheit. Er hat dem reichen Jüngling gesagt: „Willst du vollkommen sein, so gehe hin, verkaufe, was du hast und gib den Erlös den Armen!“ (Matth. 19, 21) CDU, willst du vollkommen sein, so gib den Erlös deines Wirtschaftswunders den Armen!

Nun, Sie sind in Ihrer Partei im Begriff, ein neues soziales Programm zu erarbeiten und es politisch durchzusetzen. Seien Sie sich darüber klar, daß es jetzt um das entscheidende politische Tun der Christen geht. Jetzt ist christliche Gesinnung aufgerufen, jetzt dürfen Sie nicht erlahmen, jetzt ist Ihre eigentliche Aufgabe Ihnen gestellt, nämlich eine soziale Ordnung zu schaffen, die die Zeichen des Evangeliums an der Stirne trägt, die den Geist Christi atmet. Denn alle Notstände des Menschen, all sein Hunger, all sein Durst, all seine Nacktheit, seine Obdachlosigkeit, Krankheit und Unfreiheit (und diese Notstände sind ja der Gegenstand politischen Handelns), sie alle sind die Zustände Jesu Christi

nach seinem eigenen Wort: „Ich war hungrig, ich war durstig, ich war krank, ich war obdachlos, ich war unfrei, ich war gefangen.“ Man muß sich als christlicher Politiker darüber klar sein, daß einem der Herr immer über die Schulter sieht, aber nicht nur in der Weise, daß er aus Ewigkeitsfernen her uns zuschaut, sondern so, daß er uns anblickt aus der Not jedes Menschen. Es ist immer sein Gesicht, das uns anblickt mit fiebernden Augen des Hungers, der Unversorgtheit, der Existenzbedrohung, des Freiheitsverlustes. Man kann das nicht ebenso sagen von der Wirtschaftspolitik oder von der Wehrpolitik, wahrhaftig nicht! Obwohl es auch wieder falsch wäre zu meinen, wie naive Menschen es tun, aus der Wirtschafts- und Wehrpolitik blicke einen nur das Antlitz des bösen Feindes an. Da uns aber in der sozialen Wirklichkeit und ihren Unzulänglichkeiten der Herr begegnet und uns anruft, so ist unsere Aufgabe jetzt die, unseren Wohlstand umzuschmelzen in Barmherzigkeit und Liebe.

II.

Das sind einige der Aufgaben, die heute christlicher Politik gestellt sind. Und von ihnen sollte man auf der Kanzel nicht reden dürfen! Als ginge es dabei nicht um elementare Fragen einer christlichen Gesellschaftsordnung! Wie abwegig, zu behaupten, die Kirche macht sich mit solchen Forderungen zur Propagandistin einer politischen Partei! Solange die Kirche einer politischen Partei das Wort Gottes ausrichtet, gerät sie nicht in die Gefahr, sich liebedienersich zur Propagandistin der Politik zu erniedrigen. Und glaube keiner, daß wir die Begründung für das, was wir gesagt haben, sehr weit herholen müssen. Unser Evangeliumstext, unser heutiges Evangelium gibt uns genau die Grundlagen für die Forderungen, von denen hier die Rede war.

Da steht dieser zunächst so rätselhafte Text: „Wenn der Tröster kommt, so wird er die Welt überweisen über Sünde, Gerechtigkeit und Gericht; über Sünde, weil sie nicht an mich glauben; über Gerechtigkeit aber: weil ich zum Vater hingehe, und ihr mich nicht mehr schauet; über Gericht aber, weil der Fürst dieser Welt schon gerichtet ist.“

1. Der Heilige Geist wird die Welt überführen von der Sünde, die darin bestehe, daß sie nicht an Christus geglaubt habe. Wer ist der Mensch, der nicht an Christus glaubt? Ist es nur der, der die Sätze des Katechismus nicht angenommen hat? Nur der, der falsche Vorstellungen, falsche Sätze über Christus vertritt? Nein, nicht an Christus glauben heißt im Sinne des Evangeliums, dem Anspruch Christi ausweichen, sich ihm nicht stellen in der Existenz, sich Christus entwinden. Ein solches Verhalten nennt Christus Sünde, d. h. es ist nichts anderes als Auflehnung und Widerstand gegen Gott. Die charakteristische Erscheinungsform dieser Sünde ist heute z. B. die, daß Menschen behaupten, politische Aktion sei mit der Reinheit des Glaubens unverträglich.
2. Ferner heißt es, der Heilige Geist werde die Welt überführen von der Gerechtigkeit. Gerechtigkeit erfülle sich darin, daß Christus zum Vater geht. Das überrascht zunächst. Inwiefern hat die Erhöhung Christi mit der Gerechtigkeit zu tun? Nun, der Herr kommt aus der Sphäre des Vaters, und indem er zurückkehrt zum Vater, ist er wieder an seinem Ort. Darin ist die Idee der Gerechtigkeit erfüllt und normativ gesetzt. Damit ist uns Menschen die Verpflichtung zur Gerechtigkeit auferlegt, zur Verwirklichung der Gerechtigkeit, die immer darin besteht, daß alle Menschen an ihrem Ort und alle Dinge an ihrem Platze sind. Zu dieser Gerechtigkeit gehört es deswegen z. B. auch, daß der Geist der Materie übergeordnet bleibt, auch im politischen und wirt-

schaftlichen Raum. Hat nicht noch der heilige Thomas gelehrt, der Staatszweck bestehe darin und alle einzelnen Maßnahmen des politischen Regiments hätten darin ihren Sinn, daß der Mensch in die Lage versetzt sei, sich der Betrachtung der Wahrheit zu widmen, also geistig zu existieren! (S. c.g. III, 27)

3. Endlich werde der Heilige Geist die Welt überführen vom Gericht, das darin bestehe, daß der Fürst dieser Welt schon gerichtet ist. In diesem winzigen Satz stehen aufregende Dinge. Da wird zunächst einmal gesagt, daß der Böse, daß der Satan eine politische Macht darstelle. Der Satan wird hier mit einem Herrschaftsbegriff bezeichnet, mit dem Begriff des Fürsten. Das Böse ist also nicht nur in irgendeiner anonymen Weise in der Welt vorhanden, es hat eine politische Realität, es hat ein politisches Antlitz. Ferner ist gesagt, daß der Fürst dieser Welt gerichtet ist durch Jesus Christus, d. h. in der Christus-Epoche der Welt. Diese erstreckt sich von seiner ersten Ankunft bis zum Jüngsten Tag, in dieser Christus-Epoche vollzieht sich das Gericht über das Böse hier auf dieser Welt, hier in unserer Geschichte. Wir sollen also nicht die Dinge laufen und treiben lassen und auf den Jüngsten Tag warten, wir sollen das Böse hier in dieser Welt im Namen Jesu Christi überwinden.

Christliche Politik ist nicht eine Politik der christlichen Redensarten, der christlichen Phrasen, des christlichen Wortschwall. Sie ist eine Politik der höchsten und letzten Verantwortung, einer Verantwortung nicht nur vor der öffentlichen Meinung, nicht nur vor dem Parlament, nicht nur vor der Geschichte, einer Verantwortung vielmehr vor dem, der uns am Ende unserer Tage vor seinen Richterstuhl rufen wird, um über uns zu urteilen, über das, was wir getan, geplant, gewollt, erstrebt haben und über das, worin wir versagt haben und ihm untreu geworden sind. Jesus Christus, der Richter der Menschen und der Völker, trägt ja in der Heiligen Schrift merkwürdige Namen. Er heißt der Herr, der König, der Heiland — das sind alles politische Titel der damaligen Zeit, alle miteinander. Jesus redet von einem Reich, er redet von einem Thron, er redet von seiner Herrschaft. Er redet also in einer politischen Sprache, wenn auch in der politischen Sprache einer untergegangenen Welt. Diese Tatsachen sind bedeutsamer als wir meistens ahnen. Es ist damit nichts anderes gesagt, als daß die Wirklichkeiten, um die es in der Politik geht, in Jesus Christus ihre Norm haben. Das also allein ist eine christliche Politik, die sich ihm stellt, die in seinem Auftrag und in der Verantwortung vor ihm handelt, eine Politik, die mit unserem Herrn innerlich im Gespräch bleibt, die mit ihm zu Rate geht und die im Gebet Weisung von ihm erbittet. Nur dann, wenn wir dazu entschlossen sind, dürfen wir uns christliche Politiker nennen. Sonst sollten wir für unseren politischen Betätigungsdrang lieber andere Möglichkeiten suchen. Für diese Zusammenhänge will uns der Heilige Geist, wie das Evangelium von heute uns tröstlich verheißt, den Blick geben. Er will uns sagen, was es ist mit der Sünde, mit der Gerechtigkeit und mit dem Gericht. Möge dieser Heilige Geist uns allen geschenkt werden, dieser heilige Gottesgeist, der Geist der Gestaltung, die eigentliche Gegenmacht gegen das Chaos! Möge er uns die Augen öffnen, möge er durch unsere Herzen stürmen, möge er uns zur christlichen Tat mitreißen! Amen.

Evangelischer Gottesdienst

Predigt am Sonntag Kantate

d. 29. April, 9.30 Uhr, in der Brenzkirche Killesberg

von Pfarrer Fischer

Text: Offenb. Joh. 3, Vers 7—13.

Liebe Gemeinde!

Es ist erstaunlich, wie diese sogenannten Sendschreiben aus der Offenbarung Johannis, gesandt von der höchsten Stelle an ein paar kleinasiatische Gemeinden vor rund 1900 Jahren, doch direkt in unsere Zeit und unsere Situation hineinzielen und hineintreffen. Sie sind in höchstem Maße aktuell. Wir spüren, daß die Welt durch eine besondere Stunde hindurchgeht, in welcher letzte Entscheidungen fallen. Was sagt „der Geist“ der Christenheit in der gegenwärtigen Weltstunde? Er sagt ihr 4 Dinge:

1. Ihr steht in einer Stunde der Versuchung, welche über den ganzen Erdkreis geht.
2. Ihr steht in einer Stunde der Prüfung und Rechenschaft vor dem alles durchdringenden Auge Gottes.
3. Ihr steht in einer Stunde der sich schließenden und immer noch offenen Tür und deshalb in einer Stunde, da es mit der gegebenen Kraft das aufgetragene Werk zu erfüllen gilt.
4. Ihr steht in einer Stunde, die hinausweist auf eine letzte Stunde und ein letztes Ziel.

1. „Eine Stunde der Versuchung wird kommen über den ganzen Weltkreis zu versuchen, die da wohnen auf Erden“. Wir verstehen das, was sich heute auf dem Erdkreis abspielt in der gewaltigen Auseinandersetzung der Völker und in allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, ebenso in der kleinen Zelle der Ehe und Familie nur dann richtig, wenn wir es begreifen als einen nie ruhenden Kampf zwischen Gott und dem althörsen Feind, zwischen Christ und Antichrist, zwischen Glauben und Unglauben. Es ist eine Macht am Werk, die es darauf abgesehen hat, die Völker und Menschen loszulösen von der lebendigen Quelle, von den ewigen Fundamenten, auf denen man allein aufbauen kann. Es ist der „Diabolus“ = der, der alles durcheinander wirft mit dem letzten Ziel, die ganze Welt in einen Abgrund hinabzustürzen. Von Zeit zu Zeit macht dieser Feind einen Generalangriff und richtet dafür ganz verschiedene Fronten auf. Was ist diese Versuchung, in der wir stehen? Wir sollen das Wort Gottes fahren lassen, unser Ohr der göttlichen Stimme verschließen und es anderen Geistern öffnen. Wenn diese Gebundenheit unseres Gewissens an Gott und sein Wort gelöst ist, dann hat der Feind gewonnen.

a) Ein erster Angriffspunkt: Bei schweren persönlichen Lebensschicksalen sät der Feind den Zweifel ins Herz: Wo ist nun dein Gott? Warum greift er nicht ein und rührt keinen Finger? Sag doch Gott ab und stirb! Ohne Gott kommst du gerade so weit. Es ist jene starke Versuchung, die nichts fühlt und erfährt von Gott, da Gott schweigt.

b) Laß doch das Wort Gottes fahren! Der Feind hat einen zweiten Angriffspunkt, nämlich dort, wo es einem Menschen nicht schlecht geht, sondern im Gegenteil recht gut zu gehen scheint. Es ist uns ja allen recht schlecht gegangen und wir haben meistens recht schnell vergessen, wie es noch vor 10 Jahren war. Nun sind die Türen, die damals verschlossen waren, wieder weithin offen; dahinter steht das Wunder der Gnade Gottes, welche das

heiße Bemühen und die Hingabe vieler, die in den entstandenen Riß getreten sind, gesegnet hat. Nun wollen sich andere Geister über uns herstürzen. Nun will jene Gier in unserem Geschlecht Herr werden, welche kein Maß mehr kennt. Der Feind will uns weiß machen: Es geht herrlich ohne Gott! Laß doch die manchmal so unbequemen Gebote Gottes fahren, etwa das 1., das 3. und das 6. Gebot. Die Stunde der Versuchung ist da, daß dieses göttliche Grundgesetz bei uns außer Kraft gesetzt wird, daß dadurch gefährliche Brüche in den Dämmen entstehen, welche das Leben unseres Volkes schützend umgeben. Wir sind sehr dankbar, daß diese Gefahren dort, wo man Schlüsselstellungen in der Hand hat, gesehen werden und bitten, ein wachsames Auge zu halten. Wir wissen freilich, daß da jeder einzelne Christ aufgerufen ist, dieser Flut eine persönliche Lebenshaltung entgegenzusetzen, welche aus Christi Geist geboren ist.

c) Die Stunde der Versuchung, das Wort Gottes fahren zu lassen ist da! In dieser Versuchung stehen besonders stark unsere Brüder im Osten, die vielfach in die Entscheidung gestellt sind: entweder festhalten am Wort Gottes und der Mitgliedschaft in der Kirche mit der großen Gefahr, Sicherheit, Ehre, Freiheit und Leben aufs Spiel zu setzen, oder dem Druck zu weichen und sich dadurch eine gesicherte Zukunft und ein angenehmeres Leben ohne Angst zu erhalten. Aber auch bei uns im Westen will der Feind die Christenheit lähmen. Er möchte, daß das Wort Gottes nicht auf allen Gebieten des Lebens ernst genommen wird. Er möchte, daß wir uns in unsere vier Wände verkriechen und ein relativ ungestörtes Privatleben führen. Wir danken es jedem, welcher der Versuchung, sich in das Privatleben zurückzuziehen widersteht, der an einem wichtigen Platz in der Öffentlichkeit seine Verantwortung als evangelischer Christ wahrnimmt und sich auch undankbaren Aufgaben unterzieht. Wir danken es jedem, der ehrlich versucht, das Wort Gottes für sein Privatleben und Familienleben und für sein Amt in der Öffentlichkeit als verbindliche Richtschnur zu nehmen, und wissen, wie unendlich schwer diese Aufgabe ist, daß keiner ihr ganz gerecht werden kann, daß wir alle ausnahmslos hinter dem Wort Gottes mit seinem totalen Anspruch zurückbleiben und daß wir ihm doch nicht entlaufen dürfen.

2. Es ist für die Christenheit heute eine Stunde der Prüfung und Rechenschaft vor dem alles durchdringenden Auge des lebendigen Herrn: „Das sagt der Heilige, der Wahrhaftige, der da hat den Schlüssel Davids, der auftut und niemand schließt zu, der zuschließt und niemand tut auf: „Ich weiß deine Werke.“ Als Christen müssen wir uns dem Auge Gottes immer wieder stellen. Er ist der Wahrhaftige, welcher das Positive und Negative gleichermaßen richtig erkennt, welcher auch die Hintergründe eines Menschenlebens und die Motive unseres Handels durchschaut. Aber er kommt zu uns als ein Seelsorger, der helfen und zurechtrichten will. Er anerkennt zunächst das Gute, das Positive, das Erfreuliche. Auch heute würde der Herr prüfend durch unsere Reihen gehen und anerkennen, was anzuerkennen ist. „Ich weiß deine Werke“ — Ich weiß um deine Widerstandskraft gegenüber den antichristlichen Mächten unserer Zeit; ich weiß um dein redliches Wollen, um deine treue Arbeit, um so manches stille Opfer; ich weiß um all dein Bemühen, mit dem Wort Gottes ernst zu machen. Er würde zu manchem, der heute in der vordersten Linie des öffentlichen Lebens steht, sagen: Ich weiß, wieviel du es dir kosten läßt; ich weiß um den Ernst, mit dem du deine Verantwortung trägst; ich weiß um deine Liebe, die für dein Volk brennt; Ich weiß um die Opfer, die du bringst, um den weitgehenden Verzicht auf dein Privatleben und Familienleben. Nein, Gott ist kein harter und ungerechter Richter. Bei aller Heiligkeit und Wahrhaftigkeit ist er der barmherzige Gott.

Freilich — können wir Christen von heute uns ohne weiteres mit diesen Christen gleichstellen? Haben wir wirklich sein Wort behalten und bewahrt?

Und ist dieses Bewahren des Wortes Gottes nicht verdammt schwer? Gottes Wort bewahren heißt ja nicht: Dieses Wort Gottes konservieren, daß es gewissermaßen auf's Eis gelegt ist. Ein solches konserviertes Christentum läßt die Welt kalt. Es gilt vielmehr darum zu ringen, daß das Wort Gottes die Richtschnur und treibende Kraft unseres Lebens wird. Es muß hinein in den Alltag, in den täglichen Beruf, in alle menschlichen Beziehungen als Motor. Nur eine solche Gemeinde kann als Salz der Erde und Licht der Welt sich auswirken. Wir sollen uns heute vor dem Heiligen und Wahrhaftigen prüfen. Hat das Wort Gottes wirklich diese Funktion in unserem Leben? Oder funktioniert es nicht recht? Ja, ist es überhaupt möglich, das Wort Gottes im Ansturm dieser ganz andersartigen Geister festzuhalten? Kann dies etwa ein Mann der Wirtschaft, des Geschäfts? Kann es der Mann der Politik? Muß er nicht damit scheitern und vielmehr mit ganz anderen Faktoren rechnen? Ja, es geht wohl nicht, ohne daß man strauchelt und Wunden empfängt, ohne daß man immer wieder schmerzlich den Abstand zwischen Ideal und Wirklichkeit empfindet. Der Name „christlich“ bedeutet tatsächlich eine ungeheure Verpflichtung. Wer diesen Namen trägt, ist Christus verpflichtet. Wir könnten ohne diesen Namen bequemer leben. Es kann sich nur darum handeln, daß wir immer wieder um die Realisierung des Wortes Gottes ringen trotz aller Unzulänglichkeit, daß wir diesen Motor des Wortes Gottes unter keinen Umständen bei uns ausschalten. Oft ist der Herr barmherziger als wir Menschen. Menschenkritik ist oft kalt und herzlos. Auch das Wort Gottes ist kritisch und soll immer neu zur Krise für unseren ganzen Menschen werden. Aber es ist eine Kritik, die zum Leben führt. Wer sich dem Wort Gottes verschreibt, der erfährt auch seine Kraft. Es ist nach dem Römerbrief eine „dynamis theu“, eine dynamische den ganzen Menschen bewegende und vorwärtstreibende Kraft, welche uns sündige Menschen begnadet, stärkt und umwandelt. Was hätten wir in der gegenwärtigen Weltsituation und in unserer persönlichen Lebenssituation notwendiger denn das Wort Gottes als solche wirklich bewahrende — nicht nur konservierende —, als erneuernde und umwandelnde Kraft?

3. Wir leben in einer Stunde der sich schließenden und immer noch offenen Türen und darum in einer Stunde der Arbeit, in welcher es das aufgetragene Werk zu erfüllen gilt. Stehen wir nicht manchmal unter dem erschütternden Eindruck: „verschlossene Türen“ — in politischer, geistiger und religiöser Hinsicht? Wer schließt die Türen auf, durch welche es zur Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands geht? Kein Staatsmann kann die Tür im Kreml einfach einrennen! Gehen die Türen zwischen den beiden Welten im Osten und Westen jetzt im Augenblick ernsthaft auf oder nur zum Schein? Auch im wirtschaftlichen und sozialen Leben mögen die Verantwortlichen immer wieder vor Türen stehen, die nicht so leicht aufzuschließen sind. Und gerade das will der Feind: die Türen fest verschlossen halten! Sind die Türen für Christus offen in der Welt, in unserem Volk? Sind nicht andere Bewegungen in der Welt viel stärker: der Kommunismus, der Nationalismus, der Materialismus und Säkularismus? Haben diese Weltbewegungen es nicht fertig gebracht, viele Türen zu schließen? Manchmal hat man den Eindruck, als ob das Organ für den lebendigen Gott immer mehr abgestumpft würde. Ja, es ist richtig: Wir Menschen haben den Schlüssel für die Herzen nicht in der Hand. Die entscheidende Schlüsselstellung hat der Herr allein. Er hat die absolute Schlüsselgewalt. Er kann zuschließen und aufschließen. Er kann schlafende Gewissen aufwecken, daß Menschen, von seinem Wort ins Herz getroffen, nach der Vergebung ihrer Sünden und nach einem neuen Leben verlangen. Weil der Herr selber diese entscheidende Schlüsselstellung und Schlüsselgewalt über aller Menschen Herzen hat, ist es in seine Hand gegeben, Türen aufzumachen und seinem Wort eine neue Durchschlagskraft zu schenken. Dann ist es eine Hauptarbeit der Christenheit heute, unermüdlich an die Tür Gottes anzuklopfen;

CIVIS

ZEITUNG FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

Herausgegeben vom Bundesvorstand des
Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Bonn,
Nassestraße 1, im Civis-Verlag, Marburg

ANZEIGENVERWALTUNG: SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG 1 · FÖLSCHBLOCK B



INFORMATIONEN DER JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS

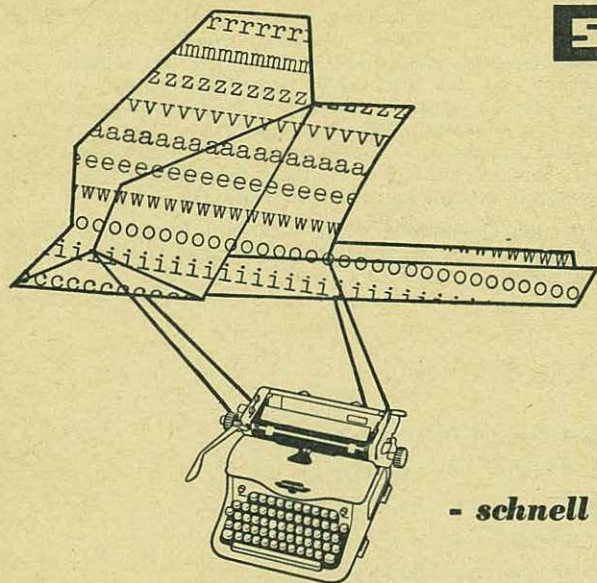
Herausgegeben vom Bundessekretariat der Jungen Union der CDU/CSU Deutschlands
Verantwortlich: Bundessekretär Heinrich Schwarz · Bonn · Nassestraße 1

Verlag und Anzeigenverwaltung: Sator Werbe-Verlag Hamburg
Hamburg 1, Hermannstraße 46 (Fölschblock B) · Fernsprecher: Sammel-Nummer 32 38 51

anzuklopfen auch für diejenigen, die in besonders verantwortlicher Stellung sind. Wer an der Front steht, braucht unbedingt eine Rückendeckung und Rückenstärkung. Er braucht Hände, welche für ihn beten, Knie, welche sich für ihn neigen, Herzen, die für ihn vor Gottes Thron eintreten. Sollen wir die Männer und Frauen, die — vielleicht unter viel innerer Überwindung — sich hineinwagen in die heißesten Gebiete alleinlassen? Nein, wir sind mitverantwortlich! Betet deshalb treu und ernsthaft für die Regierung, für alle, welche Verantwortung tragen! Das ernsthafte Gebet ist eine Macht, weil es den Herrn, welcher die absolute Schlüsselgewalt hat, in Bewegung zu bringen vermag. Es gilt unermüdlich anzuklopfen, daß Gottes Geist die Herzen zum Glauben erweckt. Letzten Endes wird nur eine solche Glaubenserweckung und Glaubenserneuerung durch die Völkerwelt hindurch eine Wendung bringen und all die viele große bedeutungsvolle Arbeit, welche im Raum der Politik geschieht, fest fundieren. Einstweilen gilt es mit der kleinen uns gegebenen Kraft die nächste Aufgabe anzugreifen in der steten Ausrichtung auf das Wort Gottes. Gott will die rechten brauchbaren Werkzeuge haben auf allen Gebieten im Volk und in der Kirche, Werkzeuge des Friedens, daß sein Wille geschehe. Aber wird alles zu einem letzten Erfolg führen? Damit komme ich zum letzten:

4. Diese Stunde ist eine Stunde, welche über sich hinausweist auf die letzte Stunde und das letzte Ziel: „Siehe ich komme bald; halte was du hast, daß niemand deine Krone nehme.“ Wie kann man durchhalten auch in der Erfolglosigkeit und bei vielen Enttäuschungen? Wie kann man immer neu freudig das Werk ergreifen ohne zu ermüden? Wir können es nur deshalb, weil wir um ein letztes Ziel wissen, dem alles Geschehen entgegen treibt. Was ist dieses rätselvolle Weltgeschehen? Ist es eine Bewegung ins Leere hinein ohne Sinn und Ziel? Ist es eine Bewegung auf das Weltende zu, dem Abgrunde entgegen? Das könnte ja wirklich einmal geschehen, daß einer in der Welt die Unglückslawine auslöst, welche alles unter sich begraben würde. Was sagt der Geist den Gemeinden? Er sagt: Ganz am Ende steht Christus, nicht mehr verhüllt und verborgen, sondern als der Sieger, der Triumphierende, der dieser Welt eine endgültige neue Gestalt geben wird. Christus ist der Zukünftige. Ja, die Welt hat eine Zukunft: Christus und sein Reich. „Siehe ich komme bald!“ — Er ist im Kommen, auch durch die Wehen dieser Zeit hindurch! Er ist im Kommen, auch durch unsere Werkzeugarbeit hindurch! Er ist im Kommen durch alle Hindernisse und Widerstände, durch alle Mächenschaften des Antichristen hindurch! „Siehe, ich komme bald!“ Wir kennen Gottes Uhr nicht genau. Es steht uns nicht zu, die Zeit zu berechnen und über das „Bald“ zu spekulieren. Aber jedenfalls sitzt Er im Regiment und wird sein herrliches Werk vollenden. Dieses Wissen lähmt nicht; im Gegenteil: Es hilft auch über die Enttäuschungen, über die Berge von Widerständen, über die verschlossenen Türen, über die Probleme hinüber, die wir nicht lösen können. Es erhebt sich über die Wechselfälle des Lebens und verleiht eine letzte Gelassenheit. Dieses Wissen um den endgültigen Durchbruch des Reiches Gottes ist kein Traum ins Blaue hinein. Es ist vielmehr ein Weckruf, ein Signal, daß doch keines schlafe, sondern vielmehr aufwache und arbeite! Luther hat bekanntlich einmal auf die Frage, was er heute tun würde, wenn morgen die Welt unterginge, geantwortet: „Ich würde heute ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Es steckt darin der große Glaube: Jedes hat eine verantwortliche Lebensaufgabe zu erfüllen, ob ein sichtbarer Erfolg daraus hervorgeht oder nicht. Es geht in Ewigkeit nichts unter, was so im Glauben, aus einem aufrichtigen Herzen heraus gepflanzt und gebaut wird. Jedes Feststehen in der Versuchung und jedes Festhalten des Wortes Gottes mitten im Strom des Lebens, jede selbstvergessene Hingabe an die Sache und jedes selbstlose Opfer, jede Tat der Barmherzigkeit und jedes stille Tragen eines Kreuzes, jeder mutige Einsatz in der Öffentlichkeit für Recht und Gerechtigkeit und jeder ehrliche Wille ein Neues zu

SIEMAG



leicht

im Anschlag

- schnell im Schreiben

SIEMAG FEINMECHANISCHE WERKE GMBH • EISERFELD/SIEG



SATOR WERBE-VERLAG

HANS GÜNTHER IMLAU

HAMBURG 1 • FÖLSCHBLOCK 8 • RUF 32 38 51

Spezialverlag für

- WERBEBROSCHÜREN
- FESTSCHRIFTEN
- PROGRAMMHefTE
- FIRMENPROSPEKTE
- MONOGRAPHIEN

pflügen, ist ein Baustein im Bau an unserem irdischen Vaterland und im Bau an der kommenden Welt. „Nichts ist umsonst, was hier der Glaube tut“, heißt es in einem Gesangbuchlied. So kann jedes in seinem Teil Mitarbeiter Gottes werden auf das letzte Ziel hin; oder um ein anderes Bild aus unserem Sendschreiben zu gebrauchen: Wir sind berufen „Pfeiler“ zu werden an dem Neubau der Welt. Was für ein großes Ziel, von Gott als Pfeiler gebraucht zu werden, an dem sich die Flut bricht, der andere trägt und stützt, der schwankenden Gliedern zum Halt wird. Solche Pfeiler werden heute überall dringender denn je gebraucht.

„Höret, was der Geist den Gemeinden sagt!“ Laßt uns bitten um Gottes heiligen Geist, daß er alles in uns schaffe und wirke zum Heil von Volk und Kirche — zu Gottes Ehre!

O komm du Geist der Wahrheit
und kehre bei uns ein,
verbreite Licht und Klarheit,
verbanne Trug und Schein.
Gieß aus dein Heilig Feuer,
rühr Herz und Lippen an,
daß jeglicher Getreuer
den Herrn bekennen kann.
O du, den unser größter
Regent uns zugesagt,
komm zu uns, werter Tröster,
und mach uns unverzagt.
Gib uns in dieser schlaffen
und glaubensarmen Zeit
die scharfgeschliffnen Waffen
der ersten Christenheit.

A m e n

HOESCH WERKE

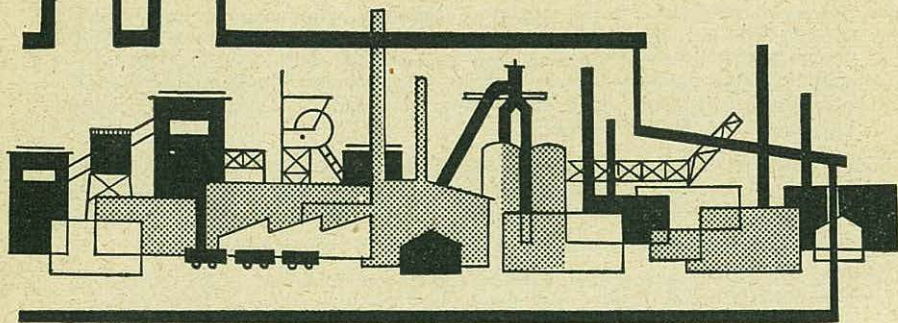
AKTIENGESELLSCHAFT DORTMUND



Altenessener Bergwerks-AG Essen-Altenessen · Hoesch Bergwerks-AG Dortmund · Westfalenhütte AG Dortmund · Hoesch Walzwerke AG Hohenlimburg · Zweigniederlassung Werk Federstahl Kassel · Dörken AG Gevelsberg i. W. · Dortmunder Drahtseilwerke GmbH Dortmund · Schmiedag AG Hagen i. W. · Zweigniederlassung Werk Ruedenberg Olpe i. W. · Trierer Walzwerk AG Wuppertal-Langerfeld und Trier · Maschinenfabrik Deutschland AG Dortmund · Hiltruper Röhrenwerk GmbH Hiltrup und Hagen i. W. · Becke-Prinz GmbH Dortmund und Hemer · Hoesch Eisenhandel mbH Dortmund · Hoesch Kohlenhandel GmbH Dortmund · Hoesch Düngerhandel GmbH Dortmund · Hoesch Export GmbH Dortmund · Industriewerte AG Dortmund

ERZEUGUNGSPROGRAMM:

Kohle, Koks und Nebenerzeugnisse · Hütten- und Walzwerkserzeugnisse jeder Art, warmgewalzt, kaltgewalzt und gezogen · Handeleisen · Qualitätsstähle · Automatenstahl in den bekannten Hoesch-Autax-Güten, schwarz und blank · Spezialbleche · Eisenbahnoberbaumaterial · Spundwandeneisen · Federn aller Art · Gezogene Eisen- und Stahladrähte aller Ausführungen · Drahtgeflechte und -gewebe · Agil-Schweißelektroden · Drahtseile · Kaltband jeder Qualität und in jeder Art von Oberflächenveredlung · Breitband in Rollen oder Streifen bis 1250 mm Breite · Geschweißte Leitungsrohre für Gas, Wasser und Öl · Geschweißte Siederohre · Geschweißte Präzisionsstahlrohre · Elektrische Leitungsrohre · Stahlrohrsäulen · Maschinen und Werkzeuge · Technische Erzeugnisse aller Art.



EntschlieÙungen des 6. Bundesparteitages

Am Vorabend des 6. Bundesparteitages der CDU bekannte sich auf Grund von Referaten der Bundesminister Blank und Dr. v. Brentano und des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Dr. Jaeger die Bundestagsfraktion nach eingehender Aussprache einmütig zur allgemeinen Wehrpflicht als Grundlage des deutschen Verteidigungsbeitrages. Sie bejahte die in den Pariser Verträgen gegenüber der NATO eingegangene Verpflichtung, eine Bundeswehr in der Stärke von 500 000 Mann aufzustellen. Die Fraktion wird sich deshalb im Parlament für eine baldige Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes einsetzen.

Bei der Beratung des Wehrpflicht-Gesetzes wird besonders sorgfältig zu prüfen sein, welche Dauer der Grundwehrdienst haben muß. Für die Haltung der Fraktion in dieser Frage werden die Pflichten der Mitgliedschaft im Atlantik-Pakt, die militärischen Erfordernisse und der Grundsatz maßgebend sein, die Ausbildung der Soldaten auf das militärisch Notwendige zu beschränken.

Dem Ende April in Stuttgart abgehaltenen 6. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands war eine Tagung der Vertriebenen und Flüchtlinge im Landesverband Oder/NeiÙe der CDU/CSU vorausgegangen. Bei dieser Gelegenheit wurden die beiden folgenden EntschlieÙungen angenommen:

1. Wiedervereinigung

Die im Landesverband Oder/NeiÙe der CDU/CSU zusammengeschlossenen Vertriebenen und Flüchtlinge haben auf ihrer Delegiertentagung am 26. April in Stuttgart-Killesberg die folgende EntschlieÙung angenommen:

1. Die Wiedervereinigung muß zu einem Anliegen aller Deutschen werden. Wir appellieren insbesondere an Presse und Rundfunk, hierbei mitzuhelfen und sich in steigendem Maße der deutschen Vertreibungsgebiete anzunehmen.
2. Die Wiedervereinigung hat das ganze mehrfach geteilte Deutschland zu umfassen. Sie läÙt sich nur mit Hilfe der Siegermächte herbeiführen. Wir rufen diese auf, die deutsche Einheit auf friedlichem Wege wiederherzustellen.
3. Die deutsche Frage, deren gerechte Ordnung eine wesentliche Voraussetzung für ein lebensfähiges Europa ist, wird von uns auch als Teilproblem der Bolschewisierung von nahezu 100 Mill. Osteuropäern gesehen. Pflicht unseres Volkes muß es sein, für die Freiheit aller Unterdrückten einzutreten. Gesamteuropäische Freiheit schließt die Lösung der deutschen Frage mit ein.
4. Es darf weder eine machtpolitische noch eine geistige Neutralität für die freien Völker Europas geben. Eine enge Verbindung dieser bietet Sicherheit vor imperialistischen und weltrevolutionären Bedrohungen.
5. Jede nationalstaatliche Machtpolitik wird von uns abgelehnt.
6. Die erstrebte Neuordnung erfordert die Konzipierung eines umfassenden Volksgruppenrechtes und dessen Verankerung in den Verfassungen der Staaten. Hier beispielhaft zu wirken halten wir für eine verpflichtende Aufgabe unseres Volkes.

MANDRUCK MÜNCHEN

THEODOR DIETZ

Graphischer Großbetrieb

*Buchdruck
Offsetdruck
Notendruck
Photographie
Lithographie
Buchbinderei*

MÜNCHEN 2 · THERESIENSTRASSE 75 · TELEFON 531 21

HOFFMANN & ENGELMANN

Aktiengesellschaft

NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE

Die Fabrik der Qualitätspapiere · Technische Spezial-Papiere

DIE HOCHFEINE
ALPENMILCH-SCHOKOLADE
VON WELTRUF

Suchard

Milka

SEPARATOREN

für Milchwirtschaft und Industrie

**WESTFALIA
SEPARATOR**

BUTTERUNGSMASCHINEN

für moderne Molkereien

MELKMASCHINEN

für die Landwirtschaft

WESTFALIA SEPARATOR AG., OELDE/WESTF.

7. Verwirklichung des Rechtes auf die Heimat, Achtung von den angestammten Volkstumsgrenzen und europäische Einigung führen zu einem dauerhaften Frieden.
2. Eingliederung noch nicht abgeschlossen.

Das nach § 246, Abs. 3 LAG bis zum 31. März 1957 zu erlassende Gesetz bringt die Umstellung der Lastenausgleichsleistungen auf die Hauptentschädigung, deren Feststellung mit allen Mitteln vorangetrieben werden muß.

Für die Hauptentschädigung müssen vom Inkrafttreten des Gesetzes an hinreichende Mittel bereitstehen. Ältere Anspruchsberechtigte und Vorhaben, die der Eigentumbildung dienen, sollen bevorzugt werden.

Die Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten ist noch nicht abgeschlossen. Für die Fortsetzung der notwendigen Eingliederung haben auch Bund und Länder Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das ist die Mindestforderung, die wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt erheben müssen.

Arbeitskreise I bis III

Der 6. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands verabschiedete folgende Entschlüsse:

Die Lebensumstände in fast allen Gruppen unseres Volkes haben sich in den letzten 70 Jahren entscheidend gewandelt. Die bestehenden Regelungen der sozialen Hilfe können daher weder nach ihrem Umfang noch nach ihrem Anwendungsbereich der veränderten Situation gerecht werden. Sie bedürfen einer grundlegenden Neuordnung, die fast alle Lebensbereiche zu umfassen hat: die Sorge um gleiche Lebens- und Berufschancen für die Jugend, die Sorge um die Familie, besonders um die Familie mit mehreren Kindern, die Sorge um den Invaliden, der im vollen Leistungsalter aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden mußte und die Sorge um die wachsende Gruppe der alten Menschen. Eigenvorsorge und Eigenverantwortung müssen dabei den Vorrang vor staatlicher Hilfe haben, die erst dort einzusetzen hat, wo die eigenen Kräfte versagen. Alle sozialpolitischen Forderungen können aber nur dann erfüllt werden, wenn eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik die notwendigen Grundlagen sichert.

Die folgenden Empfehlungen des 6. Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union betreffen den ersten und dringlichsten Teil einer umfassenden Sozialreform, die insgesamt auch weiterhin unsere vornehmste innenpolitische Aufgabe bleiben wird.

Den Forderungen der CDU zur Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung ist im Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums Rechnung getragen worden. Das Gesetz sollte deshalb unverzüglich verabschiedet werden und in Kraft treten. Es geht davon aus, daß der Rentner, der Invalide und die Hinterbliebenen gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft sind, und es gibt allen Arbeitnehmern ausreichende Sicherheit für den Lebensabend, indem es den Rentner aus der Nachbarschaft des Fürsorgeempfängers heraushebt, um ihn stattdessen am Fortschritt und Erfolg der arbeitenden Bevölkerung teilhaben zu lassen.

Die Gesundheit ist das wertvollste Gut für jeden einzelnen Menschen, für die Familie und für die gesamte Gesellschaft. Die Erhaltung der Gesundheit und ihre Wiederherstellung im Krankheitsfalle müssen



2
Düft-
Noten
mit
unvergleichlichem
Flüchtum



ELLOCAR - EAU DE COLOGNE
DM 1,20 bis 13,50

ELLOCAR-HERB
DM 1,— bis 13,50



Hoher Blutdruck, Arterienverkalkung

Herzruhe, Schwindel, Ohrensausen, Kopfschmerzen, Benommenheit, Schlafmangel, Reizbarkeit, Rückgang der Leistung vermindern Lebenslust und Schaffensfreude. Dagegen hilft Antisklerosin — eine Blutsalzkomposition angereichert mit den biologisch wirksamen Heilpflanzen Weißdorn und Mistel, dem bluteigenen Rhodan und dem aus Buchweizen gewonnenen Medorutin, welches die Adernwände elastischer macht. **Antisklerosin** senkt den Blutdruck, fördert den Kreislauf, beruhigt Herz und Nerven. Seit 40 Jahren wird Antisklerosin in vielen Ländern gebraucht. Packung mit 60 Dragees DM 2,45, Kurpackung mit 360 Dragees DM 11,80 in allen Apotheken erhältlich.



KAISER'S-KAFFEE

FILIALEN AN ALLEN GRÖßEREN PLÄTZEN

den Vorrang vor Dauergeldleistungen haben. Die Sicherung des Lebensunterhaltes für den Versicherten und seine Familie im Falle der Krankheit darf keine unterschiedliche Behandlung und Bewertung der Arbeiter gegenüber den Angestellten erfahren. Die CDU fordert daher die Lohnfortzahlung oder aber eine Ersatzleistung, die in ihrer Höhe der Lohnfortzahlung entsprechen soll. Wie in der Rentenversicherung müssen auch in der Krankenversicherung die vorbeugenden Maßnahmen im Mittelpunkt der Neuordnung stehen, deren praktischer Erfolg nicht zuletzt auch ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Versichertem und Behandlungsmethoden nach dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaften voraussetzt.

Im Rahmen der Sozialreform muß auch das Fürsorgewesen der neuen Entwicklung gesetzlich angepaßt werden. Die von der CDU/CSU-Fraktion eingeleiteten familienfördernden Maßnahmen haben vielen Familien notwendige und wirksame Hilfe gebracht. Die CDU wird aufgetretene Schwierigkeiten durch eine Reform der Gesetzgebung überwinden und die Familienhilfe in Zukunft noch wirksamer gestalten. Das wird auch weiterhin durch Steuervergünstigung und Zahlung von Kindergeld erreicht werden. Die CDU fördert alle geeigneten Maßnahmen zur Bildung von persönlichem Eigentum. Die herkömmliche Form der Bildung von Privateigentum durch Erwerb von Grund und Boden oder eines Eigenheimes soll auch weiterhin unterstützt werden. Das Familienheimgesetz ist deshalb vordringlich zu verabschieden.

Darüber hinaus aber sind Möglichkeiten zu schaffen, die auch die breite Schicht der Arbeitnehmer an den Sachwerten in der Wirtschaft beteiligen. Daher fordert die CDU die beschleunigte Verabschiedung eines Gesetzes zur Bildung von Kapitalanlagegesellschaften. Bei der Privatisierung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen ist die breite Streuung in Kleinbesitz, vorzugsweise in Arbeitnehmerhand, zu fördern. Die erforderliche Anpassung des Gesellschaftsrechts ist vorzunehmen, um die Schaffung betrieblichen Miteigentums überall da zu ermöglichen, wo es von Belegschaften und Unternehmern als Ergebnis einer freien Entscheidung gewollt wird. Steuerliche Vergünstigungen sollen auf allen Gebieten die Eigentumsbildung fördern.

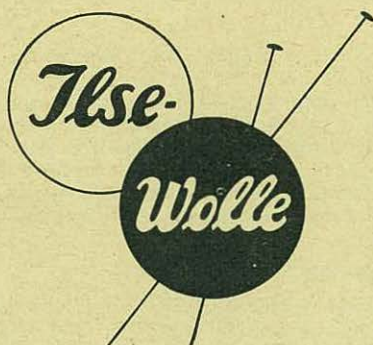
Die soziale Sicherung der Kriegssachgeschädigten, Heimatvertriebenen und Flüchtlinge muß den Verbesserungen durch die Sozialreform entsprechen.

Arbeitskreis „Außenpolitik“

Die bisherige Politik der Bundesregierung findet die einhellige Billigung der Delegierten. Die Delegierten sind der Überzeugung, daß die Bundesregierung auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen und jede Gelegenheit ergreifen wird, die sich für eine wirksame Fortsetzung der Politik der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit bieten.

Es ist die einmütige Auffassung der Delegierten, daß die Fortsetzung der Politik der europäischen Einigung und der atlantischen Solidarität hierfür eine wesentliche Voraussetzung ist. Die Christlich Demokratische Union bekennt sich nachdrücklich zu einer Politik des Friedens und der Entspannung auch im Verhältnis zur Sowjetunion. Experimente, die Freiheit und Sicherheit des ganzen deutschen Volkes gefährden, lehnt sie ab.

Die CDU ist ferner entschlossen, allen Versuchen der kommunistischen Doktrin, in welcher Form sie auch immer uns propagandistisch zu überwältigen versucht, mit ganzer Kraft unserer christlichen Überzeugung entgegenzutreten.



*Ein
Handstrickgarn
von
besonderer Güte*

HERSTELLER: KAMMGARNSPINNEREI HARDT POCORNY & CO.
DAHLHAUSEN/WUPPER



Tradition und Fortschritt
brachten den Erfolg:

1945

112 000

1956

560 000

Versicherte

Central Krankenversicherung A.G.

KÖLN

Hansaring 40-46

Telefon 21 48 45

Die Delegierten erachten es als eine Pflicht der Union, dem Recht auf die Heimat als einem festumrissenen Bestandteil des Völkerrechts und der Menschenrechte internationale Anerkennung zu verschaffen.

Arbeitskreis „Mittelstand“

Die mittelstandspolitische Arbeit erfordert wegen ihrer Bedeutung eine bessere organisatorische Verankerung in der CDU als bisher. Unter ausdrücklicher Anerkennung einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde daher am 27. April 1956 anlässlich des 6. Bundesparteitages der CDU in Stuttgart der Bundesarbeitskreis „Mittelstand“ der Christlich Demokratischen Union gegründet. Der Bundesparteitag begrüßt diese weitere Aktivierung der Mittelstandspolitik und fordert den Bundesparteivorstand und den Bundesparteiausschuß auf, den Bundesarbeitskreis „Mittelstand“ nach besten Kräften zu unterstützen.

Arbeitskreis „Wirtschafts- und Finanzpolitik“

Der Parteitag sieht in der günstigen wirtschaftlichen Lage, die durch Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist, eine erneute Bestätigung für die Richtigkeit der von der CDU seit 1948 verfolgten Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Es gilt jetzt, diesen hohen Stand zu sichern und durch eine straffe Koordinierung von Wirtschafts-, Finanz-, Agrar- und Sozialpolitik die in der Hochkonjunktur auftretenden Spannungen zu überwinden.

Der Parteitag begrüßt die von der Bundesfraktion ausgegangene Initiative zu Maßnahmen der steuerlichen Entlastung und der Wirtschaftsförderung aus solchen Gebieten, die mit der konjunkturellen Entwicklung nicht aus eigener Kraft haben Schritt halten können. Er fordert die Bundesfraktion auf, baldigst die gesetzlichen Grundlagen für eine zentrale Wirtschafts- und Konjunkturpolitik der Bundesregierung auch gegenüber anderen Bereichen der öffentlichen Hand insgesamt zu schaffen. Besonders in der Bautätigkeit, wo die öffentliche Hand der weitaus größte Bauherr und Geldgeber ist, sollte sie von ihrer Stellung stärker als bisher Gebrauch zu einem mäßigenden Einfluß auf die Konjunktur machen.

Die bisher von der Bundesfraktion eingeleiteten Schritte sind durch weitere Maßnahmen aktiver Konjunkturpolitik zu ergänzen, wie kräftige Senkung der Einfuhrzölle für alle Wirtschaftsgüter mit nur wenigen vertretbaren Ausnahmen, weitere Ausdehnung der Liberalisierung, energische Förderung der Berufs- und Fachausbildung, Umschulung noch einsatzfähiger Erwerbsloser auf Mangelberufe, steuerliche Anreize zur Bindung von Kaufkraft für die Bildung von Sparkapital. Die Kapitalbildung bedarf in allen Bereichen der Unternehmungen und der Bevölkerung besonderer Pflege. Von der öffentlichen Hand muß eine systematische Pflege des Kapitalmarktes verlangt werden, damit sie in der Lage ist, den Finanzbedarf für vermögenswirksame Ausgaben durch Anleihen und nicht wie bisher durch Steuern zu decken.

Die Stabilität der deutschen Währung, die zur Zeit größtes internationales Ansehen genießt, ist bei allen Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik oberstes Gebot. Da Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung starke Auftriebstendenzen bei Lohn und Preis hervorrufen, haben die Sozialpartner eine erhöhte Mitverantwortung für die Sicherung der Kaufkraft. Wenn aber wirklich einmal die akute Gefahr eintreten sollte, daß die Preis- und Lohnentwicklung die Kaufkraft der deutschen Mark ernsthaft zum Nachteil anderer Volksteile wie festbesoldeten und Rentnern, führen würden, dann darf der Staat aus seiner Verpflichtung der Gesamtheit gegenüber heraus einer solchen Entwicklung nicht tatenlos gegenüberstehen.



Der Parteitag weist die Bundesregierung, die Bundestagsfraktion und die Fachausschüsse der Partei auf die besonderen Fragen hin, die die verstärkte Industrialisierung für Stellung und Fortbestand der mittleren und kleineren Betriebe in allen Zweigen der Volkswirtschaft einschließlich der freien Berufe aufwirft. Die Partei wird ein gesellschaftspolitisches Programm für die Beeinflussung der Wirtschaftsstruktur zur Erhaltung einer gesunden Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben ausarbeiten.

Arbeitskreis „Landwirtschaft“

1. Der 6. Bundesparteitag der CDU begrüßt die Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes und des Grünen Plans. Er erwartet, daß nunmehr alles getan wird, die im Grünen Plan vorgesehenen Maßnahmen rasch in die Tat umzusetzen und insbesondere auf dem Kapitalmarkt für die Durchführung der vorgesehenen Umschuldung und der Zinsverbilligungsmaßnahme die notwendigen Kredite zu beschaffen.

2. Der Parteitag verlangt ferner, daß die jetzt begonnene Ausgleichung des Landlohns an die Verdienste in der gewerblichen Wirtschaft nicht aufs neue gefährdet wird. Eine ständige Abwanderung der Landbevölkerung würde schwerwiegende Folgen für unsere Ernährung wie für unsere Gesellschaftsstruktur haben.

3. Um eine Alterssicherung der Landwirt zu ermöglichen und damit gleichzeitig eine rechtzeitige und geschlossene Hofübergabe zu gewährleisten, soll im Rahmen der geplanten Alterssicherung für die schutzbedürftigen Selbständigen eine Altershilfe der bäuerlichen Bevölkerung eingerichtet werden.

4. Von besonderer Bedeutung ist die Fortführung der Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen in die deutsche Landwirtschaft, wobei auch die nachgeborenen Bauernsöhne sowie die verdrängten Pächter und Heuerleute Berücksichtigung finden müssen.

5. Der Parteitag verlangt weiter, daß im Hinblick auf den in Brüssel beschlossenen Plan, im Laufe von zwölf Jahren stufenweise einen einheitlichen europäischen Agrarmarkt zu schaffen, heute wie in den kommenden Jahren alles getan wird, die deutsche Landwirtschaft in den Stand zu setzen, bis zu dieser Zeit voll wettbewerbsfähig zu sein. Dies setzt eine organische Fortführung der jetzt anlaufenden Maßnahmen voraus.

Ring christlich-demokratischer Studenten

Der Bundesparteitag der CDU hält es für seine Pflicht, Bundestag und Bundesregierung, vor allem aber die Parlamente und Regierungen der Bundesländer, auf das krasse Mißverhältnis hinzuweisen, das beim Wiederaufbau zwischen wirtschaftlicher und sozialer Normalisierung und der Förderung von Forschung und Lehre insbesondere der Geisteswissenschaften entstanden ist.

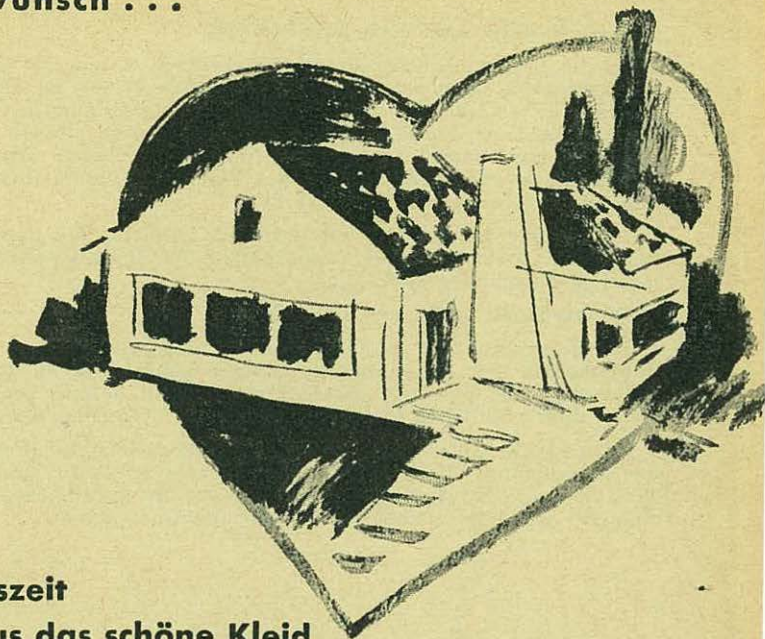
Der weitere Ausbau, besonders auch der geisteswissenschaftlichen Fakultäten an den deutschen Universitäten und Hochschulen, die großzügige Unterstützung der wissenschaftlichen Institutionen, der Akademien und Bibliotheken und die energische Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind eine unabweisbare Pflicht des deutschen Volkes.

Die CDU hält es für ihre Aufgabe, Gewicht und Wert der geistigen Schicht in Deutschland zu stärken. Den materiellen Wohlstand halten wir für ein notwendiges Mittel, aber nicht für das Ziel des menschlichen Daseins.

Bundeskriegsopferausschuß

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird ersucht, die V. Novelle des Bundesversorgungsgesetzes baldmöglichst zu verabschieden.

Ihr Herzenswunsch . . .



**. . . auf Lebenszeit
behält Ihr Haus das schöne Kleid**

Ihr Haus wird wertvoller und Ihre Freude größer!

Sie wissen: Zement bindet Sand und feines Gestein - die sogenannten Zuschläge - zu hartem, wetterfestem, dauerhaftem und atemfähigem Putz.

Mit weißem Portlandzement DYCKERHOFF-WEISS und hellen Zuschlägen wird dieser harte, dauerhafte und „atemfähige“ Putz strahlend weiß oder hell getönt oder hellfarbig. Wie wundervoll solch ein DYCKERHOFF-WEISS-Putz wirkt, sehen Sie heute überall. Unsere Häuser sind wirklich schöner geworden.

Der bescheidene Mehraufwand für DYCKERHOFF-WEISS wird in der Bausumme kaum verspürt . . . aber das Haus wird schöner und wertvoller.

**DYCKERHOFF
WEISS**
DER WEISSE PORTLAND-ZEMENT

DER BAUSTOFF DER FREUDE

„Wenn ich mal baue . . .“

ist der Titel einer farbigen Broschüre, die Ihnen viele Anregungen geben wird, wie Sie mit DYCKERHOFF-WEISS außen und innen modern, praktisch, wirtschaftlich und schön bauen. Sie kommt kostenlos, wenn Sie eine Karte schreiben an

**DYCKERHOFF Portland-Zementwerke A. G.
WIESBADEN-AMÖNEBURG**

Landesverbände Oder-Neiße und Exil-CDU

Der im Lastenausgleichsgesetz vorgesehene Termin für die Umstellung der Ausgleichsleistungen auf die Hauptentschädigung ist unbedingt einzuhalten. Für die Hauptentschädigung und die Beendigung der Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Sachgeschädigten müssen auch mit Hilfe von Bund und Ländern hinreichende Mittel bereitstehen. Ältere Anspruchsberechtigte sowie Vorhaben, die der Eigentumbildung dienen, sollen bei den Leistungen zuerst bedacht werden.

Die menschliche, soziale und rechtliche Hilfe für die Sowjetzonenflüchtlinge muß verstärkt werden, insbesondere für die aus politischer Haft entlassenen ehemaligen Häftlinge.

Landesverbände Berlin und Exil-CDU

Die Delegierten des 6. Parteitages in Stuttgart vereinen sich mit allen Deutschen in dem Bekenntnis zu unseren Landsleuten in der sowjetischen Besatzungszone, die ihrer persönlichen Freiheit beraubt wurden, nur weil sie zu ihrer politischen Überzeugung und zu ihrem Glauben standen.

Sie sind die Opfer einer Justiz, deren Ungesetzlichkeit die Machthaber der sogenannten „DDR“ jetzt selbst zugeben müssen. Das Gewissen der Welt darf nicht schweigen, bis sich die Tore der Zuchthäuser in der Sowjetzone für alle politischen Gefangenen geöffnet haben.

Ausländische Gäste des 6. Bundesparteitages

Robert Schuman	(MRP) Frankreich)
Ott	(MRP) Frankreich)
Mallet	(MRP) Frankreich)
Dr. Hahn	(KVP Holland)
van Liesholt	(KVP Holland)
Else Conci	(Democrazia Cristiana, Italien)
Dr. Rosenberg	(Schweiz. Konservative Partei)
Dr. Wick	(Schweiz. Konservative Partei)
de Spot	(PSC Belgien)
Vermeire	(PSC Belgien)
Pohor	(Montanunion)
Dr. Opitz	(Montanunion)
Dr. Schuyt	(Generalsekr. der NEI)
Frau Schuyt	
Dr. Gronis	(CDUCE)

VEW

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG

DORTMUND

BOCHUM

MÜNSTER

ARNSBERG

Das rein kommunale Versorgungsunternehmen
des westfälischen Wirtschaftsraumes liefert

STROM

GAS

WASSER

HEIZDAMPF

Stromumsatz 1955
4,2 Milliarden kWh

Gasumsatz 1955
410 Millionen cbm

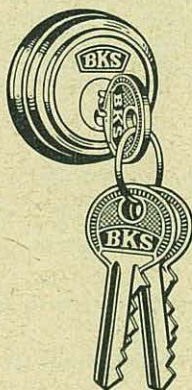
VERTEILUNGSNETZ

STROM

Höchstspannungsleitungen 1.307 km
(110 und 220 kV)
Mittelspannungsleitungen 8.482 km
Niederspannungsleitungen 21.570 km

GAS

Fernleitungen 548 km
Niederdruckleitungen 1.291 km



ZYLINDER - SCHLÖSSER

kommen aus der
größten

Schloßfabrik Europas

LIEFERUNG NUR DURCH DEN EISENWAREN - FACHHANDEL

Statut der CDU

Beschlossen durch den 6. Bundesparteitag in der Plenarsitzung
vom 28. April 1956 in Stuttgart.

§ 1

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands will das öffentliche Leben im Dienst des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten.

§ 2

Die Bundespartei der CDU gliedert sich in Landesverbände. Die Gebiets-
teile Deutschlands, in denen freie Wahlen z. Zt. nicht abgehalten werden
oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben
nicht teilnehmen können, erhalten besondere Vertretungen, die den Landes-
verbänden gleichgestellt sind.

§ 3

Organe der Bundespartei sind der Bundesparteitag, der Bundesausschuß
und der Bundesvorstand.

Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, finden für das Ver-
fahren auf den Tagungen der Organe die Bestimmungen der Bundestags-
Geschäftsordnung entsprechende Anwendung. Die Organe sind beschluß-
fähig, wenn sie in der Regel mindestens eine Woche vorher mit der An-
gabe der Tagesordnung einberufen worden sind und wenn mehr als die
Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Der Vorstand kann
im Bedarfsfall mit verkürzter Ladungsfrist einberufen werden. Die Be-
schlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, mit der Ausnahme, daß
für Satzungsänderungen eine Mehrheit von mehr als der Hälfte und für
den Auflösungsbeschluß eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ erforderlich ist. Die Abstim-
mung erfolgt, abgesehen von Wahlen, durch Handzeichen, es sei denn, daß
 $\frac{1}{4}$ der stimmberechtigten Mitglieder geheime Abstimmung durch Stimm-
zettel verlangt. Wahlen werden grundsätzlich in geheimer Abstimmung
durch Stimmzettel vorgenommen; falls sich kein Widerspruch erhebt,
können sie auch durch Handzeichen erfolgen.

§ 4

Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landes-
verbände und der besonderen Vertretungen (§ 2). Die Landesverbände
entsenden auf je angefangene 75 000 CDU-Wählerstimmen der letzten
Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 1 000 Mitglieder
einen weiteren Delegierten.

Die CDU der sowjetischen Besatzungszone (Exil-CDU) wird durch 75 De-
legierte vertreten.

Die Vertretung der Gebiete jenseits der Oder und Neiße erhält 20 Dele-
gierte.

Der Bundesparteitag tritt mindestens einmal jährlich zusammen und wird
vom Bundesvorstand einberufen. Auf Antrag des Bundesausschusses oder
von mindestens $\frac{1}{3}$ der Landesverbände muß er einberufen werden.

§ 5

Aufgaben des Bundesparteitages:

- a) Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und vier gleichbe-
rechtigte stellvertretende Vorsitzende für jeweils zwei Jahre.



Dujardin

Weinbrand
Imperial

*



BUDERUS

ERZEUGNISSE FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT

Muffendruckrohre	BUDERUS
Abflußrohre · Kanalguß	BUDERUS
Heizkessel · Radiatoren	BUDERUS
Konvektoren	BUDERUS
Badewannen · Sanitätsguß	BUDERUS
Ofen · Herde	BUDERUS
Dach- und Deckenplatten	BUDERUS
Zement	BUDERUS



BUDERUS'SCHE EISENWERKE WETZLAR

- b) Er beschließt über die Grundlinien der Politik der CDU.
- c) Er nimmt die Berichte des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion entgegen und faßt hierzu Beschluß.
- d) Er beschließt über das Statut.

§ 6

Der Bundesausschuß setzt sich zusammen aus:

- a) den Delegierten der Landesverbände und der besonderen Vertretungen (§ 2).

Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 375 000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten und auf je angefangene 5 000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Die Exil-CDU entsendet 8, die Vertretung der Oder/Neiße 5 Delegierte.

- b) dem Bundesvorstand,
- c) den Vorsitzenden der CDU-Fraktionen der Landesparlamente,
- d) den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse (siehe § 11),
- e) den Landesgeschäftsführern,
- f) den CDU-Bundesministern.

§ 7

Aufgaben des Bundesausschusses:

- a) Der Bundesausschuß ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei, soweit sie nicht dem Bundestag vorbehalten sind.
- b) Er wählt drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, den Bundesschatzmeister und 10 weitere Mitglieder auf zwei Jahre.
- c) Fällt einer der fünf Vorsitzenden während der Wahldauer aus, dann kann der Bundesausschuß eine interimistische Berufung vornehmen, die bis zum nächsten Bundestag gültig ist.
- d) Er wählt eine Wahlkommission, die in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gemäß den von ihm festzulegenden Richtlinien an der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirkt.

§ 8

Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorstand einberufen. Auf Antrag von drei Landesverbänden oder 25 Mitgliedern des Bundesausschusses muß er einberufen werden.

In der Regel soll alle drei Monate eine Sitzung des Bundesausschusses stattfinden.

§ 9

Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) den vier stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern,
- d) dem Bundesschatzmeister,
- e) dem Bundesgeschäftsführer,
- f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und seinem Stellvertreter,
- g) dem Bundestagspräsidenten, wenn er der CDU angehört,
- h) den Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen,
- i) den Vorsitzenden der Vereinigungen der CDU,
- k) 10 weiteren Mitgliedern.

Schokinag

Schokolade-Industrie

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Mannheim



*Höchst möglicher Schutz
durch Römer-Helme*

HANS RÖMER-NEU-ULM/DONAU
GEGRÜNDET 1871
HELM- UND AUSRÜSTUNGEN

Verlangen Sie stets



**BETTFEDERN
KAPOK
WATTE**

*Heinrich Häussling
Lambrecht (Pfalz)*



Schloß Wachenheim
SEKT

SEKTELLEREI SCHLOSS WACHENHEIM A.G. WACHENHEIM / WEINSTRASSE

Die CDU-Regierungschefs und Bundesminister nehmen an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

Die unter a) bis g) aufgeführten Vorstandsmitglieder bilden den geschäftsführenden Vorstand.

Die Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, sich stimmberechtigt vertreten zu lassen.

Der Vorstand kann bis zu drei Mitgliedern kooptieren.

§ 10

Der Bundesvorstand leitet die Bundespartei gemäß den Beschlüssen des Bundesparteitages und des Bundesausschusses. Die laufenden Arbeiten erledigt der geschäftsführende Vorstand.

Der Bundesvorstand wählt den Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer leitet die Bundesgeschäftsstelle und ist dem Bundesvorstand verantwortlich.

§ 11

Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden.

Das Nähere regelt die vom Bundesvorstand zu erlassende Geschäftsordnung.

§ 12

Die Organisation, die Rechte und Pflichten der Vereinigungen innerhalb der CDU (Frauenausschüsse, Junge Union, Sozialausschüsse, KPV und Mittelstandsausschüsse) werden durch den Bundesausschuß geregelt.

§ 13

In allen Organen der Partei sollen Frauen und die Junge Union angemessen vertreten sein.

§ 14

Die Ausgaben der Bundespartei werden durch ordentliche und außerordentliche Beiträge gedeckt.

Das Nähere regelt eine Finanzierungsordnung, die der Bundesausschuß beschließt.

Der Etat wird vom Bundesschatzmeister und Bundesgeschäftsführer aufgestellt und vom Bundesvorstand beschlossen.

§ 15

Bei grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen einem Landesverband und den Organen der Bundespartei oder zwischen Landesverbänden ergeben, entscheidet ein Schlichtungsausschuß, der durch den Bundesvorstand gebildet wird.

§ 16

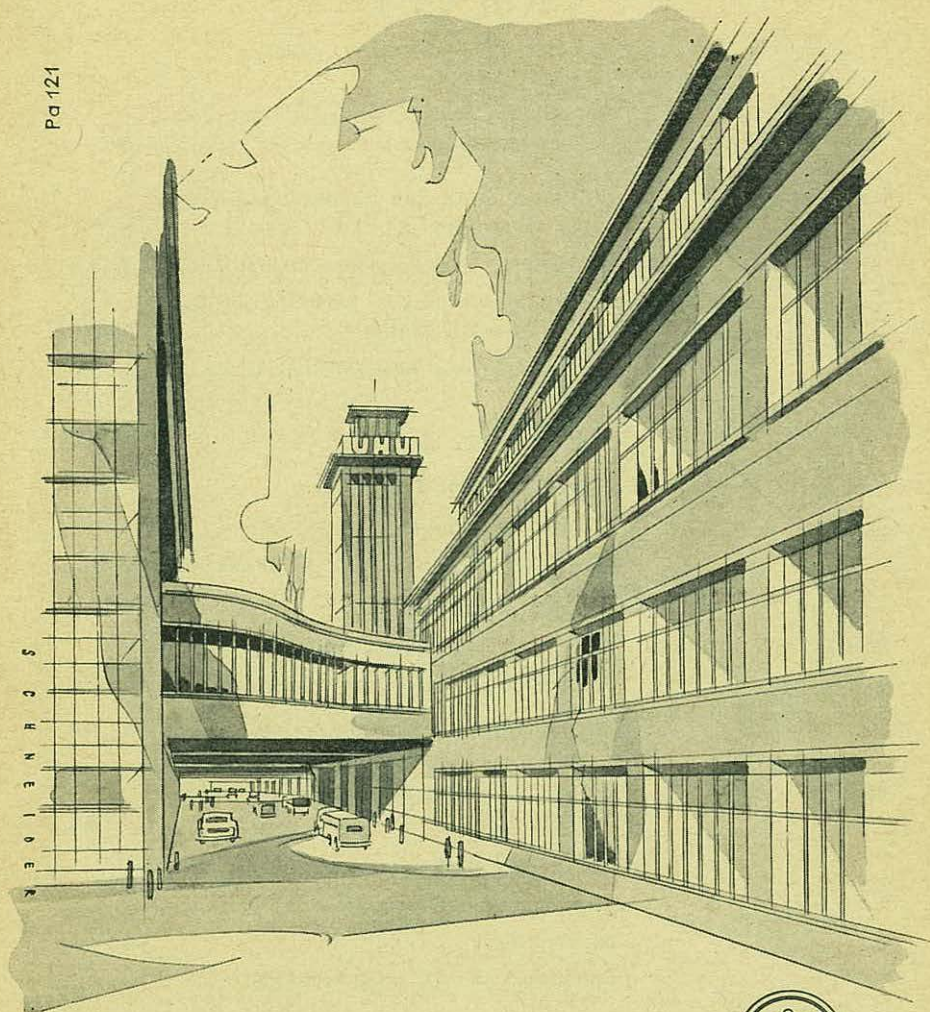
Es wird ein Bundesehrengericht gebildet. Die Zusammensetzung und Zuständigkeit regelt eine Ehrengerichtsordnung, die der Bundesausschuß erläßt.

§ 17

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands bildet mit der Christlich Sozialen Union Bayerns eine Arbeitsgemeinschaft.

§ 18

Die Satzungen der Organisationen in der CDU Deutschlands dürfen den Bestimmungen dieser Satzung nicht widersprechen.



*Im Zeichen des Fortschritts-
im Dienste des Verbrauchers:*



UHU *Werk*

H. u. M. FISCHER · BÜHL / BADEN

UHU *Alleskleber*

UHU *Allestinte*

UHU *Line*

I N H A L T

<i>Erster Tag</i>	Sitzung des Bundesvorstandes und Bundesparteiausschusses	3
<i>Zweiter Tag</i>	Eröffnung durch den Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer	5
	Begrüßung durch Präsident Simpfendörfer	5—7
	Begrüßungsansprache Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller	7—10
	Begrüßungsworte ausländischer Gäste ..	11—15
	CDU-Saar	15
	Bundesminister Strauß für CSU	16—18
	10 Jahre Politik für Deutschland	
	Bundesvorsitzender Dr. Adenauer	18—29
	Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier ..	30—46
	Erste Plenarsitzung	
<i>Prof. Dr. Werner Conze:</i>	Ziele und Methoden der sowjetischen Politik	46—53
<i>Bundesminister Jakob Kaiser:</i>	Die Entwicklung in Mitteldeutschland ..	53—60
<i>Kurt Georg Kiesinger, MdB:</i>	Gefahr und Herausforderung des Kommunismus	62—70
	Aussprache	
	Prof. Dr. Friedensburg MdB	70—73
	Dr. Adenauer	73 u. 76
	Bundesminister Dr. von Brentano	73—75
<i>Dritter Tag</i>	Zweite Plenarsitzung	
	Fortsetzung der Aussprache	78—80
<i>Dr. Heinrich Krone, MdB:</i>	Die Arbeit der CDU / CSU-Bundestagsfraktion	80—91
	Sozialreform	
<i>Prof. Dr. Ludwig Neundörfer:</i>		91—100
<i>Kultusminister Edo Osterloh:</i>		100—104

Weitere Begrüßungen

<i>Robert Schuman:</i>	104—105
------------------------	---------

Dritte Plenarsitzung

<i>Bundesgeschäftsführer</i>	
<i>Dr. Heck:</i>	Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Partei 105—109
<i>Dr. Stoltenberg,</i>	
<i>Junge Union:</i>	 110—112

Sitzung des Bundesparteiausschusses	112
--	-----

Fortsetzung der Plenarsitzung

<i>Prof. Dr. Süsterhenn:</i>	Berichterstattung über Änderung des Parteistatuts 113—117
	Aussprache, Anträge, Abstimmung 118—132
	Mandatsprüfungskommission und Wahlen 132—134

Vierter Tag

Vierte Plenarsitzung

	Berichte über die Arbeitskreise 135—143
<i>Bundesminister Storch:</i>	Zur Rentenreform 143—147

Vierte Plenarsitzung (Fortsetzung)

Aussprache	147—151
Anträge und Entschlüsse	151—161
Schlußworte: Präsident Minister Simpfendorfer	162
Dr. Adenauer	162—165

Öffentliche Kundgebung

Ministerpräsident Carl Arnold	166—170
Ministerpräsident Kai Uwe von Hassel	170—175
Bundesminister Dr. Heinrich von Brentano	175—179
Bundeskanzler Dr. Adenauer	179—181
Schlußwort Präsident Dichtel	181—182
Katholischer Gottesdienst	183—187
Evangelischer Gottesdienst	188—194
Entschlüsse	196—206
Statut der CDU	208—212
Ausländische Gäste des Parteitages	214



Elektro- Herd
mit Blitzkochplatte und Automatikrohr

Elektro- Heißwasserbereiter

Elektro- Kühlschrank

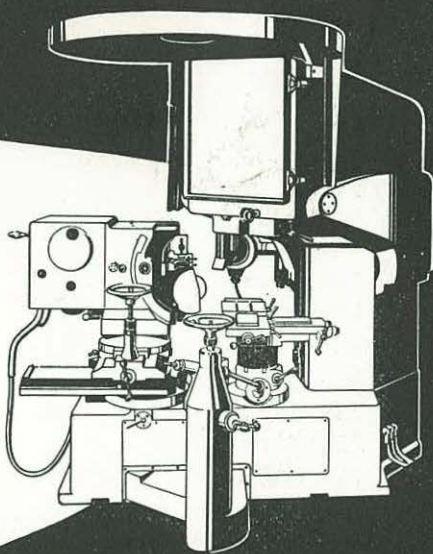
Elektro- Waschmaschine

Halten Sie Schritt

und bleiben Sie wettbewerbsfähig
durch moderne Werkzeugmaschinen



DREHBÄNKE
FRÄSMASCHINEN
SCHLEIFMASCHINEN



LUDW. LOEWE & CO A.G. BERLIN NW 87

In erstklassiger Qualität fertigen wir

Präzisionswerkzeuge für die Metallbearbeitung



wie: **Fräser**
Spiralbohrer
Senker
Reibahlen
Gewindebohrer
Schneideisen
Lehren

sowie für die verschiedensten Zwecke:

Vorrichtungen
Schnitt- und Stanzwerkzeuge
Spezialmaschinen

und als Neuentwicklung:

Gewinde-Rollköpfe für die
spanlose Gewindeherstellung

WILHELM FETTE

PRÄZISIONSWERKZEUG-FABRIK SCHWARZENBEK-HAMBURG